B67-8070

Vor und nach dem Frieden

von

Villafranca.

2731

Studien zur Geschichte und Kritik

der

politischen Entwickelung des letzten Zeitdrama's.

„Frag nicht, auf welcher Seite sei
Recht oder Unrecht, wenn du schlagen
Siehst deinen Bruder, steh' ihm bei,
Und nachher magst du jenes fragen!"
Fr. Rückert.

Rückwärts geht Gott und die Zeit nicht — also in Gottesnamen vorwärts! Vorn ist Bahn, und zu thun ist noch genug Wir erleben doch noch, oder unsere Kinder erleben's, ein freies glückliches Vaterland.
Max v. Schenkendorf.

Leipzig,
Adolph Lehmann.
1860.

Vorwort.

Das französisch-österreichische Zerwürfniß, dessen Geschichte das Jahr 1859 vor unseren Augen entrollte, hängt in seinem politischen Theile mit den wesentlichen Interessen des deutschen Volks aufs innigste und tiefste zusammen, und nur von diesem Gesichtspunkte aus konnte es für den Verfasser Reiz und Werth haben, sich mit diesem Gegenstande eingehender zu beschäftigen und ihm in Bearbeitung vorliegender Schrift Zeit und Kräfte zu widmen. Er gesteht, den nächsten Anlaß dazu in der unseligen Politik gefunden zu haben, die sein ursprüngliches Vaterland Preußen, das er geachtet, durch Vertrauen geehrt und gekräftigt sehen möchte, bis zu dieser Stunde dem Conflict gegenüber glaubte einnehmen zu müssen.

Näher über Zweck und Inhalt der Schrift hat sich der Verfasser in der Einleitung ausgesprochen. Schon ihrem Umfang nach ist sie keine bloße Flugschrift, keine Schrift von ephemerer Bedeutung. Im Gegentheil tritt sie mit dem Anspruch auf, die erste zusammenhängende geschichtlich-kritische Beleuchtung der politischen Entwickelung des Conflicts und der durch letzteren in Anregung gekommenen politischen Tagesfragen zu sein.

Die Aufgabe, die der Verfasser sich damit stellte, war eine nicht weniger schwierige als bedenkliche. Mitten im Strome der Begebenheiten, wo jeder Tag, jede Stunde etwas Neues bringt, in dem Gewirre der sich mannigfach durchkreuzenden und verdrängenden Nachrichten, in dem Widerstreit der Ansichten, der Interessen und Zwecke, die sich dabei geltend zu machen suchen und die Ereignisse nicht selten in ein falsches Licht stellen, ist es schwer oft unmöglich, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden und die den Dingen zu Grunde liegenden wahren Motive zu erkennen. Das Bedenkliche aber liegt darin, daß es der politischen Klugheit

gelingen kann, über die Beweggründe ihres Handelns zu täuschen, und der eingetretene Friede, der eine Ausgleichung der Gegensätze und eine Versöhnung der Gemüther in sich schließt, die Urtheile über Personen und Sachen zu ändern, wenigstens zu mildern nöthigt.

Wenn nun aber auch allerdings einerseits noch manche Daten zur näheren Kenntniß der Thatsachen und ihrer Motive fehlen, und spätere Enthüllungen uns über Einzelnes wohl noch erst wünschenswerthe Aufklärung bringen werden, so wissen wir doch schon jetzt ausreichend genug, auch haben wir bereits hinlängliche Ruhe und Leidenschaftslosigkeit gewonnen, um ein gerechtes und zutreffendes Urtheil über den Thatbestand und Zusammenhang der Dinge, über das was geschah wie über das, was noch geschehen dürfte, abgeben zu können.

Andererseits fordert die durch das Zeugniß der Thatsachen und die Stimmung des Tages verbürgte Wahrheit der Geschichte das ihr gebührende Recht, und wenn Tapferkeit, wie Jemand sagt, eben so unter die Pflichten des Publicisten wie des Soldaten gehört, und dies in noch höherem Maaße für den Geschichtsschreiber gilt, der die Begebenheiten nicht vom Parteistandpunct aus beurtheilt und mit seinen Ueberzeugungen weniger auf die Gegenwart als auf die Zukunft wirken will: so waren damit für den Verfasser der vorliegenden Schrift Gedankengang und Behandlungsweise vorgezeichnet. Er durfte nicht Scheu tragen, die auf dem Wege einer sachgemäßen und unparteiischen Kritik erkannte Wahrheit offen zu bekennen, und seinen Ueberzeugungen Ausdruck zu leihen, die weit über jene subjectiven, egoistisch-leidenschaftlichen Auffassungsweisen hinausliegen, welche in weitem Umfange unter uns Platz gegriffen und durch die practischen Folgen, die sich daran knüpften, hauptsächlich den unbefriedigenden und beklagenswerthen Ausgang des letzten Zeitdramas nach sich gezogen haben. Die Sache brachte es mit sich, wenn das Kolorit hie und da scharf bezeichnende Farben und grelle Lichter aufweist.

Die Schrift hat nicht die Absicht, zu verfeinden, sondern zu versöhnen, indem der Verfasser dabei von der Ansicht ausging, daß eine Versöhnung zwischen Freunden eher möglich, wenn sie sich über die Ursachen ihres Zwiespaltes offen zu verständigen suchen, als wenn sie auf einander grollen, ohne zu wissen warum. So sehr aber ist die für einen der Factoren des Dramas vorzugsweise

ungünstig lautende Darlegung in dieser Schrift das Ergebniß einer wahrheitsgetreuen und gerecht abwägenden Schätzung der Thatsachen und ihrer aus diplomatischen Actenstücken und officiellen oder officiösen Zeitungsartikeln sich für und wider ergebenden Gründe, daß der Verfasser kaum hoffen darf, es auch nur einer einzigen Partei ganz zu Gunsten gemacht zu haben. Wie es jedoch in seinem Zwecke lag, geeigneten Orts der Mängel zu gedenken, die man dem österreichischen Regierungssystem vorzuwerfen pflegt, so hätte er es andererseits für ein Unrecht halten müssen, die Umstände zu verschweigen, welche für die Nothwendigkeit oder Billigkeit einer höheren Machtentfaltung Preußens am Bunde sprechen.

Der Verfasser gibt zu, daß er gewisse Einseitigkeiten im Verhalten Oesterreichs schärfer hätte betonen und auch einen thatsächlichen Irrthum hätte berühren können, in welchem es, als dasselbe in Piemont mit unzureichenden Kräften einrückte, ohne doch diese sofort dem kühnen Entschluß gemäß zu verwenden, in Bezug auf die napoleonische Kriegsgeneigtheit scheint befangen gewesen zu sein; dann aber hätte auch den persönlichen Schwächen der leitenden Individuen auf Seiten der neutralen Mächte eine eingehendere Besprechung zu Theil werden müssen, als dies in der Absicht des Verfassers lag. Es genügte, durch die Thatsachen nachzuweisen, wie im politischen Felde an den entscheidenden Stellen die Entschlossenheit fehlte und hier viel öfter aus Charakterschwäche und Kleinmuth als aus Princip und Mangel an Einsicht gesündigt wurde.

Die streitigen Punkte, die in der vorliegenden Schrift zur Behandlung gekommen sind, haben durch den Frieden, wie durch das, was sich ihm von Seiten einer der pacifirenden Mächte an vertragsbrüchigen und rechtsverletzenden Handlungen oder Unterlassungen anreihte, in ihrer Bedeutung nichts verloren. Sie bestehen vielmehr noch heute in gesteigerter Dringlichkeit und Stärke fort, da man in Regionen, die aus den Ergebnissen des Streits eine Mahnung für sich hätten ziehen sollen, der immer üppiger aufschießenden Saat des Trugs und der Gewalt gegenüber, zu einer Aenderung der Ueberzeugungen und des Handelns bis jetzt sich nicht entschließen konnte, und der hier gebotene Beitrag zu einer geschichtlich kritischen Lösung dieser Fragen darf daher um so gewisser auf eine willkommene Aufnahme in den deutsch-patriotischen Kreisen rechnen, als damit zugleich die Grundlinien gezogen sind, welche

für die Politik der Zukunft und für die Geschicke Deutschlands von Bedeutung sind.

Vom ersten bis zum letzten Worte fordert unsere Schrift die Heilighaltung der Verträge und ein innigeres Zusammengehen der deutschen Staaten am Bunde. Mit dem, was die großen und kleinen Kabinette, sei es einzeln, sei es vereint, in letzter Zeit nach beiden Seiten hin anstrebten oder anstreben zu wollen schienen, steht ihr Inhalt im wünschenswerthesten Einklange, und befinden wir uns, wie es scheint, im Beginn einer neuen Entwickelung des großen Zeitdrama's, so wird sie, was uns betrifft, ihr charakteristisches Gepräge von der sich gegenseitig voraussetzenden und bedingenden, auf Festigung nach Innen und Sicherung nach Außen gerichteten Doppelbewegung unserer Interessen empfangen, sofern nicht die Ereignisse statt der Einigung eine Scheidung der staatlichen Kräfte Deutschlands herbeiführen, die als Folge und Ziel der von einer der deutschen Großmächte seither verfolgten Politik anzusehen sein würde.

Die Ratificationen des am 10. Nov. unterzeichneten Friedensvertrags wurden am 21. Nov. zu Zürich zwischen Frankreich, Oesterreich und Sardinien ausgewechselt, aber die italienischen Angelegenheiten werden ihren vorbestimmten Verlauf nehmen und die Großmächte, wenn sie den Frieden um jeden Preis wollen, auf dem noch sehr in Frage stehenden Congreß nur zu sanktioniren haben, was der kaiserliche Wille an der Seine behufs der Pacification Italiens für die Abänderung der Verträge und die Umgestaltung des europäischen Gleichgewichts wie zur Befestigung und Machtvergrößerung seiner Dynastie vorzuschlagen oder anzuordnen belieben sollte. Inzwischen besteht das Einvernehmen zwischen Turin und Paris ungeachtet napoleonischer Mahnschreiben, die der Empfänger ohne Zweifel im rechten Sinn zu deuten weiß, ungetrübt fort, und die Delegirung des Cavaliere Carlo Buoncompagni di Mombello als Regent für Mittelitalien vollzieht sich zur Erhaltung der Ordnung mit Genehmigung Napoleons, trotz der scheinbaren Einsprüche, welche die französische Regierung dagegen zu erheben für gut fand, während mitten aus den Annexionsbestrebungen der alte Traum von einer einigen und ungetheilten italienischen Republik auftaucht, von der man hofft, daß sie über dem Zusammensturz aller legitimen Staaten, Sardinien mit inbegriffen, erblühen und

an Garibaldi einen Führer erhalten werde, der sich nur vorläufig vom Schauplatz zurückzog, aus Patriotismus sagen die Einen, auf den Wunsch Victor Emanuels, die Andern. Napoleon aber, der sich in dem denkwürdigen Briefe aus St. Cloud vom 20. October an Victor Emanuel durch den Friedensvertrag gebunden anerkennt und in dem bevorstehenden Congreß den von ihm dem österreichischen Kaiser gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten sich nicht entziehen zu können gesteht, bot nicht nur zur Einsetzung der mittelitalienischen Regentschaft die Hand, sondern läßt es auch ungestört geschehen, daß das revolutionäre Trug- und Comödienspiel in Italien seinen regelmäßigen, wenn auch mannigfach wechselnden Fortgang nehme und zur vollbrachten Thatsache werde, auf deren Standpunkt er sich gestellt hat.

Geschrieben am 28. Nov. 1859.

Mit obigen Worten gelangte in den letzten Tagen des verwichenen November das Vorwort zum Abschluß. Das Erscheinen des Buchs verzögerte sich. Doch durften Vorwort und Text der Schrift um so eher in ihrer damaligen Fassung belassen werden, als die darin enthaltenen Aufstellungen und Beweisführungen in den wesentlichsten Stücken durch spätere Ereignisse und Enthüllungen bestätigt worden sind.

Es wäre unerquicklich, auch hier der Ort nicht, das System fortgesetzter Täuschungen, womit wir uns seit der Schließung des Friedens von Villafranca ruhig haben umspinnen und einschläfern lassen, im Bilde vor uns aufzurollen, wie die unparteiische Geschichte es einst thun wird, um zu zeigen, in welch tiefem Verfall das öffentliche Rechtsbewußtsein und die öffentliche Moral zu unserer ideenlosen Zeit gestanden. In der Auflösung unserer staats- und völkerrechtlichen Zustände wie Ueberzeugungen ist uns jeder Maßstab für die richtige Beurtheilung der Dinge abhanden gekommen; auf politischem wie auf sittlichem und begrifflichem Felde schwankt der Boden unsicher unter unseren Füßen und es ist uns nun kein Geheimniß mehr, wie Gewaltthat und List, selbstsüchtiger und liebedienerischer Schwäche gegenüber, zu einer unüberwindlichen Macht

sich hinaufgipfeln kann, vor der sich, wie vor einem unentrinnbaren Gottesgericht selbst die bewußte Kraft und Einsicht beugen — sei es auch nur für den Augenblick und um den Preis schwerer, materieller wie moralischer Opfer, die uns zu unserer eigenen Läuterung und Kräftigung nöthig sind, da die Weltgeschichte keine willkürlichen Sprünge macht.

Napoleon ist angesichts der Friedensbewilligungen von Villafranca, die für ihn nur ein Abfinden mit der augenblicklichen Verlegenheit und das Mittel waren, sich militärisch zu erholen und die politische Lage zu weiterem Vorwärtsgehen günstiger zu gestalten, seinem ursprünglichen jenen Zugeständnissen entgegengesetzten Ziele, wie vorauszusehen, inzwischen schrittweise bis zum Erreichen nahe gerückt; und die Uneigennützigkeit, die ihm Viele bei der Schließung des Friedens als eine allerdings durch die Bedenklichkeit der Umstände aufgedrungene, großmüthige, von innerm Vorbehalten indeß keineswegs freie Anwandlung glaubten beimessen zu dürfen, hat in der Forderung, Savoyen und Nizza zu besitzen, ihre einleuchtende Erklärung gefunden. Die savoyische Frage stand, wie aus dem Text zu ersehen, längst auf dem napoleonischen Programme, aber jetzt erst wissen wir unzweifelhaft gewiß, daß Napoleon schon vor Beginn des Krieges die Abtretungsurkunde von Sardinien hierüber in der Tasche hatte, wie letzteres die Zusage der Annexion nicht nur Lombardiens, sondern auch Mittelitaliens und Venetiens, eine Zusage, deren vollständiger Erfüllung der sardinische König noch erst entgegensieht.

Zwei unvereinbarliche Dinge: die eben erwähnte Uebereinkunft Napoleons mit dem König von Sardinien, welche älter ist als das österreichische Ultimatum, und der Friede von Villafranca, standen sich demnach seit dessen Schließung gegenüber, und die napoleonische Politik hatte es nunmehr nur noch mit der Aufgabe zu thun, die Zwecke der ersteren zu erreichen, ohne den Zugeständnissen des letzteren mit dem Schein eines vorausbeschlossenen Friedensbruches entgegenzuhandeln.

Meisterhaft verstand es Napoleon, die ihm dadurch auferlegte Rolle mit seinen Helfern und Helfershelfern zu spielen, wobei ihm wesentlich die nämlichen Umstände, die ihn bereits zum Herrn der europäischen Geschicke gemacht, zu statten kamen, vor allem das, wie wir behauptet haben, niemals wahrhaft getrübte und seit der

symbolischen Vermählung des continentalen Kaisers mit der insularen Meerbeherrscherin durch den der Lady Cowley um Neujahr verehrten Ring („un gage de ma nouvelle alliance") täglich inniger sich gestaltende Verhältniß zu England; ferner das übereinstimmende und zugleich abhängige Interesse, welches den sardinischen König und die gesammte revolutionäre Unionspartei in Italien untrennbar an Napoleon kettet und diesem bis zur Unterwürfigkeit auf den Wink gehorsam macht; endlich drittens die politische Zerklüftung Deutschlands und, was hiermit ursächlich zusammenhängt, die fortgesetzte dilatorische Politik Preußens, das mit England in der oberitalienischen Einheitsfrage sympathisirt, auf Rußlands Einflüsterungen horcht, mit dem Napoleonismus diplomatische Höflichkeiten wechselt, deutsche Sonderbestrebungen treibt und, obwohl es in der Veröffentlichung der Broschüre: Le pape et le congrès eine Beleidigung der großen Kabinette und in dem savoyischen Abtretungsact eine Verletzung der europäischen Verträge erblickt, doch nach keiner Seite hin zu einem seiner und der Lage würdigen Entschluß gelangen kann, vielmehr nach wie vor das einmüthige Zusammengehen der deutschen Mächte hindert und, käme Oesterreich Venetiens wegen in die Gefahr eines neuen Krieges, unzweifelhaft abermals der Neutralität, dem „gewöhnlichen Hülfsmittel der Schwachen", wie Heeren sie nennt, sich in die Arme werfen würde in der Hoffnung, für so förderliche Dienste von dem Franzosenkaiser „rücksichtsvoller" als bisher behandelt zu werden.

Für Napoleon war es bis zu diesem Augenblick von großer Bedeutung, daß England in manchen die italienische Frage betreffenden Punkten, wenn auch nur scheinbar, selbst über die französischen Forderungen noch hinausgeht, daß es nicht nur Sardinien zu einer Macht ersten Ranges erhoben und das Selbstbestimmungsrecht der Italiener unter allen Umständen gewahrt, sondern auch das Papstthum vernichtet und die Bourbons wie die Jesuiten aus Neapel vertrieben wissen will. Napoleon konnte unter dem Aushängeschild der Opposition gegen so weitgreifende und vorzeitige Intentionen den Großmüthigen, den Mäßigen und Gerechten spielen und die Kurzsichtigkeit blenden, während die Friedensbotschaft des free trade das „neue England der Baumwolle, der Jobberei und des beweglichen Erwerbs", das in seinen Hauptvertretern schon längst am französischen Schlepptau zog, völlig in seine Gewalt

lieferte. Das Foreign Office zu London durfte jetzt ungescheut in napoleonischer Politik sich berauschen, und Disraeli fand keine Widerlegung, als er nach Eröffnung des Parlaments (14. Jan.) dem Lord John Russell vorwarf, das Princip der Nichtintervention durch seine Frankreich gemachten Anträge zur Regelung der italienischen Angelegenheiten gebrochen zu haben. Napoleon konnte jetzt die savoyische Abtretungsfrage in den Vordergrund treten lassen, ohne bei dem englischen Kabinet, das den Anschluß Mittelitaliens gepredigt, auf ernstlichen thatkräftigen Widerstand zu stoßen. Dennoch wird England mit dem Jupon Empire, wie man richtig bemerkt hat, nur so lange Frieden und Freundschaft haben, so lange es sich dazu gebrauchen läßt, mit Napoleon die Landkarte von Europa, Asien und Afrika umzugestalten. In dem Moment, wo es aus dem Freihandelsrausch erwacht und zum Bewußtsein des Rechts und der Ehre zurückkehrt, um nach dem Werth der Verträge zu fragen, ist es damit zu Ende, und es wird sich dann bestätigen, was ein neuerer großer Historiker sagt, daß England der letzte unter den Staaten sei, einen Krieg zu beginnen, aber auch der letzte, ihn zu beendigen.

Napoleon zeigte, wie trefflich er es verstehe, durch neue, kühn und unerwartet in die Oeffentlichkeit geworfene Fragen und Forderungen die Aufmerksamkeit der Mächte zu theilen und von dem ursprünglichen Gegenstande des Streits und dem Allen gemeinsamen Interesse abzulenken. Er wußte auf diese Weise das von Frankreich angemaßte Primat geschickt unserm Gesichtskreise zu entrücken, und obwohl, wie bei Gelegenheit des napoleonischen Drohbriefes an Victor Emanuel, die Delegirten der italienischen Revolutionsjunten in Paris äußerten, damals seine Worte noch für Villafranca, seine Thaten dagegen waren, so erschien doch auch dies später nicht mehr nöthig, und die Friedensstipulationen werden zu einer bald völlig antiquirten Sache, von der Niemand mehr spricht. In dem neuen practischen Codex des europäischen Staats- und Völkerrechts, den der französische Gewalthaber unter der stillschweigenden Zustimmung der Mächte und nur bekämpft von einer unfruchtbaren Zeitungspolemik, zur entscheidenden Geltung gebracht hat, sehen wir seitdem die wunderlichsten Dinge vor sich gehen; wir sehen die Schicksale der Staaten einestheils von dem allgemeinen Stimmrecht des „souveränen", durch Zwangseinflüsse gemaßregelten und beherrschten

Volks, anderntheils von dem unwiderstehlichen Gewicht der vollendeten Thatsachen abhängig gemacht, und diese beweglichen, unter dem leisesten Hauch politischer Luftveränderung unsicher schwankenden Elementarkräfte an die Stelle der auf historischer Grundlage zeit- und vernunftgemäß fortschreitenden staatlichen Ordnung geschoben. Wir sehen die Lehre von den natürlichen Grenzen an die Spitze der praktischen Politik gestellt und das Nationalitätsprinzip, welches noch eben erst einem frevelhaften Länderraube zur Entschuldigung dienen mußte und absolute Bedeutung zu haben schien, jetzt nur noch insoweit anerkannt, als das Princip der natürlichen Grenzen von ihm nicht beeinträchtigt wird. Wir sehen eine Nation zum Censor der andern erhoben, dadurch aber das Interventionsrecht praktisch zur Anerkennung gebracht und ihm zulieb die äußeren Angelegenheiten der Staaten und Völker willkürlich zu inneren umgestempelt, hiermit aber auch jeder Legitimität den Krieg erklärt und das Fundament des europäischen Gleichgewichts und Friedens für immer untergraben. Alle Solidarität hat aufgehört, und von einer Verpflichtung der Völker und Staaten, ihre „eigensten" Interessen für das Wohl der Gesammtheit auf's Spiel zu setzen, kann ferner die Rede nicht mehr sein.

Dies sind die Früchte der neuen Lehre, mit andern Worten des Zustandes, in welchen uns unsere politische und moralische Apathie, unser gänzlicher Mangel an öffentlichem Rechtsgefühl und an Muth gebracht hat, eines Zustandes, der noch schlimmere Keime, als bisher zur Entwicklung kamen, in sich birgt, und dem Patrioten für den Augenblick nur insofern Trost gewährt, als die Verhältnisse und Ueberzeugungen, die durch ihn hervorgerufen werden, unmöglich dauernde sein können.

Den Menschen wie den Dingen gegenüber stets Herr der Situation durch Klugheit, Kühnheit und Macht, ließ Napoleon die Ereignisse den Verlauf nehmen, den er ihnen längst vorgezeichnet. Es gelang ihm, auf dem Grunde politischen Einverständnisses und eines die ausgedehntesten Vortheile in Aussicht stellenden Handelstractats, England zu gewinnen und an den Triumphwagen seiner völkerbeglückenden Ideen zu fesseln. Er konnte jetzt Alles wagen. Die nächste Folge war die Wiedereinsetzung des sardinischen Ministers Grafen Cavour, die noch im Januar vor sich ging. Sie hatte den Sinn, daß die durch den Vertrag von Villafranca unter-

brochene Politik wieder aufgenommen und es jetzt nicht mehr nöthig sei, das alte Täuschungsspiel weiter fortzusetzen. Man begann daher ein neues, das langsam aber sicher zum Ziele führte. Offen ging man mit seinen Absichten heraus und durfte dies, weil von keiner Seite ein wirksamer Widerspruch zu erwarten war, und hatte nur dafür zu sorgen, die Schritte der Gewalt und des Truges mit dem Schein des Rechtmäßigen und Unvermeidlichen zu umkleiden. Es handelte sich dabei hauptsächlich um das Schicksal Toscanas und der Romagna. An den Papst stellte man Forderungen, von denen man wußte, daß er nicht darauf eingehen werde; in Bezug auf Toscana ersann man die unhaltbarsten und widersinnigsten Combinationen, scheinbar ernstlich gemeint, aber nur bestimmt, die diplomatische Leichtgläubigkeit zu täuschen und zugleich zu ermüden, und Niemand schien es zu merken, daß, nachdem Piemont die für Toscana nacheinander zu Regenten vorgeschlagenen Herzöge und Prinzen von der Hand gewiesen, die hierauf von Napoleon in Vorschlag gebrachte autonomische Verwaltung Toscanas nur scheinbar ein Aequivalent für die Vertreibung des großherzoglichen Hauses, in Wahrheit aber ein Hohn darauf und eine Verspottung der Friedensbestimmungen von Villafranca war. Natürlich ist jedes Volk berechtigt, seine Angelegenheiten selbst zu regeln und zu ordnen, und so vollzog sich die seit Jahr und Tag beschlossene Annexion der italienischen Mittelstaaten, der Herzogthümer und der Romagna, an Piemont ungehindert mittelst der allgemeinen Volksabstimmung; ein neues „italienisches Königreich", oder wie die Débats, der Zukunft vorgreifend, zu sagen rathen „das Königreich Italien" unter Victor Emanuels Scepter entstand, und als Preis dafür nahm Napoleon Savoyen und Nizza in Besitz.

Wenn aber Napoleon nicht Scheu trug, seinem Gewissen und gewichtigen Stimmen zum Trotz, die in der Behandlung der römischen Frage die Zukunft, die Freiheit und das Glück der Völker, die Moral und alle Regierungsgewalten der Welt bedroht sahen, das Patrimonium Petri um einen erheblichen Antheil zu verkürzen, so geschah es auf die Gefahr der Excommunication hin, weil er wußte, daß er die große Masse der kirchlichen Vertreter zumal in Italien für sich habe. Es ist sehr die Frage, ob die päpstliche Einwilligung in die von Napoleon verlangten weltlichen Reformen des Kirchenstaats die Romagna gerettet hätte, ja ob selbst die For-

derung der Broschüre: le Pape et le congrès, daß die weltliche Macht des Papstes ausschließlich auf Rom beschränkt werden müsse, vor der Gewalt der Ereignisse noch aufrecht erhalten bleiben werde, wenn die italienischen Einheitsbestrebungen weitere Ausdehnung gewinnen, aber wer möchte behaupten, daß hieraus alsdann nicht Verhältnisse sich entwickeln könnten, die Napoleon, abgesehen von allen Familieninteressen, an die unter den verschiedensten Regierungsformen von Frankreich festgehaltene Politik mahnen, deren Grundton ist, Piemont nicht zu mächtig werden zu lassen. In Lamoricière aber, dem Oberfeldherrn der päpstlichen Truppen, ist ein Rächer der beleidigten französischen Ehre und ein Vertheidiger der Sache des heiligen Vaters erstanden, dessen moralische Bedeutung zunächst nicht gering anzuschlagen ist. Noch wichtiger jedoch gestaltet sich nach dieser Seite hin der Umstand, daß der Papst auf das an ihn von Victor Emanuel am 20. März dieses Jahres gerichtete Ansinnen, ihm bei der Herstellung der neuen Ordnung der Dinge in den vom Kirchenstaate losgerissenen Gebietstheilen behülflich zu sein, nicht eingehen zu können erklärt, gegen die Besitzergreifung des ungerechten und gewaltsamen Raubes protestirt und durch den Cardinal Antonelli alle Anknüpfungspuncte zu Unterhandlungen abgelehnt hat. Da das Ansinnen sicherlich nicht ohne geheime Absichten gestellt war, so werden sich wahrscheinlich auch bald die Folgen zeigen, die dessen Zurückweisung nach sich ziehen muß.

Es war nur ein Scherz, wenn Napoleon in der Thronrede vom 1. März zur Ausgleichung für die Land- und Machtvergrößerung Sardiniens die französischen Abhänge der Gebirge als nothwendig zur Sicherung der französischen Grenzen verlangte; denn nicht hierauf war es abgesehen, sondern auf bei weitem mehr. Das Princip der natürlichen Grenzen sollte damit beginnen sich zu verwirklichen; auch wäre Frankreich beim Fortbestehen seiner bisherigen Grenzen nicht in dem Maße durch das verstärkte Sardinien bedacht gewesen, als in Folge der Erweiterung der französischen Grenzen jetzt unfehlbar Sardinien durch Frankreich es ist. Frankreich sieht sich dadurch der Hauptstadt Sardiniens und den militärischen Hilfsquellen seiner Macht um so vieles näher gerückt, daß es das neue italienische Königreich förmlich im Schach zu erhalten vermag und die Behauptung nicht gewagt erscheint, Sardinien habe

durch die beträchtliche mittelitalienische Vermehrung seines Ländergebiets kaum so viel gewonnen, als es durch die Abtretung des kleinen Savoyen und Nizza's an Frankreich verlor. Ist Napoleon überhaupt ein gefährlicher Nachbar, so ist er es unter solchen Umständen noch mehr, und wir sehen mithin bei Sardinien dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dem Verhängniß aber, das sich aus der Besitzergreifung dieser Provinzen, insbesondere aus der militärischen Besetzung der neutralen Nordgebiete Savoyens für Frankreich entspinnen könnte, wird Letzteres durch seine Entschiedenheit und Klugheit glücklich entgehen. Die kleine, aber gesinnungskräftige und muthvolle Schweiz zittert vor Ungeduld, es mit dem Riesen aufzunehmen und das Blut ihrer Söhne für das öffentliche Recht und ihre Selbsterhaltung zu vergießen, indeß wir ruhig dabei stehen und kaum einmal wagen, über diesen gewaltsamen Bruch des Völkerrechts die Faust im Sack zu machen, — begierig, die Entwickelung des interessanten Schauspiels abzuwarten, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein kann. Wahrlich es ist eine Thorheit mit Roebuck zu sagen, zur Bezeichnung der Handlungsweise Louis Napoleons, welcher den Anschluß Savoyens und Nizza's ohne vorherige Berathung der anderen Mächte vornimmt, könne kein Ausdruck zu stark sein. Aber wie soll man das Verhalten der Mächte bezeichnen, welche jenen rechtsverletzenden und vertragsbrüchigen Gewaltsact des Usurpators ohne ernsten Einspruch geschehen lassen? Und wie tief muß uns ein Mann wie Napoleon verachten, wenn er unsere zwecklose und zerfahrene diplomatische Geschäftigkeit sieht, in die wir nach jeder neuen Ueberraschung, die uns seine Kühnheit bereitet, gerathen, da sie stets mit einer neuen Huldigung seiner Größe, wenn nicht mit einer Abbitte und erneutem Buhlen um die Fortsetzung seiner unschätzbaren Freundschaft endigt. Wir sind der Schaamröthe so gewohnt, daß wir sie nicht mehr empfinden!

Wie? Oder wird die Schweiz, da ja mehrere Regierungen ihre Verwendung für die Aufrechthaltung der schweizerischen Neutralität zugesagt haben, wirklich am Ende nicht blos mit süßen Redensarten von dem Allvermögenden abgespeist werden? Wir wollen daher mit unsern Befürchtungen und Klagen den Ereignissen nicht vorgegriffen und uns gern geirrt haben, weil es eine Umkehr der europäischen Verhältnisse aus dem Zustande der Vergewaltigung

zu dem des Rechts beweisen würde, wenn das Vertrauen sich bestätigte, welches Oesterreich in Beantwortung der die nordsavoyische Neutralitätsfrage betreffenden bundesräthlichen Note darüber ausgesprochen hat, daß Frankreich seine verpflichtende Versicherung, in Betreff dieser Frage kein früher erworbenes Recht zu beeinträchtigen, in ganzer Ausdehnung erfüllen und, wie es versprochen, diese Angelegenheit nur in Uebereinstimmung mit der Eidgenossenschaft und den Mächten, welche die Neutralität jener Districte garantirt, regeln werde. Aber wenn Frankreich seine Zusagen nicht hält? Wenn das Zustandekommen einer Conferenz wie das aller früheren unmöglich gemacht wird? Wir müssen gestehen, wir finden es äußerst bedenklich, daß in demselben Moment, wo diese wichtige Frage auf diplomatischem Felde zur Sprache kommt und eine den legitimen Interessen angemessene Lösung hoffen läßt, die Débats (19. April) die Berufung auf die alten Verträge für einen etwas starken Scherz erklären und auf die außerordentliche Schwierigkeit hindeuten, die Frankreich zustehenden Rechte, welche es unter keinerlei Umständen sich verkürzen lassen würde, mit den für die Schweiz aufgestellten Garantien in Einklang zu bringen. Die Geschichte des letzten Jahres beweist, daß prinzipielle Behauptungen der beeinflußten französischen Blätter stets die Vorläuferinnen der entsprechenden Handlungen gewesen sind.

Dank dem englischen Blaubuch, welches die auf die Annexion von Savoyen bezüglichen diplomatischen Verhandlungen enthielt, haben wir über manche Dinge urkundliches Licht empfangen, die Vielen bisher unglaublich schienen und in ihrer historischen Gewißheit jetzt nicht mehr angezweifelt werden können. Vergnügt rieb man sich über diese werthvollen Enthüllungen die Hände, denn trauriger hätte sich die allerdings selbst gewählte Rolle politischer Ohnmacht, welche Preußen gespielt, die Schwäche und Kurzsichtigkeit seiner Staatsmänner und der gänzliche Mangel an deutschem Patriotismus, der ihre unglückselige Bastardpolitik leitet, nicht leicht kundgeben können. Wir wissen wohl, daß Hr. v. Schleinitz Protest eingelegt hat gegen den von Lord Blomfield in einer Depesche vom 3. März gemeldeten Inhalt einer Unterredung, die der preußische Minister mit dem Fürsten Latour d'Auvergne gehabt hat, indem er die Genauigkeit dieser Mittheilungen beanstandet, auch geben wir gern die Möglichkeit zu, daß Hr. v. Schleinitz sich nicht

mit den dort aufgeführten Worten über die geringe Rücksicht beklagte, welche die napoleonische Regierung Preußen habe zu Theil werden lassen, auch vielleicht nicht dieselben Worte gebrauchte, als er Frankreich beschuldigte, es vergessen zu haben, welche Dienste ihm Preußen geleistet, indem es Deutschland während des italienischen Krieges in Unthätigkeit hielt. Aber wir wüßten nicht, was wir aus dem Inhalt dieser Mittheilungen wegstreichen sollten, wenn wir damit nicht bloß die gesammte Haltung Preußens während des italienischen Kriegs, sondern auch die hierüber in dem voriges Jahr von der preußischen Regierung veröffentlichten Depeschenwechsel enthaltenen ausdrücklichen Erklärungen vergleichen. Wir begreifen daher nicht, wie man in den Enthüllungen des Blaubuches so ganz etwas Neues erblicken konnte, wovon sich bis dahin Niemand etwas hätte träumen lassen. Im Gegentheil ist es gerade Zweck des ersten Kapitels der vorliegenden Schrift, urkundlich nachzuweisen, daß *Preußen niemals die ernste Absicht hatte, das Schwert zu ziehen und deßhalb alles that, um auch das übrige Deutschland während des Kriegs in Unthätigkeit zu erhalten.* Wir sehen hierin eine Thatsache, von der, als von einer in vielfältiger Weise urkundlich beglaubigten und unwiderleglichen, die Geschichte des letzten Krieges unfehlbar Act zu nehmen hat, und glauben deßhalb einfach auf S. 41, vor Allem aber auf S. 54, 57, 63 u. folg., dann auf S. 68 u. folg., endlich auf S. 78 und 86 unsrer Schrift verweisen zu dürfen, wo die hieher gehörigen Erörterungen zu finden sind, welche durch die neuesten Enthüllungen eine so unerwartete und traurige Bestätigung erhielten.

Jede Stadt, und sei sie die Metropole der Intelligenz, hat ihre Marotte, aber nicht leicht gibt es eine Bevölkerung, die von so vielen festwurzelnden Idiosynkrasien beherrscht ist, als die einer gewissen nordischen Residenz, welche immer etwas haben muß woran sie ihren Witz reibt, ihrem Dünkel Nahrung gibt und die sandwüstliche Dürre ihrer Langeweile zeitweise erfrischt. Sie spottet in den Blättern ihres eigenen Philisterthums, das unheilbar an der Manie des Hasses gegen Oesterreich und an der fixen Idee leide, die österreichischen Interessen seien etwas mit andern Dingen gänzlich Unvereinbares. Man könnte solche Beschränktheit sich und der eigenen Selbstverhöhnung überlassen, aber dieses antiösterreichische Philisterthum regiert mit seiner diplomatischen

Weisheit Deutschland und die Welt und ist wesentlich Schuld daran, daß die beiden Hauptfactoren unserer Stärke angesichts der Allen gemeinsamen Gefahr zu einer Einigung nicht gelangen können.

Daß Preußen sich nicht majorisiren lassen will, hat es inzwischen nicht nur in der Frage wegen Aenderung der Bundeskriegsverfassung, sondern mehr noch in der kurhessischen Verfassungsfrage bewiesen. Niemand wird leugnen, daß die Behandlung, welche die letztere Frage am Bunde erfuhr, in allen Stadien ihrer Entwickelung Zeugniß gab von unheilvollem Eingreifen in die Rechte des kurhessischen, des deutschen Volkes, und Preußen erwarb sich daher ein unbestreitbares Verdienst, als sein Abgeordnetenhaus für die rechtliche Anerkennung der Verfassung noch 1831 in die Schranken trat. Aber ob man in seinem Rechte war, ja ob man nur überhaupt unserer gegenwärtigen Lage gemäß handelte, indem man den deutschen Standpunkt hervorkehrte, um ihn in gothaischen Phrasen auszubeuten, diese Frage beantwortet sich für uns zur Genüge aus dem Inhalt der vorliegenden Schrift, die einen andern als den großdeutschen Standpunkt für die Wahrung unserer gemeinsamen Interessen nicht anzuerkennen vermag. Erlaubt muß es jedoch sein, dagegen Protest einzulegen, wenn man uns für die Haltung Preußens in der kurhessischen Angelegenheit Sympathien zumuthet, nachdem es von der Minderheit der preußischen Abgeordneten selbst unwidersprochen eingestanden ist, daß es sich bei den Verhandlungen der Kammer darüber ausschließlich um die Frage gehandelt habe, ob es um Kurhessens willen zu einem Bruch mit den andern deutschen Regierungen und zur Auflösung des Bundestags kommen solle, der doch noch immer unsere einzige Hoffnung ist. Die Majorität der preußischen Kammermitglieder und Blätter will diesen Bruch, diese Auflösung. Wir finden jedoch den rechten Ausdruck für so unpatriotische und unzeitgemäße Bestrebungen, wenn wir sie in folgende Formel fassen: *Weil es bei dem österreichisch-französischen Conflikt Preußen nicht geglückt ist, die Theilung des Bundes und die Schaffung eines Klein-Deutschlands ohne Oesterreich mit Preußen an der Spitze zu bewirken, so mußte die kurhessische Frage zum Mittel dienen, diesem Ziele auf einem andern Wege näher zu kommen.* Denn leicht würde sich sonst, sofern

man nur gewollt hätte, eine Ausgleichung haben finden lassen, da Mehrheit und Minderheit der Ausschüsse nicht sowohl im Wesen der Sache als in der Form ihrer Behandlung von einander abwichen.

Während man so in Preußen Deutschlands Heil von der Ausschließung Oesterreichs und von der Unterwerfung der deutschen Mittelstaaten unter preußische Suprematie erwartet und nach einer preußisch-englischen Allianz verlangt, die wir freilich der Nordküsten wegen nicht gut entbehren können, scheint Oesterreich nur in Abgeschlossenheit gegen Preußen zu verharren, wenn es wahr ist, was am 27. April aus London gemeldet wurde, daß Oesterreich seit dem Februar bemüht sei, ein Bündniß mit Preußen auf Grund gegenseitiger Garantie des gegenwärtigen Besitzstandes zu Stande zu bringen, daß aber Preußen bis jetzt in die Uebernahme einer Garantie bezüglich Venedigs nicht gewilligt habe.

Wohlthuend aber berührt uns die rücksichtsvolle Haltung, welche nicht nur die officielle, sondern auch die unabhängige Presse Oesterreichs Preußen wie den übrigen deutschen Staaten gegenüber beobachtet. Sie zeigt, wie sehr man hier den Ernst der Weltlage begreift, wie neidlos man sich hier der Bedeutung Preußens bewußt ist und daß nur ein einiges Zusammengehen mit Preußen, nur ein gemeinsames Handeln der beiden deutschen Großmächte in Verbindung mit dem übrigen Deutschland unser Vaterland vor den Gefahren sicher stellen könne, die ihm drohen. Noch ist nicht alles in Oesterreich, wie es sein soll; aber es ist alles auf dem Wege so zu werden, wie es sein soll. Kein Vernünftiger wird das Unmögliche verlangen und jetzt schon die letzten Folgen von dem sehen wollen, was nur erst begonnen und versucht wurde, um den schwankenden, zumal finanziellen Umständen innere Festigkeit und allen Verwaltungszweigen diejenigen Verbesserungen zu geben, welche zum Nachtheil einer zeitgemäß fortschreitenden volksthümlichen Entwicklung des Staatswohles bisher darin vermißt wurden. Oesterreich bedarf nur des Friedens, um völlig zu erstarken und die einheitliche im Vertrauen seiner Völker wurzelnde Macht zu erlangen, die zum friedlichen Zusammenhalt der verschiedenen Kronländer nöthig und für die freie Bewegung der Kräfte auf intellectuellem wie materiellem Gebiete unentbehrlich ist. Es hat im Frieden zu Villafranca sein letztes Wort gesprochen; unverbrüchlich, wie dies stets seine Politik war, wird es daran festhalten und, ohne den Krieg

zu scheuen, sich seinerseits in keinen neuen einlassen, es sei denn, daß man es abermals muthwillig dazu herausfordere. Indeß zu sehr mit den inneren Reformen des Landes, mit der Bekämpfung jenes innern Feindes beschäftigt, den das vielverheißende Augustprogramm des Ministeriums freimüthig als die „ererbten Uebelstände" im Haushalt und in der Gesammtverwaltung des Kaiserstaats bezeichnete, verzichtet Oesterreich unter den obwaltenden Umständen auf die Durchführung der Stipulationen von Villafranca und Zürich, indem es sich einfach damit begnügt, gegen Vertragsverletzungen und Uebergriffe der Gewalt Protest einzulegen. Wir können nicht sagen, seine Völker hätten die wohlmeinenden Absichten der Staatsregierung und deren Tragweite nicht dankbar erkannt, wenn auch die aufgeregten Wogen des Mißtrauens noch nicht völlig geebnet sind und die Aussicht auf die möglicherweise nahe Gefahr eines Kampfes, der sich am Mincio entspinnen könnte, durch die dem österreichischen Gesandten in Paris vom Kaiser Napoleon und seinem auswärtigen Minister jüngst gegebene Versicherung, daß Frankreich in diesem Fall Piemont den Consequenzen seines Angriffs überlassen werde, nicht beruhigender geworden ist. Das rechte Vertrauen wird jedoch erst dann einkehren, wenn die Gesetze der Duldung und Arbeitsbefreiung ihre Bewährung gefunden, die Landesverfassungen ins Leben getreten sind und der verstärkte Reichsrath seine centralisirende Wirksamkeit begonnen hat. Aber wahr ist es, Oesterreich sollte keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Sympathien nicht etwa nur der einheimischen Völker, sondern der deutschen Bruderstämme zu gewinnen und um dieses unberechenbar wichtigen Zweckes willen auch die am tiefsten wurzelnden Vorurtheile und Einrichtungen zum Opfer zu bringen. Wenn Johannes v. Müller in einem Briefe an den Kronprinzen Ludwig von Bayern die Stadt Wien eine „Vormauer des civilisirten Europa's" und Heinrich v. Gagern in seinem Votum über die Eisenacher Einheitsbestrebungen Oesterreich nach seiner Machtstellung, dem russisch-französischem Bündniß im Orient gegenüber, eine „europäische Nothwendigkeit" und einen „Hort Deutschlands" nennt, so ist beides so sehr der Wahrheit gemäß, daß wir jedes Bemühen, Deutschland ohne Oesterreich constituiren zu wollen, für Unverstand, die Freude über eine Machtverringerung aber, welche

Oesterreich bereits erfahren oder in Zukunft erfahren könnte, für eine Schlechtigkeit erklären müssen.

Durch seine Reformen bereitet Oesterreich seine Einigung mit Deutschland innerlich vor; die äußere wird folgen, was auch eine verkehrte, in Selbstüberhebung und Eigensüchtigkeit befangene Politik dagegen versuchen möge; aber noch unbekannte, vielleicht schwere Verhängnisse liegen dazwischen; darum thut das Aufgeben des alten Haders und Einigung zur That vor allen Dingen noth, da nur hierin die Bürgschaft des Friedens zu suchen ist, der uns allein zu einer naturgemäßen bundesstaatlichen Entwicklung unsrer Verhältnisse führen kann. Es wäre eine Unwahrheit behaupten zu wollen, man begreife in Preußen die Gefahr nicht, welche der Ehrgeiz eines Einzigen über Deutschland zu bringen bereit ist, aber es klingt wie Ironie, daß man öffentliche Gebete für das deutsche Vaterland in den dortigen Kirchen anstellen lasse, während ernste und gewichtige Stimmen aus Preußen zu uns herüberschallen, die behaupten, der Weg, den das preußische Kabinett betreten und wandele, führe unrettbar zum Untergange Preußens und des übrigen Deutschlands.

Wohl dürfte es gut sein, sich hierbei des Inhalts einer Broschüre zu erinnern, die schon im Jahre 1853 der kaiserliche Beamte A. Le Masson unter dem Titel: Les limites de la France herausgab. Sie beansprucht die Rheingrenze als eine Unerläßlichkeit für die romanische Politik Frankreichs und als die nothwendige Folge eines Bündnisses zwischen Frankreich, Spanien und Italien zur Bekämpfung der slavischen und angelsächsischen Racen, eines Bündnisses, das zu weiterem Zweck hätte, einerseits England aus dem Mittelmeer zu verjagen und auf seine Eilande zu beschränken, andererseits, mit Hülfe einer russischen Allianz, Deutschland zu demüthigen und zu zernichten, und hierzu allerdings könnte Napoleon jetzt, nach der Besitzergreifung Savoyens, die Schweiz als treffliche Operationsbasis gebrauchen.

Dazwischen regt sich noch immer das Gespenst der Furcht vor einer napoleonischen Weltherrschaft, einer Europa und die übrigen Welttheile bedrohenden Revolution oder, wie das Wörterbuch der kaiserlichen Thronreden, Circularnoten und Zeitungsartikel sich ausdrücken würde, einer allgemeinen napoleonischen Völkerbefreiung und Völkerbeglückung. Die französischen Offiziere in Paris träumen, wie man uns erzählt, von Siegeszügen bis zum Ural,

und die in Rom erkundigen sich bereits, ob es sich in Köln, Mainz oder Koblenz angenehm leben lasse. Verstehen wir diese Winke, dann wissen wir, was zu thun. Anderntheils werden uns Ueberraschungen gewiß nicht der angenehmsten Art zu Theil werden. Aber die gute Meinung des „Pays", die es noch im November hegte, daß, was immerhin von dem Zustandekommen eines Congresses zu denken sei, eine Territorialveränderung ohne Europa's Zustimmung nicht stattfinden werde, ist längst aufgegeben und die Furcht der nordischen Mächte, daß die Annexion Toscanas an Piemont und die Zertrümmerung des Kirchenstaats früher oder später zu Verwicklungen führen könnten, bei dem bisherigen Verlauf der Dinge, wie es scheint, glücklich beseitigt. Was redet man also jetzt noch immer von einem Congreß, der, so lange man das Princip der vollendeten Thatsachen gelten läßt, eine Abgeschmacktheit wäre, da er zwar die Anerkennung der Zustände verweigern, Geschehenes aber nicht ändern und von seiner Bestimmung abhängig machen könnte, sofern die divergirenden Mächte nicht zu den Waffen greifen wollen, wozu diese indeß ganz und gar nicht aufgelegt sein dürften. Der Vorschlag des Congresses bleibt aber nichts als eine kläglich abgenützte Phrase, so lange man der Intrigue gestattet, ihn zu hintertreiben, was bisher noch immer geschehen ist. Und doch wäre es endlich Zeit und die Veranlassung dazu in diesem Moment ernstlich gegeben, ihn nach so und so viel Malen nicht etwa blos noch einmal in Vorschlag zu bringen, sondern wirklich zusammen zu berufen, wäre es auch nur, damit das Zerschlagen der Idee nicht abermals dem Länderraube und der Gewalt zur Entschuldigung diene, wozu es in dem lügnerischen Schreiben des Königs Victor Emanuel an den heiligen Vater gemißbraucht worden ist.

In Italien allerdings ist Gewaltiges vollbracht; ob aber auch Haltbares, wird die Zukunft lehren. Wir unsrerseits können uns auch jetzt nicht von der im Text niedergelegten Ansicht trennen, die in der Schaffung eines italienischen Königreichs zunächst nur ein Abfinden der Zeitstimmung mit den künftigen Schicksalen und Gestaltungen Italiens erblickt, denn die „demokratische", die „excentrische" Partei Garibaldi's, dessen von Volksovationen begleiteter Zorn über Nizza's Losreißung von Italien und das „ehrlose Spiel"

der nachträglichen Abstimmung darüber kein gutes Omen ist, rührt sich mitten am Sitz der neuen parlamentaren Regierung; die Mazziniſten wachen allerorts mit ſchlummernden Augen; die vertriebenen Herzöge proteſtiren; die durch den Bruch des Friedens beleidigte Macht des Rechts und der öffentlichen Sitte und das durch den am heiligen Vater begangenen Länderraub verletzte Gewiſſen der Gläubigen rufen ſchweigend um Vergeltung und Rache; im Süden der Halbinſel harrt ein anderes italieniſches Königreich ſeiner Erlöſung aus den Verlegenheiten, die ihm der Unionsrauſch der Italiener und die Intrigue der Ausländer bereiten, und die durch das revolutionäre Prinzip der Volksſouveränetät heraufbeſchwornen Geiſter der Unruhe und Parteiung ergreifen mit Begier die in den Gemüthern lebendig ſich regende Idee der italieniſchen Nationalität, um das Land jetzt von allen habsburgiſchen und bourboniſchen, wie ſpäter von den an ihre Stelle tretenden franzöſiſchen und engliſchen Einflüſſen unabhängig zu machen, Stoffs genug, um an der Dauer der gewaltſamen Veränderungen und Umgeſtaltungen zu zweifeln, welche die apenniniſche Halbinſel erfahren hat und vielleicht bald in noch weiterer Ausdehnung erfahren dürfte.

„Sie kennen dieſes Volk nicht," ſchreibt General Bonaparte aus dem Hauptquartier Paſſariano am 16. Vendémiaire des Jahres VI (7. Oct. 1797) an den Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, „es verdient nicht, daß man 40,000 Franzoſen für daſſelbe tödten läßt. Ich ſehe aus Ihrem Schreiben, daß Sie immer von einer falſchen Annahme ausgehen. Sie bilden ſich ein, daß die Freiheit ein verweichlichtes, abergläubiſches, ſchlendriſches, feiges Volk große Dinge vollbringen läßt!" Aber ſchon Chr. Victor v. Bonſtetten (Voyage sur la scène des dix derniers livres de l'Enéide, suivi des quelques observations sur le Latium moderne. Genève. An XIII, p. 119) wagt für das „unſäglich tief herabgewürdigte" und „unausdrückbar elende" Volk, das die ehemals fruchtbare lateiniſche Erde bewohnt, eine Zeit zu hoffen, wo es einſt lernen werde, „die Freiheit mit den Geſetzen, Kraft mit Gehorſam und den Schwung der Thätigkeit, ohne den kein Glück iſt, mit der öffentlichen Ordnung zu verbinden, ohne die keine Tugend iſt." Das Volk von heute iſt aber allerdings ſchon nicht mehr das von 1797. Ein reges, alle Stämme umfaſſendes Nationalgefühl hat die Gemüther ergriffen, und das Verlangen,

bei den öffentlichen Angelegenheiten nicht nur der Stadt, sondern des Staates durch Volksvertretungen mitzuwirken, über alle Theile des Landes sich ergossen und eine neue Ordnung der Dinge vorbereitet.

Wenn Johannes Müller von den alten Römern sagt: „Sie waren der Natur näher, und welcher Natur, der im schönsten Klima sich entwickelnden! Ihre Verfassung (die Hauptsache) begünstigte jede edle und schöne Form der Entwicklung; nach dem Untergang der Verfassungen aber vermochte die Natur sie nicht mehr emporzuhalten," so dürfen wir dieses bedeutsame, ein wichtiges Staatsproblem in sich schließende, Wort des großen Historikers hier wohl in Anwendung bringen auf die heutigen zum nationalen Bewußtsein erwachten Italiener, indem wir die Hoffnung aussprechen, daß ihre politische Wiedergeburt sie dem veredelnden und geistbildenden Einfluß ihres herrlichen Landes und Klimas wieder zurückgeben werde. Diese Zeit ihrer Wiedergeburt ist nahe, ist bereits angebrochen.

Wird nun aber, könnte man fragen, Rom, jene wunderbare, jene ewige Stadt, an deren Oertlichkeit, um mit Schiller zu reden, die größten welthistorischen Verhängnisse im Alterthum und der neueren Zeit sich knüpften, und auf deren trümmervollem Boden man, wie Goethe so schön sagt, die Weltgeschichte von innen heraus zu lesen glaubt, wird Rom, die Urstätte des Christenthums und der Kunst, in der neuen Ordnung der Dinge diese seine Bedeutung verlieren, wird es, seines historischen, seines ideellen, seines ewigen Glanzes beraubt, in untergeordneter politischer Stellung hinter einer oder oder anderen italienischen Hauptstadt in den aufgezwungenen Schatten zurücktreten, oder selbst vielleicht zu einer weltlichen Königsstadt, zur Haupt- und Residenzstadt eines weltlichen Königs herabsinken? Wir wünschen es nicht. Niemand aber weiß, was geschehen wird, bis die Geschicke Italiens sich vollendet.

Auf das Allgemeine aber übergehend und zugleich unsere vaterländischen Angelegenheiten in's Auge fassend, wer fühlte sich nicht mit uns auf's schmerzlichste im Innern bewegt, wenn wir uns noch heute wiederholen müssen und noch heute für unsere politischen Zustände gilt, was eine hochsinnige deutsche Frau von allverehrtem Namen — lassen wir auch *sie* im Rathe der Männer mitsprechen! — an einem der verhängnißvollen Märztage des

Jahres 1815 einer nicht minder großdenkenden edlen Freundin schreibt, indem sie sagt: „Der heilige Rechtssinn, der allein Staaten leiten muß, ist nirgends; man will lieber Delicatesse als Rechtlichkeit haben. Nirgends ist unter den Tonangebenden etwas Edles und Starkes und Wahres!“

Geschlossen am 22. April 1860.

Zur Einleitung.

Doppelcharacter des letzten Dramas. Die politischen Gruppirungen und Gegensätze. Feststellung der Standpunkte für die kritische Behandlung des Gegenstandes.

Das Drama ist geschlossen, aber sicherlich nicht zu Ende gespielt. Wie in seinem Ausgange überraschend, trügerisch, verhängnißvoll, war es auch in seinem Eingange.

Als Louis Napoleon am letzten Neujahrstage dem Vertreter Oesterreichs mit „loyaler Offenheit", wie uns die Bewunderer des kaiserlichen Dictators versichern, die stolzen und beleidigenden Worte ins Gesicht schleuderte*), in welchen er seinem Unmuthe über das Verhalten der österreichischen Regierung, der vermeintlichen Gegnerin seines legitimen Einflusses und der national politischen Entwickelung des italienischen Volks, Ausdruck lieh, — da ging ein Erbeben durch alle Gemüther, welche Ziel und Tragweite des kaiserlichen Grußes zu würdigen wußten, — eines Grußes, den Napoleon nicht gewagt haben würde, wäre er nicht auf die unausbleiblichen Folgen längst vorbereitet gewesen; und dem bald weitere Kundgebungen sich anreihten, die zu seiner Erläuterung dienten und nothwendig zu dem Ergebniß führen mußten, das sie gefunden haben.

Das erschütternde, unsere tiefsten Anliegen berührende Drama, welches der kaiserliche Neujahrsgruß, trotz aller friedlichen Gegenstrebungen, unabwendbar nach sich zog, bot das lebendigste und bedeutsamste Interesse hauptsächlich nach zwei Seiten hin, die wir

*) Nach dem Constitutionnel lauteten des Kaisers Worte: „Ich bedaure, daß die Verhältnisse mit Ihrer Regierung nicht so gut sind, wie in der Vergangenheit, aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gesinnungen für ihn sich nicht geändert haben."

als die kriegerische und die diplomatisch-politische bezeichnen können. Mit gesteigerter Spannung folgten wir auf der einen Seite der Entwickelung des mörderischen Massenkampfes, der auf den Schlachtfeldern Italiens zwischen gleich mächtig gerüsteten und heldenmüthigen Gegnern um Angelegenheiten der folgenschwersten Art für uns und Europa gestritten wurde, während uns auf der andern Seite beschieden war, mit wechselnder, bald erhebender, bald niederschmetternder, bald freudiger, bald trüber Empfindung und Stimmung den Vorgängen und Verwickelungen einer diplomatischen Staatsweisheit nachzugehen, die mitten in dem, einem raschen Schlusse entgegendrängenden Waffengeräusch bis zum letzten Augenblicke von nichts als Frieden träumte, der nicht mit dem Schwert, sondern mit der Feder zu erringen wäre, einer Staatsweisheit, die, wie man uns glauben machen wollte, in der allerbesten Absicht von der Welt, uns um die Ehre und den Gewinn eines nationalen Kampfes gebracht hat, ohne uns diesen doch auf die Dauer ersparen zu können.

Die Geschichte und Kritik des Krieges Anderen überlassend, werden wir uns hier ausschließlich darauf beschränken, die diplomatisch-politischen Fragen, welche das kriegerische Drama in seinem Ursprunge und Fortgange zu Tage förderte, von einem möglichst unparteiischen und objectiven Standpunkte aus, kritisch zu beleuchten, nicht ohne die Absicht, im Gewirre und Schwanken der Meinungen denjenigen einen Ariadnefaden an die Hand zu geben, die sich noch Unbefangenheit genug bewahrt haben, um das Wahre vom Falschen, und den Schein von der Wirklichkeit zu unterscheiden.

Was das diplomatisch-politische Interesse betrifft, das der wesentlich zwischen Oesterreich und Frankreich sich bewegende Conflict in seinem Verlaufe mit sich führte, so sehen wir die dabei mehr oder minder betheiligten Parteien nach Verhältniß ihrer Zwecke und Ansichten sich in vierfacher Gruppirung scheiden.

In vorderster Reihe, als die wirkende Ursache und hauptsächlichste Triebfeder der ganzen gewaltigen Bewegung, steht Louis Napoleon, mit dem Könige von Sardinien und der großen Mehrheit des italienischen Volkes zu einer mächtigen Gruppe verbunden, Napoleon, welcher genau wußte, was er wollte und wie weit er nach Verhältniß der Umstände zu gehen habe, und der durch das, was er verschwieg, mindestens eben so gefährlich war, als durch

das, was er, um die Welt zu täuschen, aussagte und durch Andere von sich aussagen ließ.

Oesterreich, ohne Bundesgenossen, nur auf sich selbst, sein opferwilliges Volk und sein streitbares Heer angewiesen, bildet im Verein mit seinen diplomatischen Vertretern und Agenten die zweite politische Hauptgruppe. Der einzige von allen Staaten, hatte es die Tragweite des begonnenen Conflicts erkannt; es wußte, worauf es ankomme, und was es in der bedenklichen, ihm so muthwillig bereiteten Lage zu thun habe, indem es, treu der eigenen Ehre und dem Recht der Verträge im thatkräftigen Handeln dafür, bis zu dem Moment ausharrte, wo es ein Verbrechen gewesen wäre, die von dem siegreichen Feinde dargebotene Friedenshand nicht anzunehmen.

Die dritte Gruppe umfaßt die neutralen Mächte, die zum Theil nicht wußten, um was es sich den letzten Zwecken nach handle, und was demgemäß zu thun sei, zum Theil aber auch nur so thaten, als ob sie das nicht wüßten. Jenes gilt hauptsächlich von Preußen, dessen auswärtiges Ministerium in dem Conflicte nur etwas rein Zufälliges und Vereinzeltes erblickte, — dieses von England, das unter dem Derby'schen Ministerium aus Schwäche, unter dem Palmerston-Russell'schen aus Princip sündigte, sowie von Rußland, das in entschieden feindseliger Stellung gegen Oesterreich verharrte, ohne für die napoleonischen Pläne tiefere Sympathien zu hegen. In ihrem Verhalten ausschließlich durch das Isolirungsprincip des Egoismus bestimmt, gefiel sich diese Gruppe darin, Politik auf „freie Hand" zu betreiben und je nach dem Standpunkte des betreffenden Staats das entstandene Zerwürfniß möglichst nur für das eigene Interesse zu benutzen und auszubeuten.

Den neutralen Mächten gegenüber bildete die große Masse des deutschen Volks, nicht im Süden blos, hier aber in überwiegendem Maße, sondern auch im Norden, die vierte, scharfe Partei nehmende Gruppe, im Sinne des Chors der griechischen Tragödie, der betrachtend und Antheil äußernd, Recht und Unrecht abwägend, mahnend und warnend den Handlungen und den Schicksalen ihrer Träger folgt. Auch das deutsche Volk wußte, was es wollte und sollte, als es mit seinen Wünschen und Forderungen von dem Augenblicke an entschieden in den Vordergrund trat, wo Oesterreich, nicht um die ihm widerfahrene Beleidigung zu rächen,

sondern, was dahinterstand, den drohenden Angriff auf seine italienischen Besitzungen und die staatlichen Rechtsverhältnisse Europas abzuwehren, rasch und muthvoll zu den Waffen griff. Dem hochherzigen Entschluß schlug eine Begeisterung entgegen, die in solcher Allgemeinheit wohl seit 1813 nicht in Deutschland vorgekommen war, die glorreiche Zeit der Befreiungskriege selbst nicht ausgenommen, eine Begeisterung von so nationalem Aufschwung, daß man erkannte, das Volk habe die volle Bedeutsamkeit der Lage klar und sicher begriffen, indem es in Napoleon nicht den Volksbefreier und Volksbeglücker, sondern den herrschsüchtigen Despoten erblickte, dem nichts in der Welt, weder Glaube noch Treue, weder Vertrag noch Zusage heilig sind, wo es gilt, den Zielen seines unermeßlichen, wenn auch klug und vorsichtig verhüllten Ehrgeizes näher zu kommen, und zu dessen Vernichtung, so meinte man, ganz Deutschland wie Ein Mann sich erheben müsse.

Wie das anders gekommen, wie wir mit unserer Bruderhülfe zögerten und zögerten, bis es zu spät war, und das Schwert für die große Sache nicht zu ziehen wagten, dies bildet den Inhalt der kritischen Beleuchtung, die wir in den folgenden Blättern der politischen Entwickelung des Dramas gewidmet haben.

Wir wollen keine Anklagen erheben und nicht erbittern, aber wir sprechen nur die allgemeine Ueberzeugung aus, wenn wir die Behauptung an die Spitze unserer Betrachtung stellen, daß der unbefriedigende Ausgang, den die Krisis genommen, hauptsächlich dem Verhalten Preußens beizumessen ist, nicht als ob wir die Parteimeinung Derer theilten, welche der preußischen Regierung einen förmlichen Verrath an Oesterreich zuschreiben, im Gegentheil, hiervon kann nach den vorliegenden Documenten nicht mehr die Rede sein. Allein haben wir unsererseits auch keine Ursache, Zweifel in die Worte des preußischen Ministers der äußeren Angelegenheiten zu setzen, der in einer seiner Depeschen von der preußischen Regierung aussagt, daß sie in ihrem Entgegenkommen für Oesterreich lediglich von den „Gesinnungen treuer uneigennütziger Freundschaft" geleitet worden sei, und haben wir demnach anzunehmen, daß es ausschließlich Erwägungen rein politischer Art waren, die Preußens Verfahren bestimmten und es veranlaßten, vom Beginne des Conflicts an, den leider gänzlich unzureichenden Weg der Neutralität und Friedensvermittelung einzuschlagen, so kann uns um

so weniger die Berechtigung abgesprochen werden, die Verhältnisse einer öffentlichen Kritik zu unterwerfen, als sie ihrer Natur nach nicht vor das Forum der Moral, sondern der Geschichte gehören.

Preußen glaubt bis zu dieser Stunde in allen Fällen das Rechte gethan zu haben, und brachte zum Beweise dafür eine Reihe diplomatischer Actenstücke zur Veröffentlichung, welche zeigen, daß es den eigentlichen Kern der Vorwürfe, die man ihm macht, nicht kennt oder ignorirt, da sie in jeder Zeile, ja in jedem Worte darthun, daß Preußen den Frieden wollte und nur den Frieden, und als Vorbedingung dazu die bewaffnete Neutralität und die diplomatische Vermittlung, während das übrige Deutschland den Krieg, und als Mittel dazu die bewaffnete Action verlangte.

Dieser schroffe Gegensatz zwischen der Begeisterung, welche handeln, und der erstarrenden Kälte, welche nur unterhandeln wollte, der Gegensatz zwischen dem Rufe nach Frieden und dem Rufe nach Krieg, dieser, bei so vielen sprechenden Thatsachen, die über die allgemeine und wahre Natur des Streites keinen Zweifel ließen, merkwürdig verschiedenartige und unveränderlich festgehaltene Standpunkt, den man in Preußen vom ersten Augenblicke an zu der Zeitfrage einnahm, mußte nothwendig seine triftigen Gründe haben, denen nachzuforschen ein besonderes kulturhistorisches und geschichtliches Interesse gewähren dürfte.

Wir müssen hier, was Preußen betrifft, die diplomatischen mit den journalistischen Kundgebungen nicht verwechseln. Sie stimmen oft wunderbar bis zur Wörtlichkeit mit einander überein, doch wäre es ein Unrecht, die Irrthümer und Sünden der Presse, selbst wo sie officieller oder nur officiöser Art ist, ohne weiteres der Regierung in die Schuhe zu schieben, die davon nichts weiß, oder in einem ganz andern Verhältniß der Auffassung dazu steht. Die Presse geht in der Materie wie in der Form, namentlich bei Darlegung der Motive der Thatsachen, sehr häufig weiter, als die Regierung in diplomatischen Urkunden je gegangen wäre. Die erwähnte diplomatische Correspondenz gibt für einige Fragen ganz verläßliche Anhaltspunkte, aber nicht für alle; und da anderweitige directe Aufklärungen officieller Bestimmung über Regierungshandlungen und deren Motive nicht zur öffentlichen Kunde gelangten, so bleibt nichts übrig, als für das Mangelnde sich an Mittei-

lungen der Presse zu halten, die unter dem Einflusse der Regierung steht oder mit ihr sympathisirt.

Die Art und Weise, wie die preußische Presse die Frage in Bezug auf das Verhältniß Preußens zu dem Conflicte behandelte, hatte durchschnittlich etwas Schroffes, Gereiztes. Sie spottete unserer Wärme, setzte der allgemeinen Aufregung, die Gut und Blut für die gute Sache hinzugeben bereit war, Gleichgültigkeit entgegen, und verhöhnte diejenigen als Thoren, welche den Einfall hatten, Deutschland geschweige denn Preußen sollte für einen wichtigen Theil seines ehemaligen Reichsgebietes, die lombardischen Provinzen Oesterreichs, das Schwert ziehen. Aber „der Jubel", sagt Alban Stolz, „der unsere Herzen erfüllt, ist doch gewiß immerhin schöner und edler, als wenn Jemand selbstsüchtig nur auf das Eigene denkt, und das Herz gleich einer naßkalten Kröte im Keller nur auf den eigenen Profit sinnt." Im Privatleben wie im öffentlichen dünkt es uns gut, Freunde zu haben, und Preußen ist nicht so reich an Sympathien in Deutschland, um sie verachten oder entbehren zu können. In seiner Hand lag es, und Deutschland wäre ihm, versöhnt, in überströmender Begeisterung zugefallen, es hätte sich seiner Heerführerschaft sicherlich aus freien Stücken in ganz unbedingter Weise unterworfen, wenn es ohne eigensüchtigen Vorbehalt raschen und kühnen Armes für die gemeinschaftliche Sache zu den Waffen gegriffen, und an die Spitze seiner deutschen Bundesbrüder wider den Erbfeind unserer Nation sich gestellt hätte. Aber der Enthusiasmus des deutschen Südens für die Sache Oesterreichs, den man in Preußen nicht begriff und daher auch nicht zu theilen vermochte; die Versuche, die von dort ausgingen, um Preußen zu einem Entschlusse zu bringen, der es aus seiner isolirten Stellung zu einem kräftigen Zusammenhandeln mit dem übrigen Deutschland trieb; selbst auch die vielfältig von dort laut gewordenen Zweifel an Preußens politischer Ehrlichkeit und deutschen Gesinnung führten zu dieser Gereiztheit, und hierdurch ließ sich die preußische Presse zu Uebertreibungen und Verschiebungen des gegebenen Standpunktes verleiten, die sie bei ruhigerem Blute und objectiverer Anschauung der Dinge, sich wahrscheinlich niemals erlaubt haben würde.

Wir erlebten das traurige Schauspiel, daß die Blätter einen förmlichen Feldzug gegen den Krieg für Oesterreich eröffneten und

allerlei wunderliches Geschütz an Beweisgründen vorführten, um demselben Nachdruck zu geben, mit anderen Worten, um die ungläubige Welt zu überzeugen, daß es die allergrößte Dummheit und eine Versündigung an den eigensten Staatsinteressen Preußens wäre, wenn dieser Staat, der doch durch seine Machtstellung den Ausschlag geben konnte, wenn er gewollt hätte, in anderer als neutraler und friedenvermittelnder Stellung an dem Conflicte sich betheiligte, wenn er sich in einen Krieg für Oesterreich einließ, ohne zu wissen warum und wofür.

Zwar wollte man uns glauben machen, die Stimmung in Preußen sei bei den Traditionen des Staates und Volkes dem Napoleonismus so abgeneigt wie in anderen deutschen Staaten, und von der großen Masse des Volkes darf dies gewiß als richtig angenommen werden, aber gerade unter den journalistischen Stimmführern gab es viele, die dieser Traditionen spotteten, in unverholener Sympathie der modernen französischen Civilisation und Gesinnungsrichtung, die in Louis Napoleon ihren glänzendsten Vertreter gefunden hat, zuneigten und, wie es scheint, durch das von dem demokratischen Wahlkaiser proclamirte Princip allgemeiner Völkerbefreiung auf immer für ihn gewonnen wurden, daneben aber auch wohl sich freuten, die verhaßte und stets mit eifersüchtigem Auge betrachtete Großmacht des südöstlichen Deutschlands in Noth und Gefahr zu wissen, ja bereits, wenn nicht von einem preußischen Kaiserthum, so doch von einen preußischen Supremat in Deutschland träumte, einem Supremat, das jedoch zuletzt allemal nicht dem vorsichtigsten und staatsklügsten, sondern dem muthvollsten, schlagfertigsten und edelmüthigsten Bewerber zufallen wird.

Die preußische Presse bot für solcherlei Ansichten und Träume den willfährigsten Tummelplatz und trug damit wohl ihrerseits nicht wenig dazu bei, der Neutralitäts- und Zauberpolitik der preußischen Regierung willkommenen Vorschub zu leisten, deren Unzulängliches und Bedenkliches Niemand freimüthiger und einleuchtender gezeichnet hat als Friedrich von Raumer in seiner bekannten Flugschrift: „Zur Politik des Tages“ (Leipzig, Brockhaus, 1859). Raumer ist ein Mann von spezifisch-preußischer Gesinnung, und wir dürfen daher auf sein Urtheil etwas geben. Offen bekennt er, der preußischen Isolirungspolitik und der kühlen Behandlung, welche die italienische Frage an der Spree erfahren, von An-

fang an mit wachsender Besorgniß gefolgt zu sein und als einziges Mittel zur Erhaltung des Friedens nicht die Vermittlungspolitik, sondern stets nur das rücksichtslose Einstehen für Oesterreichs Recht erkannt zu haben. Seine Stimme scheint am Getriebe der Parteien und Meinungen wirkungslos verschollen zu sein, indem Preußen unverwandt seinen Weg ging, dessen letztes Ziel der kostspielige und gefährliche Popanz der bewaffneten Neutralität war; wenn wir aber allerdings auch unsererseits die Ueberzeugung hegen, daß ein entschiedenes Auftreten Preußens für Oesterreichs Recht augenblicklich den Frieden erhalten hätte, so war damit auf die Dauer gewiß nur wenig gewonnen. Es wäre nur ein Hinhalten, ein Aufschub für ungewisse Zeit gewesen, da die Geschicke, welche der politische Fatalismus Napoleons in dem Brütofen des selbstgeschaffenen Kaiserthums gewiß schon längst im Stillen für Europa bereitet, sich doch früher oder später vollendet haben würden. In allen Fällen aber war ein rechtzeitiges und rasches actives Vorwärtsgehen Preußens seiner Machtstellung und Staatsklugheit gemäßer, als die von ihm so beharrlich verfolgte mehr eigensüchtig preußische als ehrlich deutsche Neutralitäts- und Zauderpolitik, die das friedliche Interventionsprinzip auf gleiche Weise wie das kriegerische Nichtinterventionsprinzip für sich geltend machte und in Kreisen, die man als unbefangen bezeichnen darf, nicht nur für ein Zeichen stolzer Ausschließlichkeit, sondern auch der kurzsichtigen und kleinmüthigen Schwäche genommen wurde.

Doch nahm die preußische Politik die den Wünschen und Interessen des deutschen Volkes so sehr widerstrebende egoistische Färbung erst im Verlaufe des Conflicts an, und es ist daher nicht möglich, ihr in dieser Richtung nach mancherlei Schwankungen allmälig sich immer entschiedener gestaltendes Verhältniß zu den übrigen politischen Gruppirungen und die diesen Schwankungen zu Grunde liegenden Motive ihrem eigensten Wesen und Werthe nach zu beurtheilen, bevor wir nicht die Geschichte des Conflicts selbst in den Hauptphasen seiner politischen Entwickelung etwas genauer kennen gelernt haben, zu deren Betrachtung wir nunmehr übergehen.

Erstes Kapitel.

Der Conflict in den Hauptsachen seiner politischen Entwickelung.

1) Diplomatische Präludien. Beginn der Rüstungen und Friedensbemühungen. Thronrede Napoleon's.

Seit dem verhängnißvollen Neujahrsgruß, dessen inhaltschwere Bedeutung selbst der Blödeste begriffen, hatte es weder Napoleon noch sein italienischer Freund und Bundesgenosse an Schritten und Aeußerungen fehlen lassen, die, wie vorsichtig sie genommen waren, doch über das, was die beiden Verbündeten damit in erster und letzter Linie bezweckten, keinen begründeten Zweifel ließen. Immer klarer wurde, daß es bei dem muthwillig heraufbeschworenen Zerwürfniß zwischen den beiden Kaiserreichen keineswegs nur um diplomatische Verwickelungen und Schwierigkeiten, oder wie der „Morning Herald" noch im März meinte, um Discussionen zwischen Napoleon und Oesterreich handle, die im Publikum mißverstanden und vergrößert wurden, sondern um ganz positive und unzweideutige Forderungen, welche den bisherigen staatlichen Rechtszustand Europas von mehr als einer Seite in Frage stellten und selbst die Sicherheit Deutschlands zu bedrohen den Anschein hatten.

Vom Beginn des Conflicts an sehen wir daher, in achtunggebietender Allgemeinheit Erscheinungen eines Patriotismus in Deutschland zu Tage treten, welche bewiesen, daß in den Fragen der äußern Tagespolitik die erfreulichste Uebereinstimmung unter allen Ständen des Volks bis zu den Thronen herrschte. Diese Stimmung war nicht, wie der Constitutionnel behauptete, das Werk einer von Oesterreich inspirirten und wohl gar besoldeten Propaganda, die den Beruf hatte, die öffentliche Meinung in Deutschland aufzustacheln und gegen Frankreich zu hetzen; sie war viel-

mehr die Wirkung und Frucht eines Gemeingefühls, daß alle Herzen tief und lebendig ergriffen und, obgleich Napoleon keine einzige Handbewegung gemacht, kein einziges Wort über seine Lippen gelassen, welches Deutschlands Empfindlichkeiten reizen konnte, dennoch ums Alle mit der gewiß nicht grundlosen Besorgniß erfüllte, daß die Ereignisse des ersten Kaiserreichs sich wiederholen könnten. „Als man wußte, was Napoleon wollte", sagt der Verfasser der Flugschrift: „Die deutsche Frage und die Allgemeine Zeitung." (Leipzig, R. Hennings'sche Buchhandlung, 1859), „war klar, was Deutschland zu thun habe: sich dem ersten napoleonischen Gewaltstreich entgegensetzen, damit es selbst nicht dem zweiten zum Opfer falle." Aber es waren ausschließlich die deutschen Mittelstaaten, welche rasch und ohne Zeitverlust am Rhein die Offensive gegen Frankreich ergreifen, welche „heute helfen wollten, weil sie einsahen, daß sie morgen Oesterreichs Hülfe brauchen würden".

Oesterreich, durch die Pläne der Verbündeten in seinen italienischen Besitzungen und Rechten zunächst als europäische Großmacht bedroht, that, was es unter solchen Umständen nicht anders konnte; es rüstete und zwar in einem immer größern Maßstabe, je klarer die Ziele seiner Gegner zumal in ihren militärischen Maßnahmen aus dem Nebel arglistiger Verhüllung hervortraten. Während aber Napoleon behauptete, daß er keine Rüstungen vornehme, daß er auf dem Friedensfuß bleibe, wurden von ihm die österreichischen Rüstungen im offensiven Sinn gedeutet und verdächtigt. Damit begann das eben so klug ersonnene als durchgeführte Intriguenspiel, welches zuletzt die Isolirung Oesterreichs, den Kampf und dessen unvermeidlichen Ausgang zur Folge hatte.

Von hohem Interesse war es, die mannichfach wechselnde, in den Hauptrüstungen jedoch unveränderliche Stellung zu beobachten, welche die bei dem Conflict zunächst nicht betheiligten Mächte zu demselben einnehmen und die ihnen gestattete, ohne mitzuhandeln, eine wesentlich entscheidende Rolle zu spielen, wobei die Diplomatie und politische Intrigue ein überschwänglich reiches, wenn auch nicht immer glückliches Feld für ihre Thätigkeit fanden.

Daß die Erhaltung des Friedens der allgemeine und leichtverzeihliche Wunsch war, so lange die Thatsachen für den particularen Charakter des Zerwürfnisses sprachen, lag in der Natur der

Sache. Ohne Ursache wird auch die gewiegteste Macht sich nicht in einen allgemeinen Krieg stürzen. Aber die Ereignisse nahmen rasch einen allgemeinen Charakter an, der vom politischen und moralischen Standpunkt aus andere Forderungen an die neutralen Mächte stellte.

Unter allen Umständen wünschten Preußen und England auf der Grundlage der europäischen Verträge und zu deren Sicherung den Frieden zu erhalten, Rußland dagegen, wie aus Gortschakoff's Aeußerungen zu dem englischen Vertreter in St. Petersburg, Sir John Crampton, erhellt, allenfalls nur insofern, um seine Hülfsquellen zu schonen und die beabsichtigten großen Maßregeln für Verbesserungen im Innern des Reichs entwickeln zu können. An der Aufrechthaltung der Verträge war Rußland nichts gelegen; unverholen sprach es seine Hoffnung aus, daß der in Aussicht stehende Krieg mit der vollständigen Demüthigung des ihm verhaßten und bei der Verfolgung seiner orientalischen Politik ihm stets hinderlich im Wege stehenden österreichischen Staates endigen werde, und die von ihm vorgeschlagene Neutralität war daher Oesterreich gegenüber rein feindseliger Natur und in allen Stadien darauf berechnet, den Plänen seiner beiden Gegner allen möglichen Vorschub zu leisten und Oesterreichs Sieg in jeglicher Weise zu hindern. England war den italienischen Befreiungsentwürfen Napoleon's aus principiellen Gründen und stolz auf die Allianz des mächtigen Kaisers, günstig gestimmt, neigte aber wegen der russisch-französischen Umtriebe in den Donaufürstenthümern und in Serbien, die dort die Doppelwahl Cusa's, hier die von Miloschz zur Folge hatten, so lange das Derby'sche Ministerium am Ruder stand, zu Oesterreich, und nur Preußen huldigte eine Zeit lang aus reiner Liebe zum Frieden und, wie es schien, ohne eigennützige Nebengedanken der Neutralitätspolitik, die ihm als Erbschaft aus den Zeiten seit Friedrich's des Großen Tode zugefallen, aber auch schon vielfach verderblich geworden war. Wie England theilte auch Preußen die grundirrthümliche Ansicht, daß der Conflict aus wie immerhin beklagenswerthen Irrungen und Mißverständnissen entstanden sei, welche die Frage der alleinigen Basis entrückte, die Europa gutheißen kann und darf, sobald es sich um die großen Principien der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung handelt, wie Hr. v. Schleinitz in seiner Depesche vom 24. Juni an die k. Gesandten zu London und

St. Petersburg bemerkt. In dieser Anschauung haben wir aber auch zu gleicher Zeit den leitenden Grundgedanken zu suchen, durch welchen sich Preußen von Anfang an bestimmen ließ, als eine „mit allen betheiligten Mächten befreundete" Macht einerseits wie andererseits als deutsche Bundesmacht, eine neutrale und vermittelnde Stellung einzunehmen.

Die vermittelnde Neutralitätspolitik fand allerdings zum Theil in der damaligen Lage der Dinge ihre Entschuldigung. Noch war aber der Krieg nicht ausgebrochen, das Ziel des zu erwartenden Kampfes wohl von keiner Seite schon positiv festgestellt, ja die Unvermeidlichkeit des letzteren nicht bewiesen, auch namentlich von Preußen in Zweifel gezogen und sonach insbesondere für diesen Staat kein Anlaß gegeben, Partei für den einen oder andern Gegner zu ergreifen oder auf die von Anfang an ins Auge gefaßten Friedensbemühungen und auf die Hoffnung eines günstigen Erfolgs zu verzichten. Von Seiten Napoleon's und der französischen Presse geschah zugleich alles, um der preußischen Friedensrichtung durch Irreleitung der Ansichten in die Hände zu arbeiten. Kein Mittel wurde gescheut, um Oesterreich die Sympathien seines mächtigsten natürlichen Bundesgenossen zu entziehen, seine Regierungspolitik zumal in Bezug auf die italienischen Provinzen zu verdächtigen und den Schein zu fördern, als ob es den Krieg provocire. Man begann die Nationalitätenfrage mehr in den Vordergrund zu schieben und bemühte sich nachzuweisen, daß Oesterreich niemals dem constitutionellen Princip Folge geben könne noch wolle, und deßhalb müsse es aus Italien verdrängt und seiner ursprünglichen Mission zurückgegeben werden, die nicht darin bestehe, den barbarischen Völkern Südeuropas deutsche Gesittung und Bildung zuzuführen, sondern als eine der deutschen Großmächte den Zusammenstoß zwischen Rußland und Frankreich unschädlich zu machen.

Willig lieh man solchen Scheinansichten sein Ohr. Entscheidend aber für Urtheil und Stimmung in Preußen wurde die Rede, die der Kaiser Napoleon am 7. Febr. bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers hielt und in welcher er die leitenden Grundsätze seiner Regierungspolitik in Zügen zeichnete, die man hochherzig und edelsinnig nennen müßte, hätten die folgenden Ereignisse nicht die Ansicht derer bestätigt, welche darin nur ein großartiges Mittel erblickten, das Urtheil der Welt für sich und den Glauben an den

Frieden zu gewinnen. Für schwachsinnige Gemüther, für eine wohlmeinende und deßhalb vielleicht kurzsichtige Politik lautete es zu verführerisch, zu verfänglich, als daß man es nicht für baare Münze hätte nehmen sollen, wenn darin nicht nur die guten Beziehungen zu England und Rußland, sondern auch zu Preußen mit besonderem Nachdruck hervorgehoben und in demselben Moment, wo man Bündnisse zum Sturz der europäischen Verträge und Rechtsverhältnisse geschlossen hatte, Friedenshoffnungen und Versicherungen gegeben waren, dahin gehend, daß die kaiserliche Politik unerschütterlich auf dem Wege des Rechts, der Gerechtigkeit und nationalen Ehre verharren werde, wenn es in schlauer diplomatischer Wendung daneben weiter hieß: „*er liebe zu glauben*, daß seine Politik keinen Augenblick aufgehört habe fest und versöhnend zu sein" und vorbeugend hinzugefügt war: es sei seine beständige Politik gewesen, *Europa zu versichern*, daß die Aera der Eroberungen nicht wieder beginnen werde; Frankreich wisse, daß nie persönliches Interesse oder persönlicher Ehrgeiz seine Handlungen geleitet habe, aber Italien befinde sich in einem anormalen Zustande, und daß die Ordnung in diesem Lande nur durch fremde Truppen erhalten werden könne, beunruhige die Diplomatie; Frankreich habe überall sein eignes Interesse zu verfolgen, wo es sich darum handelt der Sache des Rechts und der Gesittung zum Siege zu verhelfen, und fest sei der Kaiser entschlossen, wie bei Herstellung der Donaufürstenthümer, in Italien den regelwidrigen Zuständen ein Ende zu machen, die dem Glücke dieses Landes entgegenstehen, und den Verbindlichkeiten nachzukommen, die für ihn aus der Freundschaft mit Piemont und dem gemeinschaftlichen Interesse der beiden Länder erwachsen.

Diese Rede war nur der ergänzende und bestätigende Widerhall der Ansichten, die der in alle Geheimnisse der napoleonischen Ideen eingeweihte kaiserliche Staatsrath Laguerronnière in seiner Flugschrift „Napoleon III. und Italien" zu Tage gefördert. Verträge sind nicht ewig, lautet diese neue völkerbeglückende Lehre, und der Vertrag, welcher einen Theil von Italien an Oesterreich band, gilt nichts, da er gegen das moralische Recht und gegen das allgemeine Gewissen läuft, und es eine Sache der Humanität und Gerechtigkeit ist, ohne Rücksicht auf historisch begründete Rechtsverhältnisse die Völker sich selbst wiederzugeben.

Napoleon erreichte mit der Rede vollkommen, was er bezweckte, es folgte ihr ein förmlicher Umschwung der Ansichten und Stimmungen in einem großen Theile der politischen Welt. Die Discussion der italienischen Frage konnte seitdem nicht mehr unterdrückt werden, und wer nicht tiefer sah, fühlte sich von Bewunderung und Vertrauen zu dem Manne erfüllt, welcher durch das bloße Wort schon die Triumphe gefeiert, die er noch erst mit dem Schwerte zu erreichen im Begriffe stand.

Die Rede kam, trotz ihrer Friedlichkeit, einer factischen Kriegserklärung gleich. Kühn deutete die „Patrie" wenige Tage darauf an, daß der Krieg nur zu vermeiden sei, wenn die Forderungen des Kaisers erfüllt würden. Die gleichzeitige Räumung Roms und der Legationen durch die fremden Truppen war leicht zu bewerkstelligen, wenn es dem Kaiser Napoleon jemals Ernst gewesen, die französischen zurück zu ziehen, und Reformen würden im Kirchenstaat wie in den Herzogthümern sich von selbst gemacht haben, hätte man sich damit begnügen wollen; die Souveränetätsfrage bildete aber schon damals den schwersten Stein des Anstoßes, und Cavour wagte sogar (18. März) Oesterreich der Verletzung der Tractate durch die Occupation anzuklagen, mögen letztere nun durch italienische Fürsten berufen oder zugestanden sein, da kein Herrscher das Recht seiner Unabhängigkeit freiwillig aufgeben dürfe.

Trotz alle dem beharrte Preußen bei dem Glauben an die napoleonische Friedenspolitik und Uneigennützigkeit, indem es erklärte, in der Lage der Dinge eine Gefahr für die von den europäischen Mächten gewährleisteten Verträge nicht zu erkennen und daher auch keinen Anlaß zu haben, mit Oesterreich und England ein Bündniß zu schließen, wie dies allgemein gewünscht und erwartet worden war als das einzig sichere Mittel, den Frieden zu erhalten oder mit Ehren einen unvermeidlichen Krieg herbeizuführen.

Dieser einseitig friedlichen und bedeutungslosen Auffassung des Conflicts war es denn auch ganz entsprechend, wenn die preußische Circularnote an die Gesandten bei den deutschen Höfen vom 12. Febr. in Entwickelung der Grundsätze der preußischen Politik bezüglich der Kriegsfrage, deren Aufgabe als eine vermittelnde bezeichnete, während die südwestlichen deutschen Staaten, auch Hannover und Sach-

sen actives Vorwärtsgehen und demgemäß vor allen Dingen die Aufstellung eines Observationscorps am Oberrhein forderten und das deutsche Volk in seiner großen Gesammtheit vom Bunde die Befriedigung der Oesterreich schuldigen militärischen Bundespflicht erwartete, zugleich aber auch die Gelegenheit gekommen sah, die Freiheitskriege da wieder aufzunehmen, wo wir sie fallen gelassen, um das damals Versäumte: die Wiedergewinnung des Elsaß und Lothringens, nachzuholen.

Die officielle preußische Presse zeigte, daß sie den wahren Standpunct der Lage nicht begriff; in ihr klangen die Friedensversicherungen der napoleonischen Rede und die blendenden Trugschlüsse der von ihr inspirirten französischen Blätter wieder als ein trauriges Zeugniß des Mangels an selbstständiger und großsinniger Beurtheilung der Dinge. In einem Leitartikel vom 15. Febr. bezeichnet die Preußische Zeitung den Conflict als bloße Befürchtungen, die durch diplomatische Spannung zwischen dem Wiener und dem Tuilerien-Kabinet hervorgerufen, seit der französischen Thronrede sichtliche Besserung erfahren; das Vertrauen sei ein gehobenes, da sich auch Frankreich auf den Boden der Verträge stelle, deren unverletzte Aufrechthaltung die unabweisliche Grundlage für die Allianz des französischen Kaiserreichs mit England bilde.

Das Volk und die nichtofficielle Presse in Preußen waren inzwischen erbittert über den allarmirenden Charakter der französischen Politik und die Bemühungen der französischen Regierung, Preußen im Fall eines Kriegs zu neutralem Verhalten zu stimmen; man sprach davon, daß für die feste Zusicherung der Neutralität Preußen Hoffnung auf Hannover und Oldenburg gemacht worden sei, und fühlte, daß je entschiedener Preußen solche Forderungen abweise, je mehr man in Paris inne werde, daß das Berliner Kabinet eintretendenfalls die preußischen und deutschen Interessen mit Nachdruck gegen französische Angriffe in Schutz zu nehmen bereit sei, desto eher dann auch der Friede erhalten bleiben werde. Aber auch bei diesen an und für sich richtigen und billigenswerthen Anschauungen herrschte stets der Wunsch nach Erhaltung des Friedens vor, und auf jede Weise suchte man den Gedanken des Kriegs und der activen Theilnahme Preußens daran von sich abzuwehren.

2) Die Tagesfrage im diplomatischen Fahrwasser. Mission des Lord Cowley nach Wien. Friedensschwankungen an der Seine. Beginn der Friedenscomödie an der Spree. Ziele napoleonischer Politik.

Der Constitutionnel und andere französische Blätter haben es dem Kaiser Napoleon hoch angerechnet, daß er die Frage auf den diplomatischen Weg zu leiten suchte, was in der zweiten Hälfte des Februar geschah, indem er es der europäischen Diplomatie überließ, eine Lösung der Verwickelungen zu suchen, an die sich so stark beunruhigende Gerüchte und Befürchtungen von Eroberungsgelüsten des Kaisers geknüpft hatten. Wir haben vielleicht nicht alles, was Napoleon will und that, ins Schwarze zu deuten, aber wir irren gewiß nicht, wenn wir annehmen, daß er in der diplomatischen Behandlung der Frage das einzige sichere Mittel erblickte, die Entscheidung in die Länge zu ziehen und auf diese Weise das kampfbegierige Oesterreich vor einem vorzeitigen Angriff des Genossen abzuhalten, noch ehe die zu dessen Unterstützung bestimmten Rüstungen vollendet waren, und darum wählte er jetzt diesen Weg, nicht aus Mäßigung und weil er aufrichtig den Frieden wollte, sondern um durch den Schein der Mäßigung und Friedensgesinnung Oesterreich in den Augen der Mächte moralisch zu entwerthen, da er wohl wußte, daß es dessen Ehre nicht gestatten würde, dem Zwange der an ihn gerichteten Zumuthungen nachzugeben. England und Preußen freilich waren anderer Meinung, und ihre Blätter machten fast insgesammt Chorus mit der französischen in der apologetischen Verherrlichung der napoleonischen Mäßigung und Friedensgesinnung.

Die Bemühungen der preußischen und englischen Diplomatie, gegenseitige Mißverständnisse der betheiligten Staaten zu heben und Nachgiebigkeiten zu erzielen, die bis jetzt unter der Hand fortgedauert, zeigten sich seit einiger Zeit rühriger als sonst, aber nichts weniger als in einer Richtung, die der Sache Oesterreichs und der Selbstständigkeit der Verträge förderlich war. Man konnte ihr aber leicht in die Karten sehen und merken, nach welcher Seite sie sich neigte, was Napoleon nicht entging, der mit meisterhaft diplomatischer Vorsicht Worte, Noten und Handlungen mied, welche den Willen verrathen konnten, den Krieg zu provociren. Oesterreich dagegen wünschte in allen Fällen offen nicht Vermittler, sondern

Alliirte; doch zeigte es sich geneigt über die italienischen Forderungen mit Preußen oder England in Unterhandlung zu treten, sofern die Verträge *) nicht davon berührt würden; es erklärte sich bereit, seine Besatzungen aus den Marken in demselben Augenblicke zurückzuziehen, in welchem die französischen Truppen Rom und Civita-Vecchia verlassen, und versprach, dem römischen Stuhl administrative Reformen freundschaftlich anzurathen, ohne auf sein verfassungsmäßiges Besatzungsrecht in den Legationen und die Separatverträge zu verzichten. Bedenken wir, daß dieser letztere Punct, die Aufhebung oder Revision der Separatverträge, welche gefordert wurde, der wesentlichste und verfänglichste von allen und nur die Formel war, hinter welcher Napoleon nicht nur die Nothwendigkeit von Regierungsveränderungen in den Herzogthümern,

---

*) Wir erinnern an Bekanntes, wenn wir erwähnen, daß Toscana und Modena die Secundo- und Tertiogenitur des österreichischen Kaiserhauses bilden, das auf diese Länder ein in den angezweifelten Verträgen ausdrücklich gewahrtes Heimfallsrecht besitzt. Das Besatzungsrecht in Piacenza, Comacchio und Ferrara ist Oesterreich durch die Verträge von 1815, das in den Marken (Bologna, Ancona) durch spätere freiwillige Uebertragung zugewiesen, und Anstand konnte daher nur der 1848 mit Parma und Modena abgeschlossene Vertrag bieten, der Oesterreich das Durchzugsrecht in diesen Staaten einräumt und es zur Intervention im Fall eines Aufstandes ermächtigt, während der mit Neapel wegen Aufrechthaltung gleichen Regierungsprincips schon längst antiquirt war. Unbegreiflich ist, wie die angesehensten englischen Blätter noch in allerjüngster Zeit den Ansprüchen der verjagten Herzöge jede historische Berechtigung absprechen können, wollen wir es nicht aus einer absichtlichen Ignorirung der Geschichte erklären. Aber nicht blos dies! Der Courrier du Demanche vom 11. Sept. spricht sogar von einer englischen Depesche an das Wiener Kabinet, worin Lord John Russel, in Anwendung auf die Herzogthümer den Grundsatz vertheidigt, daß die Völker ein Recht haben, ihre Dynastien und ihre Regierungen zu wechseln, gleichviel, ob diese sich auf das Recht der Erblichkeit oder auf internationale Verträge stützen, und es ist leicht erklärlich, wenn diesen revolutionären, napoleonischen Grundsätzen Oesterreich mit der Erklärung entgegentrat, daß die Regierung Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph niemals das Recht zum Aufstande und zur Proclamation der Thronverlustigkeit der legitimen Dynastien und zum Umsturze der regelmäßigen Gewalten den Völkern zugestehen könne; daß alle Vorgänge in den Herzogthümern eine Verletzung aller anerkannten Grundsätze und alten Grundlagen des politischen Codex von Europa ausmachen, daß das von Lord John Russel für die Völker in Anspruch genommene Recht weder Indien noch Canada, noch den Jonischen Inseln, noch Malta und Irland gestattet worden sei.

sondern auch die bis jetzt kaum mit einer Silbe erwähnte Forderung von Reformen in Lombardei-Venetien und was weiter daraus folgen sollte, zu verstecken suchte, so wissen wir, wie wir es zu fassen haben, wenn Napoleon fortwährend an die Separatverträge seine Hauptbeschuldigungen gegen Oesterreich knüpfte, und Sorge trug, daß sie bei den bevorstehenden diplomatischen Verhandlungen mit überwiegendem Nachdruck in den Vordergrund gestellt wurden.

Wohlweislich war zum Träger dieser Verhandlungen der noch heut wie damals ganz im napoleonischen Interesse befangene Lord Cowley gewählt worden, der seine Mission nicht nur im Einverständniß, sondern wie nicht zu bezweifeln, selbst auf Veranlassung Napoleon's übernahm und sich dabei von den Ansichten und Wünschen der preußischen Regierung unterstützt sah, die in allen Puncten mit den vorläufig aufgestellten Grundlagen der Vermittlung übereinstimmte. Es eröffnete sich damit ein diplomatisches Comödienspiel, daß von keiner Partei vollkommen ernst genommen wurde und aus dem Grunde nothwendig ohne Resultat bleiben mußte, weil dies der Zweck war, den es nach Napoleon's Intentionen haben sollte.

Verfolgen wir Lord Cowley's diplomatische Reisen von Paris nach London, wo er am 19. Febr. anlangte, und von London nach Wien, wo er am 27. Febr. eintraf, und vergleichen wir die oft sehr widersprechenden Nachrichten der Blätter darüber, so ist klar, daß ein mehrfacher Zweck im napoleonischen Sinn und Interesse erreicht werden sollte. Nach London begab sich der Abgesandte einmal, um Englands Neutralität in dem bevorstehenden Kampfe durchzusetzen, was ihn auch gelang und wodurch später zugleich Preußens Haltung bestimmt wurde, sodann die Willensmeinung Napoleon's in Bezug auf die Union der Donaufürstenthümer kund zu geben, worüber ein Congreß im Gange war und die unter allen Umständen gegen Oesterreichs Willen durchzusetzen jetzt Napoleon's erste und angelegentlichste Sorge war, nicht nur alsdann, wie er sich hatte merken lassen, die italienische Frage fallen zu lassen, sondern um Oesterreich zuerst an der untern Donau und nachher am Po zu schlagen. Nach Wien ging Lord Cowley unstreitig gleichfalls auf Inspiration Napoleon's in officiellem Auftrage, um dem Wiener Kabinet Englands Vermittlung zur Beilegung des italienischen

Conflicts anzubieten und nach Maßgabe der napoleonischen Forderungen, wie man wähnte, im Interesse des Friedens, wohlgemeinte, aber ernstliche Vorstellungen zu machen. Das englische Kabinet betrachtete diese Sendung als eine durchaus versöhnliche, da es auf die Zusicherungen baute, die es betheiligter Seits über die Zurückziehung der fremden Truppen aus Mittelitalien erhalten hatte. Die diplomatische Discussion blieb bei der Occupations- und Reformfrage in Bezug auf den Kirchenstaat und bei der Revision der Separatverträge nicht stehen, sondern dehnte sich auf den Vorschlag einer gesonderten Verwaltung für Lombardei und Venedig aus, den Lord Cowley zu machen beauftragt war. Die „Morning Post" bemerkte sehr richtig hierzu, daß ohne ein solches Zugeständniß der Antagonismus zwischen dem sardinischen und dem österreichischen System fortbestehen würde, andererseits bleibe es schwer, sich die Ausführung des Details zu denken, da der Plan nicht weniger als ein Aufgeben der gesammten Habsburgischen Politik bedinge und bald ähnliche Forderungen der Ungarn, Böhmen, Polen und Deutschösterreicher nach sich ziehen würde. Dennoch glauben wir, daß die Mission nicht an einem derartigen Bedenken allein scheiterte, sondern hauptsächlich wohl an der Ueberzeugung Oesterreichs, daß selbst in diesem Zugeständniß das franco-sardische Begehren seine volle Befriedigung nicht gefunden haben würde. Da nun, wie es scheint, Lord Cowley von dem österreichischen Kabinet kaum einmal die feste Zusicherung einer freiwilligen Revision der Verträge erhielt, so durfte seine Mission nicht sowohl im Sinne Frankreichs als Englands als mißlungen angesehen werden, da weder Napoleon, dessen eigene Existenz ohne das Ableitungsmittel eines auswärtigen Krieges auf dem Spiel stand, noch der König von Sardinien, dem an österreichischen Verwaltungsreformen in Lombardo-Venetien ohne eigenen Macht- und Ländergewinn nichts gelegen war, ein Gelingen gewünscht, aber auch nicht erwartet hatten. Mit Recht war man daher zu jener Zeit in Paris der Ueberzeugung, daß die Mission Cowley's, an deren Aufrichtigkeit und Ersprießlichkeit das preußische wie das englische Kabinet so vertrauensvoll geglaubt, oder zu glauben Miene gemacht hatten, so weit es sich dabei um Frankreich handelte, nichts war als eine Kriegslist. Das einzige Sichere, was erlangt worden war, bestand darin, daß Oesterreich versprochen, seine Truppen aus den

Legationen zurückzuziehen, wenn die Landesregierungen deren Anwesenheit zur Aufrechthaltung der Ordnung nicht mehr für nöthig erachteten. War hierdurch das Anormale in der Lage Italiens, wie es Napoleon am 7. Febr. bezeichnete, wenigstens gemildert, und hatte man Ursach, den Umstand zu betonen, daß durch diese „friedliche Intervention" Englands und Preußens die Frage zu einer europäischen erhoben worden sei, so konnte dieser Standpunct von Oesterreich, ohne seine eigenen Interessen und die der Verträge zu gefährden, nicht festgehalten werden, da sich schon damals das Unzulängliche der Vermittlungsversuche in dem Umstande zu erkennen gab, daß England und Preußen irgend eine Verpflichtung durch ein förmliches Uebereinkommen oder Bündniß selbst in dem Fall nicht einzugehen erklärten, wenn Wien die Vermittlungsvorschläge annehme und Paris sie zurückweise.*)

Unstreitig hatte auch Oesterreich erkannt, daß es sich bei der Cowley'schen Mission, sofern wir diese als das Werk der napoleonischen Politik betrachten, nur um Aufschub und andere verdächtige Zwecke handle, und da wir keine weiteren Gründe kennen, weshalb es sich diese Unterhandlungen gefallen ließ, deren Vergeblichkeit ihm am ersten einleuchten mußte, so kann es nur Nachgiebigkeit gewesen sein, die es zur Theilnahme daran bewog. Um so weniger ist es zu begreifen, wie nicht nur Frankreich, sondern auch Preußen der österreichischen Regierung Hartnäckigkeit und Halsstarrigkeit vorwerfen konnte, vornehmlich wenn wir es erwägen, daß Oesterreich die gewichtvolle und bedenkliche Aufgabe zugefallen war, gegen revolutionären, propagandistischen Uebermuth, der ihm einen unerhörten Angriff vorbereitete, die Rechte der souveränen Staaten, die Heiligkeit der Verträge, die legitime Ordnung und das Gleichgewicht Europas zu vertreten.

Das Mißlingen der Cowley'schen Mission erhob den Krieg zur Gewißheit, ohne ihn doch sogleich in nächste Nähe zu rücken, wurde aber noch zuvor von Napoleon, für den die Zeit dazu noch

---

*) Wir begreifen jetzt, wie die Königin Victoria und Lord Malmesbury später dazu kamen, vor dem Parlament ihr Bedauern auszusprechen, daß man nicht auf Cowley's Bemühungen fortgebaut habe, finden es aber sehr natürlich und angedeutetermaßen in der Sachlage begründet, wenn dies nicht geschah.

nicht gekommen war, im Interesse des Kriegs auf die schlaueste Weise benutzt und erfolgreich ausgebeutet, und hierzu setzten ihn ohne Zweifel die Mittheilungen in Stand, welche ihm über die Resultate der Mission aus guter Quelle rechtzeitig zuflossen. Wir wüßten uns sonst nicht die merkwürdige Schwankung zu erklären, die jetzt an der Seine eintrat, und deren Trüglichkeit von allen Staaten, nur nicht von Preußen scheint erkannt worden zu sein. Es war die Zeit des Einlenkens, die allerlei klugberechnete Listen ans Tageslicht brachte.

Oesterreich hatte wohl die erwähnten Zusagen gemacht, aber nicht die, um welche sich das napoleonische Begehren hauptsächlich drehte: das Aufgeben oder die Revision der Separatverträge, und da es die fortgesetzten Beleidigungen und Vertragsverletzungen Piemonts, das die Truppen der andern italienischen Staaten aufforderte, ihre Fahne zu verlassen, und fortfuhr, die Beurlaubten einzuberufen und österreichische Deserteure in Kriegsdienste zu nehmen, ja am 8. März die Bildung von Freiwilligen-Bataillonen unter Garibaldi's Commando beschloß, nicht ferner mehr dulden wollte und zur Abwehr solcher Ungebühr wohl selbst mit bewaffnetem Angriff gedroht haben mochte, so war Oesterreich jetzt auf dem Wege, wo Napoleon es haben wollte, und auf dem es nothwendig in die Falle gerathen mußte, die Letzterer ihm gestellt hatte. Es galt, Oesterreich in den Augen der Welt als den allein schuldigen, herausfordernden und streitsuchenden Theil erscheinen zu lassen. Darum stimmte der Kaiser und mit ihm die gesammte französische Presse aus allen Ecken und Enden den Friedenston an. Der Budgetcommission des gesetzgebenden Körpers ließ Napoleon am 3. März ein Friedensbudget vorlegen, um seine Mäßigung und nachgiebige Gesinnung zu zeigen, während Frankreich im vollen Kriegszustande sich befand, seine Rüstungen im umfänglichsten Maße fortsetzte und die Regierung so verwegen war, mit der savoyischen Victor-Emanuelsbahn, obgleich dieselbe durch denjenigen Theil Savoyens führt, welcher der Schweiz in den Verträgen von 1815 als neutral zugewiesen wurde, einen Truppentransport abzuschließen. Das erheuchelte Zerwürfniß mit dem Prinzen Napoleon war nach demselben Ziele gerichtet. Er, die Seele der Kriegspartei, war plötzlich, natürlich auf sein eigenes Ansuchen, — er wollte sich in die Ruhe des Privatlebens zurückziehen! — seiner Stellung als In-

haber der Ministerien für Algier und die Colonien, wie überhaupt aller seiner Ehren und Würden enthoben, ein Zugeständniß, das der Kaiser, wie sich von selbst versteht, im Einverständniß mit seinem vielgeliebten Vetter, der öffentlichen Meinung in Europa machte, aber nur zum Schein, denn die innigen politischen Beziehungen zwischen den beiden hohen Verwandten blieben nach wie vor die nämlichen, und nur preußische und englische Blätter träumten von Napoleon's Friedensabsichten, der „Morning Herald" bildet sich ein, daß der „Pacificator Europas", Napoleon III., dies Opfer der englischen Allianz bringe, und die „Times" meint sogar, man gehe vielleicht am sichersten, wenn man in der Resignation ein neues Beispiel erblicke von des Kaisers „ängstlichem Zartgefühl in allen Dingen, welche die öffentliche Ruhe Europas betreffen", — natürlich, damit er desto besser im Trüben fischen könne. Dazu gesellten sich die Friedenslügen der officiellen französischen Presse, in welche die übrigen Blätter einstimmten. Namentlich aber ist es eine Moniteurnote vom 5. März, welche uns versichert, Frankreich rüste nicht, der Effectivbestand seiner Armee sei nicht über den Friedensfuß vermehrt. *) Zugleich wird das englische Kabinet mit der Erklärung beruhigt, die Rüstungen Frankreichs seien keine außergewöhnliche Maßregel, sie hätten keinen speciellen Zweck, und die diplomatischen Vertreter Frankreichs erhalten den Auftrag, die Friedensmeinung in aller Weise zu unterstützen. Während jedoch der Moniteur die französischen Kriegsrüstungen abläugnet, giebt er ganz naiv zu, der Kaiser habe den König von Sardinien gegen einen Angriff Oesterreichs zu schützen versprochen und werde sein Wort halten; und systematisch ergänzt der Constitutionnel diese Behauptungen, indem er sich bemüht, aus den Truppenanhäufungen und militärischen Maßregeln Oesterreichs in Italien zu beweisen, daß dieses der angreifende Theil und der Kaiser verbunden sei, die von Piemont in diesem Fall begehrte Hülfe zu gewähren.

Es half jetzt nichts, daß die Berliner Nationalzeitung im ersten noch frischen Feuer des Patriotismus über jene Moniteur-

*) Bemerkenswerthe Parallele, Moniteurnote vom 7. Mai: „Es ist unrichtig, daß Frankreich eine Armee am Rhein sammle; die dortigen Garnisonen wurden nicht um ein einziges Regiment vermehrt!"

Note den Stab brach, wenn sie dahin sich ausließ, daß diese Note das Mißtrauen der deutschen Nation rechtfertige, über welches Napoleon erstaunt sei, und der Hoffnung sich hingab, die Absicht des Moniteur, Preußen von dem übrigen Deutschland zu trennen und in eine passive Haltung zu bringen, werde unter allen Umständen mißlingen; es half nichts, daß man damals in den napoleonischen Forderungen bezüglich der Auflösung oder Abänderung der Separatverträge nur vorgeschobene Posten, nicht die eigentlichen und letzten Zielpunkte der französischen Politik erblickte; es half nichts, daß man auch in England gegen jene Spiegelfechtereien nicht blind war und selbst die „Times", die Vergötterin und Heroldin des napoleonischen „Zartgefühls", einmal sarkastisch bemerkte: „Wir sollen dem französischen Kaiser glauben, daß schwarz weiß, Dunkel Licht, ein Regiment französischer Soldaten eine Quäkergemeinde und ein Angriffsplan ein Versehen ist", es half das alles nichts, denn die französische Presse bewies haarscharf, daß Oesterreich den Krieg provocire, nachdem Napoleon durch die Moniteur-Note und die Entfernung des Prinzen die ersten Concessionen gemacht, und was das Schlimmste war, die preußische Regierung schenkte allen jenen journalistischen und diplomatischen Täuschungen, die der Blinde als solche erkennen konnte, nicht nur Gehör, sondern auch unbedingten Glauben!

Man darf hier wohl die Stelle einer spätern Depesche (vom 24. Juni), die Herr von Schleinitz an die K. Gesandten in London und St. Petersburg richtete, anführen, in welcher er, um die preußische der Rechtfertigung freilich nur allzusehr bedürftige Neutralitätspolitik zu entschuldigen, sich also vernehmen läßt: „Auch glauben wir berechtigt zu sein, von den unzweideutigen Erklärungen des Kaisers Napoleon und seinem Entschlusse, für Frankreich weder Eroberungen noch Gebietsvergrößerungen anzustreben, Act zu nehmen. Diese von vornherein klar und bündig ausgesprochene Absicht, welche spätere Erklärungen nur noch bestätigten, erscheint uns als ein werthvolles Pfand für unsere Hoffnung auf eine friedliche Lösung und als eine der Voraussetzungen, auf Grund deren man hoffentlich nun bald in gemeinsamen Einverständniß zur Auffassung von Vorschlägen gelangen wird, welche an die kriegführenden Mächte zu richten sind." Es ist ein starkes Wort, aber wir wissen, was wir sagen und dürfen

uns dieserhalb dreist auf das berufen, was noch in der allerjüngsten Gegenwart geschehen, wenn wir Louis Napoleon den großartigsten politischen Charlatan nennen, der je auf einem Thron gesessen, einen Staatskünstler, der bar aller höheren politischen Grundsätze und Ueberzeugungen das gesammte Völker- und Staatenleben nur als ein Mittel in seiner Hand betrachtet, um Ziele eines grenzenlosen Ehrgeizes zu erreichen, und der es versteht in scharfsinniger und kluger Benützung der Umstände, die gesammte so gewiegte europäische Diplomatie an der Nase herumzuführen. Wahrlich ein starker Köhlerglaube gehört dazu, auf die Worte eines solchen Mannes zu schwören und auf ihr die Hoffnung dauernden Friedens zu bauen! Wir bedürfen keiner militärischen Unterjochung mehr; unsere moralische kommt in ihren Wirkungen jener völlig gleich. In bedientenmäßiger Unterhänigkeit tragen wir die Schleppe des kaiserlichen Mantels, und fast möchte man glauben, die diplomatischen Fühlhörner und Verstandesorgane seien von den gewöhnlichen verschieden, sähe man nicht, daß auch die sonst unabhängige preußische Presse zum Theil ähnlichen Anschauungen huldigte, und wo dies in so auffälliger Weise nicht der Fall, hatte doch die Friedensrichtung sich der Gemüther unentrinnbar bemächtigt. „Nie werde", bemerkt voll edlen Ungestüms die Nationalzeitung, „Preußen Frankreichs Pläne billigen und unterstützen, es werde sein ganzes Gewicht zur Aufrechthaltung des Friedens einsetzen, übereiltes Drohen aber nur den Erfolg haben, die Eigenliebe des französischen Volks zu wecken und der Regierung die Zustimmung desselben zuzuwenden, da es jetzt noch spröde sei", als hätte der Friede, wenn überhaupt durch etwas anderes erhalten werden können, als durch ernstgemeinte, auf eine marschbereite Armee gestützte Drohungen, und als wäre es des preußisch-deutschen Heldenmuthes würdig, nur dann den Krieg gegen Frankreich zu wollen, wenn man sieht, daß dessen Regierung auf die Sympathieen des französischen Volks nicht rechnen könne. Einem so zaghaften Verhalten gegenüber, das doch ein Recht zu sein vermeinte, mußte freilich der gleichzeitige Ruf Süddeutschlands nach einmüthiger bewaffneter Erhebung, der nur von einer Partei der „Partei des entschlossenen Widerstandes" etwas wissen wollte, nothwendig immer unbequemer werden, je näher die Zeit des Kampfes heranrückte.

Auch das Abgeordnetenhaus zu Berlin hatte, um die angeb-

liche liberale Reorganisation nicht zu erschweren, in der denkwürdigen Sitzung vom 9. März dieser absoluten Friedensrichtung der Regierung seine Zustimmung ertheilt, als es in einmüthiger Begeisterung wie Ein Mann nach der schwungvollen Rede sich erhob, in welcher der Minister des Innern auch seinerseits die Mißkennung der allgemeinen Lage, insofern documentirte, als er behauptete, daß die Besorgnisse nicht auf einzelnen scharf ausgeprägten Fragen, sondern auf tiefer Verstimmung zwischen einzelnen Staaten beruhen, der gegenüber die Regierung keinen Augenblick zweifelhaft sei, den Verträgen die gebührende Achtung zu verschaffen, und sie erstrebe dies mit allen Mitteln, in günstiger Stellung nach beiden Seiten hin mit voller Unbefangenheit aufzutreten und mit Festhaltung des gemeinsamen nationalen Interesses auf Ausgleichung bestehender Differenzen hinzuwirken.

Die Betonung des deutschen Standpunktes, die Andeutung, daß die Interessen Deutschlands von jenen der preußischen Lande nicht getrennt gedacht werden könnten, war in Bezug auf Preußen wohlgemeint, und der damaligen allgemeinen Stimmung nur als ein improvisirtes aber täuschendes Zugeständniß abgerungen und deshalb ohne thatsächlichen Erfolg. Bei solchen Manifestationen der in Preußen herrschenden Richtung finden wir es daher ganz erklärlich, wie der Moniteur es wagen konnte, den Artikel vom 15. März an Deutschland zu richten, der in einem ungebührlichen, schulmeisterlichen Tone uns belehren wollte, was wir zu thun und zu lassen haben, der Deutschland das Recht absprach, in dem Conflict seinen Einfluß geltend zu machen und seine Interessen mit allem Nachdruck zu vertheidigen, ihm auch zugleich versicherte, Frankreich sympathisire mit seiner Nationalität und deren Geltendmachung; ein Artikel, der es uns zum Verbrechen anrechnete, an den guten Gesinnungen des Kaisers Napoleon zu zweifeln, weil dies ein Eingriff in die Unabhängigkeit seiner Politik sei, und dann behauptete, Preußen allein habe seine Stellung zu der Frage begriffen, Preußen nur zeige sich unpartheiisch, und, in seinem vermittelnden Bemühen mit England geeint, werde es dadurch der Sache des Friedens dienen; wir finden es erklärlich, wenn die „Patrie" vom 1. März voll des Lobes für das kluge Benehmen und die Rückhaltung Preußens war und von ihm rühmte, daß es die Politik Oesterreichs in Italien und seine Verträge nicht

billige, und wenn man hierin die Gründe seines neutralen Verhaltens erblickte, wodurch Oesterreich mehr und mehr isolirt wurde.

Wir können nicht leugnen, wie im übrigen Deutschland, und selbst unter den deutschen Flüchtlingen an der Seine, rief diese Moniteurnote auch an der Spree die größte Entrüstung hervor. Die dortige Presse wiederholte, daß es eine Unmöglichkeit sei, Preußen von Deutschland zu trennen, und nur die besonnene und aufrichtige Wahrung der deutschen Interessen zeichne dem preußischen Kabinet Weg und Haltung vor; aber während dies geschah, zählte die Nationalzeitung mit Hülfe des hallenser Pamphlets Oesterreich seine politischen Sünden vor, um zu beweisen, daß Deutschland deutsche und nicht österreichische Politik treiben müsse. Was beide, die Regierung und die Presse, wollten, waren also, wie zu ersehen, nicht die großdeutschen Interessen, sondern die deutschen Interessen, insofern dieselben mit den specifischen Interessen Preußens identisch waren, sonach die Kleindeutschen im Sinne der Gothaer.

Hiermit sehen wir klar den derartigen Standpunct gezeichnet, der alles damalige und spätere Geschwätz von der deutschen Politik Preußens zur Illusion machte und den Weg erkennen ließ, den im Einklange mit der Presse die preußische Regierung fortan zu wandeln die Absicht hegte. Man durfte sich daher auch nicht wundern, daß, während von Wien aus die jedenfalls ungenaue Nachricht durch die Blätter ging, daß sich über das innige Verhältniß der beiden Großmächte in Bezug auf die französisch-piemontesischen Gelüste auch nicht der mindeste Schatten gelagert habe, während gleichzeitig nicht nur die einzelnen deutschen Staaten sich rüsteten, um auf Bundesruf marschbereit zu stehen, und die Thätigkeit der centralen Bundesbehörde dahin gewendet war, alle Vorbereitungen zu directen militärischen Bundesmaßnahmen zu treffen, während endlich in allen Gauen unseres Vaterlandes die nationale Hoffnung auf actives Vorangehen Deutschlands zu Oesterreichs Gunsten den höchsten Grad der Zuversicht erreicht hatte, sich mitteninne das niederschlagende Gerücht verbreitete, ein Antrag auf Kriegsbereitschaft am Bunde sei an dem Widerspruche Preußens gescheitert. Dieses Gerücht zeigte, auch ohne sich zu bestätigen, wessen man sich in Deutschland von Preußen versah und was immer mehr zur traurigen Wirklichkeit werden sollte. Das Friedensevangelium des

Moniteur und die obligate Thätigkeit der französischen Diplomatie hatten ihren Zweck erreicht, es war gelungen, Preußen zur Neutralität zu stimmen, und Oesterreichs Verhalten, wir sagen richtiger, Oesterreichs Geschick, gab dieser Richtung Dauer.

In Wien hatte man sich durch die süßen Redensarten des Moniteur nicht einschläfern oder täuschen lassen, man hielt sich an das, was in Paris und Turin, in Lyon, in Lothringen und in den Seehäfen geschah, erkannte in dem Rücktritte des kaiserlichen Vetters nichts als eine abgekartete Comödie, die allen preußischen und englischen Friedensentzückungen zum Trotz auch wirklich damit endigte, daß der ewige Kriegsschürer an dem nämlichen Tage, wo die Friedensnote des Moniteur erschien, zum Präsidenten des Ministeriums ernannt wurde, und setzte offenen Antlitzes die begonnenen Rüstungen und Truppenmärsche in beschleunigtem Maßstabe fort. Aber das bewundernswerth feingesponnene Intriguenspiel, womit man Oesterreich von allen Seiten zu umgarnen suchte, und zu welchem sich eine Menge redender und stummer Personen gebrauchen ließ, hatte seinen glänzenden Fortgang. Auf zwei Ziele besonders war hierbei die napoleonische Politik gerichtet. Vor allem galt es, das Wiener Kabinet zur Eröffnung des Kriegs zu zwingen, und dadurch dem Haß der friedliebenden Kabinette preiszugeben, andererseits mußte Zeit gewonnen werden, die eigenen Rüstungen zu vollenden und durch Hinhalten zugleich die finanziellen Kräfte des österreichischen Kaiserreichs zu erschöpfen. Ohne Zweifel war schon die Cowley'sche Mission darauf berechnet gewesen, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verzögern, mit andern Worten: der Kaiser Napoleon hatte die Mission sich gern gefallen lassen, wo nicht veranlaßt, um weitere Zeit zu gewinnen und durch den bekannten, die Moniteurnote commentirenden Artikel des Constitutionnel vom 8. März der Welt sagen lassen zu können, er habe in seiner Mäßigung es der europäischen Diplomatie überlassen, eine friedliche Lösung der obschwebenden Verwickelungen zu erzielen, und dadurch die in Deutschland umlaufenden fabelhaften Gerüchte von seinen ehrgeizigen Bestrebungen und Eroberungsplänen siegreich widerlegt. Noch sichtlicher aber trat der Zweck, die Gemüther zu beschwichtigen und von vorzeitigen Beschlüssen abzuhalten, später hervor, als am 19. März die „Presse", die guterfundene Nachricht brachte, es seien die Discussionselemente bezüglich Italiens, welche

Cowley aus Wien mitgebracht, vom französischen Kabinet in Betracht gezogen worden und es herrsche Uebereinstimmung zwischen Cowley und Walewski.

---

3. Der Congreßgedanke. Ursprung, Tragweite und Unausführbarkeit desselben. Preußens Isolirungs-Politik schlägt Wurzel.

Immer noch nicht war für Frankreich die Zeit gekommen, losschlagen zu können, und Oesterreich seinerseits noch nicht auf den äußersten Punct der Geduld getrieben. Da warf man den Vorschlag eines europäischen Congresses in den Zunder, der bestimmt sein sollte, den Verwickelungen zuvorzukommen. Die erste Nachricht darüber brachte uns am 21. März das Dresdner Journal, eine weitere Aufklärung am folgenden Tage der Moniteur. Man erfuhr, der Vorschlag sei von Rußland ausgegangen, von dem die Blätter schon vorher gemeldet, daß es zu Gunsten des Weltfriedens und der Verträge eine Schwankung scheine machen zu wollen.

Der ursprüngliche Gedanke des Congresses gehörte indeß nicht Rußland sondern Frankreich an. Rußland ließ sich nur dazu mißbrauchen, der Träger desselben zu sein, weil Frankreich, der falschen Zwecke, die es damit verband, sich bewußt, nicht der Vater des Gedankens sein mochte. Aber die Zeitungsartikel werden nicht umsonst geschrieben, und zur rechten Zeit erinnert sich ihrer die Geschichte. Schon im Februar glaubte man, daß die Doppelwahl Couza's nur deshalb in Scene gesetzt worden sei, einmal um einen Casus belli gegen Oesterreich an der untern Donau und, wie sich von selbst versteht, zu gleicher Zeit in Italien zu finden, und sodann einen genügenden Anlaß zur Wiederberufung der Conferenz zu haben, aus welcher sich leicht ein europäischer Congreß zur Schlichtung der europäischen Frage entwickeln konnte. Auf den gleichen Gedanken kam am 12. März die „Patrie" zurück, indem sie bei Besprechung der Resultate der Cowley'schen Mission andeutete, daß jetzt, nachdem die Frage eine europäische geworden sei, die Aufgabe der Diplomatie beginne, und dem Kriege zu allererst ein Congreß vorangehen müsse. Diese Insinuation hing aber mit der weitern Thatsache zusammen, daß der Vorschlag wegen

des Congresses schon vor der Mission Cowley's aus den Tuilerien nach London gelangt war, und auf Veranlassung Lord Malmesbury's das St. Petersburger Kabinet es übernommen hatte, den Vorschlag, als von ihm kommend, geltend zu machen. Die Geburtsstätte desselben ist daher nicht in St. Petersburg, sondern in Paris zu suchen, und wenn Louis Napoleon und England ihm beitraten, so finden wir dies erklärlich, minder erklärlich jedoch, daß auch Preußen es that, da ihm die wahre Tendenz und Tragweite des Vorschlags nicht verborgen sein konnten. Für Napoleon hatte derselbe nur die Bedeutung eines diplomatischen Interesses, wodurch ein neuer Aufschub für den Beginn des eigentlichen Dramas gewonnen wurde, der ihm nöthig, weil bei der aufgeregten und ernsten Stimmung Deutschlands auf eine dauernde Entzweiung unter den Bundesgliedern nicht zu rechnen war, und deshalb die bisherigen Rüstungen nicht genügend erschienen, überdies aber auch der Vorschlag das geeignetste Mittel war, Oesterreich in allen Fällen als den Friedensstörer erscheinen zu lassen, sei es nun, daß es bei dem Zustandekommen des Congresses die ihm vorzulegenden Bedingungen zur Pacificirung Italiens zurückwies, oder sei es, daß es die Theilnahme am Congresse verweigerte, die ihm zu verleiden die Intrigue alle Gewalt in Händen hatte.

Offen gestand das „Siecle": daß die Aufgabe der Tuilerien bei diesem Congresse nur sein könne, die Verträge von 1815 zu vernichten, und die „Opinione" warf die kühne Frage auf: was denn ein Congreß solle, da es sich ja jetzt gar nicht mehr um die Specialverträge oder die Besatzungen, sondern um die „Unabhängigkeit Italiens" handle. Eine Beilegung des Conflicts in diesem Sinne erwartete die gesammte italienische Presse, oder Krieg, und wenn den nicht, dann die Revolution, die man längst gerüstet war zur Bundesgenossin für die Befreiung des Landes aufzurufen, wo es in den Herzogthümern bereits mächtig gährte. Bei alledem bethätigte Oesterreich jetzt von neuem seine entgegenkommende Friedensliebe, indem es nicht nur seinen Beitritt zum Congreßvorschlag unter der Bedingung erklärte: daß Sardinien seine außerordentlichen Rüstungen einstelle, und der Congreß nach den Grundsätzen des Aachener Congreßprotokolles von 15. November 1818 zusammentrete, sondern es zog auch Anfangs April seine Truppen aus Bologna zurück. Doch an Nachgiebigkeit irgend welcher Art war

nicht zu denken, und während — allerdings gewissermaßen als Antwort auf neue sehr umfassende Rüstungen Oesterreichs, das in der Lombardei alle Reserven einberief — in Frankreich der Befehl erging, daß 100 französische Regimenter mit vierten Bataillons versehen wurden, während in den Departements der obern Alpen nahe an der piemontesischen Grenze große Truppenmassen sich sammelten, und Graf Cavour von Paris aus, wohin er sich auf kaiserliche Einladung am 26. März begeben, in Sardinien die Rüstungen so viel als möglich zu beschleunigen gebot, wurden zwischen dem Kaiser und dem Grafen die weiteren Maßregeln bezüglich des Congresses ausgebrütet, deren Tragweite wir ermessen können, wenn wir der Worte gedenken, die der Kaiser dem Grafen beim Abschiede zurief: „Der Congreß", sagte er, „gibt uns Gelegenheit, einen ehrenvollen Frieden zu schließen oder einen sehr gerechten Krieg zu führen."

Was unter dem „ehrenvollen Frieden" zu verstehen, war klar, die französischen Blätter ließen darüber keinen Zweifel. Es handelte sich darum, Oesterreich nicht nur zu demüthigen, indem man es zwang, sich vor Sardinien wegen der Verwaltung seiner italienischen Provinzen zu verantworten, sondern auch durch die ersatzlose Abtretung der letztern wie durch Aufgeben der Spezialverträge und des Besatzungsrechts in den Legationen politisch zu schwächen: Napoleon willigte seinerseits in die Entwaffnung Sardiniens gegen dessen Zulassung auf dem Congreß unter demselben Titel und denselben Befugnissen wie die übrigen Großmächte, und als Oesterreich von England und Preußen unterstützt, hierauf nicht eingehen zu können erklärte und allgemeine Entwaffnung vor Beginn des Congresses forderte, wodurch allein den Berathungen die nöthige Freiheit und Unbefangenheit verliehen werden könne, verlangte Frankreich, seine eigenen Rüstungen verläugnend, die Entwaffnung nicht vor dem Congreß, sondern durch den Congreß, mit andern Worten durch einen Beschluß des Congresses, mit welchen dessen Thätigkeit zu beginnen habe. Daß dies von Oesterreich nicht angenommen wurde, versteht sich von selbst.

So gestalteten sich die Differenzen alle Tage unlöslicher. Vergebens war ein neuer Vermittlungsversuch (11. April) der preußischen Regierung, die noch immer an die friedlichen Versicherungen Frankreichs glaubte und bei der ihr nicht zuständigen For-

derung liberaler Reformen für Italien beharrte, auf welche Oesterreich nicht eingehen konnte. Die von England um die Mitte April beantragten und von den vier Mächten, außer Oesterreich, angenommenen Grundlagen, welche Gegenstand der Congreßverhandlungen werden sollten, mußten aber um so mehr ohne Wirkung bleiben, als sie in materieller Hinsicht weder Oesterreich noch Frankreich, am allerwenigsten aber Sardinien befriedigen konnten, obgleich der napoleonische Conföderationsgedanke darin schon seine wohlbemessene Rolle spielt.*) Daß man übrigens französischerseits mit allem anscheinend eine friedliche Ausgleichung bezweckenden Vorschlägen, mochten sie von Frankreich selbst oder von einem andern Staate ausgehen, nur ein täuschendes Spiel trieb, um desto sicherer das doppelte Ziel, dem man nachstrebte, die Vollendung der eigenen kriegerischen Rüstungen und die Anreizung Oesterreichs zum Beginn des Krieges, zu erreichen, dies haben die gleichzeitigen und folgenden Ereignisse mit überzeugender Kraft dargethan. In dem Verfahren Sardiniens, den Congreßvorschlägen fortwährende Schwierigkeiten entgegenzusetzen, war System; jeder friedlichen Zumuthung bot es übermüthig Trotz, und leicht erkannte man, daß es sich an einen höheren Willen anlehne, als seine Regierung auf den Vorschlag allgemeiner Entwaffnung mit einer nebenbefohlenen Aushebung von weiteren 9000 Mann und mit dem Abmarsch neuer Truppen gegen die Grenze antwortete. Zu dem ist es eine bekannte Thatsache, daß die Tuilerien im Gegensatz zu dem Palais des Ministeriums eine Umgestaltung der Karte Europas festhielten, und offenbar hatte Napoleon alle Eventualitäten längst im Voraus berechnet, und seine Entschließungen dafür getroffen. Kam der Congreß zu Stande oder nicht, so war es nur eine Comödie, auf die eine Tragödie folgen mußte, mit andern Worten, in welcher

*) Diese Grundlagen bestimmten 1) die Mittel, durch welche der Friede zwischen Oesterreich und Sardinien aufrecht erhalten werden könne; 2) wie die Räumung der römischen Staaten durch die französischen und österreichischen Truppen am besten zu bewerkstelligen sei; 3) ob es angemessen sei, in der innern Verwaltung dieser und der anderen italienischen Staaten Reformen einzuführen, und welches diese Reformen sein sollen; 4) den Verträgen zwischen Oesterreich und den Herzogthümern eine Conföderation der italienischen Staaten unter sich zum gegenseitigen inneren und äußeren Schutz zu unterstellen.

Weise und an welchem Orte die Berathungen auch gepflogen, und auf welchen Grundlagen dieselben auch gestellt werden mochten, in allen Fällen war Krieg nicht nur das leicht voraussichtliche nothwendige Resultat, sondern auch die von Napoleon und seinem sardinischen Verbündeten längst beschlossene unabweisliche Losung. Mit den Unterhandlungen über Ort und Art des Congresses, über Berathungsvorschläge und Gegenvorschläge und die Theilnahme daran ging für Oesterreich eine kostbare Zeit und der günstige Augenblick verloren, in welchem es möglich war, Sardinien zu demüthigen, noch ehe ein französischer Soldat seinen Fuß über die piemontesische Gränze gesetzt, und wie hoch Oesterreichs hierbei bewährte Nachgiebigkeit und Langmuth vom moralischen Standpunct aus angeschlagen werden muß, uns dünkt sie, solchen Widersachern gegenüber, der größte politische Fehler, den das Buol-Schauenstein'sche Ministerium während der letzten Krisis sich hat zu Schulden kommen lassen.

Die einerseits hinhaltende und provocirende, andrerseits feindselige und die europäischen Rechtszustände tief bedrohende, jedenfalls aber trügliche und unhaltbare Natur des Congreßvorschlages leuchtet aus dem Bisherigen zur Genüge ein, und vergleichen wir damit, was nicht etwa nur die österreichische und deutsch-patriotische Presse, an ihrer Spitze die Augsburger Allgemeine Zeitung, sondern selbst preußische Blätter zur Aufklärung und Beurtheilung darüber brachten, so muß man es geradezu unbegreiflich finden, wenn das preußische Kabinet eine ganz andere Anschauung davon hatte und in Verbindung oder Einverständniß mit England sich abmühte, einen unmöglichen oder vergeblichen Frieden zu vermitteln, da, was die Gegner Oesterreichs um jeden Preis wollten, nur durch den Krieg oder durch eine entehrende Selbstdemüthigung Oesterreichs zu gewinnen war, eine Alternative, bei deren Wahl dieser Staat nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte.*) Erwarteten seine Freunde, daß es sich von fremdem Uebermuth mit

*) Nehmen wir an, Napoleon hätte auf dem Congresse seine, nach ihren ganzen Umfange uns unbekannt gebliebenen Forderungen als unerläßliche Bedingungen friedlicher Ausgleichung festgehalten, so würde dies nur mit Hinweisung auf die marschfertig stehenden Heere unter Androhung des Kriegs geschehen sein. Mit der Androhung des Kriegs hätten wir aber den Krieg selbst gehabt, da an ein Nachgeben Oesterreichs für diesen Fall nicht zu denken

Füßen treten lassen werde, so irrten sie sich. Oesterreich hat sich noch zu keiner Zeit aus Zaghaftigkeit oder Liebedienerei vom Wege der Ehre auch nur um ein Haar breit abwendig machen lassen und allen Uebergriffen fern, in der Anerkennung der Rechte anderer Staaten, in der Treue gegen eingegangene Verträge und in der Wahrung der legitimen Grundlagen des europäischen Staatenlebens von jeher die Aufgabe seiner Politik erkannt *). Von ihm war mithin, nachdem es seine entschiedene Erklärung dahin abgegeben, daß es auf die ihm durch die Verträge zustehenden Rechte und Besitzungen in Italien freiwillig und ohne Compensation nicht verzichten werde, eine wesentlich anderslautende nicht zu gewärtigen, und jeder Versuch, unter dem Zwange eines bewaffneten Congresses seiner Politik fremde Entschließungen abzunöthigen, mußte daher nothwendig an seiner Ehrenhaftigkeit und Festigkeit scheitern.

Nur zweierlei Erklärungen sind daher möglich, wenn wir sehen, daß Preußen, statt offen und entschieden Partei für den Theil zu ergreifen, der offenbar im Rechte war, den von Rußland auf den Plan gebrachten Congreß-Vorschlag unterstützte und Oesterreich zur Nachgiebigkeit und Theilnahme daran zu bewegen suchte. Entweder fehlte es in den leitenden und entscheidenden Kreisen an der nöthigen Unbefangenheit des Blicks, um die wahren politischen Ziele und unvermeidlichen Endergebnisse des Congresses zu erkennen,

---

war. Nehmen wir aber, von allen übrigen Klagen absehend, andererseits an, daß Oesterreich dem Congreß seine Bereitwilligkeit kundgegeben hatte, die italienischen Provinzen gegen eine billige Entschädigung freizugeben, so würde, da eine dauernden Frieden verbürgende Entschädigung dieser Art, bei welcher das Nationalitätenprincip gewahrt war, nicht nach slawischen oder rumänischen Ländern ausgreifen konnte, sondern lediglich nach den ehemals deutschen Gebieten jenseits des Rheins, die seit dem westphälischen und ryswiker Frieden durch List, Gewalt oder Tausch an Frankreich gekommen waren, hierfür im Schoße des Congresses auch nicht die mindeste Chance vorhanden sein. Auch in diesem Falle hätte daher nur Krieg das Resultat und sonach nur das Schwert der Schiedsrichter zwischen den Parteien sein können.

*) „Oesterreich flößt die Zuversicht ein, daß es nicht auf Kosten seiner Bundesgenossen seine eigne Macht zu vergrößern strebt und die nach dem Auslande gravitirenden Kräfte zusammenhält", sagt ähnlich der Verfasser der Flugschrift: „Die deutsche Frage und die Allgem. Zeitung." (Leipzig, 1859).

oder man arbeitete absichtlich dem Zwecke des Vorschlags in die Hände, der in allen Fällen nur Frankreich zugute kommen konnte. Da die letztere Annahme einem Verrathe an Oesterreich und an Deutschland gleichkäme, und die zur öffentlichen Kunde gelangten diplomatischen Actenstücke hierfür keine Anhaltspunkte bieten, man müßte denn die Auslassung über die Mängel und Uebelstände der österreichischen Politik und Verwaltung dahin rechnen wollen, so bleibt nichts anderes übrig, als den ersten Fall anzunehmen.

Preußen, wohl allein von allen Großmächten — selbst England trotz seiner friedlichen Einmischungsversuche, die gewiß einen ganz andern Grund und Zweck hatten, nicht ausgenommen —, hoffte auf die Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens und wurde in dieser Anschauung der Dinge durch seine absolute Friedenspolitik wie durch den unvergleichlichen Irrthum festgehalten, daß der Kaiser der Franzosen friedliche Gesinnungen hege und nur der Kaiser von Oesterreich den Krieg wolle und absichtlich provocire! Die preußische Presse trug sich nicht immer mit friedlichen Gedanken und schlug dazu erst um, als die Politik der Regierung in der Neutralitätsstellung ihr letztes unverrückbares Ziel glaubte gefunden zu haben. Namentlich ist es die Neue preuß. Zeitung, die sich in richtiger Schätzung der Verhältnisse vernehmen läßt. Sie hegt (4. April) die Ueberzeugung, daß der Congreß den Krieg nicht verhindern werde und nur dazu dienen solle, die Rüstungen zu vollenden und den Krieg zu localisiren. „Preußen", sagt sie, „darf weder das Localisiren des Kriegs noch das Isoliren Oesterreichs leiden, läßt es sich dazu verführen, so bleibt ihm immer die Wohlthat übrig, welche Polyphem dem Odysseus versprach: zuletzt verspeist zu werden." Dann wünscht das Blatt, daß Preußen sich nicht zu eng an England anschließe, welches eine ganz andere Stellung und andere Interessen habe, und spricht zuletzt (8. April) den dringenden Wunsch aus, daß Preußen einen tapfern und festen Entschluß fasse, um energisch für seine und Deutschlands Interessen einzustehen. Dies geschah aber nicht, trotzdem daß preußische Stimmen behaupteten, man erkenne im Volke wie in den höchsten Kreisen vollkommen die Bedeutung und wahre Lage der Dinge, und sei Frankreich von dem Gedanken, mit Italien gemeinschaftliche Sache gegen Oesterreich zu machen, nicht abzubringen, so bliebe Preußen nichts anderes übrig, als den unvermeidlichen Krieg mit

Frankreich sofort zu beginnen, der am Rhein losbrechen müsse; es geschah nicht, obgleich man sich der Gefahr bewußt war, die Deutschland zugleich vom Westen und Osten her drohe, wie eine merkwürdige Stelle der Nationalzeitung vom 3. April beweist, worin es heißt: „So dringend Preußen und England den Frieden wünschen, so sei doch ihre Macht und Ehre dabei verpfändet, die Geschicke Europas nicht den Händen einer französisch-russischen Coalition zu überliefern."

Doch das waren nur vorüberschäumende kriegerische Aufwallungen eines journalistischen preußisch-deutschen Patriotismus, der seinen Höhenpunkt in Berlin um die Zeit erreichte, als Erzherzog Albrecht in außerordentlicher Mission dort weilte. Fühlbar stach daneben die kühle Behandlung ab, welche die Frage von Seiten der preußischen Regierung erfuhr. Je mehr bei der Hoffnungslosigkeit in Bezug auf das Zustandekommen, oder Gelingen des Congresses die Besorgniß wuchs, desto eifriger sah man jetzt die preußische Regierung bemüht, Einverständniß zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. Damit begannen zugleich in den diplomatischen Actenstücken sowohl wie in den officiellen und officiösen Zeitungsartikeln jene bis zum Ende des Conflicts stereotyp wiederholten Versicherungen, daß Preußen keine Schritte verabsäumen werde, die es in Stand setzen, die Pflicht zu erfüllen, welche seine Stellung zu Deutschland und Europa ihm auferlegen, Versicherungen, die, je häufiger sie wiederholt wurden, um so mehr zuletzt allen Werth verlieren mußten, da sie ohne Wirkung blieben. Wenn man nun selbst noch in der Mitte April den Anschluß Preußens an Oesterreich für den Fall als gewiß annahm, daß der Congreß resultatlos bleibe, und damals schon der Befehl zur Mobilmachung dreier Armeecorps im Kabinet des Prinz-Regenten bereit lag, so sehen wir doch von jetzt an den Friedensgedanken, der in Berlin stets das Uebergewicht gehabt, in auffallendem Maße sich mehr und mehr in den Vordergrund stellen. Hiermit aber öffnete sich eine bald noch weiter auseinander tretende Kluft zwischen den beiden deutschen Großmächten, die durch nichts mehr ausgefüllt werden konnte, da die Wege, die sie gingen, in Ansicht und Handlung sich schnurstracks entgegen liefen.

Fragen wir nach den Gründen dieser beklagenswerthen Erscheinung, so werden wir, wenn wir dem Entwickelungsgange der

Ereignisse nur einigermaßen aufmerksam folgen, darüber nicht im Unklaren sein können, wo wir sie zu suchen haben.

Alle Handlungen der äußeren Politik Preußens wurden seit langem durch eine mit bewunderungswerther Consequenz festgehaltene Richtung einerseits zum Frieden, andererseits zu seiner Stellung als europäische Großmacht geleitet; hauptsächlich aber sind es zwei Umstände, welche in der Phase des Conflicts, bei deren Betrachtung wir stehen, dahin wirkten, der Friedenspolitik Preußens den Charakter der Isolirungspolitik aufzudrücken: einmal die wachsende Ueberzeugung von der Unvermeidlichkeit und dem nahen Ausbruch des Kampfes und sodann die weitreichenden Intentionen der Mission des Erzherzogs Albrecht, die einen Weltkrieg in sich schlossen.

Die Friedenspolitik hat leichtes Spiel, wo eigne oder befreundete Interessen und Rechte nicht bedroht sind, und sie kann da nach Herzenslust vermitteln und auszugleichen suchen, ohne deshalb in die Lage zu kommen, ein Unrecht zu begehen und Pflichten zu verletzen, sobald die Bemühungen nicht den gewünschten Erfolg haben. Anders gestaltet sich die Sache, wo diese Bedrohung eintritt. Da wird es zur unerläßlichen Pflicht, Partei zu ergreifen. In dieser Lage befand sich Preußen, und wenn es trotzdem zum Nachtheil der allgemeinen Verträge und zum Schaden des mächtigsten seiner natürlichen Bundesgenossen seiner Friedenspolitik um jeden Preis Geltung zu verschaffen suchte, so geschah dies wohl unstreitig zunächst aus Princip, hauptsächlich aber, um sein Verhältniß zu den anderen neutralen Großmächten und zu dem Franzosenkaiser nicht zu verderben.

Schon mitten in jenen kriegerischen, leider nur kleindeutschen Aufwallungen des journalistischen Patriotismus, von denen wir sprachen, sehen wir Anwandlungen einer Friedensneigung in Preußen emportauchen, die im Verlauf der Ereignisse zur Isolirung führen mußten. Man warf die Frage plötzlich dazwischen, ob es nicht „thunlicher" sei, sich neutral zu halten, obgleich man sehr wohl einsah, daß man sich dadurch vielleicht noch größerm Uebel aussetze, da die Neutralität Preußens nicht nur den Verlust der Sympathien Deutschlands sicher nach sich ziehen, sondern ihm auch im Fall der Niederlage Oesterreichs nicht einmal den Krieg ersparen, und dessen günstigen Erfolg für Preußen alsdann um so unsicherer gestalten würde.

Auf der einen Seite also ein pflichtschuldiger, ehrenvoller Krieg, ein gemeinsames Handeln und Kämpfen im Verein mit treuen Bundesgenossen um die höchsten moralischen Güter des Lebens: Recht, Ordnung, Freiheit, Vaterland — auf der andern ein Friede ohne Ehre und voll Gefahr, ein thatenloses Verharren in neutraler, isolirter Stellung ohne Freund und ohne Feind! Welche Alternative! Die Wahl war für den Muthigen und Edlen nicht schwer. Wie sie ausfiel, wissen wir. Man entschied sich für den Frieden, für die Isolirung, weil sie „thunlicher" war, und flüchtete zu ihr, als die Sache Ernst zu werden drohte! Und wie ärmlich war das Gewicht der Gründe und Vorwände, welche Preußen in die Wagschale warf, um sich für diese Wahl zu entschuldigen! Wir werden sie noch näher kennen lernen!

---

4. Mission des Erzherzogs Albrecht nach Berlin. Das Ultimatum. Preußens Antrag auf Bundes-Kriegsbereitschaft bei absoluter Friedensrichtung. Selbsttäuschungen der Presse und der Kammern. Unlösliche Widersprüche.

Von den Zwecken der Mission des Erzherzogs Albrecht nach Berlin, wo derselbe am 12. April anlangte, und am königlichen Hofe eine zuvorkommende Aufnahme fand, die von der Herzlichkeit der persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Regentenhäusern das erfreulichste Zeugniß ablegte, ist viel gefabelt worden. Allerdings mochte es sich am letzten Ende darum handeln, wo möglich eine directe Verständigung der beiden Großmächte wegen etwa zu unternehmender gemeinsamer Schritte am deutschen Bunde herbeizuführen; es mochte sich darum handeln, Gewißheit zu empfangen, welche Haltung Preußen auf dem Congreß, möglichen Prätentionen Napoleon's gegenüber, einnehmen und wie es sich zu stellen gedenke, wenn Oesterreich angegriffen würde, oder den bereits gefaßten Beschluß, Sardinien unmittelbar zur Entwaffnung aufzufordern, und somit selbst die Initiative des Kriegs zu ergreifen, in Ausführung brächte; es mochte sich vor allem darum handeln, den befreundeten preußischen Hof von diesem wichtigen und entscheidenden Vorhaben Oesterreichs im Voraus zu unterrichten und über dessen mögliche Folgen mit ihm in vertrauensvollster Weise zu

berathen; indeß die Unterhandlungen verfolgten noch weitergehende Ziele. Man wünschte Preußen zur unmittelbaren Betheiligung am Kampfe zu bewegen, und zwar um einen deutschen Krieg gegen Napoleon ins Leben zu rufen, bei welchem der Rheinkrieg in erster Linie stand, eine Ansicht, der auch Graf Rechberg, welcher den Krieg so wahr als einen Kampf des Rechts gegen die Usurpation, als einen Kampf für Oesterreichs, ja für Europas Unabhängigkeit gegen die Suprematie Frankreichs bezeichnet, in seiner Depesche an Frhrn. v. Koller aus Verona vom 22. Juni Ausdruck in folgenden bedeutsamen und trefflichen Worten lieh: „Das Unternehmen Frankreichs, unter dem Vorwande der Emancipation der italienischen Nationalität den vertragsmäßigen Rechtszustand Italiens zu zerstören, mußte in Italien wie am Rheine mit dem Aufgebot vereinter Macht aufrecht erhalten werden, wo es gemeinsam erkämpft war." Nach dem Rheine auch hatten die deutschen Mittelstaaten gleich anfangs die Offensive verlegt zu sehen begehrt, um napoleonischer Gewaltthat und Hinterlist rasch und für immer ein Ende zu machen. Galt es hierbei, die Wiederherstellung früherer politischer Verhältnisse in den deutsch-französischen Provinzen jenseit des vaterländischen Stromes, welche Oesterreich wieder zu gewinnen hoffte, um vielleicht zu rechter Stunde dafür die lombardisch-venetianischen Länder einzusetzen, und glaubte es dabei auf eine Tripelallianz mit Preußen und mit England rechnen zu dürfen, dessen damalige von Preußen gutgeheißene Vermittelungsvorschläge für Oesterreich und die Rechtsbeständigkeit der europäischen Verträge günstig lauteten, so leuchtet ein, daß dies Intentionen waren, welche einen europäischen Krieg von unberechenbaren Folgen in sichere Aussicht stellten. So weit aber hatte die preußische Kriegsgeneigtheit niemals die Absicht gehabt, sich zu versteigen, und deshalb hielt es das Berliner Kabinet in dem bevorstehenden Kampfe für angemessener, lieber die längst beschlossene neutrale und isolirte Stellung einzunehmen, die den Vortheil bot, sich je nach Umständen für die eine oder andere Eventualität zu entscheiden.

Zu der nämlichen Zeit, als die besprochenen diplomatischen Verhandlungen in Berlin ihren Anfang nahmen, gewann ein halb moralisches, halb politisches Moment von eindringlicher Wichtigkeit und Tragweite zumal in Preußen einen Einfluß auf die Gemüther,

welcher der Behandlung der italienischen Frage im österreichischen Sinne nichts weniger als förderlich war und viel dazu beitrug, der preußischen Isolirungspolitik Vorschub zu leisten. Es war dies das Nationalitätsprincip, das von den Blättern allerdings schon mehrfach zu Gunsten der Italiener in Anregung gekommen war, aber zum ersten Mal mit besonderem Nachdruck in einem auf Deutschland berechneten neuen Beruhigungsartikel des Moniteur vom 10. April in den Vordergrund geschoben wurde. Mit Befriedigung, hieß es darin, sehe man einen Umschwung der Ansichten in Bezug auf Frankreich, das nur die Beschützung Italiens wolle, Deutschland nicht angreifen und überhaupt auf keine Eroberung ausgehen werde; es suche nur die Genugthuung, die das Völkerrecht, das Glück der Nationen, die Interessen Europas verlangen; es wolle, daß wie in Deutschland, so in Italien, die durch die Verträge anerkannten Nationalitäten sich behaupten und befestigen, da dieselben die wesentlichen Grundlagen der europäischen Ordnung sind; Frankreich habe sich angestrengt, den gerechten Wünschen den Sieg zu verschaffen, um dadurch die Ordnung sicher zu stellen, welche auf Befriedigung der nationalen Interessen beruht, und würde es als keine Bedrohung für sich ansehen, wenn Deutschland seine Föderativorganisation mit den einheitlichen Tendenzen versöhne, die im Zollvereine im Princip dargelegt sind. Diese mit einschmeichelnder Sicherheit ausgesprochenen großsinnigen Ansichten wurden von der preußischen Presse aufs erfolgreichste nach allen Seiten hin ausgebeutet, und man würde es als ein Wunder haben betrachten müssen, wenn sie nicht bei der „vernünftigen und aufgeklärten Partei" in Deutschland, die im Sinne des Moniteur ziemlich ganz Preußen für sich hatte, die durchgreifendste neutralisirende und isolirende Wirkung hervorgerufen hätte. Wir kommen darauf in einem eignen Kapitel zurück.

Mit dem allen haben wir jedoch nur die eine und zwar nicht gerade erfreulichste Seite des Zeitgewebes vor uns. Das Bild vervollständigt sich, wenn wir neben der kühlen Stimmung und ungewissen Färbung, die es uns in Preußen bietet, den glühenden Aufschwung der Begeisterung denken, die nach kriegerischer That verlangend die Gemüther im Süden des deutschen Vaterlandes ergriffen und einen neuen blüthenvollen, und wie man träumte, zukunftreichen deutschen Völkerfrühling von unendlicher Schöne über

sie ausgegossen hatte. Alles fühlte sich gehoben durch den Gedanken an Deutschlands Einigung und Kriegsbereitschaft, an der Niemand mehr zweifelte, und wohl mochte es sein, daß Oesterreich, nachdem alle Mittel zu einer ehrenvollen Erhaltung des Friedens erschöpft waren, nachdem erneuerten Versuchen der englisch-preußischen Vermittlung es nicht hatte gelingen wollen, eine Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Frankreich zu bewirken und die Entwaffnung der gegenüberstehenden Mächte sich als unerzielbar erwiesen hatte, daß Oesterreich, sagen wir, auf die uns Alle damals erfüllende aber trügerische Hoffnung eines innigen activen Zusammengehens der beiden deutschen Großmächte bauend, jenen längst beschlossenen und verhängnißvollen Schritt that, der nach wenigen Tagen und neuen diplomatischen Verzögerungen die Eröffnungen des Kriegs zur Folge hatte, indem es am 20. April nach Turin die directe Aufforderung zur Entwaffnung ergehen ließ und hierzu drei Tage Bedenkzeit gewährte.

Die Nachricht von diesem Ultimatum traf den Erzherzog Albrecht in Dresden, als er eben auf seiner Rückreise von Berlin nach Wien begriffen war; wir möchten bezweifeln, ob ganz unerwartet, wie die preußischen Blätter anzunehmen belieben, die in dem Schritte des Wiener Kabinets eine Ignorirung der von dem Erzherzog geleiteten Verhandlungen erblickten, wir glauben vielmehr, daß der plötzliche Erlaß des Ultimatums in einem tieferen Zusammenhange mit den Resultaten der Mission stehe, als man bis jetzt vermuthet hat. Nur ist es allerdings noch einigermaßen zweifelhaft, ob die Aufklärungen, die der hohe außerordentliche Abgesandte Oesterreichs in Berlin über die Stellung, welche das preußische Kabinet zu der ferneren Entwickelung des Conflicts anzunehmen gedachte, erhielt, von dem Wiener Kabinet für die Sache Oesterreichs günstig oder ungünstig gedeutet wurden. In beiden Fällen war Anlaß zur Ausführung des schon beschlossenen Ultimatums gegeben. Bei der von Preußen mit immer größerer Aengstlichkeit festgehaltenen Friedenspolitik ist es nicht denkbar, daß die erhaltenen Zusicherungen auf kriegerische Action zu Gunsten Oesterreichs gelautet haben; und ist von militärischen Maßregeln die Rede gewesen, die man zu nehmen gedachte, so können sie allerdings in Wien zu Oesterreichs Gunsten gedeutet worden sein; was aber deren wahrer Sinn und Zweck war, darüber hat die Folge

entschieden. Den besten Commentar dazu lieferte indeß die officielle Preußische Zeitung.

Es ist eine bekannte Sache, daß Preußen nicht minder wie England und Rußland gegen das an Sardinien gestellte Begehren Oesterreichs protestirt und seiner Protestation einen Antrag auf Kriegsbereitschaft aller Bundescontingente folgen ließ, der in der Bundestagssitzung vom 23. April durch Oesterreich, Baiern und Hannover unterstützt, einstimmig angenommen wurde. Glaubte man hierin allgemein einen ersten erfreulichen Schritt zu einem activen Vorwärtsgehen Preußens und der übrigen Bundesglieder zu Gunsten Oesterreichs erblicken zu dürfen, so mußte man sich aufs schmerzlichste getäuscht fühlen, als die Preuß. Zeitung mit Bezug auf den erwähnten Antrag, nachdem sie uns versichert, daß Preußen als Mitunterzeichner der Wiener Verträge und als eine mit allen betheiligten Staaten befreundete Macht sich aufgefordert gefühlt, keinen Augenblick diejenigen Pflichten außer Acht zu lassen, welche ihre Stellung als deutsche Bundesmacht ihr auflegt, diesen kostbar gewählten Worten beizufügen für gut fand, „der fragliche Antrag habe jedoch lediglich einen defensiven, von jeder aggressiven Action entfernten Zweck, und Preußen halte nach wie vor seine Stellung als vermittelnde Macht bei Lösung der schwebenden Frage sowohl im eigenen als im Interesse seiner deutschen Bundesgenossen fest."

Wir wußten jetzt, wie wir für alle Zukunft mit Preußen daran waren. Es wollte neutral bleiben; ob mit oder ohne vermittelnde Thätigkeit, blieb sich gleich. Thatsächlich hatte damit seine mitwirksame Theilnahme an einer entsprechenden Lösung der Tagesfrage ihr Ende erreicht und das Drama seinen tragischen Charakter empfangen, das in seinem Ausgange für Oesterreich so verhängnißvoll werden sollte. Von etwas anderem als bloßen Vermittlungsversuchen konnte daher von jetzt an bei Preußen nicht mehr die Rede sein, und es ist völlig unbegreiflich, wie es, um mit der Oesterr. Correspondenz zu reden, „Wohlgesinnte" geben konnte, die berechtigt zu sein glaubten, anzunehmen, daß in der Bundesmaßregel vom 23. April, wie in allen weitern Entschließungen, zu welchen gemeinsame Gefahren, Interessen und Pflichten auffordern könnten, Oesterreich und Preußen treu zu gemeinsamem Handeln sich vereinigen würden. Dies war für eine Politik, die nur den

Frieden und überdies keine Verpflichtung oder Bindung irgend welcher Art wollte, ein Ding der Unmöglichkeit. Preußen wollte fortan nur noch unterhandeln, aber nicht mithandeln, und alle Zeichen des Gegentheils: Rüstungsanträge und das Ergreifen kriegerischer Maßregeln, konnten den Einsichtigen über deren wahre Natur und Tragweite nicht trügen, da sie offenbar nur dazu dienen sollten, den Friedensbemühungen Nachdruck zu geben, zugleich aber auch der kriegerischen Action der andern deutschen Staaten zuvorzukommen, um nicht das Heft aus den Händen zu verlieren.

Entscheidend für sein Beharren in der Neutralität war für Preußen der Vorwand, den es darin fand, daß Oesterreich den Krieg begonnen habe. Nun wissen wir aber aus der Oesterr. Correspondenz vom 23. April, daß die Mittheilung über den Beschluß des Wiener Kabinets, Sardinien unmittelbar zur Entwaffnung aufzufordern, den Ausgangspunkt für die in Berlin an hoher Stelle durch den Erzherzog Albrecht gepflogenen Besprechungen bildete. Ueber die Unvermeidlichkeit, aber auch Unveränderlichkeit dieses Beschlusses, bei der fortgesetzten Weigerung Sardiniens zu entwaffnen, wie über die eigentlichen Urheber und Motive des Streits konnte daher dort ein Zweifel nicht bestehen und es bleibt demnach unbegreiflich, wie die Depesche des Herrn von Schleinitz an die k. Gesandten zu London und St. Petersburg vom 24. Juni Oesterreich es nicht nur als einen „Fehler" anrechnen kann, daß es gerade in dem Augenblick, wo die andern Mächte die Grundlagen zu einer „billigen" Lösung zu gewinnen suchten, durch seinen „unheilvollen" Entschluß einen Bruch hervorrief, welchen die Mächte durch eine gemeinsame Action zu verhüten hofften, als wäre derselbe überhaupt zu verhüten gewesen, sondern selbst als eine Schuld, die der preußische Minister des Aeußern ihm jedoch aus dem Grunde nachsieht, weil „Europa und Deutschland insbesondere nicht gleichgültig der Schwächung einer Macht zusehen können, welche uns durch ihre geographische Lage und eigenthümliche Gestaltung stets als ein wesentliches Element und natürlicher Bürge des allgemeinen Gleichgewichts erschienen ist", es bleibt unbegreiflich, wie Preußen in dem von Oesterreich an Sardinien gestellten Ultimatum eine Verletzung des gegenseitigen Vertrauens und einen feindseligen Angriff auf die Selbstständigkeit des sardinischen Staats erblicken konnte, der nicht bestimmt gewesen sei, sich den Beleidigungen

desselben zu entwinden, sondern ihn rasch niederzuwerfen und so die letzten Schranken der österreichischen Herrschaft in Italien zu beseitigen.

Doch dürfen wir hierbei einen Umstand nicht übersehen, welcher beweist, daß die Neutralität Preußens schon vor der Absendung des Ultimatums eine ausgemachte Sache war. Wenige Tage vorher hatte nämlich die französische Regierung in Berlin anfragen lassen, ob der deutsche Bund sich neutral halten werde. Die Antwort soll dahin gelautet haben, daß *Preußen bisher nur die Grenzen festgestellt habe, welche durch seine eigene Stellung als Großmacht einerseits, und als deutsche Bundesmacht andererseits gezogen seien*; die preußische Regierung halte sich aber nicht für berechtigt, über die Auffassung, welche bei den anderen Bundesregierungen bestehe, dem Auslande gegenüber ein maßgebendes Urtheil abzugeben. Lesen wir hier in und zwischen den Zeilen richtig, so irren wir gewiß nicht, wenn wir annehmen, daß Preußen mit den Grenzen seiner Doppelstellung als europäische Großmacht und als deutsche Bundesmacht zugleich die Nothwendigkeit und den Umfang seiner Neutralität gezeichnet habe.

Bei alledem ließ sich die neutrale Stellung Preußens noch entschuldigen, so lange über Natur und Zweck des Krieges positive Thatsachen nicht vorlagen; aber nachdem hierüber rascher als man gedacht Licht gekommen war, nachdem Oesterreich zu großem Nachtheil für sich, den neuen englischen Vermittelungsvorschlägen zulieb*),

*) Als das Ultimatum gestellt war, zeigte sich England am meisten rührig. Seine ersten Vorschläge: (21. April) Allgemeine und gegenseitige Entwaffnung, Regelung und Ausführung derselben durch einen besondern Civil- und Militär-Ausschuß, gleichzeitiger Congreß über die politischen Fragen und Theilnahme der italienischen Staaten daran durch Vertreter, wie bei dem Laibacher Congreß 1821, wurden von Oesterreich verworfen. Einen neuen Vermittelungsvorschlag ließ Lord Malmesbury am 26. April nach Paris und Wien gehen, worin sich das englische Kabinet erbot, die Unterhandlungen da aufzunehmen, wo Lord Cowley sie gelassen, unter der Bedingung gleichmäßiger allgemeiner Entwaffnung, oder die Armeen bleiben in ihrer augenblicklichen Stellung unthätig, so lange die Unterhandlungen dauern. Es war ein glücklicher Gedanke, von dem Congreß gänzlich abzusehen. Die Times behauptete zwar, Frankreich habe die Vermittelung verweigert, es wäre aber wunderbar, wenn der kluge Napoleon nicht zugesagt hätte, sie

seinen Angriff mehrere Tage lang aufgeschoben, und so zur Genüge seine Friedensgeneigtheit dargethan hatte, nachdem Rußland den Congreßantrag zurückgenommen, als es dessen Zweck erfüllt und Oesterreich als provocirenden Theil compromittirt sah, nachdem sich gezeigt, daß die Franzosen noch vor den Oesterreichern in vollster Kriegsbereitschaft die piemontesische Grenze überschritten, und nun alle jene denkwürdigen Proclamationen und Ereignisse auf der Halbinsel folgten, die über die rechtsverletzende und revolutionäre Natur und Tragweite des von Frankreich und Sardinien muthwillig heraufbeschworenen Kampfes auch nicht die allermindesten Zweifel mehr ließen, da konnte der Vaterlandsfreund, dem für die nationale Einigkeit und Würde seines Volks ein Herz im Busen schlägt, der die Heiligkeit der Verträge und die Unantastbarkeit historisch begründeter Rechtsverhältnisse zu achten weiß, nur mit tiefem Schmerz wahrnehmen, wie auch jetzt noch Preußen auf seiner isolirten Stellung verharrte und, was das Traurigste war, durch sein Zaudern und Feilschen um die militärische Suprematie auch die deutschen Mittelstaaten in jene zuwartende, thatenlose Stellung mit hineinzog, die uns die eigentlichen Zielpunkte des Streites zuletzt ganz aus den Augen rückte, und zu ihrer Rechtfertigung auf Gründe sich stützte, die bei näherer Betrachtung ohne Halt und Gestalt in der Luft zerflatterten.

Mochten auch hundert Thatsachen dagegen sprechen, mit vertrauensvollem Ohr horchte man den Versicherungen der Circularnote Walewski's vom 27. April an die Vertreter Frankreichs in Deutschland, daß Frankreich mit dem begonnenen Kriege nichts weiter bezwecke, als die Vertheidigung Piemonts vor dem Angriffe Oesterreichs, und wenn im Abgeordnetenhause in Berlin am 28. Apr. der Minister des Aeußern angab: „Preußen halte an dem Grund-

---

wenigstens in Erwägung zu ziehen. Oesterreich ging darauf ein und setzte deshalb die offensive Bewegung nicht fort, während die Franzosen Zeit gewannen, die Verzögerungen und Hemmnisse, welche der Truppentransport auf der Eisenbahn von Culoz (Culles) nach Modane am nördlichen Fuß des Mont-Cenis über dieses Gebirge bieten, zu überwinden, sodaß man bei der notorischen Theilnahme Englands für Napoleon und dessen italienische Pläne fast auf die Vermuthung kommen könnte, man habe die Vermittelungsvorschläge in allerletzter Stunde nur dazwischen geworfen, um die Absichten des französischen Kaisers zu fördern.

satze fest, daß die Interessen Deutschlands auch die Preußens seien", so war damit eben so wenig gesagt als gewonnen, so lange man in Preußen die Interessen Deutschlands — dieses im preußischen Sinne als Kleindeutschland gedacht — durch den Krieg nicht gefährdet erachtete und daher keinen Anlaß gegeben sah, sich am Kampfe zu betheiligen. Vergeblich waren die Worte des österreichischen Kaiser-Manifestes gesprochen, in welchem er auf die gemeinsamen Gefahren aufmerksam machte, die von einem Feinde her drohten, welcher gewaffnet im Bunde mit der Partei allgemeinen Umsturzes stehe, und in seinen offen ausgesprochenen Plänen, Oesterreichs Besitz in Italien an sich zu reißen, von einem Herrscher unterstützt werde, der unter nichtigem Vorwande in völkerrechtlich geregelte Verhältnisse der italienischen Halbinsel sich einmischend, seine Truppen in Bewegung setze, vergeblich die Aeußerungen der kaiserlichen Hoffnung, daß Oesterreich im Kampfe nicht allein stehen werde, da ja der Boden, auf dem es kämpfe, mit dem Blute deutschen Brudervolkes gedüngt, als eine der Schutzwehren unseres Gesammtvaterlandes errungen und bis auf diese Tage behauptet sei, und Deutschlands arglistige Feinde zumeist dort ihr Spiel begonnen haben, wenn es galt, seine Macht im Innern zu brechen; vergeblich waren diese die wahre Lage der Dinge kennzeichnenden kaiserlichen Worte, sie fanden wohl lauten und glühenden Wiederhall in den Herzen des deutschen Volks, aber nicht überall den gehofften Anklang an den maßgebenden und entscheidenden Stellen. Auch die lichtvolle, diplomatisch-politische Motivirung des von Oestereich gewagten heldenkühnen Schrittes, welche das Circulair des Grafen Buol vom 30. April brachte, verscholl wirkungslos in den Wind, und wie sehr man auch gegen das napoleonische Manifest sich ereifern mochte, in weiten Kreisen glaubte man dennoch lieber den übermüthigen und trüglichen Phrasen dieses Pamphlets, als sei es dieser Staat, der die Verträge breche und die Gerechtigkeit verletze, der dem angeblich friedliebenden Piemont gegenüber die Sachen bis zu diesem Aeußersten getrieben, weil er Italien bis zu den Alpen beherrschen möchte, da in diesem Lande jeder Fleck Erde, der unabhängig geblieben, eine Gefahr für seine Macht sei, und es schmeichelte manchem preußischen Ohr gewaltig, wenn der Constitutionnel vom 28. April erklärte, der Kaiser Napoleon habe Europa seine Armeen zur Disposition gestellt

um den österreichischen Stolz zu zähmen und Frankreichs Siege würden in London wie in Berlin und St. Petersburg mit Jubel begrüßt werden.

Es war ein trauriges Zeugniß der Armuth, das nicht nur unser Patriotismus, sondern mehr noch unser geistiger Hochmuth sich ausstellte, wenn wir von jetzt an unsere Staatsweisheit vor allem aus dem blendenden Antithesenspiel und den sansculotisch schamlosen Sophismen der napoleonischen Manifeste und Proclamationen glaubten schöpfen zu müssen und die Gründe unseres politischen Verhaltens, das in der Isolirung seine höchste Aufgabe suchte, den imperialistischen Eingebungen entlehnten, womit die französischen Blätter ihre Spalten füllten*).

Welche widersprechende und wunderliche Ansichten damals in Preußen sich breit machten, die zur Entschuldigung seiner Neutralität dienen sollten, zeigten insbesondere die Kammerverhandlungen und Beschlüsse über die Militärvorlagen. Es war am 10. Mai, als die zur Berathung über diese Vorlagen eingesetzte Commission ihre Billigung der Politik der Regierung aussprach, von welcher sie annahm, daß sie dem napoleonischen Systeme entgegenstrebe, jedoch nicht unterließ, folgenden offenbar auf Oesterreich abzielenden Satz beizufügen: „Je mehr sich Preußen durch die bestehende Einigkeit zwischen König und Volk stark fühlt, je weniger kann es sich bewogen finden, in andern Ländern, in welchen diese Harmonie nicht besteht, mit seinen Waffen einzuschreiten." Auch die National-Zeitung hatte schon im März die Gelassenheit Preußens daraus

*) Wir wissen, was wir von der „traditionellen Politik" zu halten haben, deren Louis Napoleon in seinem Kriegsmanifest sich rühmte, und von der „civilisatorischen Mission Frankreichs, dessen natürliche Verbündete immer Diejenigen waren, welche die Verbesserung der Menschheit wollten." Auch lautete es klar genug für Jeden, der verstehen will, wenn es weiter darin heißt: Zweck des Krieges sei, „nicht einen bloßen Herrenwechsel in Italien herbeizuführen, sondern das Land sich selbst wiederzugeben", wenn Oesterreich Vertragsbrüchigkeit vorgeworfen wird, und Louis Napoleon von sich sagt: Ich beobachte die Verträge unter der Bedingung, daß man sie auch mir gegenüber halte." Es gibt Dinge, die keines Commentars bedürfen, und zu diesen gehört das napoleonische Manifest. Mag daran sich erbauen wer will, aber Bestimmungsgründe zu politischen Urtheilen und Handlungen daraus herzunehmen, das vermag doch nur der Mangel an eigenem Denken, von der Gesinnung gar nicht zu sprechen.

erklärt, daß es sich vor Frankreich nicht fürchte, und das preußische Volk sich innerlich vollkommen beruhigt fühle. Als wäre kriegerische Begeisterung nur da möglich, wo zwischen Fürst und Volk keine Einigkeit besteht und ein Volk innerlich sich nicht beruhigt fühlt, und als läge nicht gerade in der innern Einigkeit und Festigkeit eines Staates die unabweisliche Bedingung, ja die Aufforderung, einem Freunde und Bundesgenossen, der in Noth, wenn er auch nicht ein so vollkommenes Wesen wäre als wir, zu helfen. Die Militär-Comission war andrer Meinung und wer hiernach noch auf Preußens bewaffnete Intervention zu Oesterreichs Gunsten hoffen konnte, gänzlich im Irrthum. Auch die Abgeordneten sprachen sich in ihrer Sitzung vom 12. Mai im antinapoleonischen Sinne aus, doch betonte man, Preußen müsse die freie Leitung in Deutschland haben und dürfe sich nicht durch Majoritätsbeschlüsse binden lassen, aber man erwarte daß die Regierung den richtigen Zeitpunkt zur Initiative ergreifen werde.

Es wäre vergeblich, in diese Anschauungen irgend einen vernünftigen Zusammenhang mit den Thatsachen zu bringen, wie sie damals vorlagen. Nicht der fremdländische Besitzstand Oesterreichs nur war durch das franko-sardische Vorgehen gefährdet, sondern in ihm der gesammte staatliche Rechtszustand Europas, wie er von den Mitunterzeichnern der Verträge, sohin auch von Preußen anerkannt und garantirt worden war. Die kriegerischen Maßregeln, welche Preußen zu nehmen im Begriff stand, würden zu dem bei der bekannten Auffassung Preußens, nach welcher es für die italienischen Provinzen Oesterreichs als solche nicht glaubte einstehen zu dürfen, keinen Sinn gehabt haben, wenn es nicht den napoleonischen Entwürfen die Möglichkeit zugetraut hätte, den Krieg im gelegenen Augenblick gegen Deutschland selbst zu wenden, wobei Preußen in erster Linie bedacht gewesen wäre. Was haben wir nun von einer Politik zu denken, die große Mittel aufzubringen bereit ist, und sich anschickt zur erfolgreichen Begegnung einer zu erwartenden allgemeinen Kriegsgefahr ungeheure militärische Anstalten zu treffen, die aber doch nur erst dann einschreiten will, bis der Feind zuvor einen unsrer mächtigsten Bundesgenossen, auf den wir in der Stunde der Gefahr vorzüglich rechnen könnten, nieder geworfen und so in hinreichendem Maße sich gekräftigt und vorbereitet hat, um seine siegreichen Waffen jetzt auch gegen uns zu kehren? Waren wir

nicht in einer solchen Lage und konnte es wohl in dieser Lage, die täglich bedenklicher und schwieriger wurde, gerechtfertigt erscheinen, den „richtigen Zeitpunkt" zum activen Vorwärtsgehen erst abpassen zu wollen, sei es nun daß man erwartete, bis Oesterreich gedemüthigt und unfähig gemacht war, uns selbst später beizustehen, oder sei es bis das französische Heer unsere Grenzen überschritten? War es nicht vielmehr, wie die Sachen standen, aus bundesfreundlichen Gründen wie aus Gründen politischer Klugheit für Preußen ernstlich geboten, wenn es wirklich den Krieg nicht scheute und keine bloße Rüstungscomödie aufführen wollte, ohne Aufschub seine Waffen mit denen Oesterreichs zu verbinden, nicht um diesem unter jeder Bedingung seine italienischen Provinzen zu erhalten, die dem nationalen Befreiungszuge kaum mehr zu entwinden waren, sondern für die so sehr gefährdete Ruhe und Ordnung Europas dauernde Grundlagen für die allgemeinen Besitz- und Rechtsverhältnisse zu schaffen? Unstreitig bestand hierin die große politische und civilisatorische Aufgabe, welche Preußen zu lösen oder lösen zu helfen diesmal vor allem berufen war, aber aus Bedenklichkeiten der betrübendsten Art unbegreiflicherweise freiwillig von der Hand wies.

Unzweifelhaft gab es in Preußen eine große Partei, welche die Nothwendigkeit eines unverzüglichen activen Auftretens und Zusammengehens mit Oesterreich erkannte, wie es in Süddeutschland Viele gab, die von einer Unterstützung Oesterreichs und vom Kriege nichts wissen wollten, obwohl in Preußen die andere Partei größer war, welche die Nothwendigkeit eines activen Vorangehens wohl einsah, aber die Zeit hiefür noch nicht gekommen wähnte. Insbesondere aber waren es die „ultramontanen" preußischen Abgeordneten, welche von Preußen Hülfe für Oesterreich verlangten und den Rhein gefährdet sahen, wenn „auf den Trümmern von Mantua Oesterreich allein und verlassen mit Frankreich den Frieden schlösse". In der Sitzung des Berliner Herrenhauses vom 13 Mai, in welcher die verlangte Anleihe für die Militär- und Marineverwaltung einstimmig bewilligt wurde, fehlte es nicht an vereinzelten Stimmen, die sofortige Action zu Gunsten Oesterreichs beantragten und den deutschen Einigkeitsbestrebungen warm das Wort redeten; auch erklärten sich sämmtliche Redner gegen die napoleonische Proclamation und die mit dem französischen Imperialismus in Italien

verbündete Revolution wie gegen das zur Entschuldigung dafür angerufene Princip der Nationalität, und der Minister des Aeußern sprach mit Bezug auf die in Süddeutschland herrschende Mißstimmung gegen Preußen die Hoffnung aus, es werde dereinst noch überall anerkannt werden, daß man sich in Preußen mindestens eben so gut auf deutsche Ehre und deutsche Interessen verstehe, als irgend wo anders. Aber leider sollte hiefür der Verlauf des Conflicts die gewünschte Gelegenheit nicht bieten, da man die Zeit dazu unbenutzt vorübergehen ließ. In einem Stücke jedoch trafen alle Meinungsverschiedenheiten zusammen. Man hielt alle Aeußerungen und Schritte, welche die Regierung in Bezug auf die Nothwendigkeit activen Auftretens zu thun sich veranlaßt sah, für Ernst, mit andern Worten, man legte sie sich dahin aus, daß die Regierung den ernstlichen Willen habe, die von ihr befürworteten oder bereits getroffenen militärischen Maßregeln und Veranstaltungen für den Krieg zu verwenden, indem man hoffte, daß man in Bälde activ vorangehen werde. Der schallende Beifall schon, mit dem man am 2. Mai die Mittheilung des Kriegsministers im Abgeordnetenhause begrüßt hatte, daß die Regierung beschlossen, bei der sich steigernden Unsicherheit der politischen Verhältnisse die Marschbereitschaft auch auf die übrigen preußischen Armeecorps, außer den frühern drei, auszudehnen, zeigte dies deutlich; noch mehr das, was später bei der Berathung über den Militär- und Marinecredit in beiden Häusern übereinstimmend von den Rednern über diesen Punkt geäußert wurde. Man hatte Recht, wenn man der Regierung die ernstliche Absicht, activ vorzugehen, für den Fall beimaß, daß preußisches oder anderes deutsches Bundesgebiet unmittelbar von Napoleon angegriffen würde, *denn dann verstand sich das natürlich von selbst*; aber man täuschte sich, sofern man annahm, daß dies früher geschehen würde. Eine Menge Umstände nöthigen uns die Ueberzeugung auf, daß die Regierung ihre militärischen Maßregeln nicht zum Kriege, sondern zum Frieden bestimmt hatte; sie glaubte nicht an die Absicht Napoleon's einen allgemeinen Krieg zu entzünden, und wollte ihn nicht, und daher konnten die militärischen Anordnungen, die sie im gesteigerten Maße zu treffen vorhatte, nicht ausschließlich, wie wir später noch sehen werden, wohl aber hauptsächlich nur dazu dienen sollen, die neutrale Stellung Preußens für alle Fälle sicher zu behaupten und

den begonnenen Friedensbemühungen größeres Gewicht zu geben. Ein thatsächlicher Beweis hierfür liegt unwiderleglich in dem Umstande, daß alles, was früher oder später von der Regierung in militärischer und diplomatischer Beziehung geschah, niemals zu einem andern Resultate und Ziele geführt hat, als zu dem der friedlichen Vermittelung, und es ist gewiß in dieser Hinsicht nicht ohne Bedeutung, wenn zu der nämlichen Zeit, wo beide Häuser den Militärcredit einstimmig annahmen, der französische Minister des Innern an der Börse in Paris einen Anschlag anheften ließ, wodurch die Nachricht Lügen gestraft wurde, daß das preußische Ministerium in einem Frankreich entgegengesetzten Sinne sich gewendet habe, und wenn unter demselben Datum (13. Mai) deutschen Blättern aus Paris geschrieben wurde, man wolle daselbst wissen, daß Napoleon erst dann nach Italien gegangen sei, nachdem er von Preußen und von England die Zusicherung der Neutralität erhalten*). Sprechender ist die weitere Thatsache, daß, als an dem nämlichen Tage, wo von Hannover die Aufstellung eines Bundesobservationscorps am Bunde beantragt wurde, Preußen sich aus dem Grunde dagegen erklärte, weil es die Opportunität eines solchen Antrags nicht anerkenne. Die preußischen Blätter brachten diese Nachricht mit dem Beifügen, man fürchte in Berlin sich zu compromittiren, da man in der Aufstellung eines Observationscorps eine Demonstration gegen die Politik Frankreichs erblicken könne, als wäre letztere über allen Tadel erhaben, und als hätte die Situation sie nicht als eine solche manifestirt, daß Deutschland es als eine Pflicht erkennen mußte, dagegen zu demonstriren.

Man wolle uns hier nicht die begeisterungsvollen und hochherzigen Worte entgegenhalten, womit der Prinz Regent am 14. Mai den preußischen Landtag schloß. Sie lauteten sehr kriegerisch und konnten den Glauben wecken, daß das preußische Heer bald Gelegenheit haben werde, seine altbewährte Tapferkeit von neuem zu

*) Die Proclamation der Königin von England vom 13. Mai, worin dieselbe erklärte, daß England sich zu strenger Neutralität entschlossen habe, würde demnach nur eine Bestätigung der früheren Zusagen enthalten haben. Die Neutralität war angesichts der Verletzungen, welche die europäischen Verträge erfahren, ein Unrecht, und doch hielt die Times sie für „selbstverständlich."

bethätigen und zu zeigen, daß man hinter dem ererbten Waffenruhm der Väter nicht zurückzubleiben gesonnen sei. „Preußen ist entschlossen", sagte der Fürst zur Begründung dieser Ansicht, „die Grundlagen des europäischen Rechtszustandes, das Gleichgewicht Europas zu wahren, es ist sein Recht und seine Pflicht, für die Sicherheit, den Schutz und die nationalen Interessen Deutschlands einzustehen. Die Obhut dieser Güter wird es nicht aus seiner Hand geben. Preußen erwartet, daß alle deutschen Bundesgenossen ihm bei Lösung dieser Aufgabe fest zur Seite stehen, und seine Bereitwilligkeit, für das gemeinsame Vaterland einzutreten, mit Vertrauen erwidern werden." Daß hiermit auf einen allerdings noch im weiten Felde liegenden, aber möglichen deutschen Krieg gegen Frankreich gezielt war, ist klar; der fürstliche Redner hat nicht täuschen wollen; er folgte nur der damals in Preußen herrschenden, unstreitig irrthümlichen Anschauung, nach welcher man die Verletzung des europäischen Rechtszustandes, und die Bedrohung des Gleichgewichts Europas noch nicht als eingetreten erachtete, sondern im Fortgange der Ereignisse erst noch erwartete, und wer daher mehr oder etwas anderes in seinen Worten suchte, als darin lag, wer Andeutungen auf ein baldiges bewaffnetes Auftreten Preußens für die Sache Oesterreichs, die identisch war mit dem Rechte der Verträge, darin finden wollte, hat sich nur selbst betrogen. Die ministeriellen Blätter waren ja nicht müde geworden zu erklären, daß von irgend einer Anstrengung Preußens für Oesterreichs Besitzstand in Italien nicht die Rede sein könne, und was den deutschen Bund betrifft, so erkannte Preußen in der damaligen Weltlage überhaupt keine Gefahr für ihn, und erklärte deßhalb auch, in den Bundesverträgen keine haltbare Begründung für einen Bundeskrieg zu finden.

---

5. Graf Willisen's Sendung nach Wien. Diplomatische Verfänglichkeiten. Herausbildung der preußisch-deutschen Politik. Preußen fordert für sich die militärische und diplomatische Initiative vom Bunde.

Die erwähnten Vorgänge in Berlin hatten die Hoffnungen der Vaterlandsfreunde aufs Höchste gesteigert. Schon sahen sie die preußischen Waffen mit denen Oesterreichs geeint, eine Zeit

der Thatkraft, des Heldenmuths, des Ruhmes herbeigekommen. War es ein Wunder, wenn sie die Nachricht mit Jubel begrüßten, daß der preußische General von Willisen in diplomatischem Auftrage nach Wien gegangen sei*). Man nahm an, daß es sich dabei um nicht mehr und nichts weniger handle, als nunmehr die Grundlagen für das weitere und gemeinschaftliche Vorgehen Preußens mit der Gesammtheit des Bundes für die in dem frankosardischen Angriff auf Oesterreich sichtlich gefährdeten allgemein deutschen und europäischen Interessen festzustellen, und sah den Resultaten dieser Mission mit der größten Spannung und in der Hoffnung entgegen, dem faulen, zuwartenden Frieden, in welchem wir hinsiechten, während Oesterreich mit gezücktem Schwerte seine Söhne dem blutigen Kampfe entgegenführte, ein erwünschtes Ende gemacht zu sehen. Indeß man täuschte sich, und wer zu anderer Ueberzeugung sich nicht durch die völlige Resultatlosigkeit der langen Unterhandlungen**) bekehren ließ und vielleicht geneigt war, letztere der österreichischen Starrsinnigkeit zuzuschreiben, dessen patriotische Illusionen mußten endlich von Grund aus durch die Enthüllungen der preußischen Diplomatie zerstört werden, die uns der nach dem Frieden veröffentlichte Depeschenwechsel des Herrn von Schleinitz brachte. Nicht um ein Bündniß oder auch nur bindende Verabredungen mit Oesterreich zu schließen, wurde Herr v. Willisen nach Wien gesendet, sondern, wie sich ergiebt, wenn wir die Quintessenz der Sache, den Kern des Ganzen ins Auge fassen, unläugbar nur, um das kaiserliche Kabinet von der gegentheiligen Absicht der preußischen Regierung und deren unabänderlichen Willen in Kenntniß zu setzen, die Freiheit ihrer Entschließungen unter keiner Bedingung beeinträchtigen zu lassen. Doch wollen wir immerhin glauben, wie die preußische Regierung selbst versichert, daß dies Entgegenkommen von Seiten Preußens lediglich

*) Herr v. Willisen traf schon am 10. Mai zum Empfang des Königs und der Königin von Preußen in Wien ein, und gelangte zwei Tage später zu besonderer Audienz beim Kaiser, worauf seine diplomatische Thätigkeit begann.

**) Die Depesche des Frhrn. v. Schleinitz an Frhrn. v. Werther in Wien vom 14. Juni, welche die Ergebnisse der Mission zusammenfaßte, war zugleich bestimmt, die während dieser Mission nur mündlich stattgehabten Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Willisen selbst reiste am 30. Mai von Wien nach Berlin zurück.

von den Gesinnungen treuer uneigennütziger Freundschaft eingegeben war. Auch ist das Vorhandensein positiver Punkte für die Verhandlungen erwiesen.

Indeß, wir lassen die Bekenntnisse der diplomatischen Aktenstücke selbst sprechen. Aus der Circulardepesche an die preußischen Gesandten vom 24. Juni erhellt zur Genüge, daß der nächstliegende Zweck der Mission war, über die von Oesterreich bei dem begonnenen Kriege verfolgten Ziele Aufschluß zu erhalten. Man traute mithin den loyalen und wesentlich defensiven Charakter der Intensionen Oesterreichs nicht, wiewohl dem preußischen Kabinet hierüber zu verschiedenen Zeiten die befriedigendsten Aufklärungen gegeben worden waren. Im Fall des Einverständnisses mit den Zwecken Oesterreichs beabsichtigte sodann Preußen durch Herrn v. Willisen eine Verständigung darüber einzuleiten, „unter welchen Eventualitäten und in welchem Moment Preußen mit einem Mediationsversuch zwischen die Streitenden einzutreten und, nach einem Scheitern derselben, in weitere Action überzugehen haben würde", und in dieser Beziehung waren die Absichten der preußischen Regierung an bestimmte Voraussetzungen für das Verhalten Oesterreichs zum Bunde geknüpft. Schon aus dem ersten gegenseitigen Austausch der Ansichten ergab sich aber, daß zu einem Einverständniß Preußens mit Oesterreich über die letzten Ziele des Kriegs nicht zu gelangen, und eine Verständigung auf diesem Grunde nicht herbeizuführen war. Doch ist unklar gelassen, ob die Differenzen beider Höfe in dieser Beziehung mit dem Umstande zusammenhingen, daß Oesterreich, unbeschadet der ursprünglich defensiven Natur des von ihm begonnenen Kampfes, mit seinen Wünschen und Forderungen über die particularen und localen Grenzen desselben hinausging, und die Nothwendigkeit erkannte, demselben weiterreichende principielle und ganz Deutschland umfassende Ziele zu setzen; aber vermuthen dürfen wir es, wenn wir lesen, daß in Folge der hierüber von Preußen gewonnenen Ueberzeugungen der Wunsch des österreichischen Kabinets, wegen der Aufstellung einer Observationsarmee am Rhein, abgelehnt wurde und es vorbehalten blieb, nach welchen Eventualitäten und in welchem Moment Preußen activ vorgehen wolle.

Daß jedoch die Zwecke der Mission auch noch besonderer Art waren, zeigt die erwähnte preußische Circulardepesche an einer

andern Stelle, wo es heißt: Preußen habe es für seine Pflicht gehalten, darüber zu wachen, daß die militärischen Vorkehrungen der Bundesgenossen (es sind damit die deutschen Mittel und Kleinstaaten gemeint) nicht plötzlich in Angriffsmittel verwandelt würden, damit weder der Bund noch Deutschland compromittirt würden, zugleich aber auch, daß die Lösung der Bundesverhältnisse nicht eintrete, und um zugleich diesen Verlegenheiten, sowie den anderen, für Preußen noch wichtigeren Verlegenheiten vorzubeugen, die aus den Verhältnissen Deutschlands zu den „großen Kabinetten" erwachsen könnten, wurde General Willisen nach Wien gesendet. Bedenken wir, daß die Verlegenheiten, von denen hier die Rede, Preußen selbst verschuldete, indem sie sich augenscheinlich aus dem Bestreben entwickelten, unter allen Umständen den Krieg und mögliche Bloßstellungen zu vermeiden, so müssen wir uns umsomehr über die Offenherzigkeit wundern, womit man uns hier einen Blick selbst in die verfänglicheren Zwecke der Mission thun läßt. Sie sprechen für sich selbst und bedürfen keines weiteren Commentars. Aber von einer Thatsache, die sich daraus ergibt, muß die Geschichte Act nehmen. Die preußische Regierung gesteht ein, mit Absicht und Vorbedacht einen niederschlagenden und lähmenden Einfluß auf den kriegerischen Geist der deutschen Mittel und Kleinstaaten ausgeübt zu haben. Damit erweist sich das Bemühen der preußischen Blätter, die Schuld der Thatlosigkeit Deutschlands von Preußen auf die Mittel- und Kleinstaaten zu schieben, in seiner ganzen Nichtigkeit. Mochte allerdings hie und da die Friedensliebe überwiegen, den meisten und bedeutendsten deutschen Mittel- und Kleinstaaten war es wirklich Ernst mit dem Kriege, den man ihnen hat absprechen wollen; und so fällt denn auch die von der preußischen Presse mehrfach behauptete Ansicht, daß Preußen die militärische Dictatur nur aus dem Grunde gefordert, weil kein anderer deutscher Staat einen besseren Rath gewußt, in ihr Nichts zusammen. Die diplomatischen Verhandlungen mit Willisen stießen auf unüberwindliche Schwierigkeiten, obwohl Oesterreich, wie man uns aus Wien schrieb, alles sorgfältig vermied, was in Berlin zu der Annahme Veranlassung bieten konnte, daß Oesterreich die zu seinen Gunsten sich so unzweideutig manifestirende Stimmung in den

deutschen Mittelstaaten, insbesondere in Bayern, Sachsen und Hannover zu benützen beabsichtigte, um auf Preußen jenen moralischen Druck zu üben, den man in Berlin mit dem Ausdruck „majorisiren" zu taufen beliebte.

Herr von Willisen war genau unterrichtet sowohl in Bezug auf das was Preußen „unter gewissen Umständen" zu thun beabsichtigte, als in Bezug auf die „Voraussetzungen", von welchem das preußische Kabinet bei der in Aussicht genommenen Aktion ausgehen zu müssen erklärte. Nach den Eröffnungen der Depesche des Freiherrn von Schleinitz an Frhr. v. Werther vom 14. Juni lassen sich die hieraus für die Verhandlungen sich ergebenden Grundlagen in folgenden Sätzen zusammenfassen:

1) das preußische Kabinet will, daß der in Italien ausgebrochene Krieg nicht zu einem Umsturz der betreffenden europäischen Rechtsordnung führe. Es will

2) ferner, daß der auf den Verträgen von 1815 beruhende Territorialbesitzstand Oesterreichs in Italien ungeschmälert erhalten bleibe und der Friede auf dieser Basis hergestellt werde.

3) Die Gestaltung der Verhältnisse Oesterreichs zu den übrigen italienischen Staaten und die inneren Verhältnisse der letzteren selbst sind als offene Frage zu behandeln.

4) Preußen beabsichtigt eine bewaffnete Vermittlung, jedoch nur als einen „Versuch" für den Fall, wenn für Oesterreich innerhalb der mit jenen Punkten angedeuteten Grenzen der Friede nicht zu erreichen wäre, vielmehr der Kaiserstaat mit dem Verlust seiner italienischen Besitzungen ernsthaft bedroht und hierdurch der europäische Rechtszustand gefährdet wäre.

Nehmen wir diese Sätze schärfer ins Auge, so erweist sich namentlich die Unzulänglichkeit des dritten, welcher die italienische Reformfrage zu einer offenen macht, unter den obwaltenden Umständen so augenfällig, daß er sich unbedingt jeder Kritik entzieht. Wenig tröstlicher erscheint der erste Satz. Denn wie einschmeichelnd es klingen mag, was hat es zu bedeuten, wenn gesagt ist, Preußen wolle oder gehe von der Voraussetzung aus, daß der in Italien ausgebrochene Krieg nicht zu einem Umsturz der bestehenden europäischen Rechtsordnung führe? Konnte Preußen den stürmisch vorwärtsschreitenden Kriegsereignissen gegenüber, an welchen es sich selbst kaum mit dem Gedanken betheiligte, im Ernst

vermeinen, durch bloße Negociationen zu verhindern, was bei den Gegnern Oesterreichs dem Kriege als ursprünglicher Zweck zu Grunde gelegt war, nämlich die Vernichtung der europäischen Verträge und die Neugestaltung der Karte Europa's? Konnte Preußen dies zu verhindern hoffen, auch wenn das, was es verhindern wollte, noch nicht geschehen gewesen wäre, wie dies jedoch in der That bereits der Fall war? Durch mehr als eine Thatsache, ideelle und reelle, durch mehr als einen Umstand war bei dem Vorgehen der gegen Oesterreich verbündeten Monarchen der europäische Rechtszustand nicht nur gefährdet, nicht nur verletzt und gestört, sondern muthwillig mit Füßen getreten, und das konnte daher nicht mehr verhindert, sondern nur noch in seinen Folgen gemildert, kaum aber mehr rückgängig gemacht werden. Noch in den ersten Tagen der Willisen'schen Mission, am 13. Mai, kündigte ein Tagesbefehl des Prinzen Napoleon den Zweck des Krieges dahin an, daß er bestimmt sei, Italien auf immer von seinen Herren zu befreien, von diesen „ewigen Feinden Frankreichs, deren Namen in der Geschichte dieses Landes eins sind mit der Erinnerung an alle unsere Kämpfe und alle unsere Siege". Noch auffälliger aber tritt die Unangemessenheit der hier besprochenen Voraussetzung zu Tage, wenn wir erwägen, daß sie nicht bloß während der Willisen'schen Mission, sondern noch am 14. Juni von der preußischen Regierung festgehalten wurde, also nachdem bereits die dreitägige Schlacht von Magenta geschlagen war, die Oesterreich bis zum Mincio zurückwarf und alle bestehenden Rechts- und Besitzverhältnisse thatsächlich in Frage stellte.

Was aber die weitere Voraussetzung betrifft, daß der vertragsmäßig geschaffene Territorialbesitz Oesterreichs in Italien diesem Staate erhalten bleibe und auf dieser Grundlage der Friede erstrebt werde, — welchen Werth, fragte seiner Zeit die Ostdeutsche Post sehr richtig, konnte diese Voraussetzung für Oesterreich haben, wenn sie durch die Kriegsereignisse beseitigt und der Territorialbestand factisch alterirt wurde, ohne daß jene Voraussetzung zur Protestation und schließlich zur Kriegserklärung führte? Das preußische Kabinet wollte den italienischen Besitz Oesterreichs wohl erhalten wissen, aber wie aus dem Depeschen-Wechsel erhellt, nicht garantiren und somit mußte dieses „wollen" selbstverständlich für Oesterreich völlig werthlos bleiben. Jeder Zweifel über die Werth-

losigkeit dieser Voraussetzung muß aber schwinden, wenn wir in der preußischen Erwiederung vom 6. Juli auf die Depesche des Grafen von Rechberg vom 22. Juni, womit Letzterer die preußische Depesche an Frhrn. v. Werther vom 14. Juni beantwortetet hatte, die Worte lesen: „Preußen steht für die Verträge von 1815 nur ein, sofern das Wohl und Interesse des eigenen Volks es erheischt, und wenn Preußen sich bereit zeigte, für die Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien als eine Friedensbedingung zu wirken, so geschah es ohne rechtliche Verpflichtung."

Die preußischen Blätter waren ein trauriger Wiederhall dieses ausgesprochenen politischen Egoismus, der jeder factischen Hülfsleistung in der Noth eines befreundeten Bundesgenossen sich hiermit selbst für unfähig erklärt hatte, und daher konnte man es den Freunden Oesterreichs nicht verdenken, wenn sie die, was das preußische Kabinet betrifft, doch wohl irrthümliche Ansicht hegten, daß man in Berlin erst abworten wollte, bis Oesterreich auf den italienischen Schlachtfeldern abgemattet war, um ihm dann die erbetene Unterstützung angedeihen zu lassen, obgleich wir unsererseits angesichts der Thatsachen uns nicht einmal zu dieser Ansicht zu erheben vermögen, indem wir der festen Ueberzeugung sind, daß Preußen in allen Fällen erst dann zu den Waffen gegriffen hätte, wenn preußisches oder anderes deutsches Landesgebiet unmittelbar vom Feinde bedroht war. Dahin deutet sicherlich auch der „geeignete Moment", der in den preußischen Noten eine so bedeutsame mystische Rolle spielt.

Preußen wiederholte in seinen diplomatischen Verhandlungen und Noten die Versicherung, daß es seine Absicht sei, für die Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien zu wirken, und daß man in diesem Sinne vorgehen werde, sobald jener Besitzstand ernstlich gefährdet sein sollte. Wir sehen davon ab, ob er dies nicht schon nach den ersten verlorenen Schlachten war, die noch in die Zeit der Willisen'schen Mission fallen, und bemerken nur, daß die diplomatischen Aktenstücke nirgends eine Andeutung darüber geben, es sei Preußens bestimmte Absicht gewesen, mit den Waffen in der Hand Oesterreich die Erhaltung seines italienischen Territorialbestandes zu sichern; es ist in dieser Richtung nicht einmal von einem „Befür-

worten" die Rede, wie man es nannte, am allerwenigsten von einem Garantiren; gegen das sich auch in gleicher Mißkennung der Verhältnisse wie der Begriffe, die gesammte preußische Presse stemmte. Die preußische Regierung weigerte sich, die verheißene Wirksamkeit nach dem angegebenen Ziele durch einen Notenaustausch als eine Zusicherung in bindender Form auszudrücken, weil dies, wie sie sagte, einer Garantie der Lombardei gleichkommen würde, die man nicht über sich nehmen wollte und überdies eine solche Verpflichtung unbestimmten Eventualitäten gegenüber für Preußen unerfüllbar wäre. Wenn nun aber Preußen, um seine Stellung als Mediationsmacht nicht zu alteriren, jedes Engagement formeller Art ablehnte, wenn es selbst den Zeitpunct in eine unbestimmte Zukunft rückte, in welchem es in der Form einer bewaffneten Vermittlung zu einem eingreifenden Entschlusse übergehen werde, ja wenn es nicht einmal für die noch bis zum letzten Augenblicke nur als möglich angenommene „ernstliche Gefährdung" des österreichischen Besitzstandes in Italien festgestellt hatte, wann und wo sie als eingetreten anzunehmen sein solle, so begreifen wir in der That nicht, was Preußen mit seiner in Aussicht gestellten Wirksamkeit zur Erhaltung dieses Besitzstandes sagen wollte, und wir stimmen daher der Oesterr. Zeitung vollkommen bei, wenn sie bemerkt: „Aus den preußischen Noten gehe bloß hervor, daß Preußen wollte, was es nicht that, und nicht zu wissen schien, was es wollen sollte."

Innerhalb dieser nach allen Seiten in unbestimmbare Ferne auslaufenden Grenzen sollte sich die in Aussicht gegebene bewaffnete Vermittelung als ein bloßer „Versuch" bewegen, wobei sich dann Preußen noch vorbehielt, „je nach dem Erfolg dieses Versuchs für die Erreichung des bezeichneten Zieles so weiter zu handeln, wie es seine Pflichten als europäische Macht und der hohe Beruf der deutschen Nation erheischen," und auch „der Zeitpunkt nach freiem Ermessen des königlichen Hofes zu wählen sowohl für die Mediation als für die im Gefolge derselben eintretende weitere Action Preußens". So lauten die Worte der ministeriellen Circulardepesche, die wir nach dem gegebenen Beispiel als ein wahrhaftes Muster diplomatischer Stylübung bewundern müssen, aber Niemand konnte erwarten, daß so gänzlich zielloſe und unzuverlässige Vorbehalte, die kaum den Namen von Absichten, am allerwenigsten

von Zusagen verdienen, die Zustimmung des kaiserlichen Kabinets sollten gefunden und eine politische Annäherung der beiden Höfe, sollten bewirkt haben, so lange Preußen jeden Notenwechsel darüber aus dem Grunde verweigerte, um sich weder mit Frankreich noch mit Rußland zu überwerfen, welche diesen Notenaustausch als eine förmliche Verpflichtung und als Eintritt in den Krieg angesehen haben würden. Der Grundfehler war, daß Preußen eine Gefährdung des österreichischen Besitzstandes und eine Verletzung der europäischen Verträge in dem, was bereits geschehen war, nicht zu erkennen vermochte, sondern diese erst von dem „Endresultate der Ereignisse" erwartete, und daß es daher im vollkommenen Recht zu sein glaubte, wenn es nur mediatisiren, nicht aber mithandeln wollte, und auf dem Wege der Negociation zu erlangen strebte, was nur das Schwert entscheiden konnte. Und hierbei ward es wesentlich durch den unerschütterlichen Glauben an Napoleons Friedensgeneigtheit und Uneigennützigkeit unterstützt.

Hätte man diese Verhältnisse früher so genau gekannt, als wir sie jetzt aus den Eröffnungen des diplomatischen Depeschenwechsels kennen, man würde weniger erstaunt und weniger schmerzlich betroffen gewesen sein, als sich in den letzten Tagen des Mai die Nachricht verbreitete, zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin sei nur eine Verständigung provisorischer Natur zu Stande gekommen, die „wenigstens eine Spaltung im Bunde nicht befürchten lasse." Dahin also war es bereits gekommen, daß man eine Spaltung befürchtet hatte! Konnte aber diese Behauptung nur für den Moment Geltung haben, weil einer Spaltung im Bunde auf die Dauer nicht auszuweichen war, wenn Preußen bei seiner Isolirungspolitik verharrte, so leuchtet um so mehr ein, daß Oesterreich von den Resultaten der Mission eben keinen besonderen Nutzen zu gewärtigen hatte, da durch das vorläufige Verbleiben Preußens in der Neutralität der Krieg in Italien sich nothwendig in die Länge ziehen mußte, und dieses Ergebniß dünkte selbst den Freunden Preußen so unerheblich, daß sie zu dessen Ehre glaubten annehmen zu müssen, Preußen habe ganz insgeheim eine Vereinbarung mit Oesterreich im deutschen Sinne getroffen, es handle mit diesem in vollem Einverständniß und man verleide der Presse ihre Lust an Conjecturen nur deßhalb nicht, damit der Inhalt der

Vereinbarung nicht vorzeitig unter die Leute komme. Sie priesen jene angebliche Vereinbarung als eine vollendete Thatsache deutscher Einigung und erblickten in ihrem Zustandekommen einen Triumph der deutschen Politik Preußens.

Wir würden gänzlich fehl gehen, wollten wir hierin etwas anderes sehen, als den Jubelruf der preußischen Patrioten über den Fortschritt der preußisch-deutschen Politik, welche damals anfing mit kühner Entschlossenheit sich geltend zu machen, und wir irren gewiß nicht, wenn wir mit dieser Erscheinung eine Nachricht aus jener Zeit in Verbindung bringen, die von Concessionen sprach, welche Oesterreich an Preußen gemacht habe. Sicher ist, daß das Wiener Kabinet sich bereit erklärt hatte, Preußen für eventuelle militärische Maßregeln des Bundes unter gewissen Bedingungen die Initiative zu überlassen. Wir finden dafür den Maßstab in den hochgehenden Anträgen, welche Preußen bald nachher am Bunde stellte. Oesterreich opferte seine Rechte und Ansprüche, um einen Bundesgenossen zu erwerben, von dem es annahm, daß er unverzüglich zur kriegerischen Action übergehen werde, ohne zu ahnen, daß man in Preußen jetzt schon die Einigung Deutschlands im preußischen Sinn, nämlich mit Ausschließung Oesterreichs, vollendet sah.

Die Sprache des preußischen Patriotismus wurde vermessener. Ihm galt es als Thorheit und Frevel, zu fordern, daß Deutschland Oesterreichs wegen sich in einen Krieg einlassen solle; er verlangte ferneres Festhalten Preußens am Zuwarten und an der Neutralität, und ging in seiner blinden Leidenschaft so weit, die preußischen Waffen gegen die eigenen Bundesbrüder im Süden Deutschlands aufzurufen, die sich vermessen, der preußischen Politik mit beleidigendem Mißtrauen zu begegnen, als könne sie Deutschland im Stich lassen.

Allein die Freunde Preußens, welche militärische Anlehen und Mobilmachungen schon für kriegerische Action hielten, sei es gegen gallischen Uebermuth, sei es gegen deutsche bundestreue Gesinnung, täuschten sich mit ihren übertriebenen Erwartungen in Bezug auf die preußische Kriegsbereitschaft für Deutschland in demselben Maße, wie mit ihren geringeren die Anhänger Oesterreichs, welche die Verweigerung der preußischen Cooperation nur für eine momentane hielten und der Hoffnung lebten, Preußen werde über

kurz oder lang activ für Oesterreich auftreten, da es die Bedrohung der Minciolinie als eine Gefährdung Deutschlands betrachte, und demgemäß auch seine militärischen Anträge beim Bunde stellen werde.*)

Der Schluß der preußischen Depesche vom 14. Juni sagt mit ausdrücklichen Worten, daß es sich für Preußen bei den von ihm kundgegebenen Absichten nicht um die Erfüllung einer ihm obliegenden Verpflichtung gegen Oesterreich, sondern vielmehr um einen aus voller Freiheit hervorgegangenen Entschluß Sr. K. Hoheit des Prinz-Regenten handelte. Diese Freiheit der Entschließung haben wir aber nicht allein formell, sondern auch materiell zu nehmen, und jede darauf gebaute Muthmaßung über den Zeitpunct des activen Eintretens von Seite Preußens mußte nothwendig in's Leere tappen.

Wir wissen daher jetzt mit voller Bestimmtheit, daß wir es rein eventuell und im Sinne der preußischen Politik auf freie Hand zu deuten haben, wenn in der Bundessitzung vom 26. Mai Preußen seine Bereitschaft zu erkennen gab, mit ganzer Macht zur Vertheidigung des deutschen Bundes einzustehen. Die übrigen Mitstände, erfreut, nur ein positives Moment, eine, wie es schien, faßbare Handhabe zu erhalten, welche zeigte, wessen man sich von Preußen zu versehen habe, acceptirten die preußische Erklärung und gern würden sie ihm, sofern es den festen Willen gehabt hätte, für Oesterreichs Sache, die zugleich die Deutschlands war, vorzugehen, die zufriedenstellendsten Vollmachten bewilligt haben.

---

*) Die Folge hat bewiesen, daß dies nur ein falsches Gerücht war, oder wenn bei den Verhandlungen davon die Rede gewesen ist, die Bedrohung oder Verletzung der Minciolinie als den Zeitpunct anzunehmen, wo die militärische Bundesaction unter Preußens Oberleitung zu beginnen habe, so ist man von diesem Gedanken später zurückgekommen, und wir dürfen daher von einer Erörterung der Widersprüche absehen, die in einer solchen Verabredung mit der früheren Auffassung Preußens gelegen haben würde, nach welcher dieser Staat die lombardisch-venetianischen Provinzen weder in ihrer Gesammtheit noch in ihren Theilen, sei es nun zwischen dem Ticino und Mincio oder zwischen dem Mincio und Isonzo, als Länder betrachtete, für welche bei der von Preußen stets festgehaltenen wörtlichen Auslegung der Bundesbestimmungen, im Fall ihrer Bedrohung, der bewaffnete Bundesschutz einzutreten habe, den Preußen zu gewähren niemals im Sinne hatte.

Aber schon die Bundessitzung vom 3. Juni zerstörte die Hoffnun- die man an die preußischen Erklärung geknüpft hatte.

Baiern und Sachsen hatten in richtiger Erkenntniß des allgemeinen und principiellen Charakters der Verhältnisse die Ansicht ausgesprochen, daß die gegenwärtige Lage eine solche sei, die dem gesammten Deutschland die Pflicht auferlege, zur Wahrung der vertragsmäßig begründeten Integrität des österreichischen Kaiserreichs demselben den Besitz seiner italienischen Provinzen zu garantiren, und aus dem Artikel 47 der Wiener Schlußacte durch Interpretation die Nothwendigkeit der Bundeshülfe für Oesterreich gefolgert. Nicht nur hiergegen, sondern wiederholt auch gegen die von Hannover beantragte Aufstellung eines Observationscorps am Oberrhein, legte Preußen in jener Sitzung Protest ein, indem es zur Entgegnung darauf nichts Geringeres beantragte, als im Fall eines Krieges für alle am Bunde zu ergreifende Maßregeln die militärische und diplomatische Initiative, mithin die Oberleitung über die Bundestruppen und die Verfügung über einzuleitende Bündnisse und Friedensverhandlungen, über Art, Ort und Zeit des activen Auftretens in unverantwortlicher Weise übertragen zu erhalten. Doch erklärte zugleich Preußen, daß es mit seinen Protesten und Entgegnungen die Rechte seiner deutschen Bundesgenossen nicht schmälern wolle, in der Uebertragung so außerordentlicher Vollmachten aber ein Pfand ihres Vertrauens erblicken werde.

Erwägen wir, daß Preußen das geforderte Vertrauen weder durch eine offene Darlegung der leitenden Grundsätze und Endziele seiner Politik während der Krisis, noch durch das anmaßliche und beleidigende Verhalten seiner Presse verdient hatte, und erwägen wir ferner, daß durch die Ueberlassung so bedeutender Vorrechte die deutschen Mitstände und Bundesgenossen zu Preußens willenlosen Vasallen und Dienern, zunächst allerdings im Kriege, dann wohl auch wahrscheinlich im Frieden, herabgedrückt worden wären, was eine Lösung der innern Bundesverhältnisse zur nothwendigen Folge hätte haben müssen, so begreift man den Widerstand, welchen diese Forderungen im Schooße der Bundesversammlung fanden, um so mehr, als mit ihrer Bewilligung auch eine jener Voraussetzungen wegfiel, unter welchen die Stände schon am 26. Mai ihre Geneigtheit kundgegeben, Preußen die Initiative zu gewähren,

jene nämlich, welche dahin ging, daß Preußen sofort zu Oesterreichs Gunsten auftrete, was Preußen indeß niemals in Absicht gehabt hat.

---

6. Kriegerischer Aufschwung nach der Schlacht bei Magenta. Befehl zur Mobilmachung von sechs preußischen Armeecorps. Die Maßregel nur Mittel zu Friedensunterhandlungen und weiteren politischen Zwecken.

Die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze gestalteten sich inzwischen so, daß sie uns zu einer letzten und festen Entscheidung hätten drängen müssen, wenn wir hierzu Uneigennützigkeit, Einsicht und Muth genug besessen hätten.

Der verlorenen Gefechte erwähnen wir nicht, sie waren nicht geeignet, das Vertrauen des österreichischen Heeres zu seinen Führern zu erhöhen, und führten unausbleiblich zu der entscheidenden Niederlage bei Magenta (3. 4. 5. Juni), welche die Oesterreicher weit hinter die Ticinolinie zurückwarf, und in besorgnißerregender Weise die Gefahr für Deutschland uns näher rückte.

Die politische Krisis trat dadurch in eine neue Phase, eine Phase, so reich an Widersprüchen, daß der patriotische und unparteiische Beobachter nur schwer an das traurige Geschäft geht, ihren Bestimmungsgründen nachzuforschen und den Versuch einer Lösung zu wagen.

Diese neue Phase charakterisirt sich in ihrem Beginn durch einen — wir fragen zunächst nicht, in welchen Richtungen sich äußernden — gewaltigen Aufschwung des kriegerischen Geistes, im Norden wie im Süden Deutschlands, aber bald machte er dort früher, hier etwas später einer wachsenden Herabstimmung Platz, die, wir können es nicht leugnen, aus der Unzufriedenheit über die fortgehenden Rückschritte der österreichischen Waffen, die bei allem Heldenmuth der Truppen auch nicht ein einziges Mal sich siegreich erwiesen, einen Theil ihrer Nahrung sog, aber hauptsächlich durch die Politik Preußens gefördert wurde, das trotz der anfänglichen Kriegsbereitheit zuletzt doch nur in dem alten Kreise des diplomatischen Verhandelns am Bunde wie außerhalb gebannt blieb und wie wir gesehen haben, eingestandenermaßen sein Bemühen vor allem dahin richtete, daß die Schwerter in den Händen seiner

deutschen Bundesgenossen nicht zu Angriffswaffen gegen unsere Feinde verwandelt würden. Preußen hatte in dieser Periode das politische Heft allein in Händen; die übrigen deutschen Staaten ließen sich von ihm ins Schlepptau nehmen, oder traten gänzlich in den Hintergrund, indem sie ihre Thätigkeit lediglich darauf beschränkten, die Bundescontingente marschfertig herzustellen, und auch dieses geschah mit keiner allzugroßen Eile, zugleich aber auch, was betrübender, mit täglich sichtbarer herwartender Gleichgültigkeit.

Wenn in den ersten Tagen nach der Schlacht von Magenta in militärischen Kreisen Berlins nur Ein Gedanke gehört wird, der nämlich, daß die äußerste Grenze der Geduld erreicht, und nunmehr der Zeitpunct gekommen sei, die Waffen zu ergreifen, wenn immer lauter und stürmischer die Bestätigung des Gerüchts erwartet wird, als stehe eine Mobilisirung der ganzen Armee bevor und als werde eine Betheiligung Preußens am Kampfe vorbereitet; wenn jetzt der Prinz Regent ansehnliche Beförderungen in der Armee vornimmt, und in der Ansprache, die derselbe am 7. Juni an mehrere neuernannte Generäle richtete, zu ihnen sagte: „das Vaterland werde vielleicht bald ihrer Dienste bedürfen und rechne auf sie", wenn der hocherlauchte Fürst wenige Tage später bei seiner Bewillkommnung in Pommern den Ausspruch that: „es sei nicht zu bestimmen, ob die nächste Stunde uns gehöre" — und wenn dann nebenher in der Presse Aeußerungen ganz entgegengesetzter Art lautbar werden, wenn wir die aufstrebende kriegerische Begeisterung nach kurzer Dauer spurlos im ebenen Bette der Sorglosigkeit zerfließen sehen und nichts übrig bleibt, als der kostbare Niederschlag anspruchsvoller, aber unfruchtbarer Rüstungen, dann können wir nicht umhin, doppelte sich widerstrebende Kräfte anzunehmen, die bei der Entwickelung dieser neuen Phase des Dramas wirksam waren, solche, die den Krieg, und solche, die um jeden Preis den Frieden wollten.

Es ist nicht denkbar, daß der Prinz Regent mit jenen so klar sprechenden Aeußerungen den Gedanken verbunden habe, mit dem kriegerischen Vorgehen zu warten, bis Louis Napoleon in feindseliger Absicht deutsches Bundesgebiet betreten habe, was noch im weiten Felde lag, und bei der einheitlichen kriegerischen Stimmung, welche Deutschland damals beherrschte, überhaupt nicht einmal wahrscheinlich war. Noch weniger aber ist an eine absichtliche

Täuschung oder nur an eine Selbsttäuschung zu denken, und daher nur die einzige Annahme möglich, daß des Fürsten so schwer wiegende Worte dem reinsten und hochherzigsten Willen entsprungen waren, wie auch Graf v. Rechberg erkannt, wenn er in seiner Depesche an Frhrn. v. Keller bemerkt, des Prinz-Regenten hochherzige Worte hätten gezeigt, daß er sich auf gleichem Felde der Anschauung und der Grundsätze befinde, wie die k. k. österreichische Regierung. Damit stehen wir jedoch vor einem Widerspruch, welcher theilweise nur lösbar, wenn wir annehmen, daß über die Kriegsfrage zwischen den leitenden Regierungsorganen Meinungsverschiedenheiten obwalteten, die schließlich zu Gunsten des Friedens den Sieg errangen.

Noch aber sollte zuvor ein kriegverheißendes Ereigniß die Gemüther tiefer als gewöhnlich aufregen. Die Preuß. Zeitung vom 14. Juni gab zuerst davon Kunde, indem sie berichtete, daß der Befehl zur Mobilmachung an sechs preußische Armeekorps ergangen und Schritte am Bunde eingeleitet seien, die damit im Zusammenhange stünden. Die Freude darüber in Deutschland war groß und allgemein. Man erblickte in diesem Schritte nach längerem Zaudern und Schwanken ein erstes actives Lebenszeichen, eine Ermannung Preußens zur That, um für die Sache des Rechts und der Ordnung in die Schranken zu treten, und gab sich dem guten tröstlichen Glauben hin, Preußen habe damit seiner bisherigen Neutralitätsstellung Lebewohl gesagt. Für den Einsichtigen boten jedoch die Worte, womit das offizielle preußische Blatt die Nachricht begleitete, manches Bedenkliche, wenn es darin hieß, daß „angesichts der immer größeren Verhältnisse, welche die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze annehmen, und der sich steigernden Rüstungen selbst der neutralen Mächte, die Regierung die Pflicht gefühlt habe, sich in eine Verfassung zu setzen, welche sie befähigt, bei Regulirung der italienischen Frage im Vereine mit ihren Bundesgenossen (es können hierunter angesichts der Thatsachen, nur die beiden übrigen neutralen Großmächte verstanden sein) mit demjenigen Gewicht aufzutreten, welches Preußen auszuüben berufen ist und der Machtstellung der deutschen Nation in Europa entspricht." Es konnte befremden, daß von Oesterreichs Noth

und Gefahr hierin nichts gesagt und das Gewicht der Gründe ausschließlich auf Preußens und Deutschlands Machtstellung, die man doch als eine notorische, gewißermaßen als eine sich von selbst verstehende betrachten durfte, nicht aber auf die Heiligkeit der Verträge und die Unverletzlichkeit des europäischen Rechtszustandes gelegt war, welche Preußen gegen Napoleons Uebermuth zu schützen sich entschlossen habe, es konnte befremden, daß von einer militärischen Bestimmung der Mobilmachung nirgends die Rede und der übrigen deutschen Bundesregierungen, ihrer Interessen und Absichten mit keiner Silbe Erwähnung geschehen war; und doch hatte der Prinz Regent feierlich erklärt, für die Erhaltung des durch die Verträge begründeten Rechtszustandes in Europa mit aller Macht einstehen zu wollen, auch berichteten die Blätter, es sei bei den Berathungen, die dem Befehl zur Mobilmachung bald nach der Schlacht von Magenta vorausgingen, an entscheidender Stelle geltend gemacht worden, daß es sich dabei vor allem darum handle, die „alle staatlichen Verhältnisse vergiftende Dictatur des Franzosenkaisers auf jede Gefahr hin, so viel es in Preußens Macht liege, zu brechen."

Was an dieser Aeußerung auch Wahres sein mochte, die Thatsache der Mobilmachung selbst, sofern wir sie als den unmittelbaren Ausfluß des freien, offenen und hochherzigen Willens des Prinz Regenten zu betrachten haben, erklärt sich nur durch eine Ansicht von der Lage der Dinge, wie sie, letzterer gemäß, in jener Aeußerung enthalten ist, und durch eine zur Klarheit gekommene Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, bei dem Conflict einen Standpunkt einzunehmen, wonach Preußen nicht dulden konnte, daß die Territorialverhältnisse Italiens ohne seine Zustimmung und die seiner Bundesgenossen umgestaltet wurden. In dem allem lag die Beziehung eines begeistert muthvollen Entschlusses, der nur die Frucht einer völlig veränderten Ansicht der Dinge sein konnte, für die wir den Grund wie angedeutet, in dem Fortgange der kriegerischen Ereignisse zu suchen haben, da man durch die von Napoleon inzwischen bis weit über den Ticino, die Adda und den Oglio hinaus verlegte Operationslinie zu der allein richtigen Ansicht gelangt war, daß es sich hier nicht um die Abwehr eines von den Oesterreichern, wie man anzunehmen beliebte, ausgegangenen Angriffs, der durch ihre nach der Schlacht von Magenta

erfolgte Zurückschlagung hinter die Ticino-Linie als vollkommen erreicht betrachtet werden durfte, sondern um einen Angriff auf Oesterreich selbst handle, der die Sicherheit Deutschlands und des gesammten staatlichen Rechtszustandes von Europa ernstlich gefährde.

Können wir nun aber über das Verhältniß der Ansicht des Prinz Regenten zu dieser Auffassung der Frage schon nach dem Bisherigen kein wesentliches Bedenken haben, so mußte auch der allerletzte Zweifel noch schwinden, wenn mit Bezug darauf Herr v. Schleinitz in der merkwürdigen Depesche an die k. Gesandten zu London und St. Petersburg sagt: „der Prinz Regent konnte durch eine passive Haltung nicht im voraus die Veränderungen gut heißen, welche die territoriale Umgrenzung in einem der Länder erfahren hat und erfahren könnte, welches so zahlreiche Bande mit der großen europäischen Völkerfamilie verknüpfen." Auch hier also wieder der doppelte Gesichtspunkt, den wir in allem, was der Prinz Regent in Bezug auf die Lage gedacht und gewollt, wiederfinden: Aufrechthaltung der europäischen Verträge und Schutz des österreichischen Territorialbestandes in Italien, Zwecke, die einer ohne den andern nicht zu erreichen waren.

Wie kommt es nun, fragen wir, daß weder die Depesche noch die offiziellen Zeitungsartikel ernstlich und unzweideutig von diesen Zwecken etwas wissen wollen, daß diesen Actenstücken und Documenten zufolge der großen militärischen Anstalten, welche man traf und in noch umfassenderem Maße vorbereitete, nicht für den Krieg, den doch ohne Zweifel der Prinz Regent als das einzige Mittel zur Erreichung der bezeichneten Zwecke erkannt hatte und wollte, sondern lediglich dazu bestimmt sein sollten, die schon damals beabsichtigte und gemeinschaftlich mit den andern beiden neutralen Großmächten zu unternehmende Mediation zu unterstützen? Wodurch nahm der kühne, rasche, vielversprechende Anlauf ein so klägliches Ende? Was war Ursach, daß der kriegerische Aufschwung, der die Gemüther mit unwiderstehlicher Gewalt ergriffen zu haben schien, zum bloßen Mittel für diplomatische Negociationen herabsank und dem Rausche der Mobilmachung die nüchternste und friedfertigste Gestaltung der Dinge folgte?

Man könnte versucht sein, die Gründe in äußeren Einflüssen zu suchen. In dieser Hinsicht war es allerdings gewiß nicht gleichgültig, wie die französische Presse die Nachricht von der preußischen

Mobilmachung aufnahm. Sie hatte ja stets in Preußen einen Bundesgenossen Frankreichs gesehen, und den Character, welchen Preußen seinen Beziehungen zu Frankreich stets gewahrt hatte, eben so gut erkannt, als Graf Rechberg, der in seiner Depesche an Freiherrn v. Koller vom 22. Juni aus diesen Beziehungen die Neutralität Preußens herleitet. Theils schwieg jetzt die französische Presse, oder sie betrachtete die Nachricht als eine Mystification, so sehr war man von der Friedensrichtung Preußens einerseits wie von der möglichen Ernstlichkeit der militärischen Maßregel andererseits überzeugt. „Siècle" hielt sie für eine leere aber beleidigende Drohung (bravade) und ertheilte Preußen den alten von preußischen Blättern schon früher nicht ohne den Kitzel patriotischer Eitelkeit aufgenommenen Rath, sich lieber um die französische Allianz zu bemühen, wodurch es allein zur Suprematie in Deutschland gelangen könne, und „Pays" erblickte in der Bewaffnung ein gutes Mittel, den patriotischen Eifer und die kriegerischen Gelüste des übrigen Deutschlands niederzuhalten, und hatte darin vielleicht das Richtigste getroffen, während der „Moniteur" in seiner stets bereiten Sophistik dem Zwecke, durch Täuschung die politische Umgestaltung Preußens zu bewirken, auf einen Seitenwege näher kam, indem er die französische Regierung gegen die Ansicht in Schutz nahm, als beabsichtige sie ganz Italien unter einem Könige, etwa in der Person Victor Emanuels zu vereinigen. Eben so wenig mögen die Einflüsterungen Rußlands wirkungslos geblieben sein. In jene Zeit fällt die famose russische Note an die doch wohl jedenfalls nicht preußischen deutschen Höfe, welche, eine Kind der Angst, uns beweisen wollte, daß wir gar kein Recht hätten, Oesterreich von Bundeswegen zu helfen, und uns gegen fremde Anmaßung und Ländergier zu wahren, Mahnungen, die bekanntlich Graf Walewski später in einer neuen französischen Auflage verwässert und wieder aufgewärmt noch einmal uns vorzusetzen für gut gefunden hat. Auch ließ man es damals zuerst offenkundig werden, daß zwischen Rußland und Frankreich Vereinbarungen bestanden, die immerhin, wie die Ostdeutsche Post vom 16. Juni aus Berlin meldete, die Vernichtung des Vertrags von 1856, sonach die Wiedererlangung Bessarabiens und die Zurückführung Rußlands an die Donaumündungen zum Zweck gehabt haben mögen, daneben aber doch auch hauptsächlich auf den Fall

vorgesehen und berechnet waren, daß der deutsche Bund, sei es mit oder ohne Preußen, den Kampf für Oesterreich aufnehme.

Wir sehen, es gab der äußern Einflusse genug, welche bei einer dem Frieden unbedingt mehr als dem Kriege geneigten Regierung eine Umstimmung zu Gunsten des ersteren hervorrufen konnten, selbst wenn die politische Lage in entschiednerem Maße letzterem das Wort redeten, und wohl mag es sein, daß die unleugbar kriegerische Stimmung, die eine Zeit lang in den obern Regionen des Staats herrschte, von diesen Einflüssen eine Kühlung erfahren, welche sich dann auch den tiefer liegenden mittheilte, aber darüber ist kein Zweifel, daß die Kundgebungen des Ministeriums, seiner Organe und Anhänger niemals kriegerischer Art waren, von Anfang an vielmehr eine absolut friedliche Richtung verfolgten.

Schon bei Besprechung des neuen preußischen Nationalanlehens, das zu militärischen Zwecken bestimmt war, warnt die Preuß. Zeitung vor der Ansicht, „der Beschluß der Regierung sei ein Anzeichen, daß eine Entfaltung umfassender Streitkräfte oder gar eine Kriegsgefahr unmittelbar nahe gerückt sei," und die dem Ministerium befreundete demokratische National-Zeitung spricht sich bei der nämlichen Gelegenheit dahin aus, „daß das Anlehen in keinem Falle zu einer Garantie des österreichischen Besitzstandes in Italien verwendet werden dürfe," womit trefflich stimmt, was dasselbe Blatt in einem längeren Leitartikel vom 2. Juni: „Deutschland und das österreichische Italien" sagt: „So viel nehme man für gewiß, daß die preußischen Minister erst geboren werden sollen, welche unser Volk um der Lombardei und Venedigs willen, als wenn wir kein eigenes Volk wären, in den Krieg schicken könnten." *)

*) Preußische Minister haben, wie die letzten 60 bis 70 Jahre der deutschen Geschichte beweisen, oft noch viel anderes gethan, als was ihnen oben die National-Zeitung als Dummheit anrechnen möchte. Sie waren eben oft auch kurzsichtig und schwach, Irrthümern, Täuschungen und Leidenschaften unterworfen wie andere Menschen, ohne nicht einmal immer da klüger gewesen zu sein, wo sie es hätten sein sollen und können. Wer hat denn aber je daran gezweifelt, daß, freilich unter Voraussetzungen, die auch die National-Zeitung kennen wird, die Preußen oder wenn die Deutschen gemeint sein sollten, diese ein eigenes Volk seien? Die Garantie „um der Lombardei

Als dann nach der Schlacht von Magenta, wie erwähnt, in den militärischen Kreisen Berlins das Gerücht umlief von der Mobilisirung der gesammten preußischen Armee, trat die Preuß. Zeitung ihm mit dem bedeutungsvollen, aber höchst trostlosen Worten entgegen, „ein derartiger Beschluß sei weder bereits gefaßt noch unmittelbar bevorstehend, und wenn Preußen sich veranlaßt sehe, in Entfaltung der Wehrkraft weitere Schritte zu thun, so bezwecke dies nur, seinen bisherigen Standpunkt mit größerem Nachdruck geltend zu machen." Damit sahen wir uns urplötzlich aus dem erhebenden kurzen Kriegstraum herausgerissen und auf den alten Standpunkt versetzt, und was jetzt noch folgen sollte, konnte nichts anderes als die Fortsetzung der bisherigen Friedens-Comödie sein. Preußen war gesonnen, die Rolle der bewaffneten Neutralität, die es vom Beginnen des Conflictes an erstrebt, mit noch drohenderem Aufwande seiner reichen kriegerischen Kräfte weiter zu spielen.

---

7. Politische Farbencontraste. Die Mobilmachung ein kriegerisches Truggebilde. Abkühlender militärischer Congreß. Einleitung zu den Mediationsversuchen. Nach der Schlacht von Solferino neuer militärischer Bundesantrage Preußens mit Ausschließung Oesterreichs.

Eine schlagfertige Armee stand, wie Herr v. Schleinitz in der Circulardepesche vom 25. Juni sagt, bereit, wenn auch zwar als ein drohendes Schreckbild für jeden Feind, dennoch nicht für

---

willen" ist aber eine bloße Marotte. Bei der vorliegenden Frage handelte es sich gar nicht um diese Länder als solche, sondern um ganz andere Dinge; es handelte sich dabei allerdings um eine Garantie, aber nicht sowohl um eine Garantie des Besitzes als solchen, sondern dieses Besitzes, insofern er durch Verträge rechtlich zuerkannt und gewährleistet war, so daß es in diesem Sinne nicht Preußen und Deutschland allein, sonder allen europäischen Großmächten oblag, den Oesterreich gewährleisteten Rechtsanspruch an jene Länder dem gemäß dann freilich, auch deren Besitz oder ein Aquivalent dafür, sei es auf friedlichem Wege, sei es mit Waffengewalt zu sichern, wenigstens sichern zu helfen. Es handelte sich um die Herstellung der gestörten Rechtsordnung, aber nicht einmal bloß um diese, sondern um die Herstellung eines Zustandes, der die dauernde Sicherung der bestehenden oder einer ihr entsprechenden neuen Rechtsordnung verbürgte, also um ein Ziel, dem ganz Deutschland Gut und Blut hätte zum Opfer bringen müssen.

den Krieg, sondern zur friedlichen Vermittlung bestimmt, die das alleinige und letzte Ziel der preußischen Politik geworden war.

Der Dienste der preußischen Generale war das Vaterland vor der Hand nicht bedürftig; noch ferner durften sie sorglos auf den Lorbeeren früherer Siege ausruhen und mit dem Gewehr am Fuß Soldat und Landwehrmann, wenn auch voll tiefen Unmuthes der Geschäftigkeit der Diplomaten zusehen, die ihnen die Ehre des Losschlagens nicht gönnten und lieber Ströme von Dinte für zweck- und erfolglose Depeschen verschreiben, statt zum entscheidungssicheren und ruhmvollen Schwerte zu greifen, mit dem herzhaften Entschluß, den deutschen Bundesbrüdern beizustehen, die der Freundeshilfe vergeblich harrend für die heiligen Ordnungen des Lebens auf qualerfüllten Schlachtfeldern heldenkühn ihr Blut zum Opfer brachten.

Die neue Phase in der politischen Entwicklung des Dramas, in der wir mit unserer Betrachtung jetzt eintreten, beginnt in den zwanziger Tagen des Juni und characterisirt sich durch eine doppelte Färbung: eine scheinbar überaus kriegerische und eine in der That äußerst friedliche, die beide nebeneinander hergehen und die wunderlichsten Contraste bilden, die je ein politisches Gemälde vor unsern Augen enthüllt hat. Die Künstler, die es schufen, sind selbst Schuld daran, daß wir einen genauen und urkundlich verbürgten Einblick in die Armseligkeit dieses Machwerks und die grellen Widersprüche erhalten, die zwischen den Worten und Thaten der Menschen bestehen und durch keine journalistische Sophistik mehr von der ehernen Tafel der Geschichte weggelöscht werden können.

„Der Krieg nähert sich den Grenzen des deutschen Bundesgebiets," sagt Herr v. Schleinitz, um die preußischen Rüstungen zu rechtfertigen, in seiner am Tage der Schlacht von Solferino ausgefertigten Depesche an die k. preußischen Gesandten zu London und St. Petersburg, „und legt von Stund zu Stunde directere und dringendere Pflichten auf," und in der mehr erwähnten Circulardepesche rühmt der treffliche Diplomat, ein Diplomat vom reinsten Wasser, Preußen sei durch die anbefohlene Mobilisirung noch über Oesterreichs Wunsch nach Aufstellung einer Observationsarmee am Rhein hinausgegangen. Das ist allerdings ganz richtig, mit den sechs Armeecorps hatte Preußens den doppelten Betrag

seines Bundescontingents mobil gemacht, und es wäre lächerlich anzunehmen, man habe mit diesem Aufwande militärischer Kräfte keine ernste Absicht erreichen wollen. Welche, das wird sich später zeigen; aber Krieg konnte es nicht sein, weil der für Preußen nicht in Aussicht stand, so lange Napoleon mit Oesterreich beschäftigt war; auch würde Preußen, wenn es mit der Aufstellung eines starken marschbereiten Heeres Mediationsversuche auf die Gefahr eines aus dem Scheitern derselben erwachsenden Krieges verbinden wollte, diese auf eine ganz andere Weise in Vereinigung mit Deutschland eingeleitet, aber sich deßhalb nicht an England und Rußland gewendet haben.

Dennoch war die Welt von dem Vorgange so überrascht, daß sie darin nichts als kriegerische Absicht sah. Die gefährlichen Neutralitätsbestrebungen Preußens hielt man für überwunden; der rasche und großartige Entschluß, so glaubte man, müsse eine männliche That als Frucht zur Folge haben, und im Sinne der deutschen Kriegspartei, welche die bei weitem überwiegende war, den Ausschlag geben. Insbesondere freute man sich der, wie es schien, sichern Thatsache, daß Preußen die Minciolinie, welche Napoleon bereits zu überschreiten begonnen hatte, wirklich, wie man meinte, als letztes Bollwerk zur Sicherung des deutschen Bundesgebiets ansehe, noch mehr aber, daß selbst in entscheidenden preußischen Kreisen die Ueberzeugung Platz gegriffen habe, mit Louis Napoleon sei nicht zu transactioniren, und seine Pläne reichten weiter, als seine Reden und Proclamationen vermuthen ließen. Wie man die Sache auffaßte, hatte man ein Recht, darin einen Triumph für Süddeutschland und jene nordischen Staaten zu erblicken, die, obwohl deshalb oft genug Seitens der preußischen Presse verhöhnt, vom ersten Beginn des Conflicts an Ueberzeugungen gehegt hatten, wie diejenigen sein mußten, welche die preußische Regierung, dem Anscheine nach, zu einer Aenderung ihrer Politik veranlaßt. Daß die Regierung für immer ihre Entschließung gefaßt, daran zweifelte man aber um so weniger, als zu derselben Zeit ein militärischer Congreß in Berlin zusammenberufen war, den die hauptsächlichsten deutschen Staaten beschickt hatten, um sich über die letzten Absichten der preußischen Regierung zu vergewissern und Anträge zu stellen, die geeignet wären, dem schwankenden Zustande der Dinge ein rasches und entscheidendes Ende zu machen.

Genauere officielle Kunde über das, was im Schooße dieses Congresses verhandelt wurde, ist mehr als bruchstückweise nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen, aber fast scheint es, als ob das, was die Theilnehmer des Congresses in ihm zu hören bekamen, auf die kriegerische Begeisterung mancher deutscher Staaten eine niederschlagende Wirkung ausgeübt habe.

Die Logik von der ganzen Sache ist einfach folgende. Nach Lage der Dinge konnte und durfte der Zweck der Mobilisirung nicht sein, eine bewaffnete Neutralität herzustellen, außer man verband damit den Zweck, nicht darin zu verharren, wenn die unter ihrem Schutze etwa versuchte friedliche Beilegung des Conflicts ohne Ergebniß blieb. Da es sich jetzt aber nicht mehr um die Ausgleichung eines bloßen Zerwürfnisses, sondern um die Einstellung eines blutig entbrannten und im Fortgange begriffenen, dadurch aber auch die bestehenden Macht- und Rechtsverhältnisse europäischer Staaten täglich mehr in Frage stellenden Krieges handelte, so reichte selbstverständlich ein Mediationsversuch dieser Art hierzu nicht hin. Deshalb konnte aber auch der Zweck der Mobilmachung, wenn wir dabei außer Preußen auch die übrigen deutschen Bundesglieder als betheiligt annehmen, kein anderer sein, als für die neutralen deutschen Staaten eine gebieterische kriegerische Stellung zu gewinnen, die sie in die Lage setzte, selbst auf die Gefahr hin, einen allgemeinen Krieg zu entzünden, den kriegführenden Mächten ein gebieterisches Halt zuzurufen, und die Entscheidung der Frage, wie sie für die dauernde Beruhigung Deutschlands und Europas nothwendig war, auf die breite und sichere Basis einer neuen, dem Nationalitätsprincip angemessenen Umgestaltung und Organisirung des allerdings in dieser Hinsicht vielfach veralteten europäischen Staatensystems und einer in die vereinigten Hände der Großmächte zu legenden friedlichen Ausgleichung zurückzuführen, wohin sie gleich im Beginn des Conflicts, auf dem Grunde der von Oesterreich für seinen Eintritt in die Unterhandlungen darüber gestellten Bedingungen, durch den Einfluß Preußens und Deutschlands hätte zurückgeführt werden müssen und auch hätte zurückgeführt werden können, wenn sämmtliche Bundesstaaten einmüthigen Sinnes und gleichen kriegerischen Willens gewesen wären. Nur bei der Annahme einer solchen Stellung war es allenfalls zu erwarten, daß Napoleon, den Siegesrausch und tausend große weit-

reichende Pläne im Kopfe, auf den Anruf inne hielt, wiewohl freilich erhebliche Zweifel obwalten, ob sich derselbe zur Herausgabe der schon eroberten Gebiete, die für Sardinien bestimmt waren, oder zu der Entschädigung verstanden hätte, die der europäische Congreß Oesterreich bieten mußte und allein nur bieten konnte, nämlich nicht an der Donau noch sonst wo in Europa, außer dem linken Ufer des Rheins, welcher deutsch sein muß von den Quellen bis zu seiner Mündung ins Meer.

Wie der große Napoleon hatte unzweifelhaft auch Louis Napoleon keine Hoffnung dauernden Sieges, wenn Preußen mit Oesterreich und den übrigen deutschen Staaten zusammen ging. Deutschland als Ganzes zu besiegen, getraute sich selbst der große Napoleon nicht, darum griff er zu dem Mittel der Isolirung, erst Preußens, dann Bayerns, Würtemberg, Badens. Der dritte Napoleon hatte dies in gleichem Maße nicht nöthig. Beschwichtigende Noten und das leichte Geschütz irreleitender oder Ehrgeiz weckender Journalartikel, sind noch keine Basler Separatfrieden. Die Umstände kamen allen seinen Wünschen und Entwürfen aufs förderſamste entgegen. Er kannte Preußens Staatsmänner und Staatsmaximen und seine immerhin achtenswerthe Scheu vor einem allgemeinen Kriege. Aber nicht nur hierauf, auch auf das traurige preußische Erbstück der Eifersucht gegen Oesterreich, auf Preußens Streben nach der Suprematie in Deutschland, und auf die leider selbst in dem langen Frieden hüben und drüben reichlich genährte Mißstimmung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands baute, der Sympathien Englands für Italien und Rußlands feinseliger Stellung gegen Oestereich nicht zu gedenken, Louis Napoleon seine kühnen, wohl berechneten Pläne; und er hat sich nicht geirrt. Die Isolirungen unter den Staaten des deutschen Bundes machten sich von selbst. Ein factisches Protectorat, womit der erste Napoleon nach dem Abschlusse des Rheinbundes Preußen täuschte, als er es an die Spitze einer norddeutschen Conföderation zu stellen versprach, um es seinen weiteren Entwürfen willfährig und gefügig zu machen, konnte der dritte Napoleon ihm nicht bieten, allein die nach preußischer Auffassung „unzweideutigen" Versicherungen des Kaisers von seiner Achtung der Verträge, seiner Wahrnehmung des Rechts und seiner Uneigennützigkeit, von der Localisirung und gemeinschaftlichen Entscheidung des Kampfes, der nur für die

Befreiung der italienischen Nation geführt werde, endlich die fortgesetzten Vorspiegelungen der Presse, als hätten die italienischen Interessen Oesterreichs mit denen Preußens und des deutschen Bundes nichts zu schaffen, und als sei hier die längst erwünschte Gelegenheit gegeben, ein einiges Deutschland ohne Oesterreich unter Preußens Oberleitung zu gründen, diese Gaukeleien und Trugespinnste hatten eine ganz ähnliche Wirkung; der hingehaltene Köder verfing gar vieler Orte und stellte die deutsche Frage vollständig hinter die preußische in Schatten. Die Preuß. Zeitung erkennt an, daß die franko-sardische Armee sich schon nahe an Deutschlands Grenzen bewege; aber sie findet keine Ursache, darüber außer Fassung zu kommen und die Meinung zu hegen, die militärischen Maßregeln Preußens könnten eine kriegerische Bestimmung haben, denn Preußen, heißt es in ihrer Nummer vom 22. Juni, „frei von jeder Verpflichtung, gehorche nur den Verpflichtungen, welche der innersten Natur seiner Staatsinteressen entspringen." Wir sagen dies nicht, als wenn es unsere Meinung wäre, Preußen hätte sogleich über die Alpen oder den Rhein marschiren sollen, aber eben so gut wie später, konnte, ja mußte es gleich anfangs eine imposante kriegerische Stellung einnehmen, um entweder die Erhaltung des Friedens zu erzwingen, oder, wenn der Krieg nicht zu vermeiden war, Frankreich wenigstens zur Theilung seiner militärischen Kräfte zu nöthigen. War aber die unbewaffnete neutrale Stellung, welche Preußen und demzufolge auch die übrigen deutschen Staaten, früher jedem activen Auftreten vorzogen, eine halbe Niederlage für Oesterreich, so war die bewaffnete Neutralität, womit man in der Phase, die hier unserer Betrachtung vorliegt, der Mediation zu dienen hoffte, eine ganze.

Wir können nicht unbedingt beistimmen, wenn die preußische Circulardepesche vom 24. Juni an die deutschen Gesandtschaften, durch welche diesen die Einleitung der Mediation angekündigt wird, uns glauben machen will, daß die militärische Maßregel der Mobilisirung die militärischen Kräfte Frankreichs in erhöhtem Maße gebunden und Oesterreichs Stellung „wiederum" (?) erheblich erleichtert habe; aber wir erhalten den klarsten und tiefsten Eindruck in die gesammte damalige Politik Preußens und in den unbestreitbar rein egoistischen Charakter und Standpunkt derselben, wenn es in der erwähnten Circulardepesche dann weiter heißt: die Opfer,

welche jene militärische Maßregel für das Land erheischt, seien so außerordentlicher Art, „daß solche nur durch die Verfolgung der selbstständigen*), im eigenen Staatsinteresse liegenden Politik gerechtfertigt werden können; glücklicherweise aber sei Preußens eigenes Staatsinteresse im vorliegenden Falle mit demjenigen Deutschlands vollkommen identisch, und es sei dies um so wichtiger, als von den Folgen der preußischen Action in der schwebenden europäischen Frage Deutschland nicht unberührt bleiben könne." Es würde zu weit führen, die eigenthümlichen Widersprüche und Verfänglichkeiten aufzudecken, welche in diesen Worten liegen; aber Jedem leuchtet ohne weiteres daraus hervor, daß Preußen nur soweit für die deutschen Interessen handeln zu wollen bereit schien, als diese Interessen mit den specifisch preußischen zusammenfielen, und daß es folgerichtigerweise hiernach Deutschland von der schwebenden Frage je nach den Umständen berührt und auch nicht berührt, nämlich in dem Falle nicht berührt erachtete, wenn die preußischen Interessen die deutschen in sich verschlangen. Rein unmöglich ist es aber, einen logischen Zusammenhang für die Grundsätze und Absichten der preußischen Politik aufzufinden, die Oesterreich seinen italienischen Besitzstand zu erhalten und, sobald derselbe ernstlich gefährdet sein sollte, in diesem Sinne auch vorgehen zu wollen versichert, in allen Fällen aber doch nur auf eine Mediationsaction im ausschließlich preußischen Interesse sich beschränken will, und die dann, wenn der Mediationsversuch scheitern und für Preußen aus der Verfolgung dieser Politik demnach der Kriegsfall gegen Frankreich erwüchse, von diesem Kriege behauptet, daß er wesentlich nur um deutscher Rechte und Interessen willen ausbrechen würde und daher der Bund dabei nicht unbetheiligt bleiben könne, was doch nichts anderes heißt als: daß, wenn Preußen seine Zwecke im preußischen Staatsinteresse auf friedlichem Wege nicht erreichen könnte, in der daraus für Preußen möglicherweise entstehenden Kriegsgefahr es darauf rechne, von dem deutschen Bunde unterstützt zu werden. Daß es aber Preußen weder mit der Mediation auf der Grundlage der

*) Ein Quid pro quo, da es doch wohl jedenfalls „selbstsüchtig" heißen müßte. —

Erhaltung des österreichischen Territorialbestandes noch mit dem Kriege Ernst war, gesteht mit großer Offenherzigkeit die Preuß. Zeitung kurz nach der Schließung des Friedens von Villafranca ein, indem sie sagt: „Jedenfalls hatte Preußen nicht zugesagt, daß es militärische Maßregeln gegen Frankreich ergreifen werde, falls diese Macht, trotz aller Mediation, Oesterreichs Besitzstand in Italien schmälern würde.“ Auch nachdem inzwischen, am 24. Juni, die entscheidende Schlacht bei Solferino geschlagen war, welche ganz Lombardien in die Gewalt des siegreichen Doppelgegners brachte, spricht die preußische Regierung noch immer nur so, als seien weder die österreichischen noch die europäischen Verträge gefährdet. In der merkwürdigen Depesche des Herrn v. Schleinitz an die k. Gesandten zu St. Petersburg und London, vom 24. Juni, die Letzteren mit zwei vertraulichen Schreiben vom 26. und 27. Juni zugeschickt wurde und die so viel Licht auf das unabsichtlich verrätherische Spiel wirft, welches in bester Meinung die Diplomatie hier aufzuführen begannen, einer Depesche, die nicht nur Oesterreich die Schuld am Kriege vorwirft, sondern sich auch zu den Ansichten von dessen Gegnern in Bezug auf die italienische Frage bekennt und, indem sie nirgends den rechtlichen Standpunkt mit Entschiedenheit hervorkehrt, durch ihre unsichere, unklare und ängstliche Haltung nicht geeignet war, ein gutes Resultat vorzubereiten, in dieser Depesche heißt es wörtlich: „Andererseits werden Sie begreifen, daß wir uns schon jetzt (!) in die Lage versetzen mußten, den Gang der Ereignisse zu überwachen, deren Endresultat (!) das europäische Gleichgewicht verändern könnte durch Schwächung eines Kaiserreichs, mit welchem uns die Bande deutscher Bundesgenossenschaft verknüpfen, und durch Beeinträchtigung der Grundlagen des öffentlichen Rechts, zu dessen Begründung wir beigetragen, und dessen Erhaltung im Interesse der europäischen Staatenfamilie liegt.“ Auch das vertrauliche Schreiben an den Grafen v. Bernstorff in London spricht den Antheil an den wachsenden Gefahren und Verwirrungen Oesterreichs und den Wunsch aus, eine gemeinsame Verständigung über die Vermittelungsfrage herbeizuführen, aber auch hier ist als Motiv dieses Wunsches angegeben, weil „der Krieg leicht eine Ausdehnung gewinnen könnte, die Preußen nicht mehr erlaubte, fern davon zu bleiben.“ Der Widerspruch zwischen Zweck und Mittel, zwischen dem, was man erstrebte, oder zu

erstreben schien, ist hier zu auffällig, als daß der früher gebrauchte Ausdruck „Friedenscomödie" nicht seine volle Rechtfertigung fände.

Im Beginne der Mediationsversuche behauptete die Preuß. Zeitung, daß die preußische Regierung die Sicherung Deutschlands ihrer Sorge anvertraut erachte, daß die preußische Politik feststehe, und wer derselben Hindernisse in den Weg lege, nur den Gegnern des Vaterlandes Dienste leiste. War hiermit unter Hindeutung auf die unbedingte Friedensrichtung Preußens anerkannt, daß unser Vaterland Gegner habe, und durfte Preußen wenn seine Schritte im deutschen Interesse und in voller Angemessenheit zu der Lage geschahen, unbedingt auf die umfassendste Mitwirkung der übrigen deutschen Staaten zählen, so konnte jene Bemerkung in ihrem Schlusse unbedenklich nur den Sinn haben, daß Preußen, wenn man es dränge, anders zu handeln, als es in der innersten Natur seiner Staatsinteressen liegt, sich zuletzt ganz vom Schauplatze zurückziehen und Deutschland sich selbst überlassen würde. Ist diese Auslegung, wie nicht zu zweifeln, richtig, so war damit das Bewußtsein eines Zwiespalts oder einer Verschiedenheit der Ansichten zwischen Preußen und seinen deutschen Mitständen über die Zwecke der Bewaffnung und die letzten Ziele der damit verbundenen Vermittlung angedeutet.

Daß ein solcher Zwiespalt vorhanden und Preußen sich dessen bewußt war, erhellt aus einer bezeichneten Stelle der mehrerwähnten Depesche an die Gesandten zu London und St. Petersburg, einer Stelle, die zugleich die absolut friedlichen Zwecke der preußischen Mobilmachung über allen Zweifel erhebt und aus diesem doppelten Grunde hier angezogen zu werden verdient. Die preußische Regierung verwahrt sich darin vor der Ansicht, als kündigten die Rüstungen „preußischerseits" eine neue Politik an, d. h. eine kriegerische. Wir haben bei der Kritik dieser Stelle auf die scheinbar völlig unverfängliche Hinzufügung „preußischerseits" ein besonderes Gewicht zu legen. Thun wir dies, dann wird mit einem Male klar, was damit gemeint ist. Es soll heißen: Wenn auch die anderen deutschen Staaten eine andere Politik verfolgen, wir bleiben unserer Friedenspolitik getreu; mögen die anderen deutschen Staaten mit ihren Rüstungen einen kriegerischen Zweck verbinden, mögen sie in der Ansicht befangen sein, daß auch unsern Rüstungen der gleiche kriegerische Zweck zu Grunde liege, das kümmert uns

nicht, wir halten an unserer Politik fest, und wenden uns, wie es in der Depesche dann weiter heißt, an die Kabinette von London und St. Petersburg, um im Verein mit ihnen die Mittel zu finden, dem Blutvergießen Einhalt zu thun.

Ein bewußtes Auseinandergehen der Richtungen zwischen Preußen und den übrigen deutschen Staaten ist hiermit urkundlich constatirt, und wenn das nicht Comödienspiel war, so gibt es keines! Die deutschen Staaten blieben völlig im Unklaren darüber, was Preußen wolle, da es seine Ansichten und Wünsche nicht formulirt, bestimmte Grundlagen für seine Forderungen nicht gestellt hatte, und darum konnte auch von einer „geschlossenen, geeinigten" Stellung zwischen Preußen und den andern deutschen Staaten niemals die Rede sein; — aber erst jetzt wissen letztere aus obiger, scheinbar so unschuldiger Stelle einer Depesche, daß sie hintergangen worden, daß Preußen hinter ihrem Rücken andere Zwecke verfolgte, als sie im Sinne hatten.

Daß Preußen seinerseits unter allen Umständen die österreichischen Besitzungen in Italien preisgegeben hätte, darüber kann nach dem Bisherigen ein Bedenken weiter nicht stattfinden, und die militärischen Maßregeln, die es getroffen, hatten sicherlich niemals einen Bezug darauf. Aber war es nicht auch ein bloßer Vorwand, wenn man die Rüstungen damit entschuldigte, daß der Krieg den Grenzen des deutschen Bundesgebiets sich nähere, wenn man die Welt glauben machte, man habe so großartige Maßregeln für den Fall eines Krieges getroffen? Fast könnte man es meinen. Und doch war die Gefahr für eine Verletzung des Bundesgebietes vom ersten Moment des Krieges an gegeben, dessen mögliche und rasch umschlagende Wechselfälle sich überhaupt gar nicht im Voraus berechnen ließen. Hierzu kam, daß man in Preußen ein zu großes Vertrauen zu Napoleon's Friedensliebe und Uneigennützigkeit hegte, als daß man an die Möglichkeit eines Krieges gegen den Bund hätte glauben können, und wiederholt sprachen sich auch die Regierungsorgane auf das bestimmteste dahin aus, daß in der Lage der Dinge ein Kriegsfall für den Bund nirgends gegeben sei. Ueberdies hoffte Preußen, wie aus der Depesche an die Gesandten zu London und St. Petersburg hervorgeht, zuversichtlich, daß die kriegführenden Mächte die Unterhandlungen zum Frieden wieder aufnehmen würden.

Die militärischen Maßregeln waren indeß von solchem Umfange, und nahmen in der nächsten Folgezeit einen dergestalt großartigen Charakter an, daß, wenn nicht der Krieg das voraussichtliche oder erstrebte Ziel war, man schlechterdings auch nicht mehr bei der Erklärung stehen bleiben kann, die preußische Regierung habe damit nur den Frieden gewollt, da es diesen auf dem von ihm im Verein mit den neutralen Großmächten eingeschlagenen Wege der Vermittelung auch mit einem viel geringeren Aufwande seiner Kräfte und Mittel möglicherweise erreicht hätte. Wir können daher nicht umhin zu gestehen, da alles in der Welt seine Ursache oder seine Gründe haben muß, daß wir diese gewaltigen Anstrengungen und für die noch größeren, die ihnen folgen sollten, keine Deutung finden, wenn wir sie nicht in den letzten militärischen Anträgen Preußens suchen, die es am Bunde machte, und von denen wir demnächst zu reden haben. Das staatskluge Preußen sah endlich nach vielen Schwankungen in Bezug auf das für seine Interessen erfolgreichste Ziel der Verwickelungen die günstigste Gelegenheit gekommen, einen Trumpf auszuspielen, um alles zu erhalten, oder vom Schauplatz des Handelns abzutreten."

Wir wagen es, diese Ansicht, mit der wir zunächst weder ein Lob noch einen Tadel aussprechen wollen, an die Spitze der noch folgenden Erörterungen zu stellen, da wir nur mit ihrer Hülfe zu erkennen vermögen, wie wir uns den diplomatischen Sirenengesängen des Friedens gegenüber Werth und Tragweite der neuern militärischen Anordnungen zu denken haben, die von Preußen zu der nämlichen Zeit ausgingen, als die Mediation mit England und Rußland durch die preußischen Gesandschaften eingeleitet wurde.

Es war am 25. Juni, an demselben Tage also, an welchem die „Times" die erste Nachricht über neue von Preußen beabsichtigte Vermittlungsversuche brachte, wo Preußen an die Bundesversammlung einen Antrag gelangen ließ, der die Aufstellung eines aus dem siebenten (Bayern) und achten (Württemberg, Baden und Hessen) Bundes-Armeecorps bestehenden Observationscorps am Oberrhein unter bayerischem Oberbefehl forderte, einen Antrag, der am 2. Juli durch Bundesbeschluß angenommen und dem

Militärausschuß zur unverweilten Ausführung überwiesen wurde. Man knüpfte daran, namentlich in Süddeutschland, die verzeihlichsten Hoffnungen, daß es nun bald losgehen werde; aber man irrte sich; preußische Blätter, wie insbesondere die Kölnische Zeitung, wußten besser, woran sie waren, und erklärten der Welt unverholen, daß es eine bloße Demonstration sei, der sie weder den Zweck noch die Tragweite zuzuerkennen vermöchten, die man ihr anderwärts beilege; ein Krieg „für Oesterreichs Interesse" sei in Preußen eine Unmöglichkeit, und wie man in Frankreich über den Vorgang dachte, wo in den Spott darüber sich unverkennbare Angst mischte, zeigt ein pariser Schreiben vom 25. Juni in der Ostdeutschen Post, worin es heißt: „die Aufstellung eines Heeres am Rhein werde den Kaiser keineswegs verlocken, umzukehren, sondern im Gegentheil anspornen, sich mit größerer Vehemenz auf Oesterreich zu werfen und mit verdoppelter Wucht sich durch Tirol oder sonst wo einen Weg zu bahnen, um im Rücken der deutschen Reichsarmee zu manövriren: „C'est ainsi que Napoléon a fait et c'est ainsi que Napoléon fera."

Am Tage vor der Stellung des preußischen Antrags hatten die Oesterreicher die blutige Niederlage bei Solferino erlitten, wodurch sich den Franco-Sarden der Weg öffnete, ohne Widerstand den Mincio zu überschreiten und ihre verbündeten Armeen auf dem nunmehr beschränkten Raum zwischen diesem Flusse und der Etsch den Oesterreichern entgegenzustellen. Der Entschluß zu dem Antrage war indeß wohl jedenfalls schon vorher, unabhängig von den Nachrichten vom Kriegsschauplatze, gefaßt worden; doch mögen letztere wesentlich dazu beigetragen haben, daß Preußen eine außerordentliche Bundessitzung veranlaßte, die am 4. Juli stattfand, und in welcher es nicht nur sein eignes Vorgehen zu Armee-Aufstellungen ankündigte, sondern auch weitere Anträge auf größere Ausdehnung des Observationscorps, dessen Aufstellung und Oberbefehl stellte. Diese schwer ins Gewicht fallenden Anträge betrafen: 1) den Anschluß des 9. und 10. Bundesarmeecorps an die preußische Armee; 2) die Uebertragung der Oberleitung über sämmtliche vier außerpreußische und außerösterreichische Bundescorps an Preußen; 3) die Marschbereitschaft der Reservecontingente. Schon am folgenden Tage (5. Juli) wurde die Marschordre für die preußischen Truppen vom Prinz-Regenten unterzeichnet; am 11. Juli

erhielt General-Feldmarschall von Wrangel den Befehl, als Obercommandirender bei dem preußischen Armeecorps am Mittelrhein dahin abzugehen, und am 15. Juli sollten die Truppentransporte nach dem Rhein und Main ihren Anfang nehmen.

In diesen Anträgen, denen man durch die sie begleitenden außergewöhnlichen militärischen Maßnahmen ohne Zweifel einen besonderen Nachdruck glaubte geben zu können, liegt der Commentar zu dem, was Preußen überhaupt wollte, aber auch die höchste Spitze und das letzte Ziel seines bisherigen Handelns. Preußen hatte von Anfang an nicht sein Verhältniß als Bundesstaat im Auge; was es that, that es als europäische Großmacht und aus dem Festhalten dieses Standpunktes sind alle Anstößigkeiten und Widersprüche zu erklären, durch welche uns sein Verhalten während des Conflicts so viel Aergerniß bereitet hat.

Allgemein erblickte man in den preußischen Anträgen die Absicht, durch Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland den Bund zu sprengen, die selbstständige Existenz aller andern Bundesstaaten zu vernichten und deren unbedingte Unterwerfung unter preußische Oberherrschaft dadurch herbeizuführen. „Die Führung Preußens auf dem diplomatischen und militärischen Felde" sagt noch jüngst der Verfasser der Flugschrift: „Die deutsche Frage und die Allgemeine Zeitung", in unbedenklicher Weise, „hatte nicht die Demüthigung Frankreichs, sondern die Austreibung Oesterreichs aus Deutschland zum Zweck." In Folge der solidarischen Beziehungen, durch welche sich die Mehrzahl der deutschen Bundesglieder untereinander wie insbesondere mit Oesterreich verbunden erachtete, hatte die Frage einen wesentlich deutschen Charakter angenommen. Jetzt versuchte nun Preußen im großartigsten Maßstabe, sie zu einer specifisch-preußischen zu gestalten und den Krieg, mit welchem es Frankreich nicht bedrohte, sondern nur bedrohen zu wollen schien, zu einem preußischen umzuwandeln, der in seinem mit Hülfe der deutschen Bundesgenossen, wie man hoffte, errungenen siegreichen Ausgange natürlich vor allem auch nur Preußen zugute gekommen sein würde. Das hieß den Standpunkt verschieben und die Lage der Dinge fälschen.

Aber so eisern hielt Preußen an seiner Anschauung fest, daß es die günstige Gelegenheit, die ihm je geboten werden konnte, sich Einfluß und Vertrauen beim Bunde zu verschaffen, und bei

Verfolgung seiner Staatszwecke selbst Oesterreich sich willfährig zu machen, von der Hand wies, als jetzt Oesterreich, das dem Bunde schon früher einmal seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, über sein matricularmäßiges Bundescontingent hinaus eine beträchtliche Streitmacht für den Bundesdienst zur Verfügung zu stellen, in der Bundessitzung am 7. Juli dem preußischen Vorschlage den hochherzigen, in deutsch-nationalem Geiste gefaßten Antrag entgegenstellte: das gesammte Bundesheer mobil zu machen und die Oberleitung sämmtlicher Armeecorps des deutschen Bundes, die drei österreichischen mit eingeschlossen, an Preußen in der Person des Prinz-Regenten als Oberfeldherrn zu übergeben. Die preußische Regierung vermochte sich nicht zu einem, dem österreichischen Antrage gemäßen Entschlusse zu erheben und beharrte, mit Verweigerung der Beiziehung des österreichischen Bundescontingentes, bei seiner außerhalb der bundesrechtlichen Bestimmung gelegenen Forderung, wonach die Leitung der gesammten diplomatischen und militärischen Action zunächst für die Dauer des Krieges an Preußen, nicht als deutsches Bundesglied, sondern als europäische Großmacht, in unverantwortlicher Weise übergegangen, und das ganze nichtösterreichische Deutschland unter Preußens Dictatur — Hegemonie können wir nicht gut sagen — gestellt worden wäre. Der Sinn der Forderung war mithin: daß diejenigen deutschen Staaten, welche Muth und Entschlossenheit besaßen, um sofort für Oesterreich den Krieg zu beginnen, sich dem Oberbefehle eines Staates unterordnen sollten, der, wie es in der vorerwähnten Flugschrift von ihm heißt: „vor dem Feinde die Flucht ergriff."

Was aber Preußen veranlaßte, den Befehl über österreichische Truppen zu verweigern, ist klar. Es fürchtete sich dadurch in den Augen Napoleon's bloßzustellen und die Erhaltung des Friedens zu gefährden.

Es war in der That völlig überflüssig, wenn die officiellen und officiösen preußischen Blätter uns damals belehren wollten, die Aufstellung deutscher Truppen am Rheine entlang sei wesentlich und in erster Linie preußisch, die Truppen der andern deutschen Staaten schlössen sich ihm nur an, Preußen habe selbstständig die Oberleitung. Vom deutschen Standpunkte aus ist dies jedoch eine grundfalsche Ansicht, und die guten Blätter hätten sich die Mühe sparen können, uns zu beweisen, daß der österreichische Antrag das

gerade Gegentheil besage, wenn er verlange, der deutsche Bund stelle die Truppen und übergebe die Feldherrnschaft an Preußen. Freilich besagt er das Gegentheil, und es war seine Bestimmung, das Gegentheil von der preußischen Auffassung zu besagen. Oesterreich hatte damit klar und bestimmt den deutschen Standpunkt betreten, wie er bei der Lage der Dinge auch allein nur zu betreten war. Die Gefahr drohte keineswegs zunächst und allein Preußen, sondern eben so gut irgend einem andern Bundesgebiet; auch stimmten die außerpreußischen Bundesstaaten sämmtlich in der Ansicht überein, daß in der Lage der Dinge nicht eine particulare Gefahr, sondern eine allgemeine für ganz Deutschland gegeben wäre und nur hiernach die erforderlichen militärischen wie diplomatischen Maßregeln von den deutschen Staaten gemeinschaftlich einzuleiten und zu ergreifen seien.

Man begreift nicht, wie man preußischer Seits eine Unmöglichkeit, dem Antrage Oesterreichs beizutreten, ernstlich darin finden konnte, daß der Prinz Regent die dargebotene Kriegsführerschaft des deutschen Bundesheeres schon vermöge seiner hohen Stellung als Inhaber der Staatsgewalt Preußens nicht habe übernehmen können, da er hierdurch in eine Abhängigkeit von der Bundesversammlung und, da solche heutzutage wesentlich Oesterreich bedeute, in eine Abhängigkeit von Oesterreich gekommen sein würde, die sich mit jener Stellung nicht vertrüge. Denn war nur überhaupt der feste Wille vorhanden, den Krieg den Bundesinteressen gemäß in einheitlichen nationalen Sinne zu führen, so würde sich für die hier einschlägigen Artikel der Bundeskriegsverfassung leicht eine Modification haben finden lassen, die das Verhältniß sowohl Oesterreichs als auch des künftigen Bundesfeldherrn zur Bundesversammlung dergestalt in einer den Umständen angemessenen Weise präcisirt hätte, daß dadurch der Prinz Regent in seiner Eigenschaft als Oberfeldherr des Bundes letzterem gegenüber jeder persönlichen Verantwortlichkeit enthoben gewesen wäre. Wenigstens würde sich auf diese Art eine Ausnahmsstellung haben schaffen lassen, die immer noch bundesgemäß war, während solches von der von Preußen für sich geforderten nicht gesagt werden kann.

Ebenso wenig aber begreift man andrerseits wie Preußen glauben konnte, mit seiner Forderung am Bunde durchzudringen, da die deutschen Mittelstaaten sich wohl niemals Preußen in der

Weise untergeordnet haben würden und namentlich in Bayern eine tiefe Abneigung gegen den Gedanken eines Großpreußenthums herrscht, dem die einzelnen Staaten ihre Selbstständigkeit zum Opfer bringen müßten. Noch unbegreiflicher aber erschien der preußische Einwurf, daß durch den österreichischen Antrag eine Mobilisirung in ausgedehnterem Maßstabe nicht erreicht worden wäre und daß die Annahme dieses Antrags jede Einheit der Action unmöglich gemacht und Deutschland eine Kriegsführung aufgenöthigt hätte, welche die Streitkräfte der deutschen Staaten auf den Organismus der alten Reichsarmee herabgedrückt haben würde.

War die Bundeskriegsverfassung so mangelhaft, als Preußen sie hier bezeichnen zu müssen glaubte, warum, konnte man fragen, hatte es nicht schon längst auf eine Reform derselben gedrungen, die den politischen Verhältnissen und den Fortschritten unseres Kriegswesens angemessen war? Wenn aber Preußen erklärte, keiner Majorität der Bundesversammlung die Berechtigung zu einem Beschlusse zugestehen zu können, welcher darauf abzielte, die Mobilmachung zu einer Bundesmaßregel zu stempeln, die den Bund in volle Kriegsbereitschaft mit Oesterreich und in die Lage brachte, einen Bundeskrieg zu beginnen; — wenn es nur seiner Stellung als europäische Großmacht glaubte Rechnung tragen zu müssen und der Ansicht war, daß seine Action in dieser Stellung sich mit Majoritätsbeschlüssen des Bundes nicht vertrage, so ist klar wie die Sonne, daß mit der Geltendmachung dieses factischen Widerspruchs das bestehende Bundesrecht und die Competenz der Bundeseinrichtung völlig in Frage gestellt war. Dem aber von der preußischen Presse wider den österreichischen Antrag erhobenen Vorwurf, daß derselbe ungesagt sein lasse, was den Bund bestimmen solle, zu so einer äußersten Maßregel zu schreiten, als das Aufgebot seiner ganzen Heeresmacht ist, konnte man kühn den entgegen halten, daß der preußische Antrag sich der Bezeichnung jedes Grundes entziehe, der den gefährlichen und bundesfeindlichen Versuch rechtfertige, Deutschland in zwei, militärisch und bundesrechtlich geschiedene Lager zu spalten.

Nicht leicht können wir sonach darüber in Zweifel sein, wie wir uns die Intentionen so außerordentlicher Forderungen und Maßregeln zu denken haben, die mit dem, was dadurch angeblich erreicht werden sollte, außer allen Verhältniß standen und daher

auf weitere Ziele weisen, die, wenn wir sie auch nur als Nebenziele zu fassen hätten, so großer Anstrengungen und Opfer doch werth waren. Diese Ziele lassen sich in folgender Formel zusammenfassen! Preußen mußte so große Anstrengungen machen, um nicht, wie schon früher bemerkt, von den deutschen Mitständen überflügelt zu werden, die auf dem Punkte standen, in jedem Augenblick die kriegerische und politische Initiative zu ergreifen. Diese ihnen zu entreißen, war Zweck der militärischen Maßregeln und Anträge Preußens, welches dadurch einen doppelten Vortheil zu erringen hoffte. Die Erhaltung des Friedens und das Supremat über Deutschland!

---

8. Preußen mit Rußland und England Einverständniß in Bezug auf die Mediation erstrebend. Das Unzulängliche dieser Versuche. Fürst Windisch-Grätz nach Berlin. Erfolglosigkeit seiner Unterhandlungen. Napoleon und und Franz Joseph schließen Waffenstillstand und Friede. Ende des Dramas.

Was Preußen unmittelbar für die Wiederherstellung des Friedens anstrebte, haben wir selbstverständlich auf dem Felde der Diplomatie zu suchen, aber auch hier treten uns Erscheinungen entgegen, die das Gepräge des Unangemessenen an der Stirn tragen.

Preußen setzt die militärischen Kräfte Deutschlands in Bewegung und muthet ihm Opfer und Demüthigungen zu, nicht um im Verein mit den deutschen Staaten, sondern mit zwei auswärtigen Mächten für den Frieden zu wirken, von denen weder die eine noch die andere ein ernstliches Interesse daran hat; die deutschen Kabinette bleiben über die materielle und formelle Entwickelung der Mediation im Ungewissen und selbst gegen das österreichische Kabinet beharrt das preußische in einer so großen Zurückhaltung, daß es jeder schriftlichen Beurkundung seiner Absichten bezüglich dieser Mediation aus dem Wege geht. Aus der Depesche des Grafen Rechberg vom 22. Juni wissen wir aber, daß Oesterreich dem Berliner Kabinet über Friedensvorschläge gern seine Meinung vorher vertraulich mitgetheilt haben würde, vorausgesetzt, daß diese Vorschläge den Territorialbestand von 1815 und die Souveränetätsrechte Oesterreichs wie der übrigen Fürsten Italiens unverletzt erhielten. Allein Preu-

ßen ließ sich hierauf nicht ein, vermied die Stellung eines activen Verbündeten, die die Aufstellung von Friedensbedingungen im gemeinsamen Einverständniß allein möglich machte, und obgleich Oesterreich die Initiative zu allen die schwebende Frage betreffenden Maßregeln des deutschen Bundes an Preußen überlassen hatte, wendete sich dieses, offenbar um bei den „großen Kabinetten" nicht anzustoßen und seine eigene Würde als europäische Großmacht zu wahren, an Rußland und England.

Von dem Entschluß, eine „friedlich vermittelnde Einwirkung" zu versuchen, wie es in einer der diplomatischen Actenstücke in dehnbarer Redensart heißt, brachte die preußische Circulardepesche vom 24. Juni an die deutschen Gesandtschaften die erste officielle Kunde: „Gestützt," heißt es hier, „auf eine starke Militairaufstellung, gedenken wir die Friedensfrage, unter Anstrebung der Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien, im geeigneten Moment bei den großen Kabinetten in Anregung zu bringen und mit der Mediation vorzugehen."

In der preußischen Depesche vom 24. Juni (abgesendet in Begleitung vertraulicher Schreiben am 26. u. 27. Juni) an die Gesandtschaften zu St. Petersburg und London, welche die an die betreffenden Höfe zu übermittelnden Vorschläge zur gemeinschaftlichen Mediation der neutralen Mächte enthielt, ist gleichfalls ausgesprochen, daß Preußen im Einverständnisse mit England und Rußland eine Lösung der Frage herbeiführen wolle und zwar wie bereits bemerkt, um dem Blutvergießen Einhalt zu thun, und weil Preußen durch eine passive Haltung die Veränderungen nicht gut heißen könne, welche die territorialen Umgränzungen in Oesterreich erfahren haben und noch erfahren könnten. Trotz dem aber und obgleich zur Zeit der Absendung der Depeschen das für Oesterreich so nachtheilige Resultat der Schlacht bei Solferino bekannt war, spricht die Depesche dennoch von einer „voreiligen und willkürlichen Einmischung, welche die preußische Regierung durch den beabsichtigten Mediationsversuch begehe oder zu begehen scheinen könne." Es geschieht dies in derselben Depesche, die von Verwahrungen gegen mögliche Unterstellungen voll ist, welche Preußen in den Augen der Kabinette von St. Petersburg und London in Bezug auf die preußische Anschauung und Stellung zur großen Tagesfrage compromittiren könnten. Um so mehr leuchtet hiernach ein, wie unsicher und un-

klar der Standpunkt war, auf dem sich Preußen schon im Beginne der Mediation befand, und wie wenig wahrhaft Ernst es ihm mit einer Action sein konnte, für die es selbst den Mächten gegenüber, mit welchen es den Frieden zu vermitteln Willens war, nur die Bezeichnung der Voreiligkeit und Willkürlichkeit hatte.

Preußen war sich der Unangemessenheit und Unhaltbarkeit seines Schrittes bewußt, und dies Bewußtsein hatte ohne Zweifel in Anschauungen seinen Grund, denen Graf Rechberg Ausdruck gab, wenn er in seiner Depesche an Freihrn. v. Koller vom 22. Juni sagt, „daß Preußen als Mitglied des deutschen Bundes Verpflichtungen habe, mit welchen die Beibehaltung einer vermittelnden Stellung in jedem Augenblicke unvereinbar sein könnte." Dies ist insofern vollkommen richtig, als es in jedem Augenblicke nöthig werden konnte, daß Deutschland seine Stellung frei von den neutralen Mächten nahm, um activ vorzugehen.

Aus der Erwiderung des preußischen Kabinets auf obige Depesche des Grafen von Rechberg, gerichtet an Frhrn. v. Werther (d. d. 5. Juli), erhalten wir zugleich, wenn auch nur in negativer Richtung einen Blick auf die materielle Seite der beabsichtigten Mediation, indem sie das schon früher in anderer Beziehung erwähnte offene Geständniß enthält, daß Preußen für die Verträge von 1815 nur insofern einstehe, als das Wohl und die Interessen des eigenen Volkes es erheischen, und daß, wenn Preußen sich bereit zeigte, für die Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien als eine Friedensbedingung zu wirken, dies ohne rechtliche Verpflichtung geschehen sei.

Am eingehendsten und am meisten im praktischen Sinne faßte die Vermittlungsfrage Fürst Gortschakoff in seiner Depesche an Baron von Budberg in Berlin vom 25. Juni*), welche den Vermittlungsvorschlag des Berliner Kabinets beantwortete. Wir legen keinen Werth auf die eingestreute Bemerkung, daß Napoleon sich für die Idee einer Friedensunterhandlung unter Vermittlung der drei Höfe geneigt gezeigt habe. Der französische Kaiser wußte, daß auf dem Wege diplomatischer Unterhandlungen der Frieden niemals zu Stande kommen werde; er wußte aber auch, daß wer

*) Nach dem „Journal de St. Petersbourg": Man begreift nicht recht das Datum, da der Vermittlungsvorschlag erst am 26. Juni durch vertrauliches Schreiben an Baron v. Bismark übermittelt worden war.

unterhandelt, nicht kämpft, und daß er mithin so lange vor einem Angriff Preußens sicher sei, als dasselbe unterhandelte. Auf dieses Ziel waren denn auch die Bemühungen des staatsklugen russischen Diplomaten gerichtet, der auf die Feststellung eines Princips der Verständigung drang, ehe zum Beginn der gemeinsamen Vermittlung vorgeschritten werden könne. Der Zweck der Vermittlung aber gehe dahin, eine Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten zu bewirken. Bevor dies aber geschehe, müßten diese kriegführenden Mächte eingeladen werden, ihre Beistimmung zu diesem Princip und die wechselseitigen Angebote kundzugeben, auf denen sie glaubten, in die Friedensunterhandlungen eintreten zu können. Der Eintritt der kriegführenden Mächte in die beabsichtigten Friedensunterhandlungen setzte aber die Realisirung eines Planes voraus, dessen Unmöglichkeit durch die Erfahrung erwiesen war, das Zustandekommen eines Congresses nämlich, dessen Gegenstand, wie Gortschakoffs Depesche ganz richtig bemerkt, die Reorganisation Italiens aus dem Gesichtspunct des europäischen Gleichgewichts und des Interesses der socialen Ordnung hätte sein müssen. Ein weitaussehender, auch von Preußen in seinen Depeschen angedeuteter Weg fürwahr, der langsam zu einem Ziele führte, welches völlig im Dunklen lag und der Kriegsfurie vollkommen Zeit ließ, auf dem ursprünglichen Schauplatz des Conflicts sich auszutoben, den nicht über Italien ausgedehnt zu sehen, nicht minder Rußland und England als Preußen interessirt waren.

Wenn es nun aber unwiderleglich gewiß ist, daß nur eine drohende Stellung der vermittelnden Mächte möglicherweise Napoleon in seinem Siegeslaufe aufhalten und zu Friedensunterhandlungen geneigt machen konnte, und wenn andererseits der Weg, welchen Preußen einschlug, um den Frieden zu ermitteln, indem es sich nicht an seine natürlichen Bundesgenossen, die zum Kriege bereit standen, sondern an neutrale Mächte wendete, die unter allen Umständen vom Krieg fern zu bleiben entschlossen waren, wenn dieser Weg an und für sich die Möglichkeit, den kriegführenden Mächten gegenüber eine drohende Stellung einzunehmen, unbedingt ausschloß, welchen Werth, fragen wir, hatten dann wohl jene außerordentlichen militärischen Vorkehrungen und Maßnahmen, durch welche Preußen Deutschland in die Gefahr vollständiger

Zersplitterung zu bringen keine Scheu trug? Und welchen Erfolg konnte Preußen von dem beabsichtigten Vermittlungsversuch erwarten, wenn es vor einem Kriegsfall zurückbebte, den nach beiden Seiten hin jede bewaffnete Friedensvermittlung, wenn sie wahr gemeint ist, nothwendig in sich schließt? Preußen hatte sich für den Fall des Mißlingens seiner Friedensbemühungen freie Hand vorbehalten, um dann nach Umständen und Belieben seine Maßregeln treffen zu können, und daß es bei seinem Mediationsanerbieten jedenfalls nicht zugesagt, militärische Maßregeln gegen Frankreich ergreifen zu wollen, falls diese Macht trotz aller Mediation Oesterreichs Besitzstand in Italien schmälern würde, wissen wir bereis aus einem Artikel der Preuß. Zeitung. Preußen blieb auf dem Standpunkt eines bloßen Anstrebens des Friedens und zwar auf Grundlagen, die es erst von England und Rußland vorgeschlagen zu sehen erwartete, und nach Voraussetzungen, von denen abzusehen man im geeigneten Falle sich vorbehalten hatte, so daß von einer Garantie für Oesterreich, den angestrebten Frieden zu Gunsten seiner territolialen und hereditären Rechtsansprüche in Italien herbeigeführt zu sehen, ganz und gar nicht die Rede sein konnte. Eine Verständigung mit Rußland und England wäre aber wohl unter keinem Umstande zu erreichen gewesen, weil Rußland verlangte, daß die kriegführenden Mächte erst um ihre Einwilligung in Bezug auf das Verständigungsprincip gefragt würden, mit andern Worten, daß nicht dem vertragsmäßigen Rechte Oesterreichs, sondern dem fait accompli, Rechnung getragen werde, und England den Zeitpunkt zu Friedensverträgen nicht für geeignet hielt, mit andern Worten, weil es wünschte, daß erst Napoleon auch Venetien erobert habe, also gleichfalls nur dem fait accompli und zwar in erweitertem Umfange Rechnung zu tragen.

Frankreich hatte nicht Ursache, sich Sorge über den Inhalt der von Preußen in London und St. Petersburg beantragten Vermittlungsvorschläge zu machen; es handelte, während Deutschland berieth, doch waren ihm die Rüstungen, welche Preußen und die anderen deutschen Staaten in wie immerhin großartigem und drohendem Maßstabe betrieben, unverkennbar höchst lästig und unbequem. Für alle Fälle aber rechneten die vermittelnden Mächte auf Oesterreichs Nachgiebigkeit und gewiß ist, daß Preußen sich im Hintergrunde mit den Gedanken trug, den Frieden selbst mit

Aufopferung des österreichischen Besitzstandes in Italien und der Separatverträge ohne Kompensation zu erzwingen, wenigstens geschehen zu lassen.

Damit ist die Mediationsfrage von Seiten ihres materiellen Inhalts berührt. Sie bietet aber in dieser Hinsicht weitere Bedenken, die den beabsichtigten Friedensversuch als unzulänglich erscheinen lassen. Preußen hatte die eigene schlagfertige Armee, überdies das ganze bewaffnete Deutschland hinter sich und daran sich lehnend konnte es so fest und gebieterisch auftreten, als nur irgend der Zweck, für welchen diese außerordentlichen militärischen Maßregeln bestimmt waren, je erheischte. Preußen zog jedoch ein leises, ja ängstliches Auftreten einem entschiedenen und selbstbewußt sicheren vor, und sein Bemühen konnte deßhalb weder bei den unbedingt nur den Frieden wollenden neutralen Großmächten, die man dafür zu gewinnen suchte, noch bei dem stolzen und klugen Franzosenkaiser die Aufnahme finden, die man erwartete; es mußte nach der einen wie nach der anderen Seite hin zuletzt wirkungslos bleiben.

Erfolgreiche, wirksame Friedensvorschläge konnten nur solche sein, die den Rechtspunkt der Frage hervorkehrend und die volle und umfassende Bedeutung der Lage würdigend, mit dem erforderlichen, auf die Heeraufstellung sich stützenden kategorischen Nachdruck sich geltend zu machen suchten, um eine für Deutschlands und Europa's Ruhe entscheidende Lösung herbeizuführen. Auf die Frage, was geschehen wäre, wenn Napoleon, als die siegreiche Partei, auf die an die kriegführenden Mächte gestellten Friedensvorschläge nicht einging und ob in diesem Falle Preußen gemeinschaftlich mit dem deutschen Bunde zu den Waffen gegriffen hätte, um seine Forderungen durchzusetzen, kennen wir bereits die ausweichende preußische Antwort, und alle Momente, die wir noch hierüber befragen und vergleichen konnten, sprechen dafür, daß Preußen sich alsdann mit dem, wenn auch vergeblichen, Versuche, das Seinige zur Herstellung des Friedens gethan zu haben, begnügt und, Oesterreich sich selbst überlassend, wieder in die alte Neutralität sich zurückgezogen haben würde, sofern eine Verletzung des deutschen Bundesgebietes inzwischen nicht vorlag.

Andrerseits könnte man weiter fragen, was geschehen sein würde, wenn der Kaiser von Oesterreich in die ihm von den neu-

tralen Mächten um des Friedens willen etwa zugemuthete ersatzlose Aufgebung seiner italienischen Besitzungen und Vertragsrechte nicht einwilligen und lieber bis zum letzten Mann fortkämpfen zu wollen erkärte, mit andern Worten, wenn Preußens neuester Vermittlungsvorschlag nicht durch Napoleon, der aus Klugheit und um sich von neuem als Friedenskaiser zu bewähren, vorläufig mit einer auch nur theilweisen Abtretung der österreichischen Besitzungen sich zufrieden gezeigt hätte, sondern abermals durch Oesterreich mißlang, wenn demnach Preußen sich wiederholt dadurch zurückgesetzt, beleidigt, erbittert fühlte? Würde es dann noch seine Waffen mit denen Oesterreichs gegen Napoleon vereinigt haben, würde es nicht vielmehr in die entschiedenste Neutralität zurückgetreten sein oder wohl gar, was man in Süddeutschland freilich in leidenschaftlich aufgeregter Stimmung für wahrscheinlicher hielt, seine Waffen gegen Oesterreich gewendet haben? Wozu das Zwecklose, das Unmögliche thun? Wozu leeres Stroh dreschen, dessen vergiftender Staub alle Verhältnisse trüben und innerlich zerstören mußte? Man sieht, hier standen wir vor Fragen, die bei dem kühnen, heldenmüthigen Vorgehen Oesterreichs einerseits und angesichts der siegreichen Waffen des Doppelgegners andrerseits jede entsprechende Lösung auf dem Wege friedlicher Vermittlung von sich auszuschließen schienen und natürlich unsere Neugierde auf das Ende der preußischen Mediation, das kaum zweifelhaft sein konnte, weniger spannten als reizten. Wir standen vor einer dunklen Zukunft, die, wie es schien, zuletzt doch wohl nur das Schwert lichten konnte.

Es sollte anders kommen. Auf alle jene zweifelhaften Fragen und zwecklosen Bemühungen gab Napoleon eine verständliche Antwort, die allerdings durch das Schreckbild eines möglichen Einverständnisses zwischen den neutralen Großstaaten scheint dictirt worden zu sein. Sie hieß: Ich will mir als Sieger nichts vorschreiben lassen und durch eure Rechnung einen Strich machen, der der Welt jetzt den Frieden gibt, ohne ihr diesen Frieden auf die Dauer zu verbürgen. Napolean bot selbst am 7. Juli einen Waffenstillstand an, der am 9. Juli, und hierauf den Frieden, der am 12. Juli gleich jenem zu Villafranca geschlossen wurde.

Inzwischen war der Feldmarschall Fürst Windisch-Grätz von dem Kaiser Franz Joseph in außerordentlicher Mission nach Berlin gesendet worden, wo er am 3. Juli eintraf, um zur Erwirkung

eines innigeren Anschlusses Preußens an Oesterreich zu unterhandeln. Zur Zeit des Waffenstillstandes erhielt derselbe neue Anweisungen und es bleibe dahin gestellt, wie viel Wahres an dem Gerücht war, daß die preußische Regierung zu einer Einigung mit Oesterreich entschlossen sei, wenn letzteres darüber bündige Versicherungen gäbe, einmal, daß die Evangelischen mit den Katholiken in Oesterreich gleich gestellt würden, und sodann, daß Oesterreich auf keinen Fall einen Separatfrieden mit Napoleon eingehe. Beides steht sehr abrupt, auch riecht die erste Bedingung nach einer verwerflichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen souveränen Staats, daß aber die letztere Bedingung gestellt worden sei, ist glaublich, da die Schließung eines Separatfriedens zwischen den beiden kriegführenden Mächten Preußen in die unangenehme Lage versetzen mußte, seine eigenen Friedensbemühungen auf das Empfindlichste bloßgestellt und seine Träume von unbedingter Oberherrlichkeit in Deutschland zu Trümmer gehen zu sehen. Oesterreich antwortete auf die gestellte Forderung durch die Annahme des Friedens von Villafranca, den man mit Rücksicht auf die bereits eingeleiteten Vermittlungsversuche der neutralen Großmächte, als Separatfrieden betrachten kann.

Preußische Blätter haben Oesterreich vorgeworfen, daß sein Verfahren bei Schließung des Friedens kein lauteres oder auch nur zielbewußtes gewesen sei, indem es, wie die Zeitung für Norddeutschland sich ausdrückt, die „wohlgemeinte" Vermittlung eines Bundesgenossen von der Hand wies, um sich zum Schaden Deutschlands mit seinem Erzfeinde zu verbinden. Aber abgesehen davon, daß der bei weitem größere Schaden, welchen Deutschland erlitt, ihm aus der inneren Zerspaltung erwuchs, deren Quelle in der preußischen Politik zu suchen ist, wie wir sie kennen gelernt; abgesehen auch davon, daß alle Wohlgemeintheit keinen Werth hat, wenn sie ohne Zweck und Ziel in der Irre tappt und zuletzt doch nur ihre eigene Verherrlichung sucht; abgesehen auch endlich davon, daß diese „wohlgemeinte" Vermittlung sich nicht an die Freunde sondern an die Feinde Oesterreichs wendete, um von ihnen die Bedingungen und Grundlagen des künftigen Friedens vorgezeichnet zu erhalten, abgesehen von dem allen so fragen wir, sollte Oesterreich sich gänzlich opfern? Konnte es auf Preußen, auf Deutschland sicher rechnen? War der angestrebte Friede nicht eine bloße

Chimäre und lag die militärische Hülfe, welche Preußen spenden zu wollen schien, selbst für den ohne Zweifel gewissen Fall, daß die preußischen Friedensbemühungen ohne Resultat blieben, nicht in unerreichbarer Ferne, als eine bloße Voraussetzung, deren Erfüllung von der Gnade der „Politik auf freie Hand" abhängig gemacht war und von welcher im „geeigneten" Fall abzugehen diese Politik sich unter allen Umständen vorbehalten hatte? Ja, hatte Preußen nicht bis zur letzten Stunde bestimmt formulirte Vorschläge an England und Rußland vermieden und alle Anträge Oesterreichs, welche eine klare Präcisirung der preußischen Politik erstrebten, von der Hand gewiesen? Und mußte daher nicht Oesterreich bei einer Fortsetzung des Kampfes gefaßt sein, das Berliner Kabinet an dem für Oesterreich ungünstigen Standpunkt der Neutralität festhalten zu sehen, welcher dann auch die zur Action drängenden militärischen Kräfte der übrigen deutschen Staaten gebunden hätte? Selbst also, wenn dem Kaiser Franz Joseph, um ihm die Annahme des von Napoleon angebotenen Friedens plausibel zu machen, kein untergeschobenes, etwa von Paris nach St. James und von dort nach Wien mitgetheiltes Mediationsproject vorgelegt worden wäre, würde derselbe in der bisher befolgten preußischen Politik, deren Schwankungen und Unzulänglichkeiten ihm nicht unbekannt bleiben konnten, Gründe genug gefunden haben, um in den mit anscheinender Großmuth angetragenen Frieden zu willigen, der ihm doch wenigstens die Aussicht ließ, einen Theil seiner italienischen Provinzen zu retten und „freie Hand" für Verwaltungsreformen in seinen Ländern zu behalten, was beides bei einem ihm von den neutralen Mächten aufgedrungenen Frieden voraussichtlich nicht der Fall gewesen wäre. Unter solchen Umständen können wir daher nicht einmal zugeben, daß bei der Schließung des Friedens von Villafranca „heimliche Nebenpfade", „kleinliche Listen" und dergl., wie preußische Stimmen uns glauben machen wollten, mitgewirkt haben, sondern allein Motive einer Politik, die einerseits weiterem unnützen Blutvergießen ein Ziel setzen und andererseits diejenige Freiheit der Entschließungen und Handlungen sich bewahren wollte, welche ja in so ausgedehntem Maße Preußen stets für sich in Anspruch genommen hat.

Die jüngsten Berichte des außerordentlichen Abgesandten Oesterreichs aus Berlin, die von Preußen keine Hülfe erwarten

ließen, mögen auch das Ihrige dazu beigetragen haben, den Kaiser zur raschen Annahme des napoleonischen Friedensvorschlags zu bestimmen. Fürst Windisch-Grätz wurde zurückberufen, weil keine Unterhandlungen mehr zu pflegen waren, und verließ am 13. Juli die preußische Hauptstadt.

Versöhnt hatten sich die beiden Hauptgegner die Hände gereicht, ihrer Klugheit und der Zukunft die Lösung der politischen Räthsel anheimgebend, die sie sich selbst in den Friedenspräliminarien wohlbewußt gestellt. Das deutsche Volk, um die Hoffnung eines nationalen, die Einigung der deutschen Stämme und Staaten voraussetzenden und dauernd begründenden Krieges betrogen, stand im stummer Ueberraschung. Preußen, an dem kläglichen Ausgang vor allem Schuld, zog am 14. Juli seinen verhängnißvollen Bundesantrag vom 4. zurück. Die Truppen machten Halt oder kehrten heim. Das Drama war zu Ende.

Zweites Kapitel.

Die Neutralitätspolitik Preußens und ihre Motive.

1. Andere Zeiten, andere Rechtsbegriffe. Rollentausch. Preußens unverpflichtete Stellung. Gefährliches Stichwort. Vorgeschobene preußische Neutralitätsmotive: Keine Gefahr für Deutschland; redliche Friedenspolitik Napoleons; Oesterreich, Urheber des Krieges; politische Sünden Oesterreichs; Furcht vor Rußland; Sympathien für England.

Bis zu welchem Grade die Unabhängigkeit der europäischen Staaten und das Gleichgewicht der Machtverhältnisse Europas durch den Conflict gefährdet war, dies hat die Geschichte seiner politischen Entwickelung, die das vorige Kapitel geschildert, zur Genüge dargethan. Das Auftreten Napoleon's und seines sardinischen Bundesgenossen, der beiden Urheber des Conflicts, schloß vom Anfang an eine Verletzung der europäischen Verträge dadurch in sich, daß sie in gemeinschaftlicher Verabredung beschlossen hatten, an Oesterreich einen Länderraub zu begehen und ganz Italien zu revolutioniren. Klar war unter solchen Umständen vorgezeichnet, was Preußen, wir sagen zunächst nicht als deutschem Bundesgliede, sondern als europäischer Großmacht, in Verbindung mit England und Rußland zu thun oblag. Sie hatten die europäischen Verträge, auf welchen die Rechtmäßigkeit des italienischen Besitzstandes Oesterreichs und die staatliche Organisation Italiens beruhte, durch Unterzeichnung anerkannt und garantirt, und ihnen wäre es demgemäß zugekommen, für die Sache Oesterreichs, mit andern Worten, für die Aufrechthaltung der europäischen Verträge, beziehungsweise für die entsprechende Ausgleichung der gestörten politischen Verhältnisse und Rechtszustände im Sinne des europäischen Gleichgewichts, gegen die gewaltthätigen Uebergriffe und

Rechtsverletzungen Napoleon's und seines Alliirten, mit allen nur zu Gebote stehenden diplomatischen wie militärischen Mitteln einzutreten, und zu diesem Zwecke mit Deutschland Hand in Hand zu gehen.

Aber auf eine solche Kombination waren unsere europäischen Verhältnisse schon längst nicht mehr angelegt. Die Ideen und Zwecke des heiligen Bundes ruhten im Schoße der Vergessenheit, und andere Persönlichkeiten und Zeiten hatten andere Interessen, andere Rechtsbegriffe und Parteistellungen an die schwankende Oberfläche unseres Staatenlebens emporgetrieben.

Auf eine Beilegung des Streites durch Intervention unter ernstlichem und aufrichtigem Vorantritt der europäischen Großmächte mußten wir daher unabänderlich verzichten, aber schmerzlich war es zu sehen, wie selbst das in der Staatskunst traditionell gewiegte und aller revolutionären Bewegung und Bestrebung von Grund aus abholde Preußen dabei nichts Zuträglicheres für sich erkannte, als, gleich Rußland und England, in isolirter Stellung zu verharren, während die anderen deutschen Staaten Gut und Blut für Oesterreichs und Deutschlands Integrität, Ehre und Unabhängigkeit einzusetzen ehrlich bereit waren.

Die Lehren der Geschichte hatten für Preußen umsonst gesprochen. Es nützte zu nichts, daß Herr v. Raumer in seiner schon erwähnten Flugschrift die Aussprüche von Staatsmännern alter und neuer Zeit über das Bedenkliche, ja Gefährliche neutralen Verhaltens der Völker und Staaten in ähnlicher Lage, wie die, in der wir uns befanden, zu Nutz und Mahnung hinstellte, daß er mit Nachdruck an das Jahr 1805 erinnerte, dem unausbleiblich ein Jahr 1806 und ein schmählicher Rheinbund folgte, und nachwies, wie man auch damals die verderbliche Lehre gepredigt, man müsse sich nicht in fremde Händel mischen, nicht reizen, kein ombrage geben, abwarten, nichts übereilen und durch Höflichkeit die Franzosen von unsern friedlichen, freundlichen und wohlwollenden Gesinnungen überzeugen, statt muthvoll zum Schwert zu greifen, und im Verein mit den deutschen Bruderstaaten dem übermüthigen Feinde entgegenzutreten. Wascht mir den Pelz, aber macht ihn nicht naß, so lautet diese saubere Lehre. Freilich ist es angenehmer, die gebratenen Castanien zu verzehren, als sie aus der Glut zu holen, aber wenn man in der Politik nach solchen abgeschmackten

moralischen Maximen handelt, und Begeisterung, Entschlossenheit, Thatkraft für Eigenschaften eines überspannten Kopfes hält, so wird man wohl ein oder zwei Mal gut dabei fahren, aber nimmermehr auf die Dauer, und von Ruhm und Ehre ist dabei weder in Gegenwart noch in Zukunft die Rede. Preußen, dem es angemessener war, in seiner Stellung als europäische Großmacht selbst gegen die Zustimmung Englands und Rußlands, für das Recht der Verträge, und als unabhängiger deutscher Bundesstaat für die Territorialintegrität eines befreundeten, und wider Recht und Billigkeit in seinen durch diese Verträge gewährleisteten nicht deutschen Besitzungen gefährdeten Bundesgliedes activ einzuschreiten, glaubte unter den tausend widerstrebenden Erwägungen einer staatsklugen Sophistik, die sich ihm aufdrängten, in der Isolirung den richtigen Punkt und Faden gefunden zu haben, dessen einseitiges Festhalten ihm allein den zweckentsprechenden Erfolg zu verbürgen schien.

Von tiefem Schmerzgefühl ergriffen klagte daher schon im März der königliche Sänger, nachdem er geschildert, wie die Deutschen, von allem Zwist und Hader genesen, in nie gesehenem Maße sich in ein Gefühl und zu einem Herzensbunde geeint:

„Das mit dem Lorbeer hochbekränzte,
Das deutsch vor allen sich gezeigt,
In dem Befreiungskriege glänzte,
Nur dies ist stille — Preußen schweigt!"

Doch blieb es nicht beim Schweigen und stillem Vermitteln unter der Hand; die preußische Isolirungspolitik machte sich bald fühlbar, und mit steigender Erbitterung gegen die vaterlandsberauschten, kriegstrunkenen süddeutschen Schwärmer geltend, die natürlich nicht wußten, was sie wollten, und denen man doch die Süßigkeit und das Entzücken dieses Rausches mißgönnte. Die Unschlüssigkeit und Thatenscheu aber, die das Bewußtsein des Widerspruchs dieser Stellung mit der Lage, in welcher man sich befand, und mit dem Gefühl der Pflicht, das sich ihr gegenüber nicht abweisen ließ, erzeugte, fielen wie zerstörender Mehlthau in die frische allgemeine Begeisterung und brachten einen niederschlagenden abdämpfenden Eindruck hervor, der sich zum Schaden der guten Sache zuletzt dem gesammten übrigen Deutschland mittheilte.

Aus bestimmten Aeußerungen der preußischen Presse von damals erhellt die traurige Thatsache, daß man in Preußen den

Augenblick nicht etwa fürchtete, sondern herbeiwünschte, wir wollen nicht sagen, sein Müthchen an den unbequemen Kriegsenthusiasten im deutschen Süden zu kühlen, sondern den deutschen Mittelstaaten gegenüber dieselbe nationalfeindliche Rolle zu spielen, welche diese Staaten im Jahre 1806 Preußen und Oesterreich gegenüber gespielt hatten. Die preußische Nationalzeitung war es, die in einem ihrer Juni-Artikel nicht nur den Patriotismus der außerpreußischen Staaten Deutschlands stark anzweifelte, sondern letzteren schließlich selbst mit den Waffen drohte, zur Rache und Züchtigung dafür, daß sie Preußen kein Vertrauen schenken wollten. Man that sich darauf etwas zugute, die in Süddeutschland, zumal in Bayern für Oesterreich herrschenden Sympathien als das Werk einer Partei, vielleicht der ultramontanen, darzustellen. Aber der Enthusiasmus war durch alle Schichten, Farben und Bekenntnisse der Bevölkerung gleich verbreitet. Fürsten und Völker, Adel und Bürger, Ultramontanen und Protestanten, Demokraten und Absolutisten empfanden, sagt Jemand, einen gleichheilsamen Haß gegen die Hohlheit und Falschheit, den Lug und die Tücke, die Prahlerei und Gewaltthätigkeit des in Bonaparte verkörperten und repräsentirten Franzosenthums. Alle erblickten in Oesterreichs Sache die Sache Deutschlands und forderten Krieg zur Niederwerfung des gemeinsamen Erbfeindes deutscher Nation in so wunderbar einmüthiger patriotischer Begeisterung, daß es fast scheinen konnte, als wollten sie, mit Preußen die Rollen tauschend, das im Jahre 1806 an Deutschland verschuldete Unrecht durch ein übervolles Maß der wärmsten und opferwilligsten Theilnahme jetzt wieder gut machen. In dem schönen Gedichte: „So war's, so ist's" trägt König Ludwig nicht Scheu zu gestehen, daß damals in Bayern das Volk, von Thorheit und Leidenschaft erfaßt, was deutsch war, haßte; aber freudigen Aufschwungs durfte er hinzufügen:

„Wie anders ist es nun geworden!
Als Bayern, deutscher nichts es gibt;
Im Süden nicht und nicht im Norden
Wird Deutschlands Ehre mehr geliebt.

Das was so lange hat gesäumet
Wonach ich fruchtlos da gestrebt,
Ist Wahrheit jetzt, was ich geträumet
Ich hab' vergebens nicht gelebt."

Die specifisch-preußische Ansicht hielt unser actives Vorgehen unter allen Umständen für Thorheit, und selbst als die Ereignisse die klügsten preußischen Berechnungen und Ausflüchte zu Schanden machten, und den rechtsverletzenden und allgemein bedrohlichen Charakter des Streites außer Zweifel stellten, meinte man noch erst durch ferneres Neutralbleiben und Abwarten Napoleon's Absichten durchsichtig machen zu müssen, durch vorschnelles Eingreifen aber die Situation bei Leibe nicht trüben zu dürfen, damit wir es weder mit Napoleon noch mit den äußern Mächten verdürben.

Das magere Schattenbild der preußischen Neutralitätspolitik war aber eine viel zu auffallende, widerspruchsvolle und dabei gefährliche Erscheinung, als daß man nicht seitens der preußischen Presse und Diplomatie sich hätte angelegen sein lassen sollen, Entschuldigungsgründe dafür aufzubringen. Wir haben darin nicht in allen Stücken bloße Scheingründe zu erkennen; die tieferliegenden wahren Gründe jedoch ergaben sich nur aus dem Gesammtverhalten Preußens, aus diesem aber auch klar genug, und wie vorsichtig man letztere zu umgehen oder zu verhüllen suchte, leicht war einzusehen, daß man auch in Preußen wisse, aus welchen Quellen die preußische Neutralitätspolitik stamme, und welchen Werth man ihr beizulegen habe. Wenn wir demnach auch zugeben dürfen, daß es hauptsächlich Erwägungen politischer Natur waren, die, wesentlich in einseitig geltend gemachten Staatsmaximen und in der mehr vorgeschützten als wirklich gehegten Ansicht von der localen und particularen Bedeutung des Conflicts wurzelnd, der preußischen Regierung den Gang ihrer Politik vorzeichneten, so schließt dies doch in keiner Weise die Mitwirkung anderer, mehr subjectiver und egoistischer Gründe aus, die Unparteiische in Motiven der Zaghaftigkeit und des Kleinmuthes, der Eifersucht und des Mißtrauens, der Eitelkeit und Großmachtssucht haben finden wollen.

Objectiv gefaßt hängt die preußische Neutralitätspolitik mit den historischen Antecedentien der preußischen Regierungspolitik eng zusammen. Ein trauriges Erbstück aus der französischen Revolutionsepoche, ist sie für Preußen seitdem nur zwei Mal Veranlassung geworden, sich aus ihrer verderblichen Umschlingung loszuwinden und zu thatkräftigem Handeln emporzuraffen. Es geschah dies das erste Mal halb widerwillig halb übermüthig, aber zu spät

im Jahre 1806, und sodann mit ebenso heldenmüthiger und unwiderstehlicher Begeisterung als glänzendem Erfolge im Jahre 1813, dem nationalen Auferstehungsjahr des deutschen Volkes.

Wir erhalten einen Blick in das Grundgefüge der preußischen Neutralität, wenn wir die diplomatische Correspondenz des Herrn v. Schleinitz und die Auslassungen der officiellen Presse darüber lesen. „Preußen", heißt es hier, „frei von jeder Verpflichtung, gehorche nur den Verpflichtungen, welche der innersten Natur seiner Staatsinteressen entspringen." Wer aber ist, fragen wir, einzelnes Individuum oder Staat, wenn es Handeln in der Oeffentlichkeit und für die Oeffentlichkeit gilt, frei von jeder Verpflichtung? Zumal ein Staat, wie Preußen, der seine natürliche wie vertragsmäßige Bestimmung darin findet und allein auch nur finden kann, als ein ergänzendes Glied zu einem größeren organischen Ganzen, zu einem Staatenbunde zu gehören, mit welchem er die Gesammtinteressen seiner inneren und äußeren Politik gleichmäßig theilt? Können bei so bewandten Umständen die preußischen Staatsinteressen wohl so eigenster Natur und Art sein, daß sie im Widerspruch stünden mit den politischen Interessen des großen Ganzen, von welchem Preußen einen Theil bildet, oder um uns anders auszudrücken, daß die Interessen dieses größeren politischen Ganzen, zu welchem Preußen gehört, nicht nothwendig auch förderlam für die Interessen dieses besonderen wie jedes anderen einzelnen Staates des alle umfassenden Gesammtstaates sein müßten? Die Antwort lautet: dies ist unmöglich, und wer es behauptet, belügt einfach nur sich selbst. Es giebt keine Selbstständigkeit, wo es Verhältnisse und durch diese Pflichten giebt. Auch Herr v. Raumer schon hat in der angeführten Schrift diese Wahrheit der preußischen Anmaßung zu Gemüth geführt, und der Verfasser der Flugschrift „Die deutsche Frage und die Allgemeine Zeitung" drückt den nämlichen Gedanken dahin aus, daß Preußen in der Noth weder der deutschen Mittelstaaten noch vielweniger Oesterreichs entbehren kann.

Es liegt ein egoistisches Princip in der gerügten Auffassungsweise, und wenn dies an und für sich kein Tadel sein soll, da kein Staat ohne egoistisches Handeln bestehen kann, so beweist doch die Erfahrung, daß eine einseitige Geltendmachung dieses Princips niemals, am allerwenigsten aber in Fällen, wo eine Unterordnung des egoistischen Zweckes unter einem allgemeinen jenem zugut käme,

die bezweckten günstigen Erfolge nach sich ziehen wird. Preußen hat Gelegenheit gehabt, diese Erfahrung von neuem an sich zu erproben, und der einseitigen Geltendmachung jenes Grundsatzes der preußischen Staatskunst, sich außer aller Verpflichtung stehend zu betrachten, und in ihren Entschließungen sich nur von den in den sogenannten eigensten Staatsinteressen liegenden Verpflichtungen leiten zu lassen, verdanken wir die ganze so verzwickte, auch unhaltbare und traurige Lage, in welcher wir uns während des Conflicts befunden haben und zum Theil auch noch jetzt, nach dessen einstweiliger Beilegung, befinden.

Ein politischer Standpunkt, wie der besprochene, schließt jede von außen sich aufdrängende Verbindlichkeit, damit aber auch jede Verläßlichkeit an und für sich aus und wird die Ereignisse stets nur in seinem Sinne deuten und zu seinem Vortheil benutzen. Dieser Auffassung seiner Stellung war es daher ganz angemessen, wenn Preußen sich in der gegebenen Lage wohl auch verpflichtet hielt, aber ausschließlich nur zur Neutralität und Mediation, und zwar, wie es selbst von sich rühmte, im eigenen Interesse sowohl wie in dem seiner deutschen Bundesgenossen. Ursächlich hängt es hiermit dann auch zusammen, wenn man den Conflict vom oberflächlichsten und beschränktesten Standpunkte aus auffaßte, wenn man immer nur meinte, es handele sich um Oesterreichs Interessen und Besitzstand, wenn der politische Dialog es als eine völlig gleichgültige Sache betrachtete, ob Oesterreich oder Napoleon die italienischen Nachbar-Provinzen inne habe, und preußische Blätter ganz naiv versicherten, in der übermüthigen Provocation und Bekämpfung des befreundeten Bundesgenossen von einer Gefährdung der eigenen Sicherheit, oder einer Verletzung der europäischen Verträge auch nicht eine Spur zu erblicken.

Es gibt Stich- und Schlagwörter, die zu rechter Zeit unter die Leute geworfen und von Mund zu Munde getragen, die Gemüther gegen die klarsten Thatsachen und naheliegendsten Pflichten verblenden, und dadurch dem Laufe der geschichtlichen Ereignisse oft eine der naturgemäßen Entwickelung derselben ganz entgegengesetzte Richtung zu geben vermögen. Ein solches Stich- und Schlagwort war: Wie kommen wir dazu, Oesterreich seine Besitzungen in Italien zu garantiren. Man trat damit zuvörderst in Gegensatz zu der von Bayern und Sachsen in richtiger Er-

kenntniß des allgemeinen und principiellen Charakters des Conflicts ausgesprochenen Ansicht, daß die Lage eine solche sei, die dem gesammten Deutschland die Pflicht auferlege, Oesterreich den Besitz seiner italienischen Provinzen zu erhalten; aber wie jedem Narren seine Kappe gefällt, so waren es namentlich die Preußische Zeitung und die Nationalzeitung, welche dieses Thema auf die mannichfaltigste Weise zu variiren suchten. Das rechte Wort war gefunden, und dem allerdümmsten Verstande mußte seine Wahrheit einleuchten! Eine Garantie der Lombardei und Venedigs zu Gunsten Oesterreichs! Welche wahnsinnige Zumuthung! Welche Marotte im Sinne Derer, die Oesterreich noch weniger als das gönnten! Allerdings handelte es sich um eine Garantie, aber, wie wir schon früher gesehen, zunächst nicht sowohl um eine Garantie des Besitzes, als solchen, sondern dieses Besitzes, insofern er durch Verträge Oesterreich rechtmäßig zuerkannt und gewährleistet war; es handelte sich in weiterer Beziehung um die Herstellung der gestörten Rechtsordnung, aber nicht einmal blos um diese, sondern um die Herstellung eines Zustandes des europäischen Staatensystems, der die dauernde Sicherung der bestehenden oder einer ihr entsprechenden neuen Rechtsordnung verbürgt, also um ein Ziel, dem ganz Deutschland Gut und Blut gern zum Opfer gebracht hätte, wäre nicht Preußens Kriegsscheu hinderlich dazwischen getreten.

Ist denn aber die Kriegsgefahr ein Ding, das, wo es Ordnung, Recht und Ehre zu handhaben oder zu schützen gilt, mit solcher Aengstlichkeit angeblickt und abgelehnt werden darf, wie dies namentlich von der Preußischen Zeitung wiederholt geschah? Und wozu dann unsere theuern, durch neue Anlehen bewaffneten Armeen? Waren sie nur zur Parade da, und nicht vielmehr zum Zweck jener „ungeheuren Anstalten", wie Goethe die Kriege nennt, „wodurch Länder erobert, aber auch erhalten werden?" „Es ist nicht schimpflich", sagt Friedrich Jakobs, bisweilen wie Achill unter Weibern zu sitzen und sich des Lebens zu freuen, aber sich auch dann noch unter ihnen zu verbergen, wenn die Tuba zu Thaten ruft, das ist schimpflich."

Wir sprechen hier nicht zu dem preußischen Volk, das noch das alte, kampfgerüstete, kriegsmuthige, schlachtenfrohe Volk von ehedem ist, nicht zu den Männern der That, den Söhnen und Enkeln jener heldenmüthigen, geringzähligen Streiter, die in einem

siebenjährigen Kampfe es mit halb Europa aufnahmen und zuerst und allein unter allen deutschen Männern sich gegen die auf der Höhe ihrer Macht stehende korsische Fremdherrschaft siegreich erhoben. Nicht Preußen, — Deutschland war es, für welches damals durch alle Marken des Landes der Kriegsruf erging, für das jedes Preußen Herz in hoher patriotischer Begeisterung aufflammte, dem zulieb Jünglinge, Männer und Greise in den verhängnißvollen Kampf eilten, um für die Befreiung des uns allen gemeinsamen deutschen Vaterlandes ihr Blut in Strömen zu vergießen. Dahin deuteten selbst die in das blecherne Hutkreuz des Landwehrmannes eingegrabenen Worte: „Für Gott, für König und Vaterland!" Mit der preußischen Begeisterung von damals sogen wir voll und kräftig das neue Lebensblut deutscher Begeisterung ein, und noch pulsirt uns, die wir das erlebten, das Herz rascher, wenn wir daran zurückdenken. Zu den Männern der That von damals und heut sprechen wir nicht, — zu jenen Helden der Feder nur, die einer andern Generation angehören und keinen Begriff haben von dem, was die Gemüther so tief und feurig bewegte, wohl aber von jeher Spott und Hohn für die Träger des eisernen Kreuzes und die Erinnerungsfeste der Freiwilligen, die erst ausgestorben sein müßten, meinte man, bevor es besser werden, und der Geist der Neuzeit zur Geltung kommen könne!

Dies die Folgen des intellectuellen Hochmuths, des verständigen kalten Besserwissens und Besserwollens jener politisch-journalistischen Nabelbeschauer zu Cölu an der Spree und zu Cöln am Rheine, die sich klüger und gescheidter dünken, als alle deutschen Stämme zusammengenommen, die uns aber den Beweis ihrer unfehlbaren apollinischen Weisheit noch schuldig geblieben sind, nachdem sie die günstige Gelegenheit, die sich ihnen hierzu in der gegenwärtigen Weltlage darbot, auf das schmählichste versäumt haben. Wahrlich eine schöne Weisheit, ein edler Patriotismus muß das sein, über den sich der Moniteur, dieser lügenhafte Deutschenfresser, und seine sophistischen Gesinnungsgenossen vergnügt die Hände rieben. Auch anderwärts weiß man, was die Glocke geschlagen hat, aber noch etwas Höheres gibt es als alle Intelligenz, und dies ist der redliche und reine, der starke und feste Wille.

War denn aber die Kriegsgefahr nicht wirklich bereits uns nahe gerückt, wenn auch nicht unmittelbar, durch Ueberschreitung

der preußischen oder deutschen Grenze, aber doch nahe genug, um alle unsere Kräfte für die rasche Abwehr derselben aufzubieten? Und werden denn Kriegsanlehen blos in der Absicht bewilligt, damit das Heer im großartigsten Maßstabe ausgerüstet und auf den friedlichen Kriegsfuß gestellt werde, nicht aber vielmehr dazu, um für den Zweck, um dessentwillen sie bewilligt wurden, auch wirklich verwendet zu werden? Und sind denn selbst Subsidiengelder in der neueren Kriegsgeschichte so etwas Seltenes? Aber die gute Nationalzeitung drückte sich nur so wegwerfend aus, wenn sie von einem Garantiren des österreichischen Besitzstandes in Italien sprach, um den Gedanken, als könne man ein preußisches Anlehen zu diesem Zwecke verwenden wollen, gehässiger zu machen. Man wollte den Krieg für Oesterreich nicht, weil man diesem Staate seine Noth und eine Schwächung seiner Macht gönnte, ohne zu merken, daß Napoleon auf Oesterreich losschlug, Deutschland aber, insbesondere Preußen meinte, das mit seinen Grenzen viel zu weit in überrheinisches französisch-deutsches Gebiet hineinragt, um hier nicht eine baldige Aenderung der Landkarte als höchst wünschenswerth erscheinen zu lassen.

Bei der gemeinsamen Gefahr, die uns Allen drohte, zeugte es weder von politischem noch moralischem Takt, wenn die preußische Presse in ihren hauptsächlichsten Organen ihre gehässige Eifersucht gegen Oesterreich so scheulos vor aller Welt zur Schau trug, und mit beleidigender Selbstüberhebung auf alles herabsah, was im deutschen Süden für die deutsche Sache geschah, wenn man die Begeisterung der Süddeutschen für „Schaum" hielt und deshalb sogar ein Recht zu haben glaubte, von Preußen zu fordern, daß es an der Neutralität festhalte. Auf die militärische Hülfe, die aus Süddeutschland kommt, sagte ein preußisches Blatt, gebe man in Preußen nicht viel, und die deutschen Mittelstaaten hätten es Preußen eher Dank wissen sollen, daß es durch sein Zaudern für sie alle noch Zeit gewann, da sie selbst trotz aller drohenden Gefahren nicht gerüstet, und immer nur geantwortet hätten, man wolle erst Befehle vom Bunde abwarten. Wir sind nicht gesonnen, das Versäumte entschuldigen zu wollen, aber während man in Süddeutschland rasch herausfühlte, wo der Haken saß, und uns allen der Schuh drückte, während man dort offen für Oesterreichs und Deutschlands Sache sich bekannte, und nur auf Preußens

Wink harrte, um zu dem schon gezückten Schwerte zu greifen, schlug man hier, nicht um Zeit zu gewinnen, sondern in der Hoffnung, die tausendfach verschlungenen Fäden herkömmlicher Rücksichtspolitik friedlich entwirren zu können, den kühleren und langsameren Weg diplomatischer Behandlung ein, die das Entfernteste kennt und überlegt, ohne in den Kern der Sache zu dringen, und in den meisten Fällen besser thäte, den gordischen Knoten mit dem Schwerte zu zerhauen, als den Versuch zu wagen, ihn aufzulösen, die mit dem bloßen Abfinden und Temporisiren zufrieden ist, und für die Zukunft sich stets noch etwas auszugleichen und zu schlichten übrig behält, weil sich daran die Hoffnung knüpft, inzwischen durch Handeln zu erlangen, was durch Berathen und sachgemäßes Austragen des Streites nicht zu erreichen möglich schien.

Von der Verletzung der europäischen Verträge, die durch das Vorgehen Napoleon's und seines Bundesgenossen vollzogen und und klar ausgesprochen war, wollte man in Preußen nichts sehen, und an einen möglicherweise beabsichtigten Angriff Napoleons auf Deutschland glaubte man nicht. Es war ja noch kein „beleidigendes Wort" gegen Deutschland gefallen, und als der Krieg ausgebrochen, hüteten sich die Alliirten wohl, die Grenzen von Wälschtyrol zu überschreiten und deutsches Bundesgebiet feindlichen Fußes zu betreten. Die Ansicht, die in Louis Napoleon den „Retter der Gesellschaft", den heiligen Georg der Revolution erblickte, hatte zu tief Wurzel geschlagen, das l'empire c'est la paix war ein zu bestechendes Bonmot, um nicht gern wiederholt und geglaubt zu werden. Was Oesterreich sagte und versicherte, galt nichts, mit offenem Ohr horchte man lieber den friedlichen Zuflüsterungen und süßen Redensarten, womit von Beginn des Conflicts an der Kaiser und sein auswärtiger Minister die diplomatischen Agenten Englands wie Deutschlands zu beschwichtigen suchten, wiewohl Lord Malmesbury kalte Besonnenheit und Scharfblick genug besaß, um die wahren Motive, nicht aber deren letzte Ziele zu erkennen.

Es gibt nichts Lächerlicheres als den Ernst, mit welchem Lord Cowley aus Paris an Malmesbury über Napoleon's und Walewski's Aeußerungen Bericht erstattete, wenn er sagt, Napoleon werde die Waffen nur für eine Rechtsfrage und zur Vertheidigung der bestehenden Verträge ergreifen und keinen Krieg erklären, wenn

man ihn nicht dazu herausforcere, Napoleon achte die bestehenden Verträge als die einzigen Grenzmarken, die wir haben, und hege die Meinung, daß Oesterreich sein eigener Herr sei, so lange es innerhalb seiner eigenen Grenzen bleibe, als verstände sich das nicht von selbst und als könne es einem souveränen Staate, wie Oesterreich, verwehrt werden, Krieg und Frieden zu beschließen und im Fall des Krieges die Grenzen seines Reichs zu überschreiten. Aber das Dictatorische einerseits und das Trugvolle andererseits, was in jenen Aeußerungen lag, vermochten natürlich alle Diejenigen nicht einzusehen, die den französischen Imperator von jeher für den „Friedensfürsten" unserer Zeit gehalten und nichts mehr fürchteten als einen allgemeinen Krieg zu entzünden, dessen letzte Folgen allerdings nicht zu bemessen waren, und zu ihnen gehörten vor allen Preußen und England.

Krieg ist in keinem Falle ein Glück, aber wo Ursachen und Keime dazu vorhanden, da wird er sich weder durch Unterhandlungen und Vermittelungsversuche, noch durch Drohungen und Schwierigkeiten, die man ihm in den Weg wirft, auf die Dauer vermeiden lassen. An diese geschichtliche Erfahrung sollte man sich zu rechter Stunde erinnern, ehe es zu spät ist.

Mehr noch indeß trugen die lügnerischen Moniteur-Artikel dazu bei, eingenommene oder schwache Gemüther irre zu leiten. Es klang solchen Ohren ganz plausibel, wenn versichert wurde, Napoleon habe es durchaus nicht auf Deutschland, sondern nur auf die italienischen Besitzungen Oesterreichs abgesehen, als berühre das die bestehenden Rechtszustände Europas nicht im Geringsten. Wie aber endlich das kaiserliche Blatt mit der wahren Sprache herausrückte und zu verstehen gab, jetzt sei für Preußen die wünschenswerthe und so lang ersehnte Arrondirung des deutschen Bundesstaats mit Ausschließung Oesterreichs unter Preußens Protectorat in Aussicht gegeben, ähnlich wie Graf Walewski dem Lord Malmesbury zumuthete, Napoleons regeneratorische Pläne in Italien zu unterstützen, da diese nur auszuführen bestimmt wären, was das englische Volk seit Jahren wünsche, liebäugelte die ehrgeizige Verblendung preußischer Journalisten mit der vorgehaltenen Lockspeise, anstatt sie mit der gebührenden Entrüstung zurückzuweisen. Mußten doch selbst die trüglichen Sophismen, womit Napoleon III. — genau nach dem Muster Napoleon's I. — seine

Proclamationen in Italien herausputzte, dazu dienen, dem Glauben an die völkerbeglückenden Ideen des französischen Kaisers gedeihliche Nahrung zu geben. Es klang zu verführerisch, wenn es hieß, daß er komme, um das italienische Volk von der Herrschaft der Fremden, seiner Bedrücker, zu befreien, und daß er wohl begreife, wie man in gegenwärtiger Zeit größer sei durch moralischen Einfluß als durch unfruchtbare Eroberung; wenn es hieß, er ziehe nicht in den Krieg, um das französische Territorium zu vergrößern, und betrete den Boden Italiens nicht mit dem „vorbedachten" System, Souveräne ihres Besitzes zu berauben oder seinen Willen zu dem allein herrschenden zu machen, während in derselben Proclamation die Italiener mit unverhüllten Worten zum Abfall von ihren rechtmäßigen Regierungen ermahnt und aufgefordert werden, zu den Waffen des Königs Victor Emanuel zu fliehen, um unabhängige freie Bürger zu werden.

Dies wirkte mehr als die Versicherungen Rußlands, daß die napoleonischen Pläne ganz unschuldiger Art seien; der Glaube an die napoleonische Redlichkeit und Unfehlbarkeit griff mehr und mehr um sich, und so fehlte es selbst an Leuten nicht, die, wie Johannes Müller in dem Oheim, so jetzt in dem Neffen den Fingerzeig Gottes sahen, dem alles sich unterwerfen müsse, oder, wie Goethe, ihn zu groß für uns fanden und uns riethen, an unsern Ketten zu schütteln, da wir sie doch nicht zerbrechen würden.

Das Vertrauen zu Napoleon hatte sich aber in einem solchen Maße festgesetzt, daß man dadurch immer tiefer in den bedrohlichen Abgrund einer deutschfeindlichen Isolirungspolitik gerieth. Wir haben die merkwürdige Stelle aus der Depesche des Hrn v. Schleinitz an die k. preuß. Gesandten in London und St. Petersburg schon kennen gelernt, worin der vielgenannte Diplomat offen bekennt, die Erklärungen des Kaisers Napoleon, daß er für Frankreich weder Eroberungen noch Gebietsvergrößerungen anstrebe, für „unzweideutige" zu halten, und in diesen von vornherein klar und bündig abgegebenen, durch spätere Aussprüche nur noch bestätigten Erklärungen „ein werthvolles Pfand" für die Hoffnung auf eine friedliche Lösung und „eine der Voraussetzungen" zu erblicken, auf Grund deren man hoffentlich bald zu einem gemeinsamen Einverständniß über Auffassung von Vorschlägen werde gelangen können, welche an die kriegführenden Mächte zu richten wären.

Der Hohlheit und Nichtigkeit der Vorwände gegenüber, durch welche die Gegner Oesterreichs ihre wahren Absichten bis zum Augenblick der Reife zu beschönigen wußten, und gegenüber einem Frieden, der, ein trügerisches Widerspiel von allem, was ihm voranging, durch den französischen Kaiser als eine bewußte Unmöglichkeit zur augenblicklichen Beschwichtigung der tief aufgeregten Gemüther in die Gährung geworfen wurde, hat die Geschichte unserer Zeit von diesem Vertrauensvotum des preußischen Ministers unabweislich Act zu nehmen. Es zeigt uns, auf wie gebrechlichen Grundlagen das Gebäude der preußischen Neutralitäts- und Friedenspolitik ruhte, und wie wenig die Vertheidiger derselben Ursache haben, sich auf die Enthüllungen zu berufen, die uns die veröffentlichten diplomatischen Actenstücke brachten.

Mit diesem, angesichts der Thatsachen unbegreiflichem Vertrauen zu der, wie man angab, aufrichtigen und uneigennützigen Friedensliebe Napoleons hängt es nun aber unzweifelhaft auch zusammen, wenn die preußische Regierung zwar nicht wollte, daß Oesterreich seine Besitzungen in Italien einbüße, auch wohl einsah, daß dann die Verträge verletzt wären, aber der Irrthum, der Mißgriff bestand darin, daß man es erst auf dies fait accompli glaubte ankommen lassen zu müssen; es hängt damit zusammen, wenn man in Preußen es für eine Unmöglichkeit hielt, daß Napoleon einen Angriff auf Deutschland beabsichtige oder auch nur beabsichtigen könne; es hängt damit ebenso des weiteren zusammen, wenn in Preußen, zumal an entscheidender Stelle, die Ansicht Eingang gefunden hatte, daß Oesterreich nicht nur in Folge seiner Verwaltung der italienischen Provinzen die Ursache des Zerwürfnisses, sondern auch durch das Ultimatum der unmittelbare Urheber des Kriegs sei, durch dessen leichtsinnige und einseitige Provocation es sich aus eigener Verschuldung um die Theilnahme und Hülfe seiner deutschen Mitstände gebracht habe.

Hiermit stehen wir vor einer Frage, deren Beantwortung sich aus den Ereignissen und vor Augen liegenden Motiven so sehr von selbst ergibt, daß sie am allerwenigsten von den tiefer in die Geheimnisse des Dramas eingeweihten Diplomaten und Staatsmännern hätten mißkannt oder mißdeutet werden sollen. Wo die Ursprünge des Conflicts zu suchen seien, und auf welchen unvermeidlichen, thatsächlichen wie moralischen Veranlassungen und Gründen

die Kriegserklärung Oesterreichs beruhe, wußte man in diesen Kreisen so gut als daß durch das Vorgehen Napoleon's und seines Bundesgenossen die europäischen Verträge eine Verletzung der muthwilligsten und gewaltthätigsten Art erfahren, aber man that, als wisse man von beiden nichts. Wir müßten aber weit zurückgehen, um zum Ausgangspunkte der Ereignisse zu gelangen, die dem Jahr 1859 sein charakteristisches welthistorisches Gepräge aufgedrückt und uns sicherlich nur erst eine Seite ihres verhängnißvollen Gewebes gezeigt haben, zu welchem die Fäden von den verschiedensten Seiten her zusammenliefen.

Die stumme Trauer, mit welcher am 29. März 1849 in Mailand der Wiedereinzug der siegreichen laut jubelnden österreichischen Truppen unter Radetzky's Vorantritt von der dortigen Einwohnerschaft empfangen wurde, deutete auf eine schwere Zukunft. Oesterreich herrschte fortan über gebändigte, aber nicht in allen ihren Theilen versöhnte Völkerschaften, wie viel es auch that, ihnen durch Gewährungen im Sinne ihrer Wünsche und Interessen das Gefühl der Fremdherrschaft so viel als möglich zu mildern. Der glorreiche Sieg von Novara hatte nur das Resultat, den Haß der italienischen Patrioten in verstärktem Maße auf Oesterreich zu lenken.

Von dieser Seite drohten daher der österreichischen Macht früher oder später neue und größere Gefahr. Andrerseits hing es wohl zugleich eng mit der italienischen Frage zusammen, wenn Louis Napoleon, der sich gewiß nicht aus uneigennützigen Beweggründen mit den Bestrebungen und Zwecken der nationalen Partei in Italien schon früher auf's tiefste verwickelt hatte, von dem Augenblick an, wo er Kaiser geworden war, die Schwächung und Demüthigung Oesterreichs als Ziel seines Ehrgeizes verfolgte. Der zu diesem Zwecke von Napoleon provocirte orientalische Krieg legte den Grund zu dem Hasse Rußlands gegen Oesterreich, das durch seine bewaffnete Neutralität ersteres gezwungen hatte, die Donaumündungen nebst einem Stück von Bessarabien an die Moldau und Walachei abzutreten, während es den russisch-französischen Intriguen in jüngster Zeit gelang, die Donaufürstenthümer wie Serbien und Montenegro dem österreichischen Einfluß zu entziehen. Das italienische Ränkespiel aber begann schon während des orientalischen Kriegs, und es ist jetzt kein Geheimniß mehr, wie

auf dem Pariser Friedenscongreß das kleine Sardinien es wagen konnte, eine Großmachtsrolle zu spielen, da es von Napoleon und Lord Palmerston hierin unterstützt wurde.

Seitdem sehen wir Sardinien als dritte Macht mit immer größerer Entschiedenheit Oesterreich entgegentreten. Sardinien, das seit dem Augenblick, wo Victor Emanuel seine politische Erbschaft auf dem Schlachtfelde von Novara angetreten, sich zum Dolmetsch der Bedürfnisse, Schmerzen und Hoffnungen Italiens aufgeworfen hatte. „Das Haus Savoyen", sagte Radetzky in seinem berühmten Manifest vom 12. März 1849 an das österreichische Heer, „hat öfter durch eine Ueberläuferpolitik Augenblicke schwerer Kämpfe benützt, in welche Oesterreich sich verwickelt sah, wie dieses der Fall im österreichischen Erbfolgekriege war, um Stücke der Lombardei an sich zu reißen." So geschah es auch 1848 und 1849, so nicht minder im Jahre 1859, wo der sardinische König einen mächtigen Verbündeten fand, mit dem er gleiche Interessen und Absichten theilte, und der sich in ihm, um mit der Flugschrift „Die Despoten als Revolutionäre" zu reden, einen Vollstrecker seines Willens auf der Halbinsel schuf.

Die sardinische Politik der letzten Jahre ging unwiderleglich weiter, als sich mit der bloßen Gewinnung der Lombardei und Venetiens zu begnügen, sie bezweckte in ihren letzten Zielen eine Theilung Italiens zwischen Sardinien und den Napoleoniden, indem Rom dem Prinzen Napoleon, Neapel dem Prinzen Murat zugedacht, das habsburgische und bourbonische Element aber bestimmt war, bis auf die letzte Spur aus der Halbinsel zu verschwinden. Hierüber lassen weder die Manifeste, Rundschreiben und Kammerreden des Grafen Cavour noch was außerdem über die geheimen Verabredungen und Verträge zwischen Victor Emanuel und Napoleon und des Letzteren regeneratorische Pläne in Bezug auf Italien bekannt geworden, irgend einen Zweifel.

Der Depeschenwechsel zwischen Lord Malmesbury und Lord Cowley enthält über letzteren Punct die deutlichsten Winke und sucht in richtiger Erkenntniß der näher liegenden Ursachen des Kriegs diese in der Treulosigkeit, womit Sardinien seine Verträge mit Oesterreich brach, in der Anwerbung österreichischer Deserteure, in den herausfordernden officiellen Reden und Aeußerungen in den sardinischen Kammern und in der ausdrücklichen Erklärung des

Königs, sich an die Spitze Italiens stellen zu wollen. Oesterreich schützte nicht nur sein Recht und seine Ehre, sondern das Recht der Verträge, als es zum Ultimatum schritt, oder sollte es abermals warten, durch einen Angriff auf die Lombardei überrumpelt zu werden, wie dies 1848 in Folge eines Wortbruch Karl Albert's geschah? Wenn es sonst wohl überhaupt schwer ist, bei entstandenen Kriegen jedesmal genau zu bestimmen, wer der angreifende, und wer der vertheidigende Theil sei, so können wir das gewiß nicht im vorliegenden Falle sagen, wie sehr man auch bemüht gewesen ist, nicht nur in französischen, sondern selbst auch in deutschen Blättern die Standpunkte zur richtigen Beurtheilung der Sachlage zu verschieben.

Es half nichts, daß Jedermann wußte, Napoleon habe im Einverständniß mit constitutionellen und revolutionären Ministern die Vernichtung der europäischen Verträge beschlossen, und schon im Herbste 1858, als der Kaiser in Compiegne jagte, mit Palmerston und Cavour den italienischen Plan endgültig festgestellt; es half nichts, daß Frankreich, ohne hierzu auch nur im Entferntesten durch Oesterreich veranlaßt worden zu sein, und während der Botschafter dieser Macht, Frhr. v. Hübner, sich noch in Paris befand, auch die Antwort auf das Ultimatum Oesterreichs an Piemont noch nicht erfolgt war, bereits Truppen die Grenzen Piemonts überschreiten und andere über See zu Genua landen ließ, ein längst bereitgehaltenes, unerwartet zahlreiches Heer, was einer thatsächlichen Kriegserklärung gleich kam; es half nichts, daß auf Anstiften des sardinischen Premierministers damals die Bewegung in Toscana, Massa und Carrara schon organisirt war, nichts endlich, daß Oesterreich durch Verschiebung des Angriffs seine Bereitwilligkeit zu den von England in zwölfter Stunde angebotenen Friedensunterhandlungen zu erkennen gab, dadurch aber den aufreizenden sardinischen Trotz nur noch steigerte. Preußen sah in dem Verhalten Frankreichs und Piemonts keine Provocation, und demnach auch keinen gegründeten Anlaß für Oesterreich, zum Beginn des doch in allen Fällen unabwendbaren Krieges zu schreiten. Als dies dennoch geschah, stimmte Deutschland dem ebenso großsinnigen als verhängnißvollen Schritte Oesterreichs mit seltener Einmüthigkeit und Theilnahme bei, nur Preußen stand bestürzt, ja befremdet, um so mehr, als es seinerseits eine friedliche Bei-

legung des Streits ernstlich gehofft zu haben scheint; es empfand das Scheitern der unter allen Umständen unmöglichen Conferenz, mithin seiner Friedensbemühungen, übel und betrachtete, in Folge seiner nun einmal angenommenen engherzigen Auffassung der Dinge Oesterreich nicht allein als den Urheber dieses Scheiterns, sondern zugleich als den angreifenden Theil im Kriege, dem es eben deshalb seine active Hilfsleistung glaubte vorenthalten zu müssen.

„Durch seinen unheilvollen Entschluß", heißt es in der preußischen Depesche an die k. Gesandten in London und St. Petersburg vom 24. Juni, „hat das Wiener Kabinet gerade in dem Augenblick, wo die anderen Mächte die Grundlage zu einer billigen Lösung zu gewinnen suchten, einen Bruch hervorgerufen, welchen wir durch eine gemeinsame Action zu verhüten hofften." Hatte doch selbst Lord Derby den Einfall Oesterreichs in Sardinien „verbrecherisch" genannt, und die preußische Depeschenäußerung paraphrasirend, sagt Lord John Russel in seiner Rückantwort an den preußischen Minister des Auswärtigen vom 7. Juli: „Im letzten Augenblicke hat Oesterreich durch einen Act der größten Unklugheit den Krieg begonnen, indem es in Sardinien einbrach; von da an war Alles verändert, Oesterreich hatte die in den Verträgen von 1815 festgestellten Grenzen überschritten, und es konnte nicht mehr erwartet werden, daß Frankreich und Sardinien diese Verträge hinfort als bindend anerkennen sollten." Diese Beschuldigung hat indeß bereits Marquis of Normanby in der Oberhaussitzung vom 8. August mit Entschiedenheit zurückgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß, als 1848 und 1849 Sardinien in die Lombardei einbrach, Oesterreich von Palmerston bedeutet wurde, keinen Gebietstheil Sardiniens zu besetzen, weil Sardiniens Grenzen durch europäische Verträge verbürgt seien. Was dem Einen recht, ist dem Andern billig, und darum durfte es jetzt nicht zugegeben werden, weil Oesterreich den Angriff begann, daß ihm durch Sardinien in Verbindung mit Frankreich seine durch die nämlichen Verträge verbürgten italienischen Besitzungen entrissen wurden. Zwischen beiden Fällen war aber noch insofern ein großer Unterschied, daß der Angriff Sardiniens auf Eroberung, der Oesterreichs dagegen auf Vertheidigung gegen landräuberischen Uebergriff abgesehen war.

Gewiß läuft es eben so sehr gegen die Grundsätze der Staats-

moral wie der Privatmoral, einem Freunde und Bundesgenossen im Streite mit einem gewaltthätigen Gegner deswegen seine Hülfe zu versagen, weil derselbe den Streit begonnen, und immerhin können wir von diesem Standpunkte aus zugeben, daß Oesterreich klüger gehandelt hätte, die Initiative des Kriegs Sardinien zu überlassen; aber da es dies nicht that, vielmehr der eigenen Ehre und Machtstellung es für angemessen erachtete, nachdem alle Versuche, den gestörten Frieden wiederherzustellen, gescheitert waren, zur Abwehr fernerer Aufreizungen und Beleidigungen den Gegner anzugreifen, so handelte Preußen weder politisch klug im deutschen Sinne und Interesse, noch pflichtgemäß im Sinne und Interesse des europäischen Rechtszustandes, indem es Oesterreich im Stich ließ.

Doch man schob, um die preußische Neutralitätspolitik zu entschuldigen, noch andere Scheingründe in den Vordergrund und ging von Seiten der Presse wie der Diplomatie so weit, dem österreichischen Kaiserstaate, der mit uns, wenn auch freilich noch nicht in der wünschenswerth umfassenden Weise, zu gemeinsamen deutschen Einigkeitszwecken Hand in Hand zu gehen begonnen hatte, mit dem wir Verlust und Gewinn seiner Niederlagen und Siege theilen, in der Stunde der Gefahr und Noth zu feilschen und zu mäkeln, ihm seine Sünden vorzuhalten, aus alter und neuer Zeit, und mit innerem Behagen zu Gemüth zu führen, daß Deutschland hauptsächlich durch seine Schuld noch nicht zu jener Einheit und Kraft gelangt sei, welche ihm nöthig, um dem Auslande gegenüber nicht immerfort das Aschenbrödel und den gehorsamen Diener zu spielen, ein Vorwurf übrigens, der in sehr vielen Stücken bei weitem eher das Land trifft, von dem er ausgegangen, als jenes andere, das er zu treffen bestimmt war; man ging so weit zu einer Zeit, wo ihm und uns das Messer an der Kehle saß, wo rings um uns her alles in Glut und Flammen stand und jeder Augenblick den letzten unglücklichen Ausgang der Katastrophe uns melden konnte, vor Oesterreich hinzutreten und ihm zu erklären, daß es gar keinen Anspruch darauf machen könne, Bestimmungen der Bundesacte, selbst wenn sie für Oesterreich, für die Nothwendigkeit der Bundeshülfe zu seinen Gunsten sprächen, auf sich angewendet zu sehen, da es die Bestimmungen der Artikel 13 und 17 der Bundesacte nicht erfüllt und weder eine landständische Verfassung bei sich eingeführt noch allen christlichen Religionsparteien in seinem Lande

gleiche bürgerliche und politische Rechte verliehen habe; man ging so weit, ihm unsere Hülfe zu versagen, weil es stets ein Hemmschuh zeitgemäßen Fortschrittes in Deutschland und Italien gewesen, weil es zu Gunsten Dänemarks in Schleswig-Holstein intervenirte, weil es im eigenen Lande die durch die Bundesacte verbürgte Freiheit der Presse nicht aufkommen ließ, durch ein unzugängliches Gemeindegesetz die selbstständige und naturgemäße Entwickelung der Gemeindekörper hinderte und durch das Concordat die religiös-sittliche und intellectuelle Bildung des Volks in Fesseln schlug, überdies auch der Gesellschaftsrettung des napoleonischen Gewaltstreichs Beifall zuklatschte? Aber wo ist das nicht geschehen, und welcher europäische Staat ist frei von politischen Sünden der mannichfaltigsten Art? Und ist es denn etwa schon so lange her, daß Preußen in die Reihe der constitutionellen Staaten Deutschlands eintrat, und geschah denn etwa der Schritt dazu aus ganz freien Beweggründen, aus einer Achtung vor den Forderungen der Bundesacte? Hat nicht auch zumal das Jahr 1837 Gewaltthätigkeiten in Preußen gesehen, die mit der religiösen und persönlichen Freiheit nur wenig zu schaffen haben, und die Periode von 1819 bis weit über das Jahr 1830 hinaus einen Zustand der Presse, der in seiner Verknechtung unter der eisernen Zuchtruthe der Censur alles in Schatten stellte, was je deutsche Staaten Aehnliches versucht? Weiß nicht selbst die viel jüngere Zeit von einer Beeinflussung der Presse und von Maßregeln wider die freie Entwickelung des Volkslebens zu erzählen, die eines despotischen Staates würdig waren? Und hat nicht auch das legitime Preußen den Sohn der Revolution, der nun auch begonnen hat, ihr Vater zu sein, den demokratischen Wahlkaiser Louis Napoleon nicht blos anerkannt, sondern in seinen Beziehungen zu ihm stets einen Charakter bewahrt, der von dem Glauben Zeugniß gab, als könne nur von ihm das Heil unserer staatlichen und socialen Entwickelung kommen.

Wir wollen nicht erbittern, aber es ist wohl zuweilen gut, uns zu erinnern, daß man des Balkens im eigenen Auge gedenken solle, wenn man das Recht zu haben glaubt, den Splitter in des Anderen Auge zu tadeln. Darum mögen die preußischen Journalisten, die Oesterreich vorgeworfen, Verträge nicht gehalten zu haben, nur die betreffende Geschichte ihres engeren Vaterlandes

nachlesen, um den Unterschied zu bemerken, der zwischen politischen Sünden, die einem wohlbegründeten Staatsprincipe entspringen oder durch Bewältigung mittelst Uebermacht veranlaßt sind, und solchen herrscht, die aus Ländergier und Kleinmuth hervorgehen. Wir wenigstens vermögen während der traurigen Geschichtsperiode Deutschlands vom Basler bis zum Presburger Frieden in dem Verhalten Oesterreichs gegen Preußen, selbst die geheimen Artikel des von der Uebermacht dictirten Friedens von Campo Formio nicht ausgenommen, nirgends etwas zu finden, was einem Verrath an Deutschland so ähnlich sähe, als der schmähliche Basler Friede und der verhängnißvolle Wortbruch des Jahres 1805, der gewiß nicht weniger dem Ungeschick und der Verzagtheit des preußischen Gesandten, als dem damaligen Regierungssystem zuzuschreiben ist, das ihm zur Entschuldigung diente. Was aber würden die preußischen Publicisten und Rechtsstaatslehrer sagen, wenn in Oesterreich noch Einrichtungen beständen wie in Preußen, wonach die adeligen Güter vieler preußischen Provinzen unbesteuert ausgehen, die Steuerumlage mithin keine allgemeine ist, und wenn es in Oesterreich Gesetze gäbe, welche die eingesegnete Ehe zwischen einem Adeligen und einem Frauenzimmer aus dem niederen Bürgerstande für ungültig und deren Kinder als Bastarde erklärten, wie dies das preußische Landrecht thut? Wir meinen einfach, ein Jeder kehre vor seiner Thüre, und kümmere sich um die inneren Angelegenheiten seines Nachbars nicht, so lange ihm daraus kein Nachtheil erwächst, noch weniger nehme er sie zum Vorwand, um sich den Pflichten der Hülfsleistung zu entziehen, wenn der Nachbar durch fremden Uebermuth in Noth und Gefahr geräth. War aber behauptet worden, die ultramontane Presse wolle, daß der protestantische Norden unter Oesterreichs Botmäßigkeit gebracht werde, so lag deshalb keine Berechtigung für die preußischen Blätter vor, im Gegentheil anzunehmen, daß der Zeitpunkt gekommen sei, um dem protestantischen Norden das Uebergewicht in Deutschland zu verschaffen. Das eine wie das andere dürfte vor der Hand ein frommer Wunsch bleiben.

Doch da gab es noch ganz andere Dinge, die dem magern und unfruchtbaren, aber nichtsdestoweniger sehr gefährlichen Schattenbilde der preußischen Neutralität zur Entschuldigung dienen mußten. Die Einen sahen schon die preußischen Häfen durch feindliche

Schiffe blokirt, die Grenzen in Osten und Westen von gegnerischen Truppen überschritten, Handel und Wandel gelähmt oder gar auf lange Zeit vernichtet, die Andern beklagten die preußische Militärverfassung, die jeden Bürger zum Kriegsdienst verpflichte, und in einem europäischen Kriege die Familienväter des Landes der Decimation preisgebe, oder sie jammerten um die hochgepriesene moderne Civilisation, die in die alte Barbarei zurücksinken werde, als könne es bei den zerstörenden Massenkriegen, die unsere Zeit kennzeichnen, noch dreißigjährige oder selbst nur siebenjährige Kriegsperioden geben, die alles unterste zu oberst kehren. Man sieht, die Anhänger dieser Ansichten waren nicht principiell gegen einen Krieg für Oesterreich; sie fürchteten nur dessen verderbliche Folgen für das bürgerliche Leben.

Bedenklicher schon konnten die Gründe erscheinen, welche die Vertheidiger der preußischen Neutralität dafür aus der natürlichen Lage und Beschaffenheit des Landes und seinem hierdurch zum Theil bedingten politischen Verhältniß zu England und Rußland hernahmen. Was die Depeschen des Hrn. v. Schleinitz anführen, daß Preußen beiden freundlichen Beziehungen, in welchen es zu sämmtlichen Großmächten stehe, zur Mediation sich verpflichtet gefühlt habe, dürfen wir auf sich beruhen lassen, da die Umstände von der Art waren, daß sie den Erfolg jeder Mediation von sich ausschlossen, und die zunächst unbetheiligten Mächte unabweislich zur Ergreifung der einen oder andern Partei aufforderten. Aber zu leugnen ist nicht, Preußen bedarf der englischen Hülfe in Fällen eines allgemeinen Krieges, nicht nur wegen seiner schutzlosen Küsten, sondern auch im Interesse des deutschen Handels, nachdem der Anfang einer deutschen Flotte unter dem Hammer zerstückelt und zersplittert ist. Preußens Lage an der Ostsee und seine weiten Grenzen gegen Rußland mahnen zur Vorsicht, seine Handelsschifffahrt ohne Marine ist jedem Angriff zur See unvermeidlich bloßgegeben und von dieser Seite eine Landung feindlicher Truppen nicht zu verhindern. Billigerweise hegte man daher in Preußen Bedenken, durch zu rasches Vorgehen sich England, an das so viele Sympathien binden, zu verfeinden und Rußland auf den Leib zu ziehen. Aber die Folge bewies, daß diese Furcht nach beiden Seiten hin ein Phantom war, hinter welchem sich die Unentschiedenheit in der deutschnationalen Richtung Preußens verbarg. England,

das vor jeder Manifestation einer entschiedenen thatkräftigen Gesinnung Achtung hat, würde durch ein rasches Eingreifen Preußens in die Ereignisse eher zu einem Mitgehen als zu neutralem Zurückbleiben veranlaßt worden sein, und Rußland kennt die deutschen und europäischen Verhältnisse zu gut, als daß es, wenn es Deutschland, einig gesehen, in das Wagniß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Frankreich sich gestürzt hätte. Auch zeigten die Ereignisse bald, daß England und Rußland vor der Hand neutral zu bleiben entschlossen waren, und es hörten somit die aus der Besorgniß vor diesen beiden Mächten hergenommenen Entschuldigungsgründe der preußischen Zauderpolitik auf stichhaltig zu sein. Deshalb hatte es auch für die Frage ganz und gar keine Bedeutung, wenn Rußland, wie zuerst die Frankfurter Handelszeitung vom 9. Juni meldete, den deutschen Höfen eine Note mit der Verwarnung insinuiren ließ, durch ihre Einmischung in den italienischen Krieg, der Deutschland nichts angehe, nicht Verwickelungen herbeizuführen, die Rußland veranlassen könnten, eine Haltung einzunehmen, welche seine Stellung als Großmacht und die Interessen Europas ihm gebieten würden. Lag in dieser Sprache eine Schmach für Deutschland, so müssen wir zugleich sagen, daß Rußland sie nicht gewagt haben würde, hätte es nicht die Ueberzeugung hegen dürfen, daß ein mächtiges deutsches Bundesglied, das Preußen sich in die italienischen Angelegenheiten Oesterreichs nicht mischen werde.

Schon in der Mitte Februar verbreiteten sich Gerüchte von gewissen Vereinbarungen, die zwischen Rußland und Frankreich gepflogen worden, Rußland soll sich damals bereit erklärt haben, falls die Haltung Englands dem französisch-sardinischen Interesse feindlich sich gestaltete, aus der Neutralität zu Gunsten Frankreichs herauszutreten, wogegen Frankreich sich verpflichtete, weder gegen Belgien noch gegen Preußen etwas zu unternehmen, und die russischen Pläne bezüglich der Länder an der untern Donau zu unterstützen. Zugleich stimmte Rußland darin mit Frankreich überein, daß die von letzterem angeregten Reformen des Kirchenstaats in das Gebiet der Verhandlungen, gezogen würden. Hieraus ergibt sich, wenn die einzelnen Punctationen ihre Richtigkeit haben, nicht etwa nur das Bestehen eines vertraulicheren Einverständnisses zwischen Preußen und Rußland, sondern auch die Voraussetzung, daß Napoleon nicht nur gegen Belgien, sondern auch gegen Preußen

etwas im Schilde führe, oder nach Umständen führen könne. Als Preis der Vereinbarung Rußlands mit Frankreich wurde noch im Juni, wo das Gerücht einer solchen Vereinbarung von neuem auftauchte, die Vernichtung des Vertrags von 1856, die Wiedererlangung Bessarabiens und die Zurückführung Rußlands an die Mündungen der Donau bezeichnet, und da diese Zwecke nur durch die Demüthigung Oesterreichs zu erreichen waren, und hierzu der Krieg mit Frankreich als das sicherste Mittel sich empfahl, so leuchtet ein, daß Rußland seine Hülfe dem französischen Kaiser für den Fall zusagte, wenn Deutschland sich in den Kampf zu Oesterreichs Gunsten mische, daß es aber auch zugleich alles aufbieten müsse, letzteres zu verhindern, da ein deutscher Kampf, an welchem sich auch Preußen betheiligte, den Erfolg im französisch-russischen Sinne sehr zweifelhaft machte. Auf Befragen Englands, welches wegen des umlaufenden Gerüchtes von einem mit Napoleon abgeschlossenen Vertrage Aufklärung wünschte, gestand das St. Petersburger Kabinet offen ein, daß es mit Frankreich ein Arrangement zu dem Zweck getroffen habe, um Oesterreich in keinem Falle siegreich werden zu lassen, und daß der Kaiser, nur von den Gefühlen der Würde seiner Krone und den Interessen seines Landes geleitet, unter den gegebenen Umständen sich vollkommene Freiheit der Action vorbehalte. Rußland aber konnte den angegebenen Zweck des Arrangements, der darauf gerichtet war, Oesterreich nicht siegreich werden zu lassen, mit Sicherheit nur erreichen, einmal, indem es jede Rücksicht auf die europäischen Verträge vorläufig bei Seite schob, und sodann, wenn es ihm gelang, Preußen vom Kampfe abzuhalten; hierin aber haben wir das ganze Geheimniß des Einverständnisses zu suchen, wodurch Rußland sich Preußen zu nähern und zu verpflichten beflissen war. Sah man in Preußen dies nicht ein, so war nur Kurzsichtigkeit daran Schuld. Bei richtiger Erkenntniß der Verhältnisse würde man zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß nicht Preußen vor Rußland, sondern Rußland vor Preußen sich zu fürchten habe.

Was England betrifft, so lag allerdings, während noch das Derby'sche Ministerium an der Spitze der Staatsgeschäfte stand, die Möglichkeit nahe, es für die Sache Oesterreichs, mit anderen Worten, der Verträge zu gewinnen. Der conservative Charakter des Derby'schen Ministeriums war letzteren günstig und besaß

Unbefangenheit genug, um den tiefern Zusammenhang der Ereignisse zu erkennen, aber es war zu schwach und durch seinen Gesandten in Paris, der sich auch dem jetzigen Ministerium als ein äußerst brauchbares Organ zu den Verhandlungen mit Napoleon empfohlen hat, zu sehr in die Napoleon'sche Politik verwickelt, auch zu eingebildet auf die Freundschaft und die Schmeicheleien des Franzosenkaisers, um etwas mehr von ihm zu erwarten, als daß es sich zur Neutralität entschloß und darin unveränderlich ausharrte. Der Beschluß, den das Kabinet von St. James schon im Januar gefaßt, durch eine getreue Aufrechthaltung der Verträge dem Frieden Dauer zu geben, hob sich damit von selbst auf, und als dann fast gleichzeitig mit dem Ausbruch des Krieges das Palmerston-Russel'sche Ministerium mit seinen ganz entgegengesetzten Ansichten die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in die Hände bekam, und Niemand wußte, ob England in der Neutralität verbleiben oder durch einen Versuch, die bestehende, wenn auch vorläufig ruhende Allianz mit Frankreich durch actives Auftreten im Sinne der bonapartischen Bestrebungen gegen Oesterreich von neuem zu beleben und zu bethätigen, als es noch ungewiß war, ob die, wie sich aus den Parlamentsverhandlungen ergab, bei allen Parteien trotz der Theilnahme für die Befreiung des italienischen Volks herrschenden Abneigungen gegen die napoleonischen Uebergriffe im Stande sein würden, den franzosenfreundlichen Absichten des neuen Ministeriums das Gegengewicht zu halten, und die Eindrücke zu paralysiren, welche die im französischen Solde stehenden Blätter auf die Umstimmung des Volkes zu Gunsten Napoleons hervorzubringen fortwährend bemüht waren, da freilich hatte Preußen Ursache, besorgt nach England zu blicken und sich vor Schritten zu hüten, die einer bewaffneten Intervention zu Gunsten Oesterreichs gleich sahen. Bei den persönlichen und principiellen Beziehungen, welche das neue englische Ministerium zu den italienischen Plänen Napoleon's einnahm, war ihm eine directe Begünstigung derselben zuzutrauen.

Es hieße aber an dem politischen Verstande der Männer, welche als die leitenden Organe an der Spitze nicht nur der englischen sondern auch der russischen Regierung stehen, zweifeln, wollten wir annehmen, daß sie, nachdem einmal der Krieg mit seinen revolutionären Folgen entbrannt war, den Thatsachen und

deren offenkundigen Motiven gegenüber, jemals ernstlich an den ausschließlich localen und particularen Charakter des Conflicts glaubte, und daß sie auch nur einen Augenblick von der Aufrichtigkeit und Uneigennützigkeit der Gesinnungen überzeugt waren, welche Napoleon und die französische Regierung vom Beginn des Streites an nicht müde wurden, für sich in Anspruch zu nehmen. Man verdeckte damit nur eine ebenso engherzige als eigensüchtige Sonderpolitik, die bei England durch die Manie der Völkerbefreiung Italiens, bei Rußland durch die Lockspeise politischer Vortheile, dort zugleich durch Eifersucht, hier durch Haß gegen Oesterreich, bei beiden durch eine schlechtverhehlte Feindschaft gegen Deutschland noch genährt und gefördert wurde.

Lag die Besorgniß nahe, daß der vollständige Sieg Napoleon's in Italien das Signal zu einer allgemeinen Schilderhebung aller unter fremder Herrschaft oder ihrem Einfluß stehenden Nationalitäten Europas geben könne, deren erschütternde Wirkungen außer Oesterreich unstreitig am meisten Rußland hätte empfinden müssen, so sah man das dort wie in England sicherlich ebensogut ein, als wir, aber da die eigene Existenz und Sicherheit für den Augenblick nicht bedroht war, und einerseits Rußland noch erst seine Rache an Oesterreich sättigen wollte und andererseits das englische Ministerium mit den italienischen Umwälzungsideen Napoleons III. sympathisirte, so hielt man dort wie hier an der freigewählten Neutralität wahrscheinlich in der Hoffnung fest, daß, hätte sich nur erst Oesterreich auf den italienischen Schlachtfeldern verblutet, sich noch immer Zeit finden werde, etwa in Gemeinschaft mit Preußen erfolgreich einzuschreiten, sobald Louis Napoleon Miene machte, die welterobernde Rolle seines Oheims weiterzuspielen. Deutschland jedoch, dessen Interessen bei dem Fortgange des Krieges unmittelbar berührt und gefährdet schienen, konnte nicht so lange warten, bis ihm durch die Demüthigung Oesterreichs der rechte Arm abgeschnitten war und den fremden Mächten es gefiele, die hochgehenden Entwürfe Napoleon's auch für ihre Sicherheit und die Ruhe Europas gefährlich zu finden. Wie wenig man aber selbst in England das Bedenkliche der Lage verkannte, das bewiesen nicht nur die fortgesetzten Rüstungen des neutralen Staats, auch aus den Geständnissen der Presse, zumal der Times, wie nicht minder aus den Rathschlägen John Russel's

an Preußen, sich nicht in den Streit zu mischen, die der conservative ehemalige Schatzmeister d'Israeli mit Recht als eine neutralitätswidrige Warnung zu offenbarem Gunsten Frankreichs rügte, ging dies zur Genüge hervor. Auch England also fürchtete sich vor einem allgemeinen Kriege, der ganz Deutschland mit Einschluß Preußens zum Gegner Napoleon's und seiner Pläne gemacht hätte, und dessen Ausgang möglicherweise nicht den Wünschen und Interessen des englischen Ministeriums genehm war. Immer noch ist es daher die Frage, was England gethan haben würde, wenn Preußen im Verein mit dem deutschen Bunde die Waffen wider Napoleon erhoben hätte, aber eben deshalb lag auch keine so unbedingte Nothwendigkeit für Preußen vor, aus Sympathie für England oder aus Furcht vor ihm von dem Bunde sich zu trennen und Oesterreich dem gemeinschaftlichen Feinde zu opfern.

Indeß die Preußische Zeitung hat noch erst in allerjüngster Zeit, am 1. Nov. Gelegenheit genommen, sich gegen einen Angriff auf die auswärtige Politik Preußens in einem Berliner Artikel der Allgemeinen Zeitung vom 28. October zu vertheidigen, indem sie, die notorischen Beziehungen Preußens zu England voraussetzend, mit einer während des Conflicts bis zum Ueberdruß gehörten Phrase andeutet, „welches Gewicht die preußische Regierung darauf lege, ihre Verhältnisse zu den europäischen Mächten in einer den Interessen Deutschlands entsprechenden Weise zu gestalten." Zugleich spricht sie die Erwartung aus, Deutschland werde niemals in dem Einverständnisse Preußens mit einem großen auswärtigen Hofe, welcher die Interessen des europäischen Friedens zu fördern geeignet ist, eine „particularistische Verbindung Preußens mit dem Auslande" erblicken, und versichert schließlich überzeugt zu sein, „daß man in allen deutschen Landen begreife, wie Beziehungen dieser Art Seitens einer deutschen Großmacht dem gesammten Vaterlande, seiner Sicherheit und seinem Schutze zugut kommen müssen."

Ohne an der Richtigkeit dieser Voraussetzungen und Ueberzeugungen zu zweifeln, muß es doch auch erlaubt sein, billige Bedenken zu hegen, ob es für eine deutsche Großmacht der einzige zulässige und ersprießliche Weg sei, zur Förderung der eigenthümlich deutschen Interessen mit auswärtigen Mächten zu verkehren, die für eine Lösung politischer Fragen im Interesse Deutschlands keinen Sinn haben, die unsere Neider oder unsere Feinde sind, und

seit mehr als sechzig Jahren jeder selbstständigen und nationalen Gestaltung unserer Bundesverhältnisse und Volkszustände entgegengearbeitet haben oder denselben hinderlich gewesen sind. Preußen mißkennt seine wahre Stellung, die es anweist, seine natürlichen Stütz- und Anhaltspunkte ausschließlich bei seinen deutschen Bundesgenossen, nicht aber bei einem, Oesterreich und Deutschland feindseligen Staate, wie Rußland, noch bei einer zweideutigen, napoleonsfreundlichen Regierung, wie die englische, zu suchen. Deutschland verlangt von Preußen keine Großmachtspolitik, sondern eine Bundesgliedspolitik, will den Arm Preußens, nicht seinen Mund, und nur in dem Fall wird Deutschland das Verfahren Preußens gutheißen, wenn es dahin gerichtet ist, ohne Hinterhalt eine Coalition zu schaffen, die uns gegen die napoleonischen Uebergriffe und Ueberlistungen sicher stellt. Entschließt sich Preußen zu dieser Rolle, dann gehe es aber auch mit der Sprache gegen seine natürlichen Bundesgenossen offen und ehrlich heraus, damit unser Mißtrauen in Vertrauen, unser Zwiespalt in Eintracht, unsere Schwäche in Kraft sich wandele.

Dies gilt für heut und alle Zeiten! Nur allein einen Weg gab es damals, welcher der allgemeinen Lage der Dinge und unseren eigenen deutschen Interessen angemessen war, daß Preußen, selbst entschlossen, für die Aufrechthaltung der europäischen Verträge nicht unter bloßen Voraussetzungen und Vorbehalten, sondern rücksichtslos ohne Wank und Schwank mit dem vollen Muthe der Ueberzeugung und des Willens in die Schranken zu treten, auch England und Rußland an die gleiche Pflicht erinnerte und zu der gleichen Parteiergreifung aufmahnte. Dann gab es für Deutschland, sei es einen Krieg oder Frieden, in Verbindung mit diesen beiden Großmächten oder ohne diese beiden Großmächte, wenn sie neutral bleiben und für die Verträge nicht einstehen wollten.

Wäre dieser Standpunkt vom Anfange an allgemein festgehalten worden, dann hätte auch Oesterreich bei seinen Verhandlungen mit Williſen nicht den Wunsch geäußert, Preußen möge dahin wirken, daß Rußland neutral bleibe, — es würde verlangt haben, daß Rußland aufgefordert werde, für die Aufrechthaltung der Verträge miteinzutreten.

2. Die italienische Frage und das Nationalitätsprincip.

Principieller Natur war eine Reihe von Gründen, welche die Presse von dem Grundsatze der politischen Gleichberechtigung der Völker, dem sogenannten Nationalitätsprincip, hergenommen hatte, um sie gegen eine Unterstützung Oesterreichs durch preußische Waffen geltend zu machen. Sie waren bestimmt, der von Preußen eingenommenen neutralen Stellung zur Entschuldigung zu dienen, und zeigten, daß der betäubende Heroldsruf, welchen Napoleon seinem Kriegszuge nach Italien vorangeschickt und die „civilisatorischen" Lehren seiner Presse auf guten Boden gefallen waren.

Man braucht nicht Positivist zu sein, um die Berechtigung geschichtlich gegebener Völkerverhältnisse und die Unvermeidlichkeit, ja Nothwendigkeit einer Unterordnung des einen Volks unter die Herrschaft des andern, wo diese auf dem Uebergewicht der physischen und geistigen Kräfte beruht, einzusehen, sowie man kein Idealist zu sein braucht, um zu erkennen, daß jedes nicht in der Verwilderung und Auflösung begriffene Volk von Natur aus berufen und berechtigt sei, sich innerhalb seiner Volksindividualität, wie einseitig diese auch beschaffen sein möge, in entsprechender Freiheit und Selbstständigkeit als politisches Ganze zu entwickeln. Mit andern Worten, man kann die Ueberzeugung von der Gleichberechtigung der Völker theilen, ohne die positiven, in der Geschichte begründeten Verhältnisse deshalb für unberechtigte und daher durch jedes Mittel wieder aufzuhebende zu betrachten.

Allerdings ist die Materie die Basis aller Entwickelung, aber jede Entwickelung ist Individualisation, und jede Individualisation wenn noch nicht Freiheit, so doch der Weg zur Freiheit, welche Beweglichkeit und Bildsamkeit des Stoffes innerhalb der ihm von Natur und Geist vorgezeichneten Grenzen voraussetzt. Wo freilich das Naturelement die physiologische, durch Gestaltung, Boden und Klima des Landes bedingte nationale Grundeigenheit überwiegt, wird es ein Volk niemals zu einer allseitigen und harmonischen Entwickelung seiner geistigen und sinnlichen Kräfte bringen. Es ist dies aber auch für eine, wenn auch immerhin bedingte Freiheit seines politischen Lebens nicht unumgänglich nöthig, und so weit die Geschichte reicht, finden wir außer dem hellenischen und germanischen Volke bei keinem weiteren sonst diese harmonische Entwicke-

lung verwirklicht, oder auf dem Wege, sich zu verwirklichen. Kühn wäre es daher, aber auch gegen alle Geschichte, zu behaupten, daß es nur diesen Völkern vorbestimmt war, sich politisch selbstständig zu gestalten und zu herrschen, allen anderen aber, von ihnen beherrscht zu werden, es sei denn, daß man dieses geistig verstehe.*)

Ob ein Volk das herrschende ist oder bleibt, oder ob es einem andern, physisch und geistig höher begabten Volke gelingt, sich dasselbe zu unterwerfen, dies entscheidet an und für sich nichts für die Frage, und zwar weder vom principiellen noch praktischen Standpunkte aus, da die ursprüngliche Berechtigung zur Freiheit durch die Unterjochung nicht aufgehoben wird, und andererseits dem herrschenden Volke nicht das Recht zusteht, das individuelle Leben des unterjochten Volkes zu vernichten, sondern nur im Lichte seiner höhern Bildung geistig, sittlich, religiös zu verklären. Wir sind nicht befugt, weder in dem einen, noch im andern Falle zu fordern, daß ein Volk sich die Unterjochung durch ein anderes gefallen zu lassen habe, und müssen ihm von dem Augenblicke an die Berechtigung zuerkennen, wieder frei zu werden, wo in ihm der Trieb und das Verlangen erwacht, sich wieder frei zu machen, um von nun an mit gesteigerter Einsicht und Kraft innerhalb seiner Nationalität sich geistig und politisch selbstständig zu entwickeln.

*) Gern unterschreiben wir daher, was eine verehrte publicistische Notabilität unserer Tage hierüber in einem Privatbriefe sagt. „Aus praktischer Erfahrung", heißt es darin, „und zwar aus Erfahrungen, die kaum vielseitiger sein können, da sie aus der eigenen Anschauung und Kenntniß aller Welttheile entlehnt sind, und in positiver wie negativer Beziehung stets dasselbe Resultat lieferten, hege ich die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk in dem Gesammtwerthe seiner Kräfte weitaus das erste Volk der Welt ist; nur die falsche Anwendung, zum Theil auch der Nichtgebrauch dieser Kräfte macht, daß wir nicht das erste Volk sind, aber wir haben alle Anwartschaft dazu, es zu werden. Ich glaube an nichts auf der Welt mehr als an dieses Eine; es ist dies eine Ueberzeugung, die vollständig zum Dogma geworden. Der Einzelne mag trügen, das Volk als Ganzes sicher nicht. Unser Fortschritt ist der einzige, allseitige, harmonische, sichere, wahre, alle andern Völkern bezahlen ihren einseitigen Fortschritt zu theuer. Aber England? England wird stets nur bürgerlich frei, niemals geistig frei werden! Das kann beides, freilich erst mit der Zeit, auf dieser Welt allein der Deutsche." Diesen Gedanken weiter spinnend dürfen wir von den Romanen, den Franzosen zumal und Italienern, die nur Sclaven ihrer eigenen Leidenschaften und Vorurtheile sind, sagen, daß sie niemals weder bürgerlich noch geistig frei werden können.

Haben wir demnach das Nationalitätsprincip, richtig verstanden, als ein Vernunft und Geschichte begründetes, von beiden, ihrem letzten Ziele nach, soweit hier von bildungsfähigen Kulturvölkern die Rede ist, und selbst vom Christenthum unabweislich gefordertes zu betrachten, so müssen wir doch andrer Seits zugleich auch den historisch begründeten Staatenverhältnissen und Zuständen ihr Recht wiederfahren lassen, die uns die Völker in ihrer gegenseitigen Unterordnung, eines von dem andern unterworfen und beherrscht zeigen. Das Bedenkliche, ja Verwerfliche in vorliegendem Falle aber liegt darin, daß man für das erwähnte Prinzip im Einklange mit der kaiserlichen Verkündigung, den verhängnißvollen Namen der „Völkerbefreiung" wählte und das gefährliche Dogma von dem „unveräußerlichen Recht" der Völker, sich nach eigenem Gutdünken zu constituiren, mit andern Worten, sich selbst auf Kosten bestehender Lebens- und Rechtsordnungen ihre eigenen Regierungen und Verfassungen zu geben, damit in Verbindung brachte.

Der Ruf nach Befreiung birgt einen Zauber in sich, der auf den Einzelnen wie auf die Massen verführerisch wirkt und leicht auch die bessere Ueberzeugung gefangen nimmt, wo sie nicht von einer leidenschaftslosen, prinzipiellen Erkenntniß der wahrhaften Grundlagen des socialen und politischen Lebens der Völker unterstützt wird. Um so mehr aber mußte dieser Ruf nach Befreiung eine alles erschütternde Aufregung unter den Völkerschaften hervorbringen, die sich durch einheimische oder fremde Herrschaft gedrückt fühlen und diesem Verhältniß ihr nationales Unglück oder Unbehagen zu schreiben, ohne im Stande zu sein, durch eigene Kraft sich die ersehnte Freiheit und Selbstständigkeit zu erringen.

Leider waren auf dem Wiener Congreß, der die neue europäische Staatenordnung zu schaffen hatte, für die Sicherung der Rechte der Völker in ihrem Verhältniß zu den Staatsregierungen, denen sie unterstellt wurden, nur unzulängliche Schritte geschehen, und spätere Congresse, welchen es oblag, die in den Völkerfamilien des südlichen und südöstlichen Europa's zeitweis gestörte Ordnung wieder aufzurichten, in keiner Weise darauf bedacht, das Versäumte nachzuholen. Es darf daher nicht Wunder nehmen, wenn Keime der Unzufriedenheit in den unterworfenen Völkern zurückblieben, aber zu meinen, den Uebelständen könne nur durch die unbedingt zu bewilligende politische Freigebung dieser Völker abgeholfen werden, ist

ein gewaltiger Irrthum. Der gegenwärtige staatliche Rechtszustand und das Gleichgewicht Europas wurden nicht ohne Berücksichtigung der nationalen Gleichberechtigung der Völker, in weiterem Maße aber freilich im Widerspruch damit gegründet, und eine radicale Umgestaltung dieser Verhältnisse würde daher weder durch den guten Rath der Journalisten noch durch das Schwert des Welteroberers ohne Weiteres herbeigeführt werden. Mit Recht erklärte man sich daher im Berliner Herrenhause am 13. Mai dieses Jahres aus dem Grunde gegen das angerufene Nationalitätsprincip, weil es consequent durchgeführt, zu einer totalen Staatenverwirrniß führen müßte. Dies Votum beweist zugleich daß es in Preußen Männer gab, die Spreu von Korn, und blauen Duft von Wirklichkeit und Wahrheit zu unterscheiden wußten; aber sie wurden durch die Presse überstimmt, die mit geringer Ausnahme dem Princip der Völkerbefreiung zu Gunsten der lombardischen und venetianischen Provinzen Oesterreichs laut und rücksichtslos das Wort redete.

Der Preuße, dessen Staat aus einer nivellirten Masse der verschiedenartigsten deutschen und zum Theil auch nicht deutschen Volksstämme oder Volksstammresten besteht, ist am meisten von allen Deutschen kosmopolitischer Richtung, er schwärmt für das idealistische Princip der Gleichberechtigung und Befreiung der Nationalitäten; und in seinen Augen verwandelte sich der Despot Napoleon rasch in den absoluten Volksbefreier und Volksbeglücker, als letzterer der Welt in seinen Proclamationen weiß machte, daß er dies sei. Hätte man den wahren Sinn seiner Worte begriffen, so würde man in der versprochenen Befreiung der Völker Italiens von den Alpen bis zum Meer ihre Revolutionirung als Mittel despotischen Eroberer- und Herrschergelüstes erkannt haben, dem es nicht sowohl um die selbstständige und freie Entwickelung des durch Natur und Geschichte bedingten politisch-socialen Nationallebens der Völker zu thun war, als um ihre Unterjochung oder Gewinnung zu eigenen egoistischen Zwecken. Der Ausgang des Kampfes kann hierüber nicht täuschen, er steht mit dieser Behauptung nicht im Widerspruch, bestätigt sie vielmehr durch seine positiven wie negativen Resultate.

Nicht die allermindeste Bedeutung für die objective Beurtheilung der vorliegenden Frage in Bezug auf Italien hat es, wenn die preußische Presse sich auf Lord Malmesbury, auf Russell und

Palmerston, oder auf die ganze englische Nation als ihre Gewährsmänner beruft, die stets für die Freiheit Italiens geschwärmt, mit den Einigungsbestrebungen Jung-Italiens sympathisirt und, worüber wir mit ihnen vollkommen einverstanden sein dürfen, eine auf freiere Verfassungs- und wohlgeordnete Verwaltungsformen gegründete Unabhängigkeit für die italienischen Staaten wünschten. Diese Forderungen treffen aber keineswegs die österreichischen Provinzen allein, und so lange nicht die früheren Verträge durch neue vertragsmäßige Feststellungen ihre entsprechende Ausgleichung gefunden, hatte keine europäische Macht das Recht, Oesterreich den Besitz jener Länder streitig zu machen, oder aus nationalitätsfreundlichen Rücksichten zu verlangen, daß Oesterreich auf diesen Besitz freiwillig verzichte.

„Wenn es einem Engländer einfiele", sagt Jemand in der Allgemeinen Zeitung mit Bezug auf die milzkranke und landesverrätherische Doctrin der Schrift: Preußen und die italienische Frage", „wenn es einem Engländer einfiele, Indien als einen Krebsschaden Britanniens zu erklären, dessen man sich möglichst schnell entledigen solle, oder Malta, Corfu und Gibraltar als ungerechtes, Unsegen bringendes Gut, das man bald thunlichst zurückstellen oder nationalfrei machen müsse, so würde ein Familienrath zusammentreten und den Mann in's Tollhaus stecken lassen und zwar in eines wo die größten Narren aufbewahrt werden! Wenn gar ein Franzose Elsaß und Lothringen mit Vorbedacht und Ueberlegung als einen restituirenden Raub erklären wollte, und dabei gelegentlich von mißhandeltem Nationalitätsprincip und Dergleichen spräche, so schickte man ihn wahrscheinlich nach Cayenne, und zwar mit Genehmigung aller guten Franzosen, und mit vollem Recht! Schon seiner Dummheit wegen!"*)

Doch man beruft sich, um die Nothwendigkeit der italienischen Völker-Befreiung zu beweisen, auf die schlechte Verwaltung der

*) Abstract, ohne Rücksicht auf wirklich vorhandene Verhältnisse gefaßt, schließt das Nationalitätsprincip den Begriff der Volkssouveränetät in sich, und so nehmen es die Männer und Söhne der Revolution, Napoleon und sein gesammter Anhang; letzterer freilich nicht nach einem höheren Staatsprincipe, sondern zu Zwecken der Eroberung und despotischen Machtvergrößerung.

italienischen Staaten. Hierzu mögen die gegründetsten Veranlassungen vorliegen, nur ist das Wunderliche dabei, daß man sich zur Rechtfertigung des Kriegs wider das Haus Habsburg mit seinen Klagen gegen dessen Verwaltung der italienischen Provinzen wendete, als sei diese nicht viel besser als die türkische und als verdanke man ihr alle Leiden Italiens. Die allerneuesten Ereignisse zeigen indeß, daß dies keineswegs der Fall und Ursache zur Unzufriedenheit bei weitem mehr in den Herzogthümern und in der Romagna vorlagen, als je in dem österreichischen Italien. Dessen ungeachtet ist es nicht England bloß und die preußische Presse, die letzterem ihr Mitleid bezeugten, die preußische Regierung theilte dieselbe Anschauung und stellte sich dadurch bei dem Conflict geradezu auf die Seite der Gegner Oesterreichs. Zeuge dessen ist die preußische Depesche an die königlichen Gesandten zu London und St. Petersburg vom 24. Juni. Mit einer wahren Herzensangst — nicht mißverstanden zu werden — verwahrt sich Herr von Schleinitz gegen die mögliche Unterstellung, als könne die militärische Haltung, welche damals Preußen „einnehmen zu müssen geglaubt", die italienische Frage präjudiciren; dann wirft er Oesterreich Gewaltmaßregeln und die lästige und außer Verhältniß zu den Hülfsquellen seiner italienischen Provinzen stehende Entfaltung von militärischen Kräften vor, knüpft daran die einem souveränen Staate wie Oesterreich gegenüber doch wohl jedenfalls übel angebrachte Mahnung, daß „wirkliche und weitgehende Reformen ein sichereres und gerechteres Mittel zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe in jenen Landtheilen sein würden" und erklärt sich schließlich gegen die Verträge, kraft welcher Oesterreich über mehrere Nachbarstaaten eine Art Protectorat ausübe und die durch eine Combination ersetzt werden könnten, welche den Anschauungen der Bevölkerungen weniger widerstrebt und liberale Reorganisationen ermöglicht, die die gerechten Wünsche der Italiener zu befriedigen im Stande wären. So gut diese Rathschläge gemeint sein mochten, so wenig paßten sie doch einerseits auf die österreichischen Verwaltungsverhältnisse der Lombardei, die zur Störung der Ruhe und Ordnung unter dem Volke keinen Anlaß gegeben hatten, und andererseits konnten sie nur dann nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des fremden souveränen Staats angesehen werden, wenn Preußen ihre Befolgung

als Bedingung für den unverzüglichen Eintritt seiner activen Hülfsleistung zu Gunsten Oesterreichs forderte. Da dies nicht der Fall, so war Preußen auch nicht befugt, von Oesterreich eine andere Verwaltung seiner italienischen Provinzen zu verlangen, so lange letztere damit zufrieden waren und dem Nachbarlande kein Nachtheil daraus erwuchs, ebensowenig wie unter diesen Voraussetzungen hierzu Sardinien befugt war, welches schon auf dem Wiener Congreß sich das ihm nicht gebührende Recht herausgenommen hatte, eine bessere Verwaltung des Kirchenstaates zu verlangen. In der That wäre es aber eine ganz neue völkerrechtliche Theorie, daß ein Volk den Censor des anderen zu spielen habe. Mit ihr würde das Interventionsprincip zum allgemeinen Gesetz erhoben, und scheint Louis Napoleon jetzt bei der Herzogthümer-Frage das Votum bloßer Factionen von dem allgemeinen freien Votum des Volkes unterscheiden zu wollen. Warum hat er dies nicht, fragen wir, gleich anfangs in Bezug auf die österreichische Lombardei gethan?

Wer etwa zum ersten Mal nach Verona kommt, und hier mitten unter dem Treiben der italienischen Bevölkerung österreichische Soldaten sich bewegen sieht, oder in Ferrara österreichische Officiere von der gehässigen Zurücksetzung sich erzählen läßt, die sie von den italienischen Bewohnern der Stadt bei jeder Gelegenheit zu erdulden haben, der empfindet, auch ohne vielleicht ein besonderer Verehrer des Nationalitätenprincips zu sein, daß hier Verhältnisse vorliegen, die nicht sind, wie sie sein sollten.

Wenn nun aber auch sonst die italienischen Zustände im Allgemeinen vielfach höchst trauriger Art sind, so dürfen wir, was insbesondere Oesterreich betrifft, nicht vergessen, daß die Bedrückungen und Rechtsverletzungen, welche man ihm in Bezug auf seine italienischen Provinzen vorwirft, eine rein stereotype Redensart von Napoleon I. Zeiten her sind, der zur Nachahmung für seinen Neffen in der Proclamation vom 10. März 1797 seinen Angriff auf die italienischen Länder Oesterreichs durch die Beschuldigung zu rechtfertigen sucht, das Haus Oesterreich erbittere seine Völker, indem es sie ihrer Privilegien beraube.

Einer der hartnäckigsten Feinde Oesterreichs, nimmt dagegen keinen Anstand, Oesterreich die beste Regierung der Halbinsel zu nennen (Mazzini, l'Italie, l'Autriche et le Pape, Rev. independ.

1845, 28. Sept.). Sie hat sich als solche seit beinahe anderthalb Jahrhunderten, entschieden seit 1815, bewährt, wo das Land von neuem in seinen Besitz kam. Was Oesterreich seinen deutschen Ländern vorenthielt, wurde der Lombardei und Venedig bewilligt, eine Verfassung, die den adeligen und bürgerlichen Gutsbesitzern, wie den Vertretern der Städte Antheil an den Bestimmungen über Steuern und Kriegsleistungen wie an der allgemeinen Landespolizei gab, und die zu stillem ausdauernden Fleiße geneigte und gutherzige Bevölkerung hat, einzelne Städte ausgenommen, auch zu allen Zeiten die aus dieser Verfassung und dem milden österreichischen Regimente fließenden, für den Wohlstand des Landes, für Landwirthschaft, Industrie und Handel, für Volksunterricht und Bildung förderſamen Segnungen dankbar anerkannt. Die Lombardei erfreute sich neben einer musterhaften Justizpflege und der vollkommenen Gleichheit aller Bewohner vor dem Gesetz, einer nicht minder musterhaften Gemeindeverfassung, die den einzelnen Orts- und Kreisgemeinden eine völlig unabhängige Selbstregierung gestattete, und bei unbeschränkter Freizügigkeit und dem Rechte auf Theilung des Eigenthums den Gewerben und dem Handel die vollste Freiheit gewährte. Amnestien und andere kaiserliche Gnadenacte wurden dem lombardisch-venetianischen Königreiche zu verschiedenen Zeiten reichlich zu Theil, das Land zahlte weniger Steuern als Piemont, und wenn Mißstände zwischen der Regierung und den Regierten vorhanden waren, so lagen sie zum Theil darin, daß dort zu viele große Herren und zu wenig Geschäftsleute an der Spitze standen; dem bei weitem größern Theile nach aber waren sie eine Folge der revolutionären Agitation, von welcher das Land unaufhörlich seit Jahren unterwühlt ist, und die von kleinern und größern Nachbarstaaten, überdies mit besonderer Rührigkeit von Altengland und den dort jetzt am Ruder stehenden Staatsmännern geschürt und gefördert wurde. Was Oesterreich zum Besten seiner italienischen Länder that, geschah mit sorgfältiger Schonung der herrschenden nationalen Eigenthümlichkeiten, Einrichtungen und Sitten, und bis auf den letzten Krieg, der hierin eine Aenderung veranlaßte, war das Land zur Annahme des österreichischen Papiergeldes nicht verbunden, an dessen schwankendem Werthe die übrigen Kronländer so viel zu leiden hatten. Oft genug ist es daher gesagt worden, daß Oesterreich für seine italienischen Provinzen

nur Opfer bringe, ohne Gewinn davon zu haben, und ihnen Reformen bewilligte, welche die andern italienischen Staaten bis jetzt entbehren mußten. So kam es, daß zur Carbonari-Zeit in dem lombardisch-venetianischen Königreich auch nicht ein einziges Dorf aufstand, daß 1848 die sardinische Propaganda im Lande nur geringe Fortschritte machte, und selbst während des jüngst beendigten Krieges, der darauf berechnet und angelegt war, die nationale Begeisterung in allen Schichten der Bevölkerung tief aufzuregen, noch ausgebreitete Sympathien für Oesterreich in den Gemüthern haften blieben. Die Lombarden, denen es unverwehrt blieb, unter dem humanen Scepter Oesterreichs das ihnen Eigene und Angemessene frei herauszubilden, und die niemals Grund gehabt, sich über fremden Druck zu beklagen, konnten unmöglich, was die große Masse des Volks betrifft, wünschen, die ruhige österreichische Herrschaft mit der unstäten und noch unerprobten franko-sardischen zu vertauschen. Man soll aber, wie E. M. Arndt im Jahre 1798, als die Franzosen den Lombarden und Liguriern ihr Volksbeglückungssystem aufdringen wollten, sagt, keinen Menschen, ja nicht einmal ein Kind zwingen, das Gute zu thun oder das, was man für gut hält, da der Mensch etwas besseres ist, als sein Hund oder Esel, und was von Einzelnen gilt, das gelte auch von ganzen Völkern. Die stricten Anhänger des Nationalitätenprincip mögen zusehen, ob sie es bei dieser gewiß richtigen Ansicht den obigen Thatsachen gegenüber in Bezug auf das österreichische Italien zu rechtfertigen vermögen, wenn sie Oesterreich unsere Hülfe entzogen wissen wollten, damit seine italienischen Provinzen eine ihnen gemäßere Regierung erhielten.

Historisch begründete und anerkannte Rechtsverhältnisse gehen als Producte moralischer Lebensbedingungen über die Berechtigung blos natürlicher und zufälliger Unterschiede im Völker und Staatenleben hinaus und schließen Zustände in sich ein, die auf gegenseitiger Bindung beruhen und daher nicht willkürlich und in einseitiger Weise gelöst werden können, ohne nicht die Grundlagen aller staatlichen und socialen Ordnung zu zerstören.

Wo freilich in einem Volke, das längere Zeit unter fremder Herrschaft gestanden, das Verlangen nach einheimischer erwacht ist, wird jene, und wäre sie noch so mild, als Druck erscheinen und dem Volke das trockene Brod lieber sein, daß es sich selbst bäckt,

als der Braten, den ihm sein vermeintlicher Bedrücker vorsetzt Die historische Berechtigung der Fremdherrschaft in Fällen, wo sie durch die Schuld des Volkes selbst herbeigeführt oder durch Verträge aufgedrungen war, tritt alsdann gegen die höhere moralische Berechtigung des zum Bewußtsein seines Werthes und seiner Kraft gelangten Volkes in den Hintergrund, und es ist in der freien Entwickelung eines Naturgesetzes begründet, wenn das erwachte Volksbewußtsein dahin strebt, alles ihm Fremde und Mißfällige von sich abzuthun, und nur aus dem ihm Eigenen und Angemessenen die Kraft und die Stärke des Lebens und Handelns in den socialen wie staatlichen Verhältnissen zu ziehen. In diesem Streben erkennen wir den Ausdruck des nationalen Wesens eines Volkes, welches mit seinen Sitten, seiner Denkungsart und Sprache zu dem von ihm bewohnten Lande, zu der Natur seines Bodens und Klimas, in dem Wechselverhältnisse eines Bedingten und Bedingenden steht und in der Länge der Zeit mit ihm wie zu einem Individuum verwächst, das in seiner Verschiedenheit von allen übrigen Ländern und Völkern in der Gemeinschaft mit dieser die Mannichfaltigkeit begründen hilft, welche im Menschen- und Völkerleben wie in der Natur als göttliches Gesetz besteht.

Wir können nicht läugnen, daß in dem italienischen Volke das Bewußtsein seiner nationalen Berechtigung, ein einheitliches, mächtiges und geachtetes Volk zu sein, seit langem erwacht ist und beim siegreichen Fortschritt des letzten „Befreiungskampfes" auch die Lombarden in dem allgemeinen Zug mit fortgerissen wurden, dergestalt, daß selbst jenes gut österreichisch gesinnte italienische Infanterie-Regiment Erzherzog Sigismund, welches im Beginn des Krieges sich von dem Kaiser die Gnade erbat, zu den Ersten zu gehören, die man dem Feinde entgegen stelle, unter der unmittelbaren Einwirkung der nationalen Begeisterung seiner Landsleute zuletzt schwankend zu werden drohte. Die Italiener empfinden das Bedürfniß der Freiheit und Einheit ihres Vaterlandes ebenso lebhaft, als wir Deutsche es je empfunden haben, und stets waren sie von tiefem nationalem Hasse gegen die Herrschaft der Fremden erfüllt. War dieser Haß seit Jahrzehnten namentlich gegen Oesterreich gerichtet, da sie zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung des Landes berufen, der factiosen Bevölkerung als die hauptsächlichsten Widersacher der italienischen Freiheit erschienen, so müssen

wir doch sagen, daß, was die Lombardei betrifft, hier durchschnittlich mehr die unmittelbar unter dem Einflusse der Zeitideen stehende Städtebevölkerung davon ergriffen war, als die ruhigere Landbevölkerung, die unter der milden österreichischen Herrschaft, deren erzherzoglicher Vertreter den Wünschen, Sitten und Gewohnheiten des Volkes stets auf die humanste Weise entgegenkam, den Feudaldruck der Nobilis leichter empfand.

Aber die verhaßten Austriaci und Tedeschi waren an der vielfältigen Territorialzersplitterung des Landes und an den Eifersüchteleien und Gehässigkeiten der einzelnen Stämme und Städte nicht Schuld, die noch eine Erbschaft des Mittelalters und in der Geschichte und Natur des Landes wie im Character des Volks begründet sind.

Die Klagen darüber fanden in allen Parteien ihren Widerhall. Der conservative ehemalige sardinische Ministerpräsident Vincenzo Gioberti sagt im März 1849: „Italien ist ein seit Jahrhunderten getheiltes und geknechtetes Land, und scheint die Freiheit Italiens uns eine Chimäre, so dünkt die Union uns ganz etwas Unmögliches; halten wir die Republik für einen Traum, so glauben wir, daß die Fürstengewalt sich ebenso wenig zu halten vermag, wenn der Geist des Volkes nicht in dieselbe eindringt", und der Republikaner Mazzini klagt: „Wir haben keine Fahne, keinen politischen Namen, keinen Rang unter den europäischen Völkern, kein gemeinschaftliches Centrum, keine gemeinschaftlichen Verträge, keinen gemeinschaftlichen Markt." Dieser Schmerzensruf ist begründet; aber nicht blos der Laybacher Congreß, der nur negativ gegen die revolutionären Bestrebungen, nicht aber positiv zur Schaffung besserer Verfassungs- und Verwaltungsformen in Italien wirkte, trägt die Schuld dieses fortwuchernden, beklagenswerthen, unserm deutschen verwandten, Zustandes, sondern vor allem der Italiener selbst.

Von jeher ging die nationale Partei in den entgegengesetzten Richtungen auseinander, und wenn die Mazziniſten die Vernichtung der Aristokratie, des Königthums und des Papstthums predigten, wenn sie die Revolution und den ausgeprägtesten Republikanismus auf ihre Fahne geschrieben hatten, wenn absolutistische Unitarier einerseits und gemäßigte Unionisten andererseits wieder-

um ausschließlich für ihre besonderen Zwecke thätig waren, so strebten die Sanfedisten, oder was sich von dieser früheren mächtigen Partei Verwandtes unter anderem Namen oder ohne Namen auf spätere Zeiten gerettet haben mag, ein mittelalterliches Guelphenthum an, das, verquickt mit religiösen und demokratischen Elementen, die ganze Halbinsel unter die Herrschaft des Papstes, also eines oligarchischen Priesterregiments zu bringen bestimmt war, in dessen Abschaffung die mazzinistischen und andere ähnliche Parteien ausgesprochenermaßen die einzige Abhülfe für die politischen Uebel Italiens erblickten.

Zudem liegen die geschichtlichen Beweise dafür vor, daß selbst, wo es den Italienern freigegeben war, über das einheitliche politische Geschick ihres Landes zu entscheiden, sie es doch niemals zu einem vertragsmäßig gegründeten italienischen Bundesstaat zu bringen vermochten, sondern immer nur wieder zu einer Mannichfaltigkeit unverbundener Republiken, zu einer parthenopäischen, römischen, cisalpinischen, cispadanischen, transpadanischen, ligurischen und venezianischen Republik. Ebenso blieb in den Jahren 1819, 1825 und 1829, wie Oesterreich es war, welches zu einer derartigen vertragsmäßigen Einigung Italiens nach den Modalitäten des deutschen Bundes, in letzterem Jahre zugleich in Verbindung mit einem italienischen Zollverein, die Hand bot, jeder Versuch, auf diese Weise dem Volksdrange Genüge zu thun, ein vergeblicher. Die von Metternich in diesem Sinne gemachten Vorschläge wurden von den italienischen Regierungen zurückgewiesen, und doch hat man noch in jüngster Zeit Oesterreich vorgeworfen, seine Verwaltung in Lombardo-Venetien centralisirt, hierdurch dies Königreich von der Verbindung mit dem übrigen Italien losgerissen und so auch die andern italienischen Staaten isolirt zu haben.

Unstreitig hängt diese Erscheinung mit der gesammten frühern Geschichte Italiens und dem dadurch dem Lande aufgedrückten Charakter eines mannichfach gegliederten politischen Ganzen zusammen. So weit unsere geschichtliche Kenntniß zurückreicht, bildete Italien niemals, selbst unter den Römern nicht, eine staatliche oder nur bundesstaatliche Einheit im neuern Sinne des Worts, das Land war stets hundertfältig nach Völkern, Stämmen, Bundesgenossenschaften und Städten, die sich einander befehdeten und bekriegten, zerklüftet und nur ein eiserner militärischer Despotis-

mus vermochte sie jeweilig als Ganzes zusammenzuhalten; aber welches Regiment über Italien im Ganzen oder Einzelnen auch herrschen mochte, das despotische oder ein solches, welches der ungebundenen und sinnlichen Natur des Italieners die größte Freiheit gestattete, seine Neigung bäumte sich stets gegen jede fremde Herrschaft, wie wenig er auch im Stande war, sich ohne fremde Hülfe in seinem Staate oder in seiner Stadt gegen den Angriff des volksverwandten Nachbars zu behaupten.

Ob es möglich, die Italiener in politischer Beziehung unter einen Hut zu bringen, dies ist eine Frage, die mit der Nationalitätenfrage eng zusammenhängt und uns daher näher berührt, als es den Anschein hat. Die Geschichte und die der Centralisation widerstrebende, langgestreckte und im Innern vielfach und scharf gegliederte Natur des Landes, lassen es bezweifeln, und es fragt sich daher, ob die heutigen Italiener jene Eigenschaften besitzen, die, wir sagen nicht zur Gründung einer dynastischen Unität mit repräsentativen Verfassungsformen, sondern zu einer bundesmäßigen Einigung und Gestaltung ihrer Staaten, etwa im Sinne der napoleonischen Conföderation erforderlich sind, es fragt sich, ob sie bereits jenes sittlichen Ernstes, jener umfassenden geistigen Bildung, jener Ausprägung ihres persönlichen und politischen Charakters theilhaftig sind, in welcher wir die alleinige Bedingung und Grundlage für die freie und selbstständige staatliche Organisation eines Volkes zu suchen haben.

Wäre sehnsüchtiges Verlangen schon Einsicht, stürmisches Wünschen schon Kraft, schon That, dann müßten wir die Frage bejahen. In beiden Eigenschaften liegen allerdings die ersten Keime und Bedingungen künftigen Erfolges, aber bei einem so petulanten, veränderungssüchtigen, zu Verbrüderungen und Conspirationen wie kein anderes geneigten und in politischer Hinsicht einen an Phantastik grenzenden Idealismus huldigenden Volke, wie die Italiener durchschnittlich sind, gehen die Elemente zu einer einheitlichen politischen Entwickelung fast gänzlich ab. Wer die Demonstrationen der Italiener für Freiheit, Einheit und Brüderlichkeit in dem für das neue Italien glücklichsten Jahre 1846 mit eigenen Augen anzuschauen Gelegenheit hatte, wird dieses Urtheil nicht übertrieben finden. Man darf sagen: viel Geschrei und wenig

Wolle, und es ist in dieser Hinsicht sehr bezeichnend, wenn unlängst der „Courrier de Lyon" sich darüber lustig machte, daß die Italiener große Cocarden tragen und furchtbar schreien, aber damit auch ihren Patriotismus genugsam bethätigt zu haben glauben. Auch Garibaldi bat unlängst in Bologna seine Landsleute, weniger zu schreien und lieber zu handeln, obgleich jenes ihm zu Ehren geschah. So wenig Lust der Italiener zu haben scheint, zum Gewehr zu greifen und zu handeln, so wenig besitzt er auch die zur politischen Organisation seines Volks nöthige Einsicht und Ruhe. Die Einsicht, die politische Reife kommt allerdings überall nur erst durch die Erfahrung, und die Italiener müssen zuvor die nationale Einigung ihres Landes, sei es als Centralstaat, sei es als Bundesstaat, erlebt und praktisch versucht haben, ehe man sagen kann, welche Staatsform ihren eigenthümlichen Anschauungen und Bedürfnissen entspricht und ob sie zu deren vollendetem Ausbau die nöthige Befähigung besitzen.

Das ernste Drama, an dessen Schluß wir stehen, bringt den Italienern, alle ihre sonstigen Hoffnungen und Wünsche durchkreuzend, auf Grundlage des bisherigen Staatensystems in der napoleonischen Conföderation die letzterwähnte Staatsform auf. War es ursprünglich hierauf abgesehen? Wir haben Grund, dies zu bezweifeln, wenn auch Laguerronniere die italienische Conföderation in sein politisches Glaubensbekenntniß aufgenommen hat. Die Befreiung Italiens war angekündigt, ein Begriff von außerordentlicher Dehnbarkeit und Weite, in den sich im Nothfall alles hineinzwingen ließ, was außer dem Bereich der souveränen Einwirkung Oesterreichs lag. War damit die Vertreibung der rechtmäßigen Dynastien gemeint, so hatte sie in der frechsten Weise begonnen sich zu verwirklichen, alles jubelte den siegreichen Regeneratoren des Landes entgegen und erklärte sich für die Sache Victor Emanuels des vermeintlichen künftigen Königs von Italien, wofür ihn das verblendete Volk und wahrscheinlich er selbst sich hielt, und vielleicht in diesem Augenblick noch hält. Alle Wünsche schienen in dieser Richtung ihre Erfüllung und Versöhnung finden zu wollen. In dem täuschenden Gedanken eines italienischen Königthums concentrirte sich für den Augenblick die ganze Stärke des erwachten nationalen Selbstgefühls und Einheitsdranges. Ob es den Verhältnissen angemessen sei und Dauer haben werde, das kümmerte Niemand.

Man ließ sich, wie es gerade kam, vom Strome der Ereignisse mit fortreißen und hoffte, wenn nur erst die verhaßten Deutschen aus dem Lande gejagt und die alten Verhältnisse und Einrichtungen zertrümmert wären, mit Italiens Befreiern, den Franzosen, wie mit der staatlichen Neubildung der Halbinsel selbst dann auch bald fertig zu werden. Doch dürfte man sich hierin irren. Hinter dem Traum des italienischen Königthums lauert der Dämon des Zwiespaltes der Parteien und das Schreckbild der fürstlichen Vorbehalte und Ansprüche, die nur für den Moment beschwichtigt scheinen. Oder war man der Zustimmung aller Parteien im Voraus sicher? Wir bezweifeln es, und glauben vielmehr, so gewiß der Sardenkönig bei seinem Streben nach der italienischen Königskrone nicht bloß gefährliche Rivalen in den neuen, sondern auch Gegner in den alten Dynastengeschlechtern findet, so gewiß werden auch die nur schlummernden oder vorsichtig abwartenden Parteien zur rechten Stunde ihr Haupt wieder erheben, wenn sie sich um ihre Hoffnungen betrogen sehen, die bei ihrer utopischen Idealität ewig unerfüllt bleiben müssen.

Für das, was Louis Napoleon mit Italien vorhatte, entbehrten wir jedes sicheren Anhaltspunktes, und nur so viel konnten wir aus seinen Befreiungsphrasen entnehmen, daß dem Lande eine Neugestaltung seiner Staatenverhältnisse beschieden sei. Auch liefen die Farben des Gemäldes, das sich vor unseren Augen schon zu gestalten angefangen hatte, bald wirr und unsicher durcheinander, und während der Moniteur vom 24. Juni sich gegen die Unterstellung verwahrte, als habe die Uebertragung der Dictatur in den Herzogthümern an Victor Emanuel den Sinn, daß ganz Italien unter einem einzigen Könige vereint werden solle, und daneben wahrscheinlich nicht ohne Mitwissen des klugen nachgiebigen Sardenkönigs merken ließ, daß Letzterer hierzu keinenfalls ausersehen sei, obgleich oder vielmehr weil man ihn bereits überall in Italien als das Symbol der Union und Freiheit betrachtete; während Louis Napoleon dem Papste in einem Schreiben die Unabhängigkeit des Kirchstaates garantirte, gestattete man, daß in Lyon Münzen auf Victor Emanuel als König von Italien geprägt wurden und in Florenz die Minister an die Landespräfecten die Aufforderung erließen, die freien Manifestationen zu achten, welche sich für eine Annexion Toscana's an Piemont und gegen die Rückkehr der Dy-

nastie aussprechen und in der territorialen Theilung Italiens eine Schwächung des Landes erblicken würden.*)

Hiernach war weder auf eine Neugestaltung des italienischen Staatenlebens im Sinne der dynastischen Unität nach der Idee Victor Emanuels und seines Ministers noch auf die Schaffung einer Mehrheit unabhängiger Königreiche unter der Herrschaft der Napoleoniden, noch viel weniger auf eine republikanische Einigung im Sinne der nationalen Partei Jungitaliens sicher zu rechnen. Die Zukunft Italiens ruhte in den Händen eines Mannes von undurchdringlichem Willen und kluger schmiegsamer Benützung der Umstände und hing demnach ausschließlich von den Eventualitäten des Krieges und seines Ausganges ab. Diese haben für eine conföderative Staatenordnung auf Grund der früheren Besitzverhältnisse entschieden, so weit letztere nicht durch die Friedensbestimmungen von Villafranca eine Aenderung erlitten haben. Wie aber Italien sich jemals politisch gestalten möge, ob, wie es für den Moment den Anschein hat, als Bundesstaat, ob als dynastische oder republikanische Einheit, so können wir uns der Ueberzeugung nicht entschlagen, daß Italien nur durch die eiserne Gewalt des militärischen Despotismus als politisches Ganze auf längere Dauer zusammen zu halten wäre, daß aber, ließe je die Straffheit der Zügel nach, das Ganze wieder in so viele Theile auseinander fallen würde, als Stammverschiedenheiten, Gebietsbesonderheiten und Scheidungen nach Volkscharakter, Volkssitte und Bildung

*) Wir haben es hier nur mit den wesentlichsten Ereignissen vor dem Friedensschluß zu thun; so weit dieselben zum Belege für unsere Ansicht bezüglich der Nationalitätenfrage dienen können. Was sich seitdem in Italien begeben hat, kann obigen Andeutungen zur Erläuterung und Bestätigung dienen. Man scheint sich für den Augenblick mit der Idee eines einigen, starken unabhängigen Norditalien begnügen zu wollen, und daher hatten die dynastischen Unionsbestrebungen Sardiniens seither in den Herzogthümern wie im Kirchenstaat einen Fortgang, der in geradem Widerspruche mit den Präliminarien von Villafranca steht. Leistet das Verhalten Napoleons diesem Treiben absichtlich Vorschub, so kann es nur geschehen, einmal um Ursach zu einer dauernden Occupation zu finden, welche der Marschall Vaillant, Oberkommandant der Occupationsarmee in der Lombardei, durch seine bedenklichen Berichte über die Zustände in Italien schon einzuleiten begonnen hat, und sodann um die übrigen politischen Verwickelungen durch einen europäischen Congreß lösen zu lassen.

vorhanden sind. Alle Formen der Freiheit aber, die man den Italienern zugedacht haben mag, sind Illusion, so lange der Zepter des französischen Kaiserthums nicht nur als Damoklesschwert blos drohend über ihren Häuptern schwebt, sondern leitend und bestimmend in ihr Thun und Wollen, in ihre Verhältnisse und Geschicke eingreift.

Das alles haben die starren Anhänger des Nationalitätenprincips nicht in Anschlag gebracht, als sie im Interesse desselben für die Losreißung der italienischen Provinzen von Oesterreich plaidirten, und viel richtiger erkannte Lord Malmesbury die Lage der Dinge, wenn er in einer an Lord Cowley gerichteten Note vom 5. März seine Ueberzeugung hierüber dahin aussprach, daß wie wenig auch die englische Regierung gleichgültig gegen die gerechten Beschwerden eines großen Theiles der italienischen Volkes sein könne, der Krieg doch nur einen Herrenwechsel herbeiführen und der Unabhängigkeit keine Aussichten und keine Hoffnungen lassen werde.

Nicht zur Geltendmachung hochherziger, menschen- und völkerbeglückender Ideen, sondern aus ganz selbstsüchtigen Beweggründen wurde der italienische Krieg von Louis Napoleon unternommen, und wer für Italiens Unabhängigkeit und Freiheit aus den Händen Napoleons schwärmt, der schwärmt für eine Chimäre.

Auch der erste Napoleon zog in Italien, das auf der Karte bereits als französische Provinz verzeichnet stand, mit der feierlichen Erklärung ein, er bringe Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und was für Herrlichkeiten noch sonst. Aber es ist zur Genüge bekannt, wie's kam; und E. M. Arndt weiß in seiner Reise durch einen Theil Italiens im Winter 1798 auf 1799 von dem brüderlichen Geist der Freiheit und Gleichheit, der zwischen den Italienern und Franzosen herrschte, nicht eben viel Gutes zu erzählen. Der scharfe doch gemüthliche Beobachter erblickt in dem Verhältniß beider Nationen zu einander nur Gespanntheit und Mißhelligkeit und sagt, man habe den Franzosen angehangen, so lange man wer weiß was von ihnen für das Heil der Menschheit und Italiens erwartete, man sei daher viel betrogen worden, weil man mehr gehofft habe, als zu erwarten war. Arndt setzt hinzu: „Auch wenn die Franzosen Götter wären, und vom Winde leben könnten und also keine Millionen zu erheben, keine Klöster umzukehren,

keine Nationalgüter zu verkaufen benöthigt wären, auch dann würden sie endlich gehaßt werden, weil ihr Verhältniß zu den Cisalpinern kein gleiches ist und weil endlich doch das Wort wahr bleibt, welches ein vernünftiger Lyoner zu mir sagt: Un peuble n'aime que lui même."

Die Italiener liebten also die Franzosen nicht, die sich doch einbildeten, ihnen die Freiheit zu bringen, aber deßhalb wünschten sie sich die Deutschen und Oesterreicher nicht zurück. So ist es auch gegenwärtig und sicherlich schlügen die Italiener lieber beide, die Oesterreicher und Franzosen, aus dem Lande, wenn sie nicht zur Vertreibung oder Zügelung der einen den Beistand der andern Macht nöthig hätten. Daß die Franzosen in Rom so verhaßt sind wie es die Oesterreicher in der Lombardei waren, gesteht der franzosenfreundliche Professor Karl Vogt in seinen gegen das, wie er sich ausdrückt, „verrottete" Oesterreich gerichteten „Studien zur gegenwärtigen Lage Europa's" (Genf und Bern 1859) zu.

Die Befreiung des Nationallebens der Völker, und deren selbstständige politische Entwickelung ist ein Grundsatz, der an die Spitze aller völkerrechtlichen Staatslehre gestellt zu werden verdient und als das letzte Ziel zu betrachten ist, dem das europäische Staatensystem in der Praxis mehr und mehr sich zu nähern nicht nur bestimmt ist, sondern auch, wie Ereignisse zeigen, sich zu nähern bereits stark die Neigung hat. Aber der entsprechende Erfolg, die Ausführbarkeit dieses Ideals völkerrechtlicher Staatenorganisation und Staatengruppirung ist an Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft, die sich in eine einfache Formel nicht leicht bringen lassen. Wir können nur wiederholen, daß eine consequente Durchführung dieses Princips ohne Berücksichtigung der bestehenden Rechtszustände und Bildungsverhältnisse eine grenzenlose Staatenverwirrniß und bei der damit verbundenen Freigebung ungebändigter Volksleidenschaften den Krieg Aller gegen Alle nach sich ziehen würde. Andrerseits ist es eine von Niemanden anzuzweifelnde Wahrheit, daß der Geist die Materie beherrscht und zu beherrschen berufen ist. Bildung, Klugheit, Muth, mögen sie sich bei einzelnen Menschen oder bei einzelnen Völkern geltend machen, werden in allen Fällen den Sieg über Rohheit, Dummheit und Feigheit davontragen.

Es widerstritte der Civilisation und ihrer kulturhistorischen Aufgabe, wollte sie innerhalb eines größeren Systemes wohlgeord-

neter Staaten, Naturvölker, die sich nicht staatlich ordnen und zusammen halten können, sich selbst überlassen. Die Civilisation ist eine erobernde Macht, sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Mission, ihre Segnungen den Völkern zuzutragen, die derselben entbehren. Nur durch Civilisation, eine Frucht unserer religiös-sittlichen und intellectuellen Bildung, durch sociale und staatliche Ordnung vermag ein Volk, wie der einzelne Mensch, wahrhaft frei zu werden, und je weniger daher rohe, naturwüchsige Völker im Stande sind, sich aus eigener Einsicht und Kraft zu höheren staatlichen Bildungen zu erheben, je mehr sich dieselben als Feinde geordneter Rechtszustände und Kulturverhältnisse erweisen, und den Trieb haben, ihre Nachbarn zu beunruhigen, deren Besitzthum und Selbstständigkeit zu gefährden, desto mehr ist es Pflicht der civilisirten Völker, sie durch Zwang zusammen zu halten und Schonung ihrer nationalen Eigenthümlichkeiten ihnen die Keime höherer gesellschaftlicher und staatlicher Bildung einzupflanzen. Solche Völker befreien, mit andern Worten sie von dem starken Bande, womit die fremde Herrschaft und Gesittung sie umschlang, loslösen, noch ehe sie auf eigenen Füßen zu stehen gelernt haben, heißt sie revolutioniren; überläßt man sie dabei dem Zuge ihrer Nationalität, so sichert nichts vor dem Rückfall in die alte Barbarei und Unordnung, und geht diese Befreiung von einem despotischen Kulturstaat aus, so ist es bei jenen Völkern mit aller nationalen Entwickelung zu Ende, indem diese dem aufgedrungenen Schematismus in Gesetzgebung und Verwaltung weichen muß. Die natürlichen Besonderheiten und Unterschiede der Völker und Volksstämme aufzuheben, dies liegt in dem Grundtriebe des revolutionären Despotismus begründet, und alle Völker, die durch ihn in nationalem Sinn zur Freiheit zu gelangen hoffen, sehen sich getäuscht und schließlich durch ihn nur zu willenlosen Massen gedemüthigt und niedergeworfen.

Der Hauptrepräsentant dieses revolutionären Despotismus zu unserer Zeit ist der Bonapartismus gegen den das russische Völker-Nivellirungssystem das Segel streichen muß. „Hart und schrecklich" offenbarte sich das Soldatenregiment des französischen Kaiserthums nach innen; unter seiner Zuchtruthe vermag freies Wort und freie Volksvertretung, sittliche und geistige Bildung, bürgerliche und staatliche Freiheit nicht zu bestehen, und Napoleon

kann jenen Völkern daher auch nicht diese, sondern nur den Despotismus, mithin die Unfreiheit bringen. Dies sind nicht Ansichten, es sind Thatsachen, deren Bestätigung vielleicht schon die nächste Zukunft bringen wird. Daß dem Kaiser Napoleon an der Befreiung Italiens im nationalen Sinne nichts gelegen, daß seine Versprechungen, die sich hierauf bezogen, nur Phrasen waren und nichts als Mittel zur Erreichung egoistischer Zwecke, dies zeigt der Friede von Villafranca.

Unsere Publicisten, welche die Befreiung des italienischen Volks aus Gründen des Nationalitätsprincips verlangten, haben nicht bedacht, von welcher unendlichen Tragweite dieselbe gewesen sein würde. Alle unter fremder Herrschaft lebenden Völker fühlen sich in einem solidarischen Verhältniß des Interesses und der Haftung miteinander verbunden; die Befreiung des Einen gilt als Signal für die Befreiung des Andern, und wie an electrischer Kette theilt sich die dahin gerichtete Bewegung, sofern die äußern Umstände nur einigermaßen günstig sind, unaufhaltsam von einem Volke dem andern mit.

Hätte man Oesterreich zwingen wollen, jenem Principe zulieb seine italienischen Provinzen freizugeben, oder es auch nur ruhig mit ansehen wollen, wie Napoleon diese Provinzen Oesterreich entriß, unter dem Vorgeben, die Italiener von ihren Bedrückern zu befreien, so hätte man es folgerichtigerweise alsdann ohne Einspruch ebenso dulden müssen, wenn Napoleon nach Italiens Befreiung auch die übrigen nichtdeutschen Besitzungen Oesterreichs von dessen Herrschaft zu befreien suchte. Würde aber Napoleon bei der Befreiung der österreichischen Slaven- und Magyarenländer stehen geblieben sein? Würde das glückliche Loos nicht auch von türkischen, russischen, preußischen Slavenländern nicht auch von den Rumänen, Bulgaren, Albanesen und wie alle jene Völkerschaften und Völkerstämme heißen, die durch Sprache, Sitte, Lebensweise geschieden, die Ostdonauländer und die Hämus-Halbinsel nördlich und südlich der Wasserscheide bewohnen, in Anspruch genommen worden sein? Würden nicht auch diese Völker von fremder Herrschaft befreit und zu abgesonderten, unabhängigen Staaten erhoben zu werden verlangt haben? und mit Recht verlangt haben dürfen? Denn was dem Einen recht, ist dem Andern billig.

Man werfe uns nicht ein, daß hier nur Vermuthungen vor-

lägen, an die Kaiser Napoleon vielleicht nie gedacht habe. Wir aber sagen Euch, daß Napoleon sicherlich hieran gedacht hat, und an mehr als das. Und wäre nicht Preußen mit einem Male zu einem so schwankenden und zweideutigen Bundesgenossen geworden, was hätte ihn dann abgehalten, im Einverständniß mit Rußland seine weit und kühn vorbedachten Pläne in Ausführung zu bringen, nachdem Oesterreich, die alte Schutzmauer Deutschlands gegen die Avaren und Hunnen, gegen die Ungarn und Türken, wie noch jetzt gegen die unruhigen und halbbarbarischen Ostdonau-Völker zu Boden geworfen war? Folgte man doch in jenen Ländern vom ersten Augenblicke an mit hoffnungsvoller freudiger Theilnahme der glänzenden Siegeslaufbahn des neuen „Völkerbefreiers", und haben doch selbst in Athen, nach der Schlacht bei Magenta, Kundgebungen zu Napoleon's Gunsten stattgefunden, indem die Volksmenge ihn und Victor Emanuel hochleben ließ, und auf Verlangen der Studenten öffentliche Gebete für weitere Erfolge der beiden Verbündeten abgehalten wurden! Auch waren bereits einleitende Schritte zur Revolutionirung Ungarns geschehen. Am 17. März schon sagte „Siècle", daß Rußland in Bessarabien ein Elitencorps sammele, um sich mit den Magyaren zum Sturze Oesterreichs zu verbinden, und von Kossuth erzählte man, daß er, durch Napoleon gerufen, von London nach Genua kam, wo noch mehrere Generäle der letzten ungarischen Revolution, wie Klapka, Kiß, Perczel aus Konstantinopel, Smyrna und Alexandrien erwartet, und die Anfänge einer ungarischen Legion gebildet wurden, die in Acqui später bereits 800 Mann zählte. Es beweist aber, daß Rußland die Bestimmung dieser Legion ahnte, wenn es nicht geradezu gegen die Bildung desselben protestirte, aber die Erwartung aussprach, daß sie nicht zur Revolutionirung Ungarns verwendet werde, während der neue englische Minister John Russell Kossuth bei dessen Abreise aus England die Versicherung gegeben haben soll, England werde nicht in Ungarn interveniren, wenn daselbst ein Aufstand ausbreche. Die officiöse Pariser Presse suchte aber selbst nach dem Frieden noch auf Oesterreich im Sinne der Emancipation Ungarns zu wirken.

Die revolutionären Geister, welche Napoleon heraufbeschworen, trieben auch bereits in Polen ihr Spiel. Im Juni war in Ostpreußen ein gedruckter Plan im Umlauf, der sich mit dem Aus-

bruch einer Revolution zu Gunsten der Polen beschäftigte, und nach der Lith. Correspondenz vom 5. Juli hatte sich in Paris ein polnisches Comité gebildet, dessen Aufgabe dahin gerichtet war, die etwa aus dem italienischen Kriege hervorgehenden Ereignisse im Interesse der Unabhängigkeit Polens zu benützen. An diesen Bestrebungen war Napoleon nur mittelbar Schuld, und wie viel Wahres der Nachricht zu Grunde lag, die einige Zeitungen brachten, daß im Einverständniß mit Frankreich, Persien in Kurzem der Pforte den Krieg erklären und mit einer starken Heeresmacht in die asiatische Türkei einrücken werde, wissen wir nicht, können inzwischen unsererseits nicht glauben, daß sie gänzlich aus der Luft gegriffen war.

Die napoleonische Intrigue im Sinne des Nationalitätenprincips fand jedoch den fruchtbarsten, wohl vorbereiteten Boden in den Donaufürstenthümern. Durch die Doppelwahl Cousa's, eines napoleonischen Werkzeugs, kamen die Moldau und Wallachei, so widersprechend dies auch klingen mag, als napoleonische Vasallenländer wieder in Abhängigkeit von Rußland, und in Serbien trat auf Andringen der Vertreter Frankreichs und Sardiniens ein Ministerwechsel ein, der den bekannten Ilia Garaschanin, gleich Cousa und dem Vladika der schwarzen Berge ein Werkzeug Napoleons, zum Minister des Innern beförderte.

Mit dem demokratischen Ursprung des französischen Kaiserthums hängt es zusammen, wenn es sich die Befreiung der Völker von ihren legitimen Dynastien und Regierungen zur Aufgabe gemacht hat, und Frankreich, wie es in der Thronrede vom 7. Februar hieß, überall ein Interesse zu verfolgen hat, wo es sich darum handelt, der Sache des Rechts und der Gesittung zum Siege zu verhelfen. Diesen Weg verfolgt der Kaiser, wie die „Presse" vom 8. März sagt, indem er auf der Bahn des Rechts und der Gerechtigkeit unerschütterlich beharren will, und wie ihm dadurch gelungen, einen Theil der Hindernisse wegzuräumen, welche einer Reconstitnirung der Donaufürstenthümer entgegenstanden, so werde ihm dies auch in Bezug auf die italienische Frage gelingen, die ebensowenig wie die moldau-walachische von dem Recht und der Gesittung zu trennen sei und deßhalb auch in diesem Sinne gelöst werden müsse. „Es gibt nur eine Macht in Europa," sagt der „Moniteur" vom 9. September, „die Krieg für eine Idee

führt." Hierin liegt eine Wahrheit, die keinenfalls gering anzuschlagen ist, und in der That scheinen die Napoleoniden die Bestimmung zu haben, Zustände, die der gute Wille nicht ändern will, durch die revolutionären Mittel der Gewalt, des Umsturzes und Krieges ihrer Umgestaltung entgegenzuführen.

Wie man in der publicistischen Welt das Verhältniß des italienischen Krieges zur orientalischen Frage ansah, erhellt aus einem Leitartikel der „Times" vom 8. Juli, worin das merkwürdige Geständniß vorkommt: „Es ist zu hoffen, daß die beiden Monarchen (Napoleon III. und Alexander II.), die sich dem Vernehmen nach vorgenommen haben, Oesterreich zu demüthigen, so gut sein werden, den andern „kranken Mann" Europa's zu Kräften kommen zu lassen. Wenn der Wiener Hof einmal zur Unterwürfigkeit gebracht ist, so müssen wir gestehen, daß es von dem Willen Napoleons und Alexanders abhängen wird, wie lange die christlichen Provinzen der Türkei dem Sultan unterthänig bleiben sollen; eine insulare Macht wie England kann aber ohne continentale Allianz dem türkischen Reiche unmöglich zu Hülfe kommen." Und doch sah sich weder England nach einer solchen continentalen, noch Preußen nach der entsprechenden insularen Allianz um, trotz dem daß die Ueberzeugung Platz gegriffen, Oesterreich werde unterliegen und seine Niederlage der erste Schritt zur Theilung des Ostens zwischen Frankreich und Rußland sein, die zuletzt nothwendig zu einer allgemeinen Zersplitterung des europäischen Staatensystems und zu einer endlosen Reihe unentwirrbarer politischer Verwickelungen führen mußte.

Daß wir hier aber nicht mehr bloße Möglichkeiten, sondern Befürchtungen vor uns hatten, dies zeigte eine Thatsache, von welcher zuerst österreichische Blätter vom 22. Juni berichteten: die Occupation des Hafens von Antivari an der albanesischen Küste des adriatischen Meeres durch eine zahlreiche französische Schiffsflotte, und die Errichtung eines großartigen militärischen Depots für französische Landungstruppen auf neutralem türkischen Gebiete bei jenem Städtchen nahe an der österreichisch-dalmatischen und montenegrinischen Grenze: Vorkehrungen so umfassender Art und an einem so wichtigen Punkte, daß es augenscheinlich dabei nicht etwa nur auf Cattaro und Ragusa, auch selbst nicht bloß auf Venedig und Triest, sondern unzweifelhaft zugleich auf alle die

übrigen an dortiger Küste und im Innern gelegenen Städte und Länder abgesehen war, die den „Volksbefreier" gerufen oder ungerufen mit offenen Armen empfangen haben würden.

Wie denn nun aber? Während Ihr so nationalitätenfreundlich waret, von Oesterreich ohne Weiteres die Freigebung seiner italienischen Provinzen zu verlangen, wie kommt's, daß Ihr nicht auch fordert, Napoleon solle Corsica an Italien, die Beduinen und Kabylen, die Zuaven und Turcos an ihre afrikanischen Wüsten und Schluchten, England solle Gibraltar, Malta und Corfu an die betreffenden Nationalitäten, Indien an seine einheimischen Fürsten, Rußland seine deutschen Ostseeländer an Deutschland zurückgeben? Und was Preußen betrifft, lastet nicht noch heute die Schmach der polnischen Theilung auf ihm? Und kann Preußen sich rühmen, das nationalpolnische Element seines Besitzes in gleichem Maaße geachtet und gepflegt zu haben, wie man dies von Oesterreich in Bezug auf seine italienischen und wohl auch polnischen Provinzen unbedenklich rühmen darf? Wie könnt Ihr daher solchen Thatsachen gegenüber, es nur wagen, Oesterreich die Freigebung seines italienischen Besitzes zuzumuthen, so lange Preußen im Besitze seiner polnischen Gebiete verbleibt?

Aber mit Preußen ist das eine ganz andere Sache, meint Ihr. Preußen befindet sich überhaupt in einer durchaus exclusiven Stellung und was ihm gestattet ist, das darf sich kein anderer Staat erlauben. Man höre, wie in dem „Politischen Dialoge zwischen einem Bayern und einem Preußen" (Berlin 1859, S. 19) Letzterer hierüber sich vernehmen läßt. Nachdem dieser höchst „intelligente" und „weise" Preuße die Nationalitätenfrage in Bezug auf Italien einfach ungefähr dahin abgefertigt, es erscheine als etwas ganz Natürliches, daß Oesterreich seine dortigen Provinzen abgebe, sei es nun, daß es die Nation wolle, oder sei es, daß es Sardinien wolle oder sei es, daß es der Kaiser Napoleon wolle, so fährt er fort: Preußen besitze zwar auch eine fremde, nicht deutsche Provinz, dieselbe sei aber viel zu klein, als daß sie sich in ihrer abgeschlossenen Nationalität halten könne; sie sei bestimmt, germanisirt zu werden, wie die jährlichen statistischen Daten über diese Provinz aufs Deutlichste darthun und die größere Hälfte sei schon heute germanisch.

Wir wollen nicht untersuchen, ob, wie unser Gewährsmann

weiter behauptet, das Gouvernement an der Germanisirung dieser Provinz nicht Schuld sei, da sie sich von selbst mache, aber keinenfalls gäbe ihm diese Thatsache ein Recht, von Oesterreich zu fordern, was er, wie es scheint, unter keinem Umstande Preußen zumuthen würde.

Unser an sich sehr ehrenwerther theoretischer Cosmopolitismus hat sich bei der vorliegenden Frage auch einmal auf practischem Felde in seinem Glanze gezeigt. Während man namentlich in Preußen für die Befreiung fremder Nationalitäten von deutscher Herrschaft schwärmte, hat sich dort kaum eine Stimme ernstlich dafür erhoben, das nämliche Princip für die deutschen Länder geltend zu machen, welche unter französischer Herrschaft stehen. Aber auch hier geht vielleicht die Französirung ohne Zuthun des französischen Gouvernements vor sich, sonst schrieben es die Straßburger wohl nicht wie mit Hohn gegen ihre deutschen Mitbrüder in die Welt hinaus, daß sie über den Sieg Napoleons bei Solferino gejubelt, der ihnen aufs neue Hoffnung gegeben, Franzosen zu bleiben, oder es noch zu werden. Für die nationale Befreiung dieser ihrem eigenen Vaterlandsgefühl und Stammbewußtsein entfremdeten Deutschen schlägt keine Ader weder in ihnen selbst noch in denen, die von Oesterreich die unbedingte Freigebung seiner italienischen Besitzungen verlangen.

Aber wie? War es wirklich Euer Ernst, daß Oesterreich in dieser Frage die Initiative ergreife, daß es mit der Befreiung der italienischen Nationalität von seiner Herrschaft in einem Moment vorangehen, wo dieser Schritt nicht mehr den Charakter der Freiwilligkeit an sich trug, sondern als feige Nachgiebigkeit gegen das Verlangen eines übermüthigen, eroberungssüchtigen, vertragsbrüchigen Herrschers erscheinen mußte?

Nimmermehr konnte das Euer Ernst sein, und niemals hätte von diesem Princip in der letzten Krisis die Rede sein sollen, außer man hatte die Absicht, die Frage auf legalem Wege und kompensatorischer Grundlage zur Entscheidung zu bringen.

Schließlich gestehen wir gern, die Hoffnung zu hegen, daß einst die Zeit kommen wird, wo die politische Moral nicht mehr gestattet, Völker und Länder wie Hunde und Pferde zu behandeln, die man nach Belieben verschenkt oder zum Geschenk empfängt, die man um ein anderes Gut eintauscht oder raubt, um das eigene

Besitzthum zu vergrößern, mit andern Worten, wir hoffen, daß die Zeit kommen wird, wo die politischen Grenzen der Staaten auch die der Nationalitäten sein werden, aber sie ist noch nicht da; die innern und äußern Bedingungen fehlen noch; wir nähern uns ihr erst.

Allein selbst dann, wenn diese Zeit gekommen ist, werden wir noch nicht den ewigen Frieden haben und mit Recht fragt der Verfasser der Flugschrift „Oesterreich und Bayern" (Würzburg 1859), ob man denn glaube, daß alsdann der Türke dem Montenegriner, der Magyar dem Croaten, der Lombarde dem Oesterreicher, der Holsteiner dem Dänen um den Hals fallen und alle in Zukunft als Brüder leben werden?

---

3. Die Kriegsfrage vor dem Forum der Bundesacte und der Verträge.

Schwerer scheinen die Gründe zu wiegen, welche die Presse zur Rechtfertigung der preußischen Neutralitätsstellung aus den Bestimmungen der Wiener Bundes- und Schlußacte herholte. Man hielt sich dabei einseitig an den Wortsinn dieser Bestimmungen, als läge die Berechtigung in gegebenen Fällen darüber hinauszugehen und zu einer den Umständen angemessenen, erweiterten Interpretation und Anwendung derselben zu schreiten, außer dem Kreise der Möglichkeit und des bundesgemäß Erlaubten. Eine Täuschung freilich war es, als es bei Gelegenheit der Willisen'schen Mission hieß, Preußen habe in einer mit dem Wiener Kabinet getroffenen Vereinbarung die Absicht zu erkennen gegeben, für Oesterreichs italienischen Besitzstand nicht erst dann einzutreten, wenn der Feind deutsches Bundesgebiet berührt; sondern schon früher, noch während der Krieg in Italien localisirt blieb, und es sei die Ueberschreitung der Minciolinie als der Moment angenommen worden, wo Preußen die Action ergreifen werde. Wäre Preußen hiermit selbst über den von ihm bis dahin stets beharrlich fest gehaltenen Wortsinn der Bundesbestimmungen hinausgegangen, so behaupten wir lediglich von dem prinzipiellen, in der Sache selbst liegenden Standpunkt aus unbedenklich: der gegen-

wärtige Lage war von der Art, daß der Wortsinn der hier in Rede stehenden bundesgesetzlichen Bestimmungen für ihre Beurtheilung und praktische Behandlung überhaupt nicht ausreichte.

Nach Artikel 11 der Bundesacte versprechen alle dem Bunde angehörigen Mitglieder, sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen zu garantiren, während die Schlußacte in den Artikeln 46 und 47 bestimmt, daß die kriegerische Aushülfe durch den Bund für einen Mitstand zu verweigern sei, so lange nicht die Gefahr eingetreten, daß das Bundesgebiet verletzt wird.

Hiernach konnte es scheinen, als sei Preußen im vollkommensten Recht, wenn es sich weigerte, Oesterreich in seiner bedrängten Lage mit seiner Bundeshülfe zu unterstützen, da letzteres den Krieg gegen die Franco-Sarden nicht als Bundesstaat, sondern, wie dies nach Artikel 46 der Wiener Schlußakte auszudrücken sein würde, als europäische Großmacht begann und führte, wie das Object des Streits und Oesterreichs eigenmächtiges Vorgehen in dieser Sache beweist.

Vergleichen wir jedoch mit obigen Bestimmungen den Art. 2 der Bundesacte, welcher in allgemeiner Erfassung des Bundeszwecks diesen dahin bestimmt, daß dem Bunde die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands, die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten obliege, so wäre, wenn die Bestimmungen des Artikels 11 der Bundesacte und der Artikel 46 und 47 der Schlußacte diesem allgemeinen Zwecke des Bundes in vollständig genügendem Maaße entsprächen, die Integrität und Unabhängigkeit der deutschen Bundesstaaten und demzufolge die innere wie äußere Sicherheit Deutschlands nur in dem Falle gefährdet, wenn das Bundesgebiet eines deutschen Staates selbst angegriffen wird, keineswegs aber zugleich auch in den Fall, wenn die nicht unter dem Bunde begriffenen Besitzungen dieses Staats durch einen auswärtigen Feind wider Recht und Gesetz angegriffen, verletzt oder dem besitzenden Staate wohl gar entrissen würden, eine Lage, in welche von allen deutschen Bundesstaaten hauptsächlich nur Oesterreich und, in viel geringerem Maße, noch Preußen kommen kann, da nur diese mit nichtdeutschen Provinzen in den Bund eingetreten sind.

Die Richtigkeit obiger Folgerung muß jedoch zumal in dem Fall auf das Entschiedenste verneint werden, wenn das außerdeutsche Besitzthum des Bundesstaats, welches dem Angriff unterliegt, mit dem Bundesgebiet unmittelbar räumlich zusammenhängt, wie dies bei den italienischen Provinzen Oesterreichs der Fall war und zum Theil noch ist, und, sobald dies Besitzthum in die Gewalt eines nichtdeutschen Nachbarstaates geräth, hierdurch sich das Verhältniß des Bundes zu diesem Nachbarstaate vornehmlich in militärischer Beziehung auf eine Weise ändert, die der äußeren Sicherheit Deutschlands nach Umständen sehr gefährlich werden kann; die Richtigkeit der Folgerung muß aber in allen Fällen selbst dann verneint werden, wenn die außer dem Bunde befindlichen Besitzungen des angegriffenen Bundesstaats letzterem durch keine weitere Verträge garantirt wären.

Das allgemeine Staatenleben des Bundes ist ein solches, daß es seiner Würde und Machtstellung nicht angemessen und förderlich sein kann, den außerdeutschen Besitzstand eines Bundesstaats als etwas rein Secundäres und in Bezug auf sein Verhältniß zum Bunde völlig Gleichgültiges zu betrachten. Der außerdeutsche Besitzstand eines Bundesstaats bildet unleugbar, wie die Verhältnisse auch sein mögen, einen Theil der Grundlage seiner Macht und seines Ansehens; er gehört eben so sehr mit zu dem Begriff seiner Integrität wie zu dem Umfange seines Leistungs- und Pflichtvermögens, und es ist demnach klar, daß eine beträchtliche Minderung dieses Besitzstandes, besonders wenn derselbe in einem unmittelbaren Territorialzusammenhange mit den Bundesbesitzungen steht, nicht nur eine wesentliche Alterirung seiner Macht und somit seines Pflichtverhältnisses zum Bunde und zu den einzelnen Bundesgliedern, sondern auch einen schwächenden Einfluß auf die Machtstellung des Bundes selbst nach außen zur nothwendigen unausbleiblichen Folge haben müsse, eine Thatsache von so einleuchtender Wahrheit, daß es der Interpretation gestattet sein müßte, wenn in dem angezogenen Artikel 2 der Bundesacte von der Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten die Rede ist, dieselbe auf den Gesammtbegriff dieser Staaten mit Einschluß der etwa zu ihnen gehörenden außerdeutschen Besitzungen zu beziehen, und es würde sich demnach hier in staatsrechtlicher Beziehung als allgemeiner Grundsatz ergeben: Staaten, die ein freies Staatensystem

bilden, haben nicht nur ihre Unabhängigkeit gegenseitig zu respectiren, sondern, gehören sie zu einem gemeinsamen engeren Verbande und sind ihre angegriffenen Besitzungen, sei es in social-politischer, sei es in mercantiler oder militärischer Rücksicht für diesen Verband selbst von Bedeutung, dieselben sich auch gegenseitig zu schützen und zwar selbst in dem Fall, wenn sie nicht durch allgemeine Verträge zu einem völkerrechtlich garantirten Besitzstand des betreffenden Staates erhoben wären.

Was die italienischen Provinzen Oesterreichs betrifft, so ist keine Frage, daß ihr Gesammtverlust nicht nur ein bedenklicher Verlust für diesen Staat, sondern für ganz Deutschland gewesen wäre. Wir haben es schon einmal in den französischen Religionskriegen erfahren, was es heißt, einem unzuverlässigen, eroberungssüchtigen Nachbarstaat in den Grenzen unmittelbar nahe gerückt zu sein. Durch die Abtretung des linken Rheinufers geriethen wir in eine unvermeidliche Abhängigkeit von Frankreich. Aehnlich würde dies gegen Italien hin der Fall sein, wären sämmtliche italienischen Besitzungen Oesterreichs mit Piemont vereinigt oder zu einem selbstständigen Königreich, das eine wie das andere unter französischem Protektorat, erhoben worden, und wie noch jetzt die preußischen und bayerischen Gebiete jenseits des Rheins als eine sichere Vormauer gegen Frankreich anzusehen sind, so böte das lombardisch-venetianische Königreich eine solche für Oesterreich und Bayern, die ohne sie jedem feindlichen Angriff von dort unmittelbar preisgegeben wären, wenn jene Länder unter italienisch-französischer Herrschaft stünden.

„Dulden, daß Oesterreich die Minciolinie verliere, hieß dulden, daß der Feind die Thore Deutschlands bewache," sagt der patriotische Verfasser der Flugschrift „Die Despoten als Revolutionäre" (Berlin 1859), und wie seiner Zeit ein Artikel der Allg. Zeitung zu beweisen suchte, so genügt für das deutsche Interesse die Minciolinie nicht, das Zurückweichen auf diese Linie heiße für Deutschlands militärische Stellung seine Südgrenze offenlegen. Selbst aber, wenn andere Sachkundige Recht hätten, welche behaupten, die österreichische Vertheidigung für Venetien und die Stammlande beginne erst an der Etsch, würde sich daraus die militärische Wichtigkeit des italienischen Besitzes für die Sicherheit Oesterreichs und

Deutschlands nach dieser Seite hin unwiderleglich ergeben. Erwägen wir überdies, daß der Gesammtverlust der österreichischen Provinzen Italiens unfehlbar auch den der illyrischen und dalmatinischen Küstengebiete nach sich gezogen und dadurch nicht nur Oesterreich, sondern ganz Deutschland im Süden von der unmittelbaren Verbindung mit der See abgeschnitten hätte, so leuchtet umsomehr ein, welch hohe Bedeutung der italienische Besitz Oesterreichs für unsere deutschen Interessen beansprucht. Der Herr der Seeküste hat durch die in sie ausmündenden Flüsse nicht allein den Schlüssel zu den hinteren Ländern in den Händen, sondern auch zu der See, die seine Schiffe in die Ferne entführt und wenn es noth thut in den Schutz seiner Häfen wieder zurückbringt. Die Pulsader des österreichischen und deutschen Verkehrslebens zur See nach dem Orient wäre somit durch den Verlust der italienischen und illyrisch-dalmatinischen Länder nicht etwa bloß unterbunden, sondern zerschnitten und unser Gesammthandel nach dieser Seite hin zu einer Zeit in Fesseln geschlagen, wo die morgenländischen Verhältnisse, möge nun die Landenge von Suez durchstochen werden oder nicht, einer für Deutschland in jeder Beziehung höchst wichtigen Neugestaltung entgegenzugehen, die im mittelländischen Meer einen immer größeren Spielraum für commerzielle und politische Unternehmungen in Aussicht stellt und dem Eisenbahnsystem, das im südlichen Deutschland in der Ausführung begriffen ist, erst seine wahre praktische und erfolgreiche Bedeutung verleihen und sichern würde.

Hierzu kommt nun aber als ein weiteres unbestreitbar internationales Moment der Umstand, daß die Wiener Bundesacte und die Schlußacte in ihrer Bedeutung als verfassungsmäßige Normativen für den zum bestehenden europäischen Staatensystem gehörenden deutschen Bund nur als die speciellen Anwendungen von theils prinzipiellen theils materiellen Feststellungen derjenigen europäischen Verträge anzusehen sind, durch welche das europäische Staatensystem nach dem Aufhören der Befreiungskriege in seiner gegenwärtigen Gestalt und völkerrechtlichen Geltung neu organisirt und hiermit selbstverständlich unter die Garantie derjenigen europäischen Mächte gestellt wurde, welche die Verträge geschlossen und unterzeichnet, eine Garantie, ohne deren stillschweigende oder ausgesprochene Annahme derlei Verträge überhaupt keinen Sinn

hätten, und die daher auch nichts an ihrer Verbindlichkeit verliert, wenn einer oder der andere der Garanten es für sich bequem oder vortheilhaft finden sollte, sich ihr entziehen zu wollen.

Sehr richtig bemerkt in dieser Hinsicht der k. k. Minister des Aeußern, Graf von Rechberg, in seinem Erlaß an Freiherrn v. Koller in Berlin, d. d. Verona den 22. Juni 1859, daß die Unterzeichner der Wiener Congreß-Acte eine specielle Bürgschaft für die Erhaltung des in Italien gegründeten Territorialbestandes allerdings nicht übernommen haben, aber diese Garantie werde mehr als ersetzt durch die allgemeinen Principien, welche der Allianz zwischen den conservativen Mächten Europas zu Grunde liegen, indem die Besitzverhältnisse als Fundament gemeinsamer Sicherheit gegen eine engherzige und übergreifende Macht errichtet wurden.

Haben wir sonach den Deutschen Bund als ein lebendiges Glied in dem Gesammtorganismus des neueren europäischen Staatensystems zu betrachten, das mit seinem dermaligen Besitzstande, den nichtdeutschen der Bundesglieder mit inbegriffen, von allen europäischen Großmächten anerkannt und unter Voraussetzung vollster Gegenseitigkeit, in Schutz genommen ist, so kann kein Bundesglied in seinen hierher gehörigen nichtdeutschen Besitzungen angegriffen, verletzt und beschädigt werden, ohne daß nicht einerseits ganz Deutschland in seinem Verhältniß nach Innen wie nach Außen die Folgen dieses Angriffs, dieser Verletzung und Beschädigung mitempfinde, und ohne daß nicht andererseits die europäischen Mächte darin einen Anlaß zu erkennen hätten, einzuschreiten, mit andern Worten, die Frage über die Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes oder dessen entsprechende Ausgleichung in die Hand zu nehmen.

Von unbestreitbar rechtlichem Belang ist dabei die bekannte Thatsache, daß die nicht zum Bunde gehörigen Provinzen Oesterreichs und Preußens diesen Staaten (was Preußen betrifft, allerdings nur einem geringen Theile nach) bei Organisirung des allgemeinen Besitzstandes in Europa durch die Verträge aus wohlerwogenen, wenn auch nicht vollkommen genügenden Gründen im Wege internationaler Ausgleichung als Entschädigung für eigene frühere Länderverluste und Abtretungen deutschen Gebiets zugewiesen wurden, und deshalb vor allem geschah es auch, daß man

die deutsche Bundesacte in ihren, die allgemeinen europäischen Verhältnisse berührenden Theilen als eine internationale Vertragsacte behandelte, indem man die 11 ersten Artikel derselben wörtlich in die Wiener Congreßacte aufnahm und unter den Schutz der europäischen Mächte stellte, welche den ersten Pariser Frieden unterzeichnet hatten.

Den solchergestalt auf compensativer Grundlage errichteten allgemeinen Rechtszustand Europas müssen wir in völkerrechtlicher Hinsicht zumal dann als gefährdet erachten, wenn einer der Mitunterzeichner der betreffenden Verträge, oder wer sich sonst zu ihnen bekannt hat, nachträglich diese Verträge als nicht mehr zu Recht bestehend und für sich als bindend betrachtet, und demgemäß eigenmächtige Schritte thut, wodurch dieselben ihre factische Geltung verlieren und zur bloßen Illusion werden. In der eclatantesten Weise war dies der Fall, als Louis Napoleon, trotzdem daß derselbe bei seiner Thronbesteigung die Verträge von 1815 zu achten versprochen hatte, sich zu Schutz und Trutz mit einem Könige verband, der, lüstern nach Eroberung und Oberherrschaft, notorisch mit der bestimmten feindseligen Absicht gegen Oesterreich rüstete, und letzteres zum Kriege aufreizte, um Gelegenheit zu haben, ihm mit Frankreichs Hülfe die Lombardei nebst Venetien zu entreißen.

Der hieraus entstandene Krieg war mithin seinem letzten Ziele nach so sehr ein europäischer, daß dabei die Frage in Bezug auf die deutschen Bundesinteressen fast in zweite Linie trat. Es konnte sich auch daher zunächst nicht sowohl darum handeln, daß der deutsche Bund, als darum, daß diejenigen europäischen Staaten Oesterreich unterstützten, die durch die Unterzeichnung oder Anerkennung der Verträge, hierzu verpflichtet waren, namentlich also: Rußland, England und Preußen. Zwar könnte man die Behauptung aufstellen wollen, daß von den Großmächten in dem vorliegenden Falle keine active Hülfe, sondern höchstens nur Neutralität zu verlangen war, weil Oesterreich den Kampf ohne ihre Zustimmung, ja wider ihren Willen begonnen. Doch macht sich dabei eine seither nicht genugsam betonte Thatsache geltend, daß nämlich Oesterreich den Krieg nur an Sardinien und nicht zugleich auch an Frankreich erklärte, und daß wir also hier *ursprünglich* keinen Krieg von internationaler und europäischer Bedeutung, sondern einen Krieg zwischen zwei Nachbarstaaten vor uns haben, bei

welchem, da derjenige Combattant, gegen dessen Uebergriffe der Krieg unternommen wurde, keine europäische Großmacht und insoferne bei der Schließung der europäischen Verträge nicht betheiligt war, auch die Verletzung dieser Verträge nicht in Frage kommen konnte, und den sie daher untereinander hätten auskämpfen mögen, wie dies vor zehn Jahren geschah. Doch nahm der Krieg dadurch einen entschiedenen anderen allgemeinen europäischen Charakter an, daß sich auf die Seite des mitkämpfenden Kleinstaates Frankreich als europäische Großmacht stellte, die auf ihre Fahne als Programm die Befreiung Italiens von der Herrschaft der Fremden, vor allem Oesterreichs, geschrieben hatte, was unter den obwaltenden Umständen einen offenbaren feindseligen Angriff auf die Rechtsgültigkeit und den Bestand der Verträge in sich schloß, der, abgesehen davon, wer den Krieg erklärt, eine Abwehr durch die neutralen Mächte herausforderte. So gewiß ist es, daß bei einer Gefährdung des durch die Verträge geordneten und gewährleisteten allgemeinen Besitzstandes von Europa durch muthwilligen Angriff von Seiten eines der Contrahenten unter den betheiligten Großmächten das Nichtinterventionsprincip nicht Platz greifen kann, als nur wider die Forderungen und zum Schaden des Rechts und des allgemeinen europäischen Rechtszustandes.

Aus dem allen erhellt, daß bei dem letzten Conflict, der seiner innersten Natur nach ein europäischer war, die neutralen Großmächte ihre Aufgabe nicht nach Gebühr erkannt haben, da es sonst unmöglich gewesen wäre, daß sie sich, wir sagen nicht neutral, sondern selbst feindlich oder hindernd gegen denjenigen Theil der kriegführenden Mächte verhielten, der für die Aufrechthaltung der europäischen Verträge in die Schranken getreten war.

Doch wir haben der Frage noch einmal auf das bundesrechtliche Gebiet zu folgen.

In dieser Hinsicht ist vor allem die Auffassung bezeichnend, die sich Graf Walewsky in der Note zu eigen gemacht hat, welche derselbe am 20. Juni an die französischen Gesandten bei den deutschen Regierungen richtete. Sie ist nur ein etwas weiter ausgeführter Abklatsch der Ansichten, die in dem bekannten Rundschreiben des russischen Kabinets an die deutschen Mittel- und Kleinstaaten

ihren vermessenen Ausdruck gefunden und den Zweck hatten, Deutschland von der Theilnahme am Kampfe in Italien abzurathen. Walewski fand, daß bei diesem Kampfe weder Deutschlands Interessen noch seine Rechte auf dem Spiel ständen; Deutschland würde gegen die Verträge handeln, wenn es sich in den Conflict mischte. Das europäische Gleichgewicht sei nicht bedroht, sondern Deutschland selbst würde dieses in Frage stellen, wenn es den Satz aufstellte, daß es nothwendig interessirt sei bei einem von Österreich als Großmacht erhobenen Kriege, und daß die Action des Bundes außerhalb der Grenzen seines Gebietes stattfinden dürfe, da dies einer thatsächlichen Einverleibung der nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs in das Bundesgebiet gleichkomme. Wir sehen davon ab, daß eine solche Sprache der Minister einer Regierung zu führen wagt, die im vollen Zuge war, den unliebsamen und lästigen europäischen Verträgen ein für allemal ein Ende zu machen; aber es ist doch wohl mehr als kühn, es uns zum Verbrechen anrechnen zu wollen, wenn wir es zu unserer eigenen Sicherheit räthlich fänden, von den unzureichenden Bestimmungen der Bundesacte abzugehen, die wir uns doch selbst und lediglich für uns selbst gegeben haben.

Fast möchte man es für eine absichtliche Täuschung halten, wenn die Walewski'sche Note von einer Bundessitzung spricht, die am 6. April 1818 stattgefunden habe, und in welcher auf Antrag Oesterreichs beschlossen worden sei, die Alpen als die Grenze und die Vertheidungslinie Deutschlands zu bestimmen, und wenn sie dieselbe Note aus dem angeblichen Umstande, daß keine Stimme sich für die Behauptung erhoben, das lombardisch-venetianische Königreich oder der Po, oder einer seiner Nebenflüsse, oder auch nur die Etsch seien für die Sicherheit des Bundes nothwendig, folgert, Deutschland habe daher auch das Recht, die Hülfe des Bundes zur Vertheidigung dieser Ländergebiete anzurufen. So unrichtig diese Angaben sind, so abgeschmackt und für den Minister eines fremden Staates unzuständig ist die daraus gezogene Folgegerung, die einer unbefugten Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten gleichkommt. Der Hergang, auf den sich Walewski bezieht, bestand einfach darin, daß an dem erwähnten Tage der Kaiser von Oesterreich beim Bunde über diejenigen seiner Länder Anzeige erstatten ließ, welche nach Artikel I der deutschen Bundes-

acte als ehemalige Theile des Reichsgebiets zum deutschen Bunde gehören sollten, indem er hiervon die Lombardei ausnahm, um die Vertheidigung des deutschen Bundes nicht über die Alpen auszudehnen. Die Lombardei hatte früher zum deutschen Reiche gehört, und wenn sie jetzt ihrer Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Bunde, der an die Stelle des Reichs getreten war, entzogen wurde, so hatte dies offenbar darin seinen Grund, daß man damals in der falschen Ansicht befangen war, die Alpen genügten als Grenzen der deutschen Vertheidigungslinie, aber selbst wenn auch letzteres der Fall wäre, so würde man doch mit Unrecht daraus schließen, daß der Besitz des lombardisch-venetianischen Königreichs in den Händen der Oesterreicher nicht zur vermehrten Sicherheit der süddeutschen Landesgrenzen beitrage, und nur Leute von der einseitigen Parteistellung, wie der Verfasser des „Politischen Dialogs zwischen einem Bayern und einem Preußen" (Berlin, 1859) können behaupten, seitdem das heilige römische Reich für Deutschland allen und jeden Sinn verloren habe, seitdem habe auch jeder Besitz in Italien kein deutsches Interesse mehr, und ob Oesterreich oder Napoleon in der Lombardei herrsche, sei eine ganz gleichgültige Sache. Uebrigens bemerkte schon Graf Rechberg in dem erwähnten Erlaß vom 22. Juni 1859 zum Theil mit Bezug auf die besprochene Erklärung Oesterreichs vom 6. April 1818, bei Feststellung der Bundesacte und Bundeskriegsverfassung habe die solidarische Vertheidigung des solidarisch Errungenen sich so sehr von selbst verstanden, daß es bekanntlich ganz als von Oesterreichs eigner Convenienz abhängig betrachtet wurde, die Lombardei für einen Bestandtheil des deutschen Bundesgebiets, somit auch des deutschen Defensivsystems zu erklären; es sei dies aber nur deswegen nicht geschehen, weil man nicht unnöthigerweise die Bundespflichten mehren und den Begriff eines deutschen nationalen Vaterlandes trüben wollte.

Wer möchte es nach dem allen wohl jetzt noch bestreiten wollen, daß dem deutschen Bunde nicht etwa die Berechtigung nur, sondern die Pflicht obgelegen habe, in dem letzten Conflict zum Schutz der italienischen Besitzungen Oesterreichs einzutreten, aber es drängen sich uns noch andere Erwägungen auf, die, den Walewski'schen Vorspiegelungen gegenüber, der gewonnenen Ueberzeugung zu weiterer Stütze dienen können.

Die Wiener Bundesacte und die Schlußacte legen es allerdings dem Bunde oder den einzelnen Bundesgliedern nicht als eine Pflicht auf, für die nichtdeutschen Provinzen eines Bundesstaats mit bundesgemäßer Hülfe einzuschreiten, es liefe aber gegen Wesen und Zweck alles vertrags- und verfassungsmäßigen Uebereinkommens, wenn man, wie dies von russischen und französischen, ja selbst deutschen Publicisten geschehen ist, aus dem erwähnten Umstande den Schluß ziehen wollte, daß es weder einem einzelnen oder mehreren Bundesmitgliedern, noch auch dem Bunde selbst als solchem gestattet sei, einem in seinen nichtdeutschen Provinzen angegriffenen Bundesgliede hülfreich beizustehen, und bekanntlich ist es einer der ersten und einleuchtendsten Fundamentalsätze der Moral, natürlich ebensowohl auf socialem wie auf völkerrechtlichem Gebiete, daß wir aus freiem Antriebe zu thun berechtigt sind, was wir als vertragsmäßig auferlegte Pflicht zu thun nicht nöthig haben, mit andern Worten: was uns nicht geboten ist, ist uns dadurch zugleich nicht verboten; und in concreter Anwendung: wenn Bundeshülfe in gewissen Fällen nicht als Bundespflicht auferlegt ist, so folgt daraus nicht, daß sie unter gewissen Umständen nicht geleistet werden dürfe. Der preußischen Regierung war das Bewußtsein dieses Princips abhanden gekommen, sonst hätte sie Oesterreich von vornherein ihre Bundeshülfe nicht versagen können, und die Hülfe, welche sie später zu leisten entschlossen war, nicht ausschließlich als europäische Großmacht leisten wollen.

Von entscheidender Wichtigkeit erscheint uns bei dieser Frage das Votum, durch welches Fürst Wrede als Vertreter Bayerns auf dem Wiener Congresse, im Namen seiner Regierung für jeden deutschen Bundesstaat die Freiheit in Anspruch nahm, nach eignem Ermessen Krieg zu führen und Frieden zu schließen, indem er dasselbe mit dem Hinzufügen begründete: „Ich nehme den naheliegenden Fall an, daß Frankreich und Oesterreich sich in Italien bekriegen; der deutsche Bund würde dann nicht gehalten sein Theil zu nehmen; warum sollte auch Bayern es unterlassen müssen, das dann dem Kriegsschauplatze so nahe wäre? Warum soll es warten, bis der Bund seine Zustimmung gibt, der übrigens diese auch versagen mochte*)." Es ist sehr zu beklagen, daß Bayern, diesem

*) S. De Flassan, Histoire de Congrès de Vienne. Tom. II, Livre XII.

Votum seines damaligen Vertreters gemäß, bei dem jüngsten Conflict, der die von Letzterem angenommene Voraussetzung verwirklicht zeigte, nicht für Oesterreich activ aufgetreten ist, da auf Grund gleichen Vorbehalts alle übrigen deutschen Bundesglieder, Preußen nicht ausgenommen, ein Recht gehabt hätten, Bayern in seinem Vorgehen für Oesterreich sich anzuschließen. Eine unter einheitliche Leitung gestellte freiwillige Hülfe aller einzelnen Bundesglieder, wäre in ihrer Wirkung einer pflichtmäßigen Bundeshülfe mindestens gleichgekommen. Leider aber hielt dem gutem Willen die Energie des Handelns und Rüstens nirgends das Gleichgewicht.

Ziehen wir daneben in Erwägung, daß Oesterreich und Preußen, als die beiden einzigen Staaten des deutschen Bundes, die, wie bemerkt, zu demselben nur mit einem Theile ihrer Länder gehören, in allen allgemeinen deutschen Angelegenheiten mit ihrer gesammten militärischen Macht, also auch, nach Verhältniß der betreffenden Contigente, mit der ihrer nichtdeutschen Provinzen eintreten, so würde, dem Princip der Gegenseitigkeit gemäß, der deutsche Bund hierin eine Verpflichtung für sich zu erkennen haben, diesen beiden Staaten, wenn es noth thäte, ihre nichtdeutschen Provinzen schützen zu helfen. Aber leider hat man bei dem letzten Conflict das auch durch dieses Verhältniß schon vollkommen gerechtfertigte Aufgebot der Bundeshülfe als solcher zu erlassen nicht für gut befunden*).

*) Die einschlägigen Artikel der Wiener Bundes- und Schlußacte fassen viel zu ausschließlich nur die Verhältnisse des Bundes zu sich selbst, nicht aber zugleich auch die zu den auswärtigen Mächten und den mit diesen abgeschlossenen Verträgen ins Auge; sie behandeln die außerdeutschen Besitzungen deutscher Bundesglieder als eine im deutschen Interesse völlig gleichgültige Sache, und nehmen auf die verschiedenen möglichen Eventualitäten bei Bedrohung des Bundesgebietes und des anderweitig vertragsmäßig festgestellten und die innern Verhältnisse des Bundes mehr oder weniger berührenden Besitzstandes eines Bundesgliedes keine Rücksicht. Es liese aber gegen alle Logik, und wider die Natur vertragsmäßiger Feststellungen, wenn Specialverträge wie die Wiener Bundes- und Schlußacte, die materiell und formell durch das Vorhandensein eines Gesammtvertrags (oder mehrerer derselben) bedingt sind, Bestimmungen enthielten, welche mit dem materiellen und principiellen Inhalt dieses Gesammtvertrags im Widerspruch stünden und damit die Keime seiner Auflösung in sich trügen, was der Fall wäre, wenn diese beschränkt gefaßten Artikel 11 der Bundesacte und 46 und 47 der Schlußacte jede Interpretation zu Gunsten der in den europäischen Staatsverträgen niedergeleg-

Aber noch eines! Napoleon hielt sich zu der Hülfe, die er dem sardinischen Könige gewährte, als Bundesgenosse des Letzteren verpflichtet, wobei nicht zu vergessen ist, daß das Bündniß, zwischen diesen beiden Souveränen ursprünglich keineswegs zur Vertheidigung, sondern zum Angriff gegen Oesterreich errichtet wurde, und daß der angreifende Theil im vorliegenden Falle, eigentlich der angegriffene war, indem der Krieg von Oesterreich zum Entgelt für Beleidigungen und zur Abwehr von gewaltthätigen Uebergriffen unternommen wurde, zu welchem sich die beiden Gegner schon lange vorher verbündet hatten. Aus diesen Umständen erhellt nun aber zur Genüge, daß mit demselben Rechte, wie hier zwischen zwei befreundeten Mächten ein Bündniß zur Beschädigung einer dritten Macht geschlossen wurde, ebenso auch diese dritte Macht zum Schutze gegen den ihr durch die beiden ersten Mächte zugedachten feindseligen Angriff sich mit einer ihr befreundeten vierten Macht verbünden dürfte, und daß sonach weder Preußen noch die übrigen deutschen Bundesstaaten, etwa in dem Glauben, dadurch eine Bundespflicht oder die europäischen Verträge zu ver-

---

ten Grundbestimmungen von sich ausschlössen. Man hat sie bisher nur im Sinne ihres Wortlautes gelten lassen wollen, der in europäischen Kriegen, wie der letzte war, für die rasche und sichere Entwickelung der militärischen Bundesmacht nur hemmend sein kann. Sicherlich baute Louis Napoleon auf diese gebrechliche Natur unserer Bundesgesetze seinen unheilvollen Kriegsplan, während Preußen darin die Gründe zur Rechtfertigung seines neutralen Verhaltens, mit andern Worten, der Verweigerung seiner Bundespflicht gefunden hat. In Beziehung auf das, was durch jene Specialbestimmungen im Einklange mit den allgemeinen Zwecken des Bundes und zu deren Förderung erreicht werden soll, müssen sie daher sowohl der Materie wie der Form nach, als mangelhaft und unzureichend bezeichnet werden, und es wird deshalb eins der ersten und dringendsten Geschäfte des Deutschen Bundes sein, diese Bestimmungen, nachdem sich dieselben bei der ersten großen Gefahr, die der Integrität des Bundesgebiets und seiner Zugehörungen drohte, als gänzlich unhaltbar erwiesen haben, einer vollständigen Revision, Umgestaltung und Ergänzung zu unterwerfen. Wenn wir nicht irren, brachte jüngst zuerst der „Schwäbische Merkur" aus Frankfurt die Nachricht, daß von Seiten nicht preußischer Bundesglieder Veränderungen in den Bundeseinrichtungen angestrebt würden, die, zurückgehend auf die Dresdner Conferenzbeschlüsse, eine Consolidirung der Mittelstaaten in Verbindung mit Oesterreich und, wenn diese sich als unthunlich erweisen sollte, die Schaffung militärischer Gruppen im Bundeskörper bezwecken, die allerdings in der Stunde der Gefahr geeignet sein könnten, eine rasche und sichere Hülfe zu gewähren.

letzen, hätten Anstand nehmen dürfen, Oesterreich hierzu die Hand zu bieten, besonders da die Verhältnisse, welche hier vorlagen, so eigenthümlicher Art waren, daß die Wiener Bundes- und Schlußacte sie gar nicht vorgesehen hatte, und andererseits der von Oesterreich begonnene Kampf gerade gegen den Versuch seiner Gegner unternommen wurde, die europäischen Verträge zu vernichten. Wollte oder konnte man aber die angesprochene Hülfe nicht als Bundespflicht leisten, sondern nur aus Gründen der Klugheit und freien Berechtigung, so hätte man ihn ja nur einen anderen Namen zu geben brauchen; aber leisten mußte man sie, und es galt da, wenn irgendwo, Rückert's schöne Mahnung:

„Frag nicht, auf welcher Seite sei
Recht oder Unrecht, wenn du schlagen
Siehst deinen Bruder, steh ihm bei,
Und nachher magst du jenes fragen!"

Drittes Kapitel.

Rückblick auf die preußische Neutralitätsepoche von 1795—1805.

Statt nach theils scheinbaren, theils schwachen, theils gänzlich verwerflichen Gründen zur Entschuldigung für die so beharrlich festgehaltene Neutralitätspolitik zu suchen, hätte man in Preußen besser gethan, in die eigene Geschichte zurückzublicken, die in ihren Glanzstellen und in ihren Schattenseiten schlagende Analogien dafür aufweist, wie Preußen in dem letzten Conflict hätte sein können und sollen: thatkräftig, schlagfertig, heldenmüthig, und wie es wiederum hätte sein sollen.

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die preußische Neutralitätsepoche von 1795 bis 1805 möge genügen, um in letzterer Beziehung denjenigen einen Spiegel vorzuhalten, die das Gefährliche, unter Umständen Schmähliche neutraler Lagen, in welche sich Staaten, sei es in Folge eines unhaltbaren Staatsprincips, sei es aus Muthlosigkeit oder noch schlimmeren Beweggründen, versetzen können, auch jetzt noch nicht einsehen wollen, nachdem sich dieses Princip in seiner völligen Unzulänglichkeit aufs neue an Preußen bewährt hat.

In dem Coalitionskriege gegen den Convent war es die Sorge für die Besitzungen am linken Rheinufer und der Wunsch in Polen eine Vergrößerung zu erhalten, was Preußen veranlaßte, mit dem eroberungssüchtigen Feinde des deutschen Reichs den unseligen Separatfrieden von Basel zu schließen. Schon in den Präliminarien dazu war ausgemacht, daß Preußen für etwaige Verluste auf der linken Rheinseite durch Besitzungen kleinerer Fürsten im Innern Deutschlands, zumal auf Kosten Hannovers, entschädigt werden sollte. Vergebens rieth der Kaiser, lieber alle Kräfte zur Abwehr

des gemeinschaftlichen Feindes aufzubieten, als die Schande Deutschlands und den Umsturz der deutschen Reichsverfassung in einem Friedensschluß zu unterzeichnen. Obgleich die Monarchen der beiden deutschen Hauptstaaten selbst in aufrichtiger Befreundung sich nahe standen, so drang doch das zwischen Oesterreich und Preußen bestehende Mißtrauen vergiftend in die Kabinette ein, wie in die Armeen, und leider siegte endlich Preußens Zaghaftigkeit und Kleinmuth über seine früher schon so oft bewährte Entschlossenheit und das Gebot der Ehre. Der Friede kam am 5. April 1795 zu Stande, und in ihm verpflichtete sich der preußische König nicht nur in seiner Eigenschaft als König von Preußen, sondern auch als deutscher Mitstand, während des ganzen Krieges wider Oesterreich und das Reich die Neutralität zu beobachten.

Hiermit war die Auflösung des deutschen Reichs thatsächlich ausgesprochen und besiegelt, und damit das Maaß der Schmach voll werde, schloß Preußen ein Jahr darauf am 5. August 1796 einen weiteren geheimen Vertrag mit dem Convent, wodurch Preußen sich auf Kosten der eigenen deutschen Mitstände für die Abtretung seiner Ländergebiete am linken Rheinufer entschädigen ließ. Die Folge war, daß Oesterreich, damals in Verbindung mit Sardinien und den süddeutschen Ständen, den Landkrieg gegen Frankreich fortan allein führen mußte, welches seine revolutionnären Ideen und Heere jetzt über Italien wälzte. Der Berliner Nationalzeitung wäre es nun ganz recht gewesen, wenn sich dies unselige Geschick, zur Kühlung ihres Müthchens, zu unserer Zeit noch einmal wiederholt, wenn wir abermals ein österreichisch-deutsches und ein preußisch-deutsches Deutschland erhalten hätten, wie dies in Folge der nachträglichen Bestimmungen des Basler Friedens der Fall war, wodurch die in eine neutrale Demarkationslinie eingeschlossenen Gebiete von Franken, Oberpfalz, Ober- und Niedersachsen, Westphalen, den beiden Hessen und den Ländern an beiden Mainufern gegen den Rhein zu, unter den Einfluß der preußischen Krone gestellt wurden.

Preußen hatte sich durch den Basler Separatfrieden von der gemeinsamen Nationalvertheidigung losgesagt, und die Umwandlungen des politischen Lebens und Länderbesitzes, die seitdem für Deutschland zu dessen Schwächung eintraten, waren nur eine Folge dieses Verhaltens der preußischen Regierung, deren beharrliches

Festhalten an der Neutralität später Ursache wurde, daß die Maßregel, die der edle Erzherzog Karl am Ende des Jahrhunderts zur Rettung Deutschlands in Vorschlag brachte: eine allgemeine Bewaffnung des deutschen Volks, ein allgemeines Aufgebot der Volksmassen wider die raubsüchtigen französischen Republikaner, an dem Stumpfsinn und der Gleichgültigkeit der deutschen Reichsstände für die Ehre und den Bestand des deutschen Reichs scheiterte. Preußen und die von ihm beeinflußten norddeutschen Staaten verweigerten ihre Theilnahme an dem Reichskriege, dessen Wiedereröffnung im Sinne des Erzherzogs Karl auf dem Reichstage vom Jahre 1799 durch die Mehrheit der Stände bereits beschlossen worden war, und stellten ihre regelmäßigen Contingente nicht, am allerwenigsten aber organisirten sie in ihren Ländern den Landsturm.

Der innere Zwiespalt siegte, und führte Deutschland seinem, zunächst um Oesterreichs willen nicht verdienten, Untergange immer näher entgegen. Wie aber der erste Schritt auf dem Wege des Unrechts die folgenden unabwendbar nach sich zieht, und zugleich Ursache wird, auch Andere zu dem gleichen Unrecht zu veranlassen, so war es Preußen ergangen, und so sollte es nun auch Oesterreich ergehen. Das deutsche Reich wurde im Frieden zu Campo Formio (17. Oct. 1797) auch von Oesterreich verlassen. Derselbe bestätigte die Bedingungen des Friedens zu Leoben (18. April 1797); wonach Oesterreich auf Belgien und alle italienischen Besitzungen jenseits des Oglio verzichtet hatte, und enthielt außerdem mehrere geheime Artikel, in welchen Oesterreich seine Einwilligung zur Abtretung des linken Rheinufers ertheilte. Der Unterschied war nur der, daß Preußen seine Verträge mit wohlberechneter Absicht freiwillig, Oesterreich die seinigen nach ehrenvollem aber unglücklichem Kampfe gezwungen abgeschlossen hatte. Aber für den Zweck unserer Geschichtsskizze von Bedeutung ist der Umstand, daß Napoleon durch den Leobner Frieden den Einfluß Preußens vernichtet und das Gleichgewicht Europas in seine und des Directoriums Hand gelegt hatte, wie der kluge und siegreiche Feldherr Letzterem in der schriftlichen Meldung darüber bekannte. In noch höherm Grade war dies in dem zwischen Oesterreich und Frankreich am 9. Februar 1801 abgeschlossenen Lüneviller Frieden der Fall, in welchem die Abtretung des ganzen linken Rheinufers definitiv festgestellt und zur Entschädigung der dadurch mit Verlust

betroffenen Reichsstände das Princip der Säcularisation der geistlichen Länder und Stifter im innern Deutschland angenommen wurde. Diese Zugeständnisse gaben der Integrität und der Würde des Reichs einen neuen tiefempfindlichen Stoß.

Die nächste trübselige Folge war, daß Preußen am 23. Mai 1802 abermals freiwillig einen Separatvertrag mit Frankreich über die Modalitäten seiner Vergrößerung schloß, wodurch Frankreich in Verbindung mit Rußland freie Hand gewann, den Theilungsplan der säcularisirten Gebiete und Stifter nach Gutdünken dem deutschen Reiche aufzudringen, und dessen unfehlbare nahe Auflösung anzubahnen, was durch den Reichs-Deputations-Beschluß vom 25. Februar 1803 geschah, nachdem auch Oesterreich in dieser elenden Epoche der Separatverträge einen solchen mit Frankreich am 26. December 1802 über die ihm zugedachten Entschädigungen abgeschlossen hatte.

Die französischen Grenzzeichen standen jetzt an den Ufern des Rheins, und Deutschland sah sich somit den Eroberungsgelüsten und Uebergriffen der Franzosen unmittelbar preisgegeben, da jede Vorhut nach dieser Seite für Deutschland abgeschnitten war.

Alle Dämme öffentlicher Moral und Ehre lagen seitdem darnieder, und wenn auch Preußen über seine verwerfliche Politik gegründete Scham empfand, so war dies nur vorübergehend. Das bloße Gefühl hilft in der Politik noch weniger als im Leben, wenn nicht richtige Erkenntniß der Lage, reifliche Ueberlegung und ein fester, unerschütterlicher Wille dazu kommen, wodurch man sich über jede Eifersüchtelei und jeden nur particularen selbstsüchtigen Standpunkt erhebt.

Freilich stand Preußen mit seiner egoistischen und doch zaghaften Politik damals nicht allein in Deutschland. Als mitten im Frieden 1803 eine französische Heeresabtheilung die hannoversche Grafschaft Bentheim besetzte, waren die Minister und die Abgeordneten der hannoverschen Stände in gleicher Weise daran Schuld, daß am 5. Juli bei Artlenburg an der Elbe ein Vertrag geschlossen wurde, demzufolge die zu muthigem Widerstande entschlossene hannöversche Armee die Waffen strecken und aufgelöst in die Heimath ziehen mußte.

Wenn nun auch von dem entarteten deutschen Reich nicht zu erwarten war, daß es, wie es in seiner Verpflichtung lag, die

mit übermüthiger Verletzung eines Reichsgebiets militärisch besetzte Provinz in Schutz nahm, und vom Feinde säuberte, so war dies doch unter allen Umständen die Sache Preußens. Aber der Dämon wachsender Ländergier und Vergrößerungssucht hielt Preußen ab, zu thun, was seiner Reichspflicht und seiner eigenen Ehre gemäß war. Auch bei diesem, durch Besitznahme eines benachbarten deutschen Fürstenthums mitten im Frieden vollzogenen Bruche des Staats- und Völkerrechts, verhielt es sich neutral, selbst dann, als es zur Mittheilnahme an dem dazumal von Rußland in Vorschlag gebrachten Bündniß dieser Macht mit Oesterreich eingeladen wurde, welches zum Zweck hatte, den sich mehrenden und für Deutschland wie für alle Ostmächte höchst bedrohlichen Uebergriffen der bonapartischen Anmaßung und Eroberungssucht einen Damm entgegenzusetzen, vor allen Dingen aber zuerst die Franzosen aus Hannover zu vertreiben. Das Räthsel dieses so unpatriotischen, aber auch unklugen Benehmens findet seine Lösung in dem Umstande, daß ihm durch Bonaparte der Besitz Hannovers in Aussicht gestellt worden war, und die Freundschaftsversicherungen des mächtigen Mannes hatten so guten Erfolg, daß Preußen noch im December des nämlichen Jahres sich zu einem neuen Separatvertrag mit ihm verleiten ließ, durch welchen es sich von der Vertheidigung der deutschen Interessen lossagte, obgleich es seinerseits durch denselben nichts gewann, als nur die Zusage, daß Frankreich, welches im ruhigen Besitz Hannovers blieb, ohne Vorwissen und Einwilligung des Berliner Hofes über Hannover nicht verfügen wolle. Durch so fades und in seinem innersten Gewebe leicht erkennbares Blendwerk ließ Preußen sich damals täuschen, und auf immer tiefere Abwege führen; aber das Traurige dabei ist, daß auch die sich so hochdünkende politische Weisheit unserer Tage sich derlei Truggespinnsten nicht gewachsen erwiesen hat.

So kam das verhängnißvolle Jahr 1805 heran, in welchem sich die Geschicke Preußens zum entscheidenden Ausgang drängten. Noch einmal erhob sich jetzt Oesterreich zu dem großherzigen, deutschpatriotischen Entschluß, gegen den neuen Kaiser, der mit seiner Macht in Italien immer weiter um sich griff und sich selbst in Mailand zum König von Italien hatte krönen lassen, das Waffenglück zu versuchen, trotz der französischen Sympathien, die auch in den süddeutschen Staaten täglich mehr überhand nahmen.

Es geschah dies im Einverständniß mit Rußland und England. Nur in Preußen wußte man bessern Rath. Die in der Mehrzahl den französischen Interessen ergebenen Staatsmänner am Berliner Hofe siegten. „Was kümmert uns denn Italien?“ werden sie gerufen haben, wie Andere zu unserer Zeit, „das mag Oesterreich für sich ausfechten!“ Zudem bestand das alte Mißtrauen gegen Oesterreich, während für die allgemeinen deutschen Angelegenheiten keine Ader in Preußen pulsirte. Und so gelang es, den für alles Edle und Große warmfühlenden König, den man nicht zur Annahme des von Napoleon angebotenen Bündnisses zu bewegen vermocht hatte, abermals wenigstens zur Ergreifung der Neutralität zu veranlassen.

Das hieß denn freilich nichts anderes, als Deutschland preisgeben, und die eigenen preußischen Sonderinteressen der unausbleiblichen Gefahr des Scheiterns aussetzen. Napoleon aber hatte seinen Zweck erreicht; Oesterreich stand ihm vereinzelt gegenüber, und war es gebrochen, dann kam Preußen an die Reihe, auf dessen Macht er selbst längst eifersüchtig geworden war, wie es ja noch heutzutage ein Gegenstand der Eifersucht für mehr als einen Freund und Feind ist.

So moralisch tief herabgekommen war aber damals die preußische Politik, daß sie sich die unerhörte Verletzung des Völkerrechts gefallen ließ, welche Napoleon dadurch beging, daß er durch das neutrale preußische Fürstenthum Ansbach die unter Bernadotte stehende französische Armee aus Hannover nach dem Süden marschiren ließ, um die gegen Erzherzog Ferdinand und Mack in Schwaben von Boulogne her anrückende französische Hauptarmee zu unterstützen, was im September 1805 geschah und zur Folge hatte, daß die französischen Heere in Verbindung mit Bayern, Würtembergern und Badenern die Oesterreicher zu der unglücklichen Capitulation von Ulm zwangen und ganz Süddeutschland bis Wien in ihre Gewalt brachten.

Es nützte jetzt nichts mehr, daß Friedrich Wilhelm III., um sich für die ihm widerfahrene tödtliche Beleidigung zu rächen, seiner bisherigen neutralen Haltung, die das deutsche Reich bloßstellte und die eigenen preußischen Interessen gefährdete, zu entsagen beschloß, und zwei Monate später (3. November) einer Uebereins

kunft mit Oesterreich und Rußland beitrat, derzufolge Preußen in dem damaligen Kriege die bewaffnete Vermittelung übernehmen und in dieser Stellung dem Kaiser Napoleon mit Zurückführung der europäischen Machtverhältnisse auf die Feststellungen des Lüneviller Friedens, wodurch Italien, Holland und die Schweiz der angemaßten Oberhoheit Frankreichs wieder entzogen worden wären, gewisse Beschränkungen als unerläßliche Bedingungen eines fortgesetzten Friedens vorschreiben sollte. Das eine Kriegserklärung einschließende Ultimatum gelangte theils durch das Ungeschick und die Verzagtheit des preußischen Gesandten, theils in Folge der Kunstgriffe Napoleons nicht in des letzteren Hände, und dieser war so im Stande, die Oesterreicher und Russen vereinzelt zu schlagen und zuletzt dem verbündeten Heere bei Austerlitz (am 2. December 1805) jene entscheidende Niederlage beizubringen, deren Folgen Deutschland eine ganz andere Gestalt gaben, wiewohl noch nicht alles verloren gewesen wäre, da Oesterreich und Preußen zusammen mächtig genug waren, Napoleons Heeren in Deutschland die Spitze zu bieten. Auf Preußen aber, das lag klar zu Tage, war kein Verlaß. Ueber des Königs edle und hochherzige Gesinnung konnte kein Zweifel sein, und aller Vorwurf trifft daher nur die Unfähigkeit oder die Verblendung und Kleinmüthigkeit der Staatsmänner, die in der Lenkung des Staats das Uebergewicht hatten, oder als diplomatische Agenten die äußern Interessen desselben nach Willkür handhabten. Ihrer Schuld ist es unbedenklich zuzuschreiben, wenn Preußen den Bestimmungen in der Uebereinkunft vom 3. November nicht nachkam und Oesterreich, schon längst mit Mißtrauen erfüllt, gleich nach der unglücklichen Schlacht bei Austerlitz Napoleon den Frieden anbot. Dieser hätte Preußen nur wiederum zur Neutralität bewegen dürfen, um Oesterreich gänzlich zu verderben, aber zuerst sollte Preußen für dessen Theilnahme an der Uebereinkunft vom 3. November seine Rache empfinden. Er nahm daher den angebotenen Frieden zu Presburg (26. Decmbr.) an und gelangte hierdurch in die Lage, den überhaupt schon längst beschlossenen vernichtenden Schlag gegen Preußen in Ausführung zu bringen*).

*) Auf diese Ereignisse scheint sich beziehen zu sollen, was man am 24. Juni d. J. in einer Berliner Correspondenz las und worin es hieß

Die Vorbereitungen dazu lagen in dem von dem preußischen Gesandten Grafen von Haugwitz am 15. December 1805 mit Napoleon eingegangenen und am 15. Februar des folgenden Jahres zu Paris bestätigten und erweiterten Vertrage, nach welchem Preußen für die Abtretung einiger älterer Stammländer (Ansbach-Bayreuth, Cleve-Berg, Neufchatel) an Napoleon's Vasallenfürsten in Deutschland durch den Besitz von Hannover entschädigt werden sollte.

Napoleon erreichte hierdurch vollkommen seinen Zweck, die Krone Preußens nicht nur mit England, sondern auch mit allen übrigen europäischen Mächten zu verfeinden und in den Augen der Kabinette wie der Völker politisch und moralisch zu Grunde zu richten. Das Schlimmste aber war, daß es bei einem Angriff Napoleons fortan auf Oesterreichs Beistand nicht rechnen durfte, durch dessen Friedensvertrag mit Napoleon es in eine völlig isolirte Stellung gekommen war, ein Ereigniß, das sich zu unserer Zeit genau wiederholt hat und wiederholen mußte, als Oesterreich, der unzulänglichen und zwecklosen Vermittelungsversuche Preußens müde, mit Napoleon sich vertrug, und mit ihm ohne Beiziehung Preußens und des deutschen Bundes, wozu es berechtigt war, einen definitiven Frieden schloß. Was Preußen damals gethan, waren durchaus Akte des freien Willens. Anders bei Oesterreich. Seit dem ersten Kriege mit Frankreich hatte es unveränderlich das deutsche Interesse, welches mit dem seinigen freilich nahe zusammenfiel, vertreten, und nur gezwungen, von dem einzigen deutschen Bundesgenossen, auf den es gerechnet, verlassen, und der Uebermacht weichend, im Presburger Frieden alle die Schritte, welche Napoleon zur Auflösung des deutschen Reichs gethan, gut heißen, an Bayern und Würtemberg den Königstitel zugestehen und ihrer

---

„Der hin und wieder sich kundgebenden Besorgniß, Frankreich werde bald so glücklich sein, mit seinem Gegner Frieden zu schließen, und dieser sich den Anteecedentien seiner bekannten Dankbarkeit gemäß, auf Preußen werfen, gibt kein Vernünftiger Raum.“ Ob bei Schließung des Presburger Friedens von einer Verletzung der Dankbarkeit die Rede sein kann, wird sich aus der obigen Darlegung Jedem leicht von selbst ergeben. Aber die Vernünftigen, die an der Möglichkeit des eingetretenen Separatfriedens zweifelten, waren gerade diejenigen, welche alles gethan, und mit dahin gewirkt hatten, daß er eintreten mußte.

Gebietserweiterung hauptsächlich auf seine Kosten Vorschub leisten müssen.

Die einzelnen deutschen Staaten gingen von jetzt an jeder nur seinem eignen Vortheile, sei es der Selbsterhaltung, sei es der Vergrößerung, nach. Doch erst die Stiftung des rheinischen Bundes und die officielle Erklärung der Auflösung des deutschen Reichs, die factisch schon längst vollzogen war, durch den französischen Gesandten in Regensburg*), öffneten Preußen die Augen vor dem Abgrunde, an welchem es stand. Allein es war zu spät. Preußen, das den Verfall des Reichs nicht nur unthätig mit angesehen, sondern durch seine unglückliche, aus Zaghaftigkeit und Eigennutz entspringende und beharrlich festgehaltene Neutralitätsstellung hauptsächlich verschuldet, und bei der Zerstückelung des Reichs durch die Besitzergreifung Hannovers selbst an der Beute Antheil genommen, und noch zuletzt durch die Stiftung des nordischen Bundes unter seinem Protectorat dem Rheinbunde ein politisches Gegengewicht in Norddeutschland zu geben umsonst versucht hatte, sah sich durch das Alles in eine so gänzliche Vereinzelung gedrängt (nur Sachsen blieb mit ihm verbündet), und dabei von einem so unzuverlässigen, meist aus angeworbenen Ausländern oder widerwilligen Mannschaften aus den neu ausgetauschten Provinzen bestehenden Heere geschützt, daß, als es sich dann endlich zu dem patriotischen und ehrenhaften Entschluß, den napoleonschen Uebergriffen mit bewaffneter Hand entgegen zu treten, aufraffte, die Niederlagen von Jena und Auerstädt, und zuletzt der Tilsiter Friede, der die Zertrümmerung der preußischen Monarchie nach sich zog, die letzten fast unausbleiblichen Folgen waren.

Dies ist die Geschichte der preußischen Neutralitätspolitik in der traurigen Epoche, die mit Deutschlands tiefster Erniedrigung endigte, und zu welcher das letzte Zeitdrama in seinen verschie-

*) Es ist schmerzlich, alte Wunden zu berühren, aber wenn man jener letzten deutschen Reichsversammlung gedenkt, wo ein französischer Gesandter das Aufhören der deutschen Reichsverfassung und somit die Auflösung des deutschen Reichs verkündigte und diese Trauerkunde von den Mitgliedern des Rheinbundes beifällig mit dem Hinzufügen aufgenommen wurde, daß Napoleon derjenige Monarch sei, welcher das wahre Interesse Deutschlands am meisten fördere, so drängt sich uns die Schamröthe ins Gesicht und die Besorgniß in unser Herz, daß wir noch einmal Aehnliches erleben könnten.

denen Stadien tief beklagenswerthe Analogien bietet. Man hat auf das Neutralitätsjahr 1859 ein Demüthigungsjahr 1860 vorausgesagt. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringen wird, aber die Demüthigung ist schon jetzt nicht ausgeblieben, ja sie folgte rascher als damals unserm neutralen Verhalten noch in dem nämlichen Jahre auf dem Fuße nach.

Viertes Kapitel.

Zur Charakteristik des italienischen Krieges.

Der Friede von Villafranca war ein improvisirter Epilog, der zu unserer Demüthigung und Beschämung gesprochenen wurde, noch bevor das Drama sein vorbestimmtes Ende erreicht hatte. Was durch ihn festgestellt wurde, kann uns daher über die ursprüngliche Natur des Kampfes und die letzten Ziele, welche Napoleon unfehlbar dabei im Auge hatte, nicht täuschen. Diese Feststellungen sind aber so wunderbar überraschender Art, daß man in Preußen sich darauf berufen konnte, um zu beweisen, wie wenig man sich in der wohlwollenden und mäßigen Gesinnung des Kaisers geirrt habe, während sie andererseits Punkte enthalten, welche die Zweifel rechtfertigen, die wir von Anfang an in die Aufrichtigkeit und Lauterkeit seiner Absichten gesetzt haben.

Die Untersuchung über Wesen und Zweck des italienischen Krieges behält demnach ihre ungeschwächte politische Bedeutung, und sie verdient hier umsomehr eine näher eingehende Erörterung als sich daraus einige weitere Anhaltspunkte für die Beantwortung der uns vorzugsweise beschäftigenden Frage gewinnen lassen werden, inwiefern unsere active Betheiligung am Kriege gegen Napoleon im Gebote unserer Pflicht und Klugheit gelegen war.

Kurzsichtige Standpunkte wie die, welche Herr von Schleinitz in seiner diplomatischen Correspondenz an den Tag legt, und wonach in dem Conflict nur das Ergebniß, beklagenswerther Irrthümer und „Mißverständnisse" zu erblicken sei, die das Verhältniß zweier der „großen Kabinette" getrübt, können wir bei unserer Auffassung nicht gebrauchen; sie entziehen sich jeder möglichen Anwendung auf die klar vor Augen liegenden geschichtlichen Thatsachen und ihre Motive.

Die verschiedenen Gesichtspunkte, unter welchen der Krieg möglicherweise gefaßt werden könne, hat am vollständigsten noch vor dessen Beendigung der „Politische Dialog" gezeichnet; doch ist darin nur nachzuweisen gesucht, was der Krieg allenfalls sein konnte, nicht aber, was er seinem eigensten Wesen und Zweck nach war und sein mußte.

Auf diese Untersuchung kam es aber auch dem Verfasser als gutem Politiker gar nicht an, da seine Absicht lediglich dahin ging, zu zeigen: 1) daß man nicht recht wußte, was es für ein Krieg war, ob ein italienisch-nationaler, oder ein französisch-österreichischer, also politischer oder endlich ein napoleonischer; sodann 2) daß wenn der Krieg ein italienisch-nationaler oder ein französisch-österreichischer der deutsche Bund sich in keiner Weise darein zu mischen habe, und 3) daß, weil man nicht wußte, ob es ein napoleonischer Krieg war, der deutsche Bund erst recht nicht vorwärts gehen durfte, da man erst die Absichten Napoleons „sich entwickeln lassen" und dann erst auch in Deutschland „Allarm schlagen" mußte.

Ein so oberflächliches und sophistisches Raisonnement liegt außer dem Kreise unserer Auffassung; und es erübrigt daher nur zu zeigen, daß wir recht gut wissen, einmal was der Krieg seinem innersten Wesen und Zweck nach nicht war, und sodann was er hiernach wirklich war.

Fragen wir zuvörderst, ob der Krieg ein italienisch-nationaler gewesen sei, so müssen wir sagen, daß ihm die Merkmale eines solchen insofern gänzlich abgehen, als nirgends in der Lombardei noch sonst wo in Italien eine Bewegung unter dem Volke nachzuweisen war, woraus erhellt, daß der Gedanke des Kriegs gegen die Oesterreicher aus der großen Masse des Volks hervorgangen sei. Nur Fürst, Armee und Adel, Advokaten und Ehrgeizige mancherlei Art, nicht aber das Volk haben in Piemont und anderwärts den Krieg gemacht. Dieser könnte daher seinen nationalen Charakter nur dadurch empfangen haben, daß der König von Sardinien, um hier mit dem „Politischen Dialoge" zu reden, als der Repräsentant und zugleich als der Befreier der unterjochten italienischen Nation auftrat, dem sich Napoleon, sei es aus Liebe zu der italienischen Nation oder aus Haß gegen oder aus Furcht vor Oesterreich, als Bundesgenoß beigesellte. Zu dieser Annahme fehlen uns jedoch alle sicheren Anhaltspunkte. Was den Sardenkönig

betrifft, so hat Lord Malmesbury das Richtige getroffen, wenn er in seinem Depeschenwechsel mit Lord Cowley sagt, es habe einen Staat und es habe Personen gegeben, die, um ihr Gebiet zu vergrößern oder ihre persönliche Stellung zu befestigen, zwei mächtige Reiche in Krieg zu verwickeln strebten. Dem Conflict lagen mithin von Seite Piemonts rein persönliche und eigennützige Motive zu Grunde, keine nationale, und dies darf man unstreitig ebenso auch von Napoleon sagen, der die sardinischen Bestrebungen benützte, um Oesterreich wo möglich ganz aus der Halbinsel zu verdrängen und, so schien's, zum Vortheil für sich und seine Familie freies politisches Spiel in Italien zu gewinnen.

Was kümmert ihn die Freiheit oder das Glück des italienischen Volkes, wenn es nur seinem Einfluß sich willig fügt, und der schwächere Bundesgenoß hoffen darf, unter dem Protectorat des stärkeren sein Zepter über dasselbe zu schwingen! War es nun ursprünglich die Absicht, oder scheint es ursprüngliche Absicht gewesen zu sein, Italien zu einem einheitlichen Königreiche unter Victor Emanuels Herrschaft oder, was wahrscheinlicher, zu einem zwei- oder dreitheiligen royalistischen Staatenbunde zu machen, gleichviel, in beiden Fällen leuchtet ein, wie wenig das eine oder das andere im Sinne der seit Dezennien thätigen nationalen Partei Jungitaliens liegen, und wie wenig damit ihren Interessen und Entwürfen für die Zukunft gedient sein konnte. Auch zeigten sich bald Spuren bedenklichen Zwiespalts im eigenen Lager. Mißhelligkeiten zwischen den ruhigen Lombarden und den hitzigen Sardiniern kamen vor und waren auch kaum zu vermeiden; namentlich aber war es der lombardische Ackerbauer, der weder mit den Sardiniern noch mit dem Franzosen sympathisirte, wiewohl freilich die Stimmung auch in dieser Volksklasse sich mehr und mehr nationalisirte. Auch in Toscana, Modena und Parma war der Geist der unter eine drückende militärische Dictatur gestellten Bevölkerung den franco-sardischen Annexionsbestrebungen keineswegs durchaus günstig, und selbst unter den toscanischen Truppen konnten Kundgebungen für den vertriebenen Großherzog, ihren rechtmäßigen Kriegsherrn, nur durch blutige Maßregeln unterdrückt werden. Inzwischen harrte die demokratisch-republikanische Partei, welche in Italien als die bei weitem überwiegende angesehen werden darf, des Augenblicks, wo es ihr vergönnt sein würde, sich an die Spitze

der Bewegung zu stellen, die, wie sie sich zu gestalten begonnen hatte, um ihrer selbst willen, einer populären Geltung nicht genoß. Berichtete doch selbst in Turin eine Correspondenz des „Nord", daß man sich dort über die Schliche der exaltirten Partei und der „Befreier in den Kaffeehäusern" zu beunruhigen anfange, die die Früchte eines Krieges zu genießen trachteten, an welchem sie sich trotz des napoleonischen Aufrufs nicht betheiligt hatten. Die national-italienische Partei verfolgt ganz andere Zwecke und Ziele, als Victor Emanuel und Napoleon im Sinne haben, und hofft auf Garibaldi, vor allem auf Mazzini, die wohl auch die erste Gelegenheit benützen würden, um sich der Bewegung in ihrem Sinne zu bemeistern, wenn immerhin auch Garibaldi gegenwärtig den legitimen Agitator spielt. Diese Partei ist es, die noch jetzt den beiden Völkerbeglückern überall genau auf die Finger sieht und Schritt vor Schritt wie früher auf ihrer Siegeslaufbahn, so jetzt auf ihren diplomatischen Kreuz- und Queerzügen folgt, um zu rechter Zeit mit ihren Plänen ins Feld zu rücken, die weit über die dynastischen Intentionen Victor Emanuels und Napoleons hinausgehen. Das nationale Interesse war daher von Seiten Letzterer nur ein vorgeschobenes, und wenn selbst in der Romagna das Volk in Massen sich für Victor Emanuel erklärte, so galt dies sicherlich nicht sowohl seinen royalistischen Einheitsträumen, als vielmehr der Hoffnung, durch ihn anderer Zustände als der gegenwärtigen theilhaftig zu werden, wenn sie auch freilich nicht bestimmt sagen konnten, welcher; es galt der Idee der Befreiung, die, wie schon im Kapitel von der Nationalitätenfrage bemerkt wurde, für Völker welche sich gedrückt aber unfähig fühlen, durch selbsteigene Kraft sich dieses Druckes zu entledigen, gerade in ihrer Unklarheit so etwas Einschmeichelndes und Verführerisches hat, und man schloß sich daher dort, soweit solches nicht durch das Einschreiten der päpstlichen Truppen gehindert wurde, dem Sardenkönig, dessen Regierung die nächste Triebfeder der dortigen Aufstände war, unzweifelhaft nur in der Hoffnung an, im günstigen Moment sich von seiner Herrschaft wieder frei zu machen. Uns genügt die hieraus gewonnene Ueberzeugung, daß der Ursprung des Krieges kein nationaler, sondern ein dynastischer war, der dem sardinischen Könige, am meisten aber dem französischen Kaiser zugut kommen sollte; aber auch wir würden, wäre der Krieg wirklich ein rein

nationaler, aus dem allgemeinen und gemeinschaftlichen Verlangen der lombardischen Bevölkerung nach Befreiung von der österreichischen Herrschaft hervorgehender, nicht aber, wie solches der Fall, aufgedrungener gewesen, Oesterreich zugerufen haben: Vergieße nicht unnützes Blut, gib das Land freiwillig auf!

Der Krieg war jedoch zweitens ebensowenig ein rein politischer, der ausschließlich zwischen Frankreich und Oesterreich um Suprematie in Italien geführt wurde und bei welchem es sich also bloß darum handelte, Oesterreichs Macht und Einfluß aus Italien zu verdrängen und dafür die Macht und den Einfluß Frankreichs, als Staat gedacht, an die Stelle zu setzen. Es wäre alsdann nicht die Lombardei als solche der Gegenstand des Streits, deren Eroberung durch den daselbst localisirten Krieg vielmehr nur das Mittel zur Erreichung des angegebenen Zweckes und die Theilnahme Sardiniens am Kriege nur darauf berechnet gewesen, Frankreich zu diesem Uebergewicht in Italien zu verhelfen, damit Sardinien später unter französischem Protektorate die wichtigste Rolle in der apeninnischen Halbinsel spiele. Die nächsten Hauptziele des Krieges wären allerdings damit angedeutet, aber diese Auffassung reicht nicht für das aus, was uns sowohl über die geheimen als die mehr an der Oberfläche liegenden Triebfedern und Zwecke des Kriegs bisher bekannt wurde. So viel ist gewiß, daß Victor Emanuel sich den Zweck des Kriegs und seiner Theilnahme daran in solcher Weise nicht dachte, und wenn Napoleon sich ihn gelegentlich auch so gedacht hat, so gingen seine Pläne unwiderleglich doch viel weiter, als daß sie sich auf das politische Interesse Frankreichs begränzen ließen.

Lord Malmesbury hatte Recht zu behaupten, daß ein französisches Interesse bei dem Kriege nicht auf dem Spiele stehe. Freilich ist das politische Interesse eines Staates eine incommensurable Größe, aber doch nur dann, wenn er ein erobernder ist und seine Bestimmung in der möglichst ausgedehnten Vergrößerung seines Länderbesitzes und seines politischen Einflusses auf andere Staaten sucht. In diesem Fall kann sein Interesse mit dem persönlichen seines Beherrschers zusammenfallen, sofern dasselbe nicht durch Letzteres seine Richtung empfangen hat. Einfluß nach Außen zu gewinnen, dies gebietet jedem Staate allein schon die Pflicht der Selbsterhaltung, aber naturgemäß und vernünftig ist das Ver-

hältniß nur, wenn er sein Interesse durch Gegenseitigkeit mit andern Staaten, nicht durch deren Ausschließung, Unterdrückung oder Vernichtung zu fördern sucht.

Der preußische Dialektiker in dem mehrerwähnten „Politischen Dialoge" scheint eine auf Eroberung ausgehende Staatspolitik für eine ganz vernünftige und vollkommen in sich berechtigte Sache zu halten, und man traut seinen Augen kaum und glaubt, einen Politiker aus dem Zeitalter Macchiavell's oder Richelieu's, das die Völker und Länder wie eine Kaufmannswaare oder ein allgemeines Raubgut behandelte, zu hören, wenn man darin liest, Kriege mit Oesterreich in Italien seien bereits von den französischen Königen Karl VIII., Ludwig XII. und Franz I. geführt worden, und auch Heinrich IV. sei im Begriff gewesen, einen solchen zu führen, als Ravaillac intervenirte; „ein Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich um die Prävalenz in Italien sei aber so handgreiflich für jeden Unbefangenen, so natürlich durch die geographische Lage beider Länder, daß alle Staatsmänner ihn, höchstens während der Krämerpolitik eines Ludwig Philipp, der beständig nur daran dachte, seine Privat-Chatulle zu füllen, für aufgehoben, sonst aber nur für aufgeschoben hielten." Viel richtiger deutete dagegen schon Heeren die nicht auf Eroberung zu richtende Aufgabe Frankreichs an, wenn er in Bezug auf den mit ihm geschlossenen Frieden von 1815 sagt: „Frankreich hat keinen Feind, wenn es keinen haben will." Es heißt in der That aber die Logik nicht auf den Kopf stellen, sondern todtschlagen, wenn unser Politiker den Franzosen das Recht vindicirt, Oesterreich wegen seiner italienischen Besitzungen zu bekriegen, den Oesterreichern aber zumuthet, sich derselben freiwillig zu entäußern, da sie doch nur ein Krebsschaden für Deutschland seien; wenn er nichts dagegen einzuwenden hat, daß Frankreich Oesterreich seine italienischen Provinzen entreißt, jedoch nicht zugeben will, daß Oesterreich diese Provinzen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vertheidige und schütze. Jeder patriotische Bayer aber wird entschieden dagegen protestiren, wenn für die Berechtigung der französischen Eroberungspolitik in Italien ein schon erwähntes Congreßvotum Wrede's, in welchem derselbe die Bekriegung Frankreichs und Oesterreichs in Italien als einen naheliegenden Fall annimmt, geschickt benützt wird, eine Berechtigung die mit allem Nachdruck als eine für unsere

Zeit ungehörige zurückgewiesen werden muß, die der Befreiung und selbstständigen staatlichen Entwickelung der Nationalitäten so laut das Wort redet und verlangt, daß das politische Leben und das Verhältniß der Staaten zu einander auf denselben sittlich-rechtlichen Principien beruhe, wie das gewöhnliche sociale Leben, mit andern Worten, daß die Staatsmoral in ihren Grundsätzen wie Maßnahmen von der „schlichten, bürgerlichen, vernünftigen und religiösen" nicht abweiche. „Fürsten und Völker", sagt Heeren, „sind nicht dazu da, sich einander zu bekriegen, wenn nicht die Noth sie dazu zwingt", und wie tief dieses unerläßliche Gebot völkerrechtlicher Moral selbst unter den kriegerischen alten Römern bereits gefühlt und erkannt war, dies geht aus jener merkwürdigen Thatsache hervor, daß Scipio Africanus Minor in das Gebet, welches bei dem alle fünf Jahre stattfindenden militärischen Census während des Ambilustrimus üblich war und in welchem die Götter angefleht wurden, den römischen Staat stets besser und größer zu machen, die Formel einfügen ließ, die Götter möchten den römischen Staat stets unverletzt erhalten, eine Formel, die auch in spätern Zeiten geblieben ist.

Mißverstand aber und Unkenntniß der Geschichte verräth es, wenn man Oesterreichs Stellung und vielangeklagtes Verhalten in Italien mit Eroberungsgelüsten in Vebindung gebracht und deßhalb die Behauptung aufgestellt hat, daß Frankreich ganz das nämliche Recht in Bezug auf Italien habe wie Oesterreich, nämlich beide hätten keins. Das historische Recht und das Recht der Verträge sind auf Seiten Oesterreichs, und ihm vor allem ist dadurch die Aufgabe zugefallen, nicht nur die eigenen Besitzes- und Rechtsansprüche, sondern überhaupt das staatliche Gleichgewicht in der Halbinsel zu wahren und aufrecht zu erhalten, so lange der Italiener dies nicht selbst vermag.

Nur bei dem falschverstandenen politischen Interesse eines Staats kann derselbe heutzutage seine Bestimmung noch in Eroberungsbestrebungen zum Schaden einer vertragsmäßig begründeten Staatenordnung suchen. Doch wir nehmen an, daß es sich nicht um Eroberung, nicht um ehrgeizige Machtvergrößerung, sondern, Lord Malmesbury's Ausspruch entgegen, um ein wohlbegründetes französisches Interesse gehandelt habe. Wo solches aber zu finden, wüßten wir in der That nicht zu sagen. Es ist uns nicht

bekannt, daß aus dem Besitz der Lombardei und Venedigs in den Händen Oesterreichs Frankreich irgend ein unmittelbarer Schaden oder Nachtheil erwachsen wäre, ebensowenig aus dessen Besatzungsrecht in den Legationen, das nicht angemaßt, sondern theils durch die europäischen Verträge, theils durch freiwilliges Entgegenkommen ihm übertragen und überdies schon längst durch das den Franzosen überwiesene Besatzungsrecht in Rom und Civita Vecchia ausgeglichen war. Aber auch dem sardinischen Bundesgenossen entsprang aus der österreichischen Nachbarschaft kein Nachtheil, und Napoleon konnte nicht deßhalb Oesterreichs Macht und Bedeutung in Italien schwächen wollen, weil mit ihm ein freundnachbarliches Verhältniß nicht zu unterhalten war, weil es Sardinien Beleidigungen zugefügt, mit feindlichem Angriff gedroht und die Grenzen beunruhigt hatte, noch weniger darum, weil Oesterreich auf Eroberungen dachte, oder das Lambardenvolk sich über Bedrückungen beklagte, die es unter österreichischer Herrschaft zu erdulden gehabt. Das Alles war nicht der Fall, vielmehr gingen die Beleidigungen seit Jahren von Napoleons sardinischem Bundesgenossen aus, dieser brach die mit Oesterreich geschlossenen Verträge und that alles Mögliche, letzteren Staat zum Kriege zu reizen.

Da sonach weder zu einem nationalen noch zu einem politischen Kriege zwischen Frankreich und Oesterreich die nöthigen Bedingungen vorliegen, und Napoleon den Krieg unternahm, obgleich kein französisches Interesse dabei auf dem Spiele stand, so leuchtet ein, daß der Krieg unternahm, obgleich kein französisches Interesse dabei auf dem Spiele stand, so leuchtet ein, daß es nur ein persönliches Interesse könne gewesen sein, was ihn zu dem Kriege veranlaßte, mit andern Worten, daß der Krieg, mit dem wir es zu thun haben, ein napoleonischer war, bei welchem Louis Napoleon mit seinen Entwürfen und Zwecken die Hauptrolle und der sardinische König, ohne es zu ahnen, die Rolle eines Beistandes und, sagen wir es nur mit dem entsprechenden Worte, zugleich die des Sündenbocks spielte. Sehr richtig erkennt der Verfasser des „Politischen Dialogs", daß es sich dann nur im ersten Stadium um Italien, in der weiteren Entwickelung des Drama's aber um Deutschland handelte, er hätte kühn hinzufügen dürfen, um die militärische Dictatur Napoleons in Europa, das ihm die diplomatische schon seit Jahren in die Hände gegeben hatte. Nur liegt zwischen der

angenommenen Alternative', daß dies möglich, aber nicht nothwendig noch ein drittes, nämlich daß es das Wahrscheinliche sei, und hiefür spricht eine lange Reihe von Thatsache und Gründen.

Zunächst kann es für uns hiebei sehr gleichgültig sein, wenn in England, das von der Befreiung der schönen hesperischen Halbinsel sich ein Paradiesesglück Europa's träumt, selbst Staatsmänner wie Gladston Napoleons Absichten noch bis zu diesem Augenblick für ehrliche halten, wiewohl freilich nicht ohne die Besorgniß, daß die Erfolge des Mannes ihm den Kopf verdrehen könnten, und wenn man dort von Napoleon eine Verbesserung der italienischen Zustände erwartet, die zeit- und volksgemäßer und daher auch dauernder wären als die seitherigen.

Louis Napoleon hat sich nicht den Kaisertitel beigelegt, um mit seiner Macht auf die für seinen Ehrgeiz allzu engen Grenzen Frankreichs beschränkt zu bleiben; ihm genügt der Umfang des Landes, wie er durch die lästigen Verträge von 1815 vorgezeichnet ist, nicht; er fühlt sich vielmehr berechtigt und berufen, nachdem ja doch diese Verträge schon längst keine Geltung mehr haben, das zerfallene Weltreich seines Oheims wieder aufzurichten, und ihm wo möglich die von diesem erstrebte, aber nicht erreichte Ausdehnung zu geben.

Napoleon III. ist in seinem Charakter, wie in seinen Ideen und letzten Absichten, in der Wahl der Mittel wie der Handlungen ein gefährlicher Abklatsch von Napoleon I. Er ist ein Mann, der kein Recht anerkennt außer dem, das sein eigener Wille vorschreibt, und der nicht bloß, wie Louis XIV. nur sich selbst als den Zweck des Staats, an dessen Spitze er steht, sondern des gesammten europäischen Staatenlebens betrachtet, das er nur als für ihn existirend ansieht, um es nach Umständen beliebig zu ändern und umzugestalten. Er ist aber auch ein Mann, der sich mit halben oder wenigen Erfolgen nicht begnügt, wenn er sieht, daß er weitere erreichen kann. Diese Eigenschaften erklären vieles, was geschah, und lassen ziemlich sicher auf das schließen, was noch geschehen kann.

Wir haben übrigens in diesem Verhältniß etwas zu erkennen, was wir als Buße für uns hinnehmen müssen, als Buße für die Anerkennung Louis Napoleons auf dem selbstgeschaffenen demokratischen Wahlkaiser-Thron, die unstreitig der größte, aber freilich auch kaum zu vermeidende politische Mißgriff war, die unsere legitimen Regierungen theils aus Scheu vor der drohenden Gefahr eines

allgemeinen Krieges, theils in der irrthümlichen Ansicht begingen, das neue Kaiserthum sei der Friede und auf ihm beruhe die Wiederherstellung der durch die Revolution tief erschütterten gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung Europa's. In dieser Anerkennung lag eine stillschweigend gutgeheißene Verletzung der europäischen Verträge von 1815, die das Geschlecht der Napoleoniden für immer von den Thronen Europa's ausschlossen. Was Wunder also, wenn der neue französische Kaiser, der durch diese Vertragsumgehung zur Anerkennung gelangte, trotzdem, daß er bei seiner Thronbesteigung die Versicherung gab, die bestehenden Verträge respectiren zu wollen, und obgleich er noch während des letzten Conflicts zumal gegen Lord Cowley das Recht Oesterreichs auf die Lombardei nicht in Abrede stellte, sich überhaupt nicht mehr durch diese Verträge gebunden erachtete. Alle politischen Verhältnisse waren damit in Frage gestellt, und hätte Louis Napoleon sich auch niemals als Geheimbündler zur Befreiung Italiens verschworen und, um den rächenden Dolchstößen und Revolvers seiner Mitverschworenen zu entgehen, sich auch niemals kopfüber in die trügerische Sturmfluth eines neuen europäischen Revolutionskrieges gestürzt, früher oder später würde ihn die tollkühne Abenteuerlichkeit eines durch Familientradition überkommenen maßlosen Ehrgeizes, ja selbst die noch ungestillte Rache, die er den Besiegern und Unterdrückern seines Oheims zugedacht haben mag*), wenn der rechte Augenblick erschienen, in die Bahn eines Welteroberers hineinreißen. Wir halten deßhalb seine Freundschaft für England und seine Hinneigung zu Rußland nur für einschläfernde Mittel, durch welche er zugleich seinen Hauptgegner, nämlich das in constitutioneller Gesetzmäßigkeit voranschreitende, der Revolution wie dem militärischen Despotismus gleich abholde Deutschland, in Schach zu halten und zu schwächen, ja womöglich für immer unschädlich zu machen hofft, und zweifeln nicht einen Augenblick, daß, wäre dies Ziel erreicht, seine dadurch zur Unüberwindlichkeit gesteigerte Macht sich gegen England

*) Der Angeklagte von Boulogne betrachtete drei Dinge als die Aufgabe seines Lebens: un principe, un cause, une défaite. „Das Prinzip, die Volkssouveränetät", erklärte er vor dem Pairshofe, „habt ihr anerkannt; der Sache, dem Kaiserthum, habt ihr gedient, und die Niederlage wollt ihr alle rächen.

und weiterhin gegen Rußland wenden würde, die ihm die Herrschaft über die europäischen Meere bereits eingeräumt haben. Ein Wunder wär's, wenn ein Mann wie Louis Napoleon, der Erbe und Testamentsvollstrecker seines großen Oheims, sich nicht in so ausschweifenden Träumen, oder dürfen wir schon sagen Entwürfen? wiegte, und wer möchte behaupten, daß einem so einheitlichen, unbeugsamen und thatkräftigen Willen gegenüber, bei der Zerfahrenheit der englischen Parteizustände und bei der innern Schwäche des russischen Kolosses eine Verwirklichung dieser Träume für immer eine Unmöglichkeit wäre?

Wir haben schon oben in dem Kapitel von der Nationalitätenfrage die weitschichtigen Grenzen der Länder im Umrisse gezeichnet, auf welche die napoleonischen „Befreiungsideen" zunächst gerichtet sein würden. Der italienische Krieg war ein Schritt zu diesem Ziele, ein versuchsweise zur Prüfung der eigenen Kräfte und zur Sondirung der europäischen Stimmung unternommenes Vorspiel zu dem Drama der Welteroberung, das die düster verschlossene Seele des Neffen so ernst beschäftigt. Der Conflikt kam ihm daher weder ungelegen noch unerwartet, bei ihm war der Krieg eine längst beschlossene und ausgemachte Sache, nicht nur als einziges Mittel, im Fall des Gelingens sich auf dem stark unterwühlten despotischen Throne zu befestigen, sondern auch um den Weg zur Durchführung seiner weiteren Pläne anzubahnen, ein Krieg von absolut europäischer Bedeutung, der bestimmt war, dem politischen Gleichgewicht von Europa eine andere Haltung und Gestalt zu geben.

Hatte die Cooperation Napoleons von Anfang an durchaus nicht den Zweck, wie sich Leichtgläubige aufbinden ließen, den angeblich von Oesterreich angegriffenen sardinischen Bundesgenossen befreien zu helfen, so zeigten die ersten Schritte, welche er that oder geschehen ließ, seitdem er den Fuß an die genuesische Küste gesetzt, daß er nicht nur gesonnen sei, in den Grenzen einer so wenig dankbaren Aufgabe zu bleiben, sondern selbst über die weitere, das lombardisch-venetianische Königreich von Oesterreich loszureißen, noch hinauszugehen den Willen habe. Rasch fand er das rechte Wort, zur Verschleierung seiner ehrgeizigen Pläne, als einmal die Scheu überwunden und der Krieg beschlossen war, indem er vor seiner Abreise zur Armee feierlich erklärte, Italien frei machen zu wollen von den Alpen bis zum adriatischen Meer. Aber auch das

war nur Trug, wie die Präliminarien des Friedens von Villafranca unwiderleglich beweisen.

Napoleon, ein letztes unverrückbares Ziel im Auge, und hiernach die Umstände theils bemessend, theils bestimmend, spielt nur mit seinen Versprechungen, seinen Entwürfen und Handlungen; ihn berührt an und für sich weder ein französisches noch ein italienisches Interesse; all sein Thun und Lassen, sein Denken und Wollen ist ein napoleonisches und nur darauf gerichtet, die traditionellen revolutionär-despotischen Ideen der Napoleoniden in einer allgemeinen Umgestaltung des europäischen Staatensystems zu verwirklichen.

Diesen napoleonischen Charakter verläugnete auch der italienische Krieg in keiner seiner Entwickelungsphasen, am allerwenigsten aber in seinem unerwarteten Ausgange, und es wäre daher kaum nöthig zu weiterer Bestätigung an jene Vorgänge zu erinnern, welche die Halbinsel während dieses Krieges ungehindert zu einem Schauplatz allgemeinen Umsturzes machten, hätte man nicht versucht, Louis Napoleon von jeder Betheiligung hieran freizusprechen.

Allerdings können wir den Sturz der rechtmäßigen Regierungen von Toscana, Modena und Parma und die Vertreibung der Landessouveräne, denen man nicht gestatten wollte, von ihrem oberherrlichen Rechte, neutral zu bleiben, Gebrauch zu machen, als die Folgen von Soldatenemeuten betrachten, die durch sardinische Emissäre angezettelt waren; wir können ebenso das wider alle völkerrechtliche Praxis laufende, dem Convent im ersten französischen Revolutionskriege glücklich nachgeahmte Verfahren, wonach alle Städte und Landesgebiete, welche die siegreichen franco-sardischen Truppen besetzten, ohne erst die künftigen Friedensbestimmungen hierüber abzuwarten, als wirkliches Raubgut außer rechtlichen Verband mit Oesterreich erklärt und dem Königreich Sardinien einverleibt wurden, als Willkürakte der sardinischen Regierung ansehen; wir können endlich die Revolutionirung des Kirchenstaates, die gleich nach dem Abzug der Oesterreicher aus den Legationen zu Gunsten Victor Emanuels von Stadt zu Stadt sich verbreitete und selbst in Rom, wo General Goyon wohl etwas zu voreilig und unvorsichtig die Larve der Mäßigung fallen ließ, einen leicht entzündlichen Herd und Alles vorbereitet fand, um auch hier wie anderwärts die Dictatur des Sardenkönig zu proclamiren, gleich-

falls für ein Werk sardinischer Emissäre und Einflüsse halten; aber Niemand wird uns überreden, daß dies alles Monate lang habe geschehen können ohne Vorwissen und Zustimmung Napoleons, daß diese allgemeine Trübung und Verwirrung der italienischen Zustände nicht in dessen Kram gepaßt, nicht in seinem Plane gelegen habe, und der Zweck des Kriegs kein anderer gewesen sei, als die Befreiung Italiens von der Herrschaft des Fremden oder die Förderung eines französischen Staatsinteresses. Wer dies behauptet, belügt einfach nur sich selbst. Napoleon verfolgte ganz andere Zwecke und Ziele, und es ist kein Zweifel, daß er ihnen gemäß bei allem, was geschah, die Hauptfäden leitete, sie nach Umständen vorschob und wieder zurückzog, bis er es für angemessen fand, völlig neue Saiten aufzuspannen, deren ganz anders lautender Klang uns indeß in unserm Urtheil nicht irre machen kann.

Der Umschlag erfolgte bald nach der Schlacht von Solferino. In sehr übler Laune sah man Anfangs Juli den Grafen Cavour aus dem napoleonischen Lager zurückkehren, wo es sich bei seiner Zusammenkunft mit dem Kaiser um die römische Frage gehandelt hatte. Natürlich würde man dem sardinischen Minister ohne weiteres gestattet haben, im Kirchenstaat wegzunehmen, was ihm beliebe, hätte es nur Cardinal Antonelli herausgegeben. Dies geschah aber nicht, und so trat das auf solchen Wechselfall, wie es scheint, nicht berechnete Drama in eine neue Phase.

Fand es inzwischen die franco-sardische Redlichkeit für gut, einen andern Ton anzustimmen, erklärte Victor Emanuel der an ihn entsendeten Deputation aus Bologna, daß er die ihm angetragene Militär-Dictatur ablehne und das Papstthum nichts von der Unabhängigkeit der Halbinsel zu fürchten habe, so war dies nur eine Bewilligung, die der König, wie sich von selbst versteht, auf Veranlassung und im Namen Napoleons, — dem Drange der Umstände, dem Uebergewicht der ideellen, mit dem Bannstrahl drohenden Macht des heiligen Vaters und der die christlichen Gemüther tief und angstvoll durchdringenden Mißbilligung des gegen den Papst und sein weltliches Reich eingeleiteten Willkührverfahrens zu machen genöthigt war, und wir haben daher die Ehre, welche dem Papste durch den Frieden von Villafranca als designirter Vorsitzender der italienischen Conföderation zugedacht ist, nur als ein weiteres Zu-

geständniß an die katholische Christenheit zu betrachten, deren gewichtvolle moralische Stimme bei allen die weltliche Macht des Papstes betreffenden Fragen Napoleon kennt und zu rechter Zeit, natürlich im eigenen, selbstsüchtigen Interesse auch zu achten und zu würdigen weiß. „Ein neues Zeitalter des Ruhmes für den Kirchenstaat", sagte Napoleon am 12. October zu dem mit dem Freimuthe eines unabhängigen Kirchenfürsten ihn begrüßenden Erzbischof von Bordeaux, „wird an dem Tage beginnen, wo jeder meine Ueberzeugung theilt, daß die weltliche Macht des Papstes nicht der Freiheit und Unabhängigkeit Italiens entgegensteht." Wie aber, wenn dieser Tag niemals eintritt, wenn die Beunruhigung, welche der Kaiser für den Fall zu empfinden bekannte, daß Rom von den französischen Truppen geräumt werden müsse, vordeutend das künftige Geschick des Kirchenstaates ahnen läßt, der unter der Scheinherrschaft des Papstes etwas anderes als französisches Gebiet zu werden schwerlich bestimmt ist?

Allen friedlichen Versicherungen und der Verleugnung des italienischen Königthums Victor Emanuels durch den Moniteur zum Trotz, hatten wir daher die den päpstlichen Ländern angeblich zugestandene Unabhängigkeit doch nur als eine bloße Täuschung zu betrachten, da es nicht denkbar, daß der Papst die Ruhe seiner Staaten für die Dauer aufrecht erhalten konnte, wenn ringsumher alles in Feuer und Flamme steht, die alten Formen stürzen und nur das päpstliche Regiment etwa noch im früheren Geleise beharren wollte. Denjenigen aber, welche die franco-sardinischen Vorspiegelungen für baare Münze nahmen und nicht einsehen wollten, daß sie nur darauf berechnet waren, der bedenklichen Welt Sand in die Augen zu streuen, um unangefochten das falsche Spiel zu Ende zu führen, dürfte freilich nach der Einnahme des insurgirten Perugia durch die päpstlichen Söldlinge die Augen aufgegangen sein, da sich hier unter den von der provisorischen Revolutionsregierung zurückgelassenen Papieren telegraphische Depeschen des Grafen Cavour vorfanden, welche die Mitschuld dieses sardinischen Ministers an der Bewegung in Perugia, hiermit wohl aber auch seinen Antheil an den übrigen Umsturzversuchen im Kirchenstaat außer Zweifel stellten. Fast scheint es aber, als sei die vorläufige Ruhe im Kirchenstaat mit dem Aufgeben der päpstlichen Neutralität erkauft worden, wenn es wahr ist, was ein Turiner Telegramm vom

5. Juli meldete, daß Cavour der Junta von Bologna angezeigt habe, Sardinien könne zwar den Anschluß der Romagna an Piemont nicht annehmen, werde aber die Streitkräfte dieser Provinz dirigiren, um sie für die Unabhängigkeit Italiens zu verwenden. Klüglicherweise aber haben es die romagnolischen Revolutionsjunten, obgleich sie den Anschluß Centralitaliens an Piemont längst ausgesprochen, bis zu dieser Stunde vermieden, durch diplomatische Schritte ihre politische Existenz nach außenhin kundgegeben.

Dahingestellt bleibe, inwieweit die zur Zeit des Krieges in den Blättern umlaufende Nachricht begründet war, daß auch dem jetzt regierenden Könige von Neapel befohlen worden sei, die Neutralität, welche er bis dahin behauptet, aufzugeben und sein Heer mit dem der Verbündeten zu vereinigen, widrigenfalls die Emeute der Rebellion gegen ihn losgelassen und die bevorstehende Theilung Italiens ohne Rücksicht auf ihn vorgenommen werden würde; unwahrscheinlich ist sie nicht, und bestätigte sie sich, so läge darin ein weiterer Beweis, daß der Krieg nicht für die Völkerbefreiung Italiens oder für ein französisches Interesse, sondern lediglich für die Verwirklichung napoleonischer Ideen unternommen wurde.

Daß die italienische Land- und Staatenkarte längst gemacht war, wissen wir, und vergleichen wird damit gewisse Enthüllungen, welche die Allgemeine Zeitung in einer Correspondenz vom 16. Juni über das Treiben eines deutschen Professors brachte, der seit mehreren Jahren in den intimsten Beziehungen zum Prinzen Jérome Napoleon steht und von dem behauptet wird, daß er bereits Mitte vorigen Jahres von Letzterem in die bonapartistischen Pläne eingeweiht worden sei, Enthüllungen, deren Glaubwürdigkeit wir wenigstens in den die politischen Dinge betreffenden Angaben anzuzweifeln keine gegründete Ursache haben, so handelte es sich bei dem Kriege wider Oesterreich in seinen letzten Zielen um Gewinnung von Thronen für Jérome, Murat und den Großfürsten Constantin, außerdem um territoriale Vergrößerung Frankreichs und territoriale Verminderung Deutschlands. Hierin aber hätte wir Zwecke zu erkennen, die keinenfalls allein in Italien zu erreichen waren und eine nicht durch freie Vereinbarung, sondern durch Waffengewalt herbeigeführte Umgestaltung der europäischen Staatenverhältnisse voraussetzten, die in allen Fällen hauptsächlich nur

dem dynastischen Interesse der Napoleoniden zugut gekommen wäre. Wir wollen hierbei von einer Vermuthung der Independance Act nehmen, welche noch erst jüngst (Mitte October) sich dahin äußerte, als Preis dafür, daß Napoleon sich anheischig gemacht, Toskana's Einverleibung in Sardinien zu verhindern, könnte Oesterreich sich mit Frankreich wegen Bildung eines etruriſchen Königreichs unter einem Napoleoniden verstehen, einer Bildung mithin, die wunderlicherweise dahin zu denken wäre, daß sie neben der Restauration des Großherzogthums Toscana ins Leben träte. Was die angenommene Entschädigung der nicht restaurirten Herzöge im Orient betrifft, so wäre sie freilich höchst zweifelhaft. Uebrigens hat man des Prinzen Napoleon Canditatur um den Thron von Toscana in Paris zu keiner Zeit dementirt.

Auf das „revoir à Munich", das Napoleon beim Abschiede einer nach München reisenden Dame zugerufen haben soll, legen wir keinen Werth, denn daß Napoleon wohl gern einmal in München als Sieger, oder sei es auch nur als gern gesehener Gast einzöge, versteht sich von selbst. Wichtiger ist, was der Franzosenkaiser, zum Theil im Einverständniß mit Rußland, in den Ländern ostwärts der Adria im Innern der Hämushalbinsel wie an den Ufern der Theiß und untern Donau bis tief in den Orient nach Persien hinein für jene kühnen Pläne seit langem vorbereitet. Mit einem weitverschlungenen Netz politischer Verwickelungen sind dort Völker und Regierungen umsponnen, dessen hin- und wiedergehende und vielfach sich durchkreuzende Fäden der französische Imperator mit kluger und fester Hand leitet. Kühle, egoistische Gemüther, wie der Preuße des „Politischen Dialogs", sehen in dem Allem nichts Verfängliches, sondern nur Maßregeln, um den Hauptzweck: die Losreißung und Befreiung der Lombardei von Oesterreich sicher zu erreichen. Doch man geht nicht nach Constantinopel oder Teheran, um Mailand zu erobern und sucht nicht in den Thälern der Czernagora und an den Stromschnellen der Dumbowitza oder des Pruth sich gute Freunde und Bundesgenossen zu erwerben, oder Einfluß und Ansehen zu gewinnen, um die Oesterreicher hinter den Mincio oder die Etsch zurückzutreiben. So gewiß ist, daß wir es hier nicht mit einem national-italienischen noch mit einem französisch-österreichischen, sondern mit einem napoleonischen Kriege zu thun hatten.

Aber die revolutionären Geister, die der Imperator heraufbeschworen, lassen ihn nicht mehr los, wie sehr er sich ihnen auch mitten im Siegeslauf zu entziehen beflissen war, und die durch die Eigenliebigkeit seiner Zwecke bedingte Arglist, womit Napoleon über die letzten Ziele seines Wollens und Handelns zu täuschen weiß, werden ohne Zweifel vor allem seine Bundesgenossen und Anhänger zu büßen haben. Thorheit wär's, von einem Machthaber, der sich mit „welterschütternden" Ideen trägt, wenn ihm die Umstände günstig, Mäßigung, Dankbarkeit, Wohlthaten und dergleichen schöne Dinge zu erwarten. Louis Napoleons Sache ist dies nie gewesen, und moralische Bedenklichkeiten, betrafen sie nun Feinde oder Freunde, vermochten nicht, ihm jemals die Stimmung zu verderben oder zu andern Entschlüssen zu bewegen, als die er selbst der augenblicklichen Lage für angemessen erachtete. War mithin, wie nicht zu zweifeln, der Krieg seinem ursprünglichen Wesen und Zweck nach ein napoleonischer, so mußte er naturgemäß in einem europäischen Kriege endigen, und nur in dem Falle hatte man dieß nicht zu gewärtigen, wenn Napoleon aus momentanen Gründen es für geeigneter hielt, jene Mäßigung eintreten zu lassen, auf welche die Kaiserin-Regentin wohlüberlegt hindeutete, als sie im Beginn des Krieges das erste Mal zu dem versammelten Staatsrath sprach, eine napoleonische Mäßigung, die sich zur rechter Stunde mit einem vorläufigen Aufgeben ihrer Pläne begnügt, um sie zu gelegener Zeit mit umfassenderen Vorbereitungen wieder aufzunehmen.

Für unsere auf diesem Punkte angelangte Betrachtung war die uns rasch hintereinander treffende Nachricht von der Schließung des Waffenstillstandes und des Friedens zwischen Napoleon und dem Kaiser von Oesterreich, insofern von Bedeutung, als der Gedanke zum Waffenstillstand wie zum Frieden in dem Maße unmittelbar und ausschließlich von dem Kaiser Napoleon ausgegangen war, daß weder Graf Walewski, noch viel weniger Lord Russell, aber auch wie es scheint, selbst der Sardenkönig nicht eine Ahnung davon hatten. In dem Abschluß des Waffenstillstandes ist von Victor Emanuel nicht mit einer Silbe die Rede, und auch der nur wenige Tage später folgende Friede wurde ohne Hinzuziehung des Königs geschlossen. Bedenken wir aber, daß Sardinien diejenige Macht war, gegen welche Oesterreich ursprünglich den Krieg

begann und führte, so haben wir vollkommenen Grund, in der gänzlichen Umgehung dieser Macht beim Vollzug des Friedenswerkes einen sehr erheblichen weiteren Beleg für die Richtigkeit der seither gewonnenen Anschauung zu erblicken, nach welcher wir den Krieg wesentlich für einen napoleonischen glaubten halten zu müssen, einen Krieg, der die Ruhe und den staatlichen Rechtsbestand Europa's ausschließlich von der Laune eines einzigen Mannes abhängig machte.

Um zu unserer Auffassung zu gelangen, hatten wir nicht nöthig, den ganzen Verlauf der Ereignisse abzuwarten. Vom ersten verhängnißvollen Wort an, womit Napoleon Europa aus seinem glücklichen Friedenstraume aufrüttelte, wußten wir, daß der Krieg, der ihm folgen mußte, ein napoleonischer sein werde. Wir standen mit dieser Auffassung nicht allein. Ganz Süddeutschland theilte sie mit uns, und insbesondere war es Oesterreich, welches diesen Standpunkt vom Anfang an unveränderlich festhielt und ihm auch in der Sendung des Erzherzogs Albrecht an den preußischen Hof, wiewohl leider vergeblich, schon im April Geltung zu verschaffen suchte. War dieser Standpunkt unzweifelhaft der allein richtige so ergab sich die Nothwendigkeit eines deutschen, wenn nicht europäischen Krieges gegen Napoleon und als letztes Ziel desselben Napoleons Sturz daraus von selbst. In Preußen gelangte man, wie ausführlicher im ersten Capitel dieser Schrift dargethan ist, erst sehr spät, nachdem im Fortgange des Krieges Napoleon seine Operationslinie bis weit über den Ticino hinaus verlegt hatte, zu der Ansicht, daß es sich hier nicht um die bloße Abwehr eines, wie man annahm, von den Oesterreichern ausgegangenen Angriffs, die durch die Schlacht von Magenta und die Zurückschlagung der Oesterreicher hinter die Ticinolinie vollkommen erreicht war, sondern um einen Angriff Napoleons auf Oesterreich handele, der die Sicherheit Deutschlands und des gesammten staatlichen Rechtszustandes von Europa ernstlich gefährde. Nur leider blieb hinter der Lebhaftigkeit, womit der Prinz Regent diese Ansicht sich zu eigen gemacht hatte, die kühle diplomatische Weisheit des Herrn von Schleinitz allzuweit zurück, und die Maßregeln, welche demzufolge das Kabinett traf, um der drohenden Gefahr sicher zu begegnen, entsprachen der Lage der Dinge in jeder Beziehung so wenig, daß man billige Zweifel hegen darf, ob denn überhaupt

je in dem Maße, als uns die Blätter glauben machen wollten, in Preußen die Ueberzeugung von dem napoleonischen Ursprung und Zweck des Kampfes, von den „Invasionstendenzen des Imperialismus", um hier mit einem passenden Ausdruck Mazzini's zu reden, Platz gegriffen.

Fünftes Kapitel.

Waffenstillstandsgedanken.

Wie unbedeutend der Erfolg sein mochte, den die mit dem bewaffneten Auftreten Preußens in Verbindung stehenden Friedensbemühungen in Aussicht stellten, Niemand vermag doch andrerseits zu verkennen, wie wenig die militärischen Maßregeln, welche Preußen zur kräftigeren Unterstützung seiner Vermittlungsversuche und, so hoffte man, eventuell zu activem kriegerischen Vorgehen theils selbst anzuordnen, theils durch Bundesbeschluß ins Leben zu rufen für zweckmäßig erachtete, ihre Wirkung auf die französische Regierung und namentlich auf Napoleon selbst verfehlt haben. Mochte der Boulevard von dem Ruf: Les Prussiens sont des l'âches wiedertönen und Graf Walewski in seiner an die französischen Gesandtschaften bei den deutschen Regierungen gerichteten Note vom 20. Juni immerhin versichern, daß die von Preußen ergriffenen Maßregeln der französischen Regierung keine Unruhe einflößen, der Erlaß dieser Note selbst und das ängstliche Bemühen, Deutschland von dem Unrecht zu überzeugen, das es begehen würde, wenn es Oestereich helfen wollte*), bezeugen das

*) Die Note bediente sich des bekannten Kunstgriffes, die Anklage auf den Kläger zurückzuschieben. Sie legte die Verletzung der europäischen Verträge Deutschland für den Fall zur Last, wenn es Oesterreich in der Vertheidigung eines nichtdeutschen Besitzthums beistehe, eine schon in früheren Kapiteln dieser Schrift hinreichend gewürdigte Anschauung, die sie mit dem gleichfalls schon besprochenen Rundschreiben der russischen Regierung an die deutschen Höfe theilte. War es für eine Regierung wie die französische, die seit Monaten durch die That bewiesen, daß für sie die europäischen Verträge nicht existiren, mindestens gesagt, kühn, Deutschland, das zum Schutz dieser Verträge seine Waffen mit denen Oesterreichs zu vereinigen wünschte, für diesen Fall einer Verletzung derselben Verträge und einer Störung des europäischen

Gegentheil. Die Note war offenbar ein Product der Furcht, welche die neuesten Vorgänge in Deutschland der französischen Regierung trotz gegentheiliger Versicherungen einflößten. Bei dem Ernst der Verstimmung in Deutschland war auf eine dauernde Entzweiung zwischen den Bundesgliedern nicht zu rechnen, wieviel auch von Preußen aus geschah, letztere aufrecht zu erhalten. Man faßte daher in Frankreich die Lage so auf, daß Deutschland früher oder später in den Fall kommen könne, die Sache Oesterreichs zu der seinigen zu machen, und dann hätte Napoleon seine Truppen aus Italien zurückziehen müssen, um sie an den Rhein zu werfen, was für die Sache Italiens eine ernstliche Bedrohung zur Folge gehabt haben würde. Der Dreistigkeit aber, mit welcher in der Walewski'schen Note vom 20. Juni die Furcht auftrat, kam nur die Keckheit gleich, mit welcher darin die Bereitwilligkeit der französischen Regierung angekündigt war, an den Verhandlungen der europäischen Großmächte theilzunehmen, die durch die preußische Vermittlung in Aussicht gestellt waren. Man hatte sich dabei für das eigene Vorgehen eine weite Hinterthür offen gelassen, indem es hieß, daß Frankreich weit davon entfernt, die Mitwirkung aller Mächte zur Sanction der Regelung der italienischen Frage abzulehnen, im Nothfall und geeignetem Augenblick vielmehr selbst hiezu Anlaß geben werde. War die Bemerkung, die militärischen Maßregeln Preußens flößten der französischen Regierung keine Unruhe ein, eine Sottise, so war diese Wendung ein Hohn, nicht nur etwa für Deutschland, sondern allen europäischen Großmächten an die Stirn geworfen, denen man damit erklärte daß man ihre Mitwirkung im geeigneten Augenblicke wohl zur Sanktion der Regelung der italienischen Frage in

---

Gleichgewichts anzuklagen, das durch den napoleonischen Krieg gegen Oesterreich, wie man behauptete, ganz und gar nicht bedroht sei, so war es andrerseits gewiß eine sehr naive Forderung, der deutsche Bund solle mit vollem Vertrauen der Entwickelung des Kampfes zusehen, bei welchem weder seine Interessen noch seine Rechte im Spiel seien, als hätte uns erst Frankreich darüber zu belehren, wann wir unsere Interessen und Rechte für gefährdet zu halten haben und als sei überhaupt eine Gefährdung der Integrität und Sicherheit Deutschlands nicht gegeben, wenn Oesterreich einen Krieg mit Frankreich als europäische Großmacht, nicht aber in seiner besondern Stellung als deutscher Bundesstaat führe.

Anspruch zu nehmen bereit sei, nicht aber zur Regelung dieser Frage selbst, ein Hohn, aus Siegestrunkenheit und Bangigkeit gemischt, der für uns den Vortheil hatte, nach einer Periode der schönen Redensarten und gleisnerischen Versicherungen wohlwollender Gesinnung endlich die Maske fallen und das wahre Gesicht darunter zum Vorschein kommen zu sehen.*)

Mit der preußischen Mobilmachung war aber unläugbar eine entscheidende Wendung des Dramas eingetreten, und wir irren gewiß nicht, wenn wir damit auch die merkwürdige und überraschende Thatsache in Beziehung bringen, daß Kaiser Napoleon seinem überwundenen Gegner die Hand zu einem Waffenstillstand bot, der bestimmt schien, längere Zeit dauern zu sollen.

Wohl mochte es sein, daß die Opfer, welche die bisher siegreich erkämpften Schlachten den Alliirten, zumal den Franzosen gekostet, und der weitere Feldzug mit der in Aussicht stehenden langwierigen Belagerung zweier in den fieberreichen Sümpfen des Minciothales gelegenen Festungen in der heißesten Jahreszeit noch gekostet haben würde, sowie der bedenkliche Gesundheitszustand der Armee dem Kaiser der Franzosen eine längere Waffenruhe wünschenswerth erscheinen ließen, mochte sein, daß die geschwächten militärischen Kräfte Napoleons, ohne die Gebiete am Rhein zu entblößen, ihre entsprechende Wiederherstellung nicht finden konnten und eine Entscheidung auf italienischen Schlachtfeldern daher nicht zu hoffen war;**) aber der Hauptgrund zu dem Waffenstillstands-

*) Tritt denn aber nicht jetzt ein, was die Note längst verkündigt, und lassen sich wohl die europäischen Regierungen auf den bevorstehenden Congreß zu etwas anderem einladen, als um geschehene Dinge und was Napoleon sonst noch geschehen machen will, wenn sie nicht Krieg haben wollen, zu sanctioniren?

**) Die französischen Blätter machten hieraus kein Hehl. Der Verlust der französischen Armee betrug seit Eröffnung des Feldzugs ungefähr 45,000 Mann an Gebliebenen, Verwundeten, Gefangenen und Kranken, in Folge der zunehmenden Hitze verbreitete sich der Typhus mehr und mehr, und da selbst an den nothwendigsten Existenzmitteln Mangel einzutreten anfing, auch das Belagerungsgeschütz noch nicht eingetroffen war, so blieb nur die Wahl zwischen dem Rückzug hinter den Mincio oder der Fortsetzung des Feldzugs gegen einen noch keineswegs vernichteten Feind, der von jetzt an die Gunst des Terrains für sich hatte. Der Rückzug soll für den Fall des Nichtzustandekommens der Einigung zwischen beiden Kaisern eine beschlossene Sache gewesen sein.

Erbieten lag wohl jedenfalls in dem Umstande, daß für die „napoleonische Mäßigung" jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen war, sich geltend zu machen. Ein wenn auch immer noch nicht wahrscheinlicher, sondern nur erst im Reiche der Möglichkeiten liegender Kampf mit Preußen, dessen Neutralität man für immer sicher in den Händen zu haben glaubte, und dem gesammten übrigen Deutschland, versprach keine dauernden Erfolge, und es mußte daher dem Kaiser Napoleon daran gelegen sein, wie einerseits für seine italienischen Armeen Ruhe und Erholung, so andrerseits Muße zur umfassenden Bildung der „Ostarmee" zu gewinnen, die bestimmt war, dem vom Rhein her durch die militärischen Maßnahmen Preußens und des deutschen Bundes drohenden Angriff zu begegnen.

Selbst dies aber reichte zur Erklärung einer so eclatanten „Mäßigung" nicht hin, und bei einem so kalt berechnendem Verstande wie Napoleon durfte man daher dreist das Herzutreten weiterer, politischer Gründe annehmen, die den Ausschlag gegeben. Ohne Zweifel hoffte er durch sein freundliches, aufopferndes Entgegenkommen sich den Kaiser von Oesterreich zu verpflichten und den Weg zu einem Vergleich mit ihm anzubahnen, der den doppelten Zweck hatte, einmal dem blutigen Kriege, der bei der großen Ausdehnung, die er anzunehmen drohte, sich jeder Berechnung seines Ausganges und seiner Folgen entzog, ein schleuniges Ende zu machen, dann aber auch zweitens, was in den Augen des weitsichtigen Franzosenkaisers kein unerhebliches Motiv sein mochte, Preußen in seinen unbefugten Friedensbemühungen zuvorzukommen und hierdurch diesen Staat in der Achtung von Deutschland noch tiefer herabzusetzen, als er durch seine zwecklosen Vermittlungsversuche ohnehin schon stand, mit andern Worten, zu isoliren, auf diese Weise aber auch zugleich die politische Zerklüftung Deutschlands zu verewigen.*)

*) An dem Zustandekommen des Friedens zweifelte Niemand mehr, als sich die Nachricht von einer Zusammenkunft zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen verbreitete, die auf Einladung des Letzteren zu Villafranca stattfinden werde. Ob man einen derartigen Ausgang des Conflicts im deutschen Sinne willkommen heißen durfte, ergibt sich nach dem Obigen von selbst, und es war gewiß kein Zeichen einer einigen Stimmung in Deutschland, wenn man sich in Bayern und anderwärts dieser Zusammenkunft nur aus dem Grunde freute, weil man dadurch dem „preußischen

Preußen war, wie wir wissen, bei seinen Vermittlungsbestrebungen von der Voraussetzung ausgegangen, daß Italien Oesterreich erhalten bleibe, hatte dieselbe aber nicht zur Bedingung für den Frieden gemacht und würde sie wahrscheinlich gänzlich haben fallen lassen, wenn Napoleon nicht darauf eingegangen wäre.

Kram" endlich einmal ein Ende gemacht zu sehen hoffte und den Augenblick gekommen sah, wo Preußen für seine monatlangen Berathungen, seine dunkelsinnigen Großmachtsphrasen und thatenscheuen Friedensbemühungen, die verdiente diplomatische Niederlage empfing. Leider hatte diese Stimmung ihre volle Berechtigung; sie zeigte, daß man die Motive und Ziele der Bewaffnung Preußens, womit es seine Vermittlungsversuche begleitete, ihrem ganzen Werthe nach zu würdigen wußte und Blätter, wie die Preußische Zeitung, die Nationalzeitung und die Kölnische Zeitung, vollkommen Recht hatten, auf diese Maßregel kein besonderes Gewicht zu legen, da eine Mobilmachung noch lange kein Krieg sei; sie zeigte, daß man den von Preußen aufs neue eingeschlagenen Weg der Vermittlung nicht nur überhaupt für einen unzulänglichen und erfolglosen, sondern zumal für einen solchen hielt, der unsrer deutschen Macht und Ehre nicht würdig sei. Wir wissen wohl, daß man Absichten und Gedanken der Politik wie des Krieges nicht auf dem Markte auskramt, aber offenes Entgegenkommen, ein aufrichtiges und kräftiges Zusammengehen, eine gegenseitige Verständigung zwischen den hauptsächlichsten Factoren des Dramas wäre noch kein Ausplaudern, kein Preisgeben gewesen. Wie aber die preußische Regierung sich niemals offen über die Motive und Zwecke ihrer Politik und über die Schritte ausgesprochen, die sie zu ihrer Erreichung gethan oder thun wollte, so hatte sie es selbst bei einer so wichtigen Maßregel wie die bewaffnete Vermittlung war, bei welcher man die militärischen Kräfte der deutschen Mitstände in der ausgesuchtesten Weise in Anspruch zu nehmen sich veranlaßt sah, nicht für unangemessen gehalten, letztere über die beabsichtigten Grundlagen der Vermittlung im Unklaren zu lassen, und dafür sich lieber an England und Rußland gewendet, die doch neutral bleiben zu wollen erklärt. Diese Staaten zu ausschließlichen Theilnehmern des Friedenswerkes machen, hieß nichts anderes als auf das eigene Bestimmungsrecht verzichten und unser nationales Thun und Lassen, das Recht über Krieg und Frieden zu entscheiden und unsere eigenen inneren Angelegenheiten zu ordnen, fremden Mächten in die Hände legen, die an unserer Zwiespältigkeit ihre Freude haben und uns alles gönnen, nur nicht unsere politische Mündigkeit. Das deutsche Volk wollte aber schon längst keine Vermittlung mehr, sondern den Krieg, es wollte keine Abschlagszahlungen auf den künftigen Frieden, der in allen Fällen nur mit den Waffen in der Hand erzwungen werden konnte, am allerwenigsten jedoch ein Schlichtung und Anordnung unserer nationalen Angelegenheiten durch fremde Einmischung, die von jeher an allem Unglück Schuld war, das Deutschland betroffen und es um Land und Leute, um Einigkeit und Macht, um Ehre und Freiheit gebracht hat.

So viel wenigstens ist unzweifelhaft gewiß, daß die Vermittlung Oesterreich den Frieden schlimmsten Falls nur auf Grund bedeutender Concessionen verschaffen wollte.

Hat Napoleon, wie nicht zu zweifeln, um die Vermittlungstendenzen Preußens gewußt, so war dies offenbar für ihn ein Grund mehr, den Waffenstillstand anzutragen, um freie Hand bei Schließung eines Friedens mit Oesterreich zu haben, den er nicht Preußens beiderseits unwillkommenen Bemühungen, sondern zu dessen Beschämung, dem eigenen Willen zu danken haben wollte. Von seiner Klugheit und richtigen Abschätzung aller Verhältnisse war daher bei dem völlig unangemessenen und zweideutigen Verhalten Preußens, das ohne Einverständniß mit Oesterreich und den übrigen deutschen Bundesgenossen handelte, unfehlbar anzunehmen, daß er Oesterreich in Bezug auf dessen italienischen Besitzstand günstigere Bedingungen bieten würde, als es unter den obwaltenden Umständen von Preußen zu erwarten hatte.*) Wenn somit die „Patrie" nach dem Abschluß des Waffenstillstandes es für nöthig erachtete, mit Berufung auf das Programm des Kaisers Napoleon, das derselbe vor seiner Abreise zur Armee gezeichnet, zu behaupten, wenn Friedensunterhandlungen stattfinden sollten, so könnten sie zur einzigen Grundlage nur die vollste Unabhängigkeit Italiens von den Alpen bis zum adriatischen Meere haben, so war dies wohl den Plänen angemessen, mit welchen Napoleon in den Krieg zog, nicht aber der veränderten, von ihm mit vollkommener Klarheit

*) Unstreitig auf diese Umstände ist eine mysteriöse Bemerkung des diplomatischen Pariser Correspondenten der Indepedance Belge aus jene Zeit zu beziehen, worin es hieß, der Kaiser Franz Joseph, verlassen von allen Alliirten, auf die er gezählt, habe diese auch noch geneigt gesehen, im Bunde mit dem Sieger ihm einen schmerzlichen Frieden aufzuerlegen. Waren die Debats falsch berichtet, oder wollten sie selbst absichtlich falsch berichten, wenn sie damals behaupteten, daß die Vermittlung als erste Bedingung das Aufgeben aller italienischen Besitzungen von Seiten Oesterreichs in Uebereinstimmung mit dem Manifest Napoleons fordere, so war es andrerseits nur eine preußenfreundliche Conjectur, wenn eine Berliner Correspondenz in der Ostdeutschen Post sich zu derselben Zeit dahin vernehmen ließ, es hieße Preußen kein Verständniß für die wichtigsten Interessen Deutschlands zutrauen, wenn man es für möglich halte, daß die Grundlage der Vermittlung, welche es den kampfführenden Theilen anzubieten gedenke, die Abtrennung des lombardisch-venetianischen Königreichs sein könne.

erkannte Lage der Dinge, die es den Umständen gemäß erscheinen ließ, mit Beschränkung seines ursprünglichen Zweckes, gegen Oesterreich eine Großmuth zu zeigen, die im Vergleich zu dem, was die Vermittlung in Aussicht stellte, nur um so glänzender ins Licht treten mußte. Bei weitem mehr traf dagegen die Times das Richtige, indem sie erklärte, daß trotz der Mäßigung Napoleons Oesterreich nicht erwarten könne, mehr in Italien zu behalten, als es grade besetzt hatte.

So war der Friede für Napoleon zu einer politischen Nothwendigkeit geworden, und ihrer zwingenden Gewalt vermochte sich auch der Kaiser Franz Joseph nicht zu entziehen, als sie unerwartet an ihn herantrat.

Sechstes Kapitel.

Nach dem Frieden.

1. Zur Physiognomik des Friedensschlusses. Die Verträge verletzlich. Congreßnoth. Das österreichische Friedensmanifest. Mystification und wahre Gründe.

So kurz das beklagenswerthe blutige Drama und so unerfreulich das mit ihm zu Tage tretende Schauspiel peinlicher Unentschlossenheit und Thatenlosigkeit war, dem der Friede von Villafranca ein eben so rasches als unerwartetes Ende machte, von so umfassender und tiefgehender Bedeutung werden die Folgen sein, die an seinen Abschluß sich knüpfen.

Zwei Umstände aber waren es hauptsächlich, wodurch dieser Friede sein hervorragendes Gepräge empfing, einmal, daß der Gedanke und Anlaß dazu von dem siegreichen Theile der kriegführenden Mächte ausging, und sodann, daß die Präliminarien des Vergleichs ausschließlich zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser von Frankreich, ohne Beiziehung einer der übrigen Großmächte und ohne Rücksicht auf die preußischen Friedensbemühungen, ja selbst ohne Betheiligung des sardinischen Königs, des kriegführenden Hauptgegners von Oesterreich, abgeschlossen und sonach lediglich von einer völlig selbstständigen Vereinbarung zwischen den beiden erstgenannten Machthabern, nicht aber von einer europäischen Vermittelung abhängig gemacht wurde. Und doch schließen die Bestimmungen desselben eine Abänderung der europäischen Verträge zunächst insofern ein, als Oesterreich die Lombardei bis zum Mincio an Napoleon abtrat, und Letzterer dies Gebiet dem König von Sardinien zur Einverleibung in seine Staaten überließ, so daß nur das gesammte Venetianische österreichisch blieb mit der Bestimmung, als besonderes Herzogthum

einen Theil der neuen italienischen Conföderation zu bilden, die unter den Ehrenvorsitz des Papstes gestellt werden soll.

Man hat in dieser Ausschließung der übrigen Großmächte von der Betheiligung am Friedensschluß eine Zurücksetzung derselben erblickt und den friedenschließenden Mächten, zumal dem Kaiser Napoleon, einen Vorwurf daraus machen wollen. Eine Zurücksetzung, und zwar eine auffallend starke ist es, aber keine zufällige und nur etiquettenwidrige, sondern eine absichtliche und verdiente, und den friedenschließenden Mächten einen Vorwurf daraus zu machen, hat unter den bestehenden Verhältnissen Niemand ein Recht, der nicht am Kampfe selbst sich betheiligte. Der Gang der Ereignisse ließ ein anderes Resultat nicht erwarten. Oder sollte Napoleon auf Mächte Rücksicht nehmen, die ihn auf seiner Kriegs- und Siegeslaufbahn ruhig gewähren ließen, ohne ihm ein Halt! zuzurufen und nach Zweck und Ziel seines Vorgehens zu fragen, die an dem Kampf nicht anders theilnahmen, als mit heimlichen Ränken oder blendenden Phrasen, nichtigen Vermittelungsvorschlägen und gemüthlichem Zuschauen aus bequem neutraler Stellung und die dann doch trotz ihrer Neutralität sich anschickten, den kriegführenden Mächten einen unter sich abgemachten Frieden nicht anzubieten, sondern aufzudringen, wozu sie unter den von ihnen selbst herbeigeführten Umständen ganz und gar kein Recht hatten? Oder hätte Napoleon einen europäischen Congreß zusammenberufen sollen, um die Früchte seines Sieges nach langem Hin- und Widerreden seinen Feinden und zweideutigen Freunden in die Hände zu liefern? Wahrlich nein! wir wunderten uns über die Geringschätzung nicht, welche man diejenigen empfinden ließ, die in einer Zeit der allgemeinsten und tiefsten Aufregung nicht den Muth hatten, sich für eine Partei zu entscheiden, und daß weder die englische noch die preußische Regierung auf ihr Ansuchen officielle Mittheilungen über den Friedensschluß erhalten konnten, ja daß selbst dem Bundestage österreichischerseits nur Anzeige vom Abschluß der Friedenspräliminarien, nicht aber Mittheilung über deren Inhalt gemacht wurde. Auch zweifelten wir nicht einen Augenblick, daß Oesterreich und Frankreich die Modalitäten zur Ausführung der Friedensbestimmungen selbstständig unter sich abmachen würden, wozu sie unter den nun einmal obwaltenden Umständen das unbestrittene Recht hatten, und sicherlich wußte Napoleon längst schon, was er zur Regelung der

italienischen Angelegenheiten in seinem Sinne zu thun habe. Es heißt aber die Trauben sauer finden, weil sie zu hoch hängen, wenn bald nach dem Bekanntwerden des Friedens Lord John Russell im Unterhause auf eine an das Ministerium gerichtete Interpellation bemerkte, es sei noch sehr ungewiß, ob England an einem Congreß über die italienischen Angelegenheiten theilnehmen werde, da von ihm keine Resultate zu erwarten seien, die mit der Sicherheit und der Würde des Landes übereinstimmen. Aenderte Lord John Russell späterhin, den Aeußerungen Lord Elchos und des Sir J. Fitzgerald gegenüber, die in einer Theilnahme Englands an den Friedens-Conferenzen Parteilichkeit und Gefahr für die Ehre Englands wie für die Sicherheit Europas erblickten, seine Ansicht, so hat er nur den Umständen Rechnung getragen, da bei den großen Schwierigkeiten, die sich der Regelung der italienischen Angelegenheiten nach den Bestimmungen des Friedens von Villafranca täglich in immer bedenklicherem Maße entgegenstellten, Napoleon selbst, um den daraus für ihn nothwendig erwachsenden Verlegenheiten zu entgehen, einem europäischen Congresse sich nicht abgeneigt zeigte und unter der Hand durch die Presse dafür plaidiren ließ.

Inzwischen begnügten sich die versöhnten kaiserlichen Streiter, zur Formulirung und Feststellung der Friedenspräliminarien die Züricher Conferenzen eröffnen zu lassen, was am 8. August geschah, und hier erwies sich bald anfangs, als die Frage verhandelt wurde, ob der von Sardinien gewünschte Congreß vorbehalten bleibe, Oesterreich dem Antrage entschieden abgeneigt, während Frankreich dem sardinischen Verlangen eine Lauheit entgegenstellte, die als halbe Zustimmung gedeutet werden konnte. Auch hatte man Ursach, napoleonischem Einflusse es zuzuschreiben, wenn Fürst P. Esterhazy bei seiner Rückkehr aus Paris (19. August) sich zu Gunsten eines Congresses aussprach.

Napoleon fürchtete, aus einem italienischen Volksbefreier ein italienischer Volksunterdrücker zu werden, und deshalb sah er es unter allen Umständen gern, wenn die europäischen Großmächte auf einem Congreß für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen wollten, den er damals noch hoffen konnte, durch die Zustimmung Englands zu seinen italienischen Umwälzungsideen und durch die Herbeiziehung Piemonts zu beherrschen. Oesterreich hingegen hatte keine Ursach, noch mehr Freunde sich gegenüber zu wünschen und

ihren noch unsicheren Sympathien die Entscheidung über seine Angelegenheiten anvertraut zu sehen, so lange es auf ehrlichen Vollzug der Präliminarien von Villafranca Seitens des Kaisers Napoleon glaubte rechnen zu dürfen. Mit den Umständen haben seitdem freilich auch die Ansichten über die Nothwendigkeit eines europäischen Congresses gewechselt.

Inzwischen waren ohne Zweifel so gut wie die englischen auch die russischen und preußischen Staatsmänner inne geworden, welche unangemessene und resultatlose Rolle ihre Politik in dem letzten Zeitdrama spielte. Rußland hatte bei seiner Hinneigung zu den napoleonischen Eroberungsgelüsten und bei dem ruhigen Geschehenlassen seiner gewaltsamen Umsturzversuche dem schadenfrohen Hasse gegen Oesterreich alle Grundsätze und Ueberlieferungen seines bisherigen Systems zum Opfer gebracht, und wenn Preußen auch vom ersten Augenblicke des Streits an die daraus erwachsende Gefahr für die europäischen Verträge und Rechtszustände erkannt hatte und den Willen besaß, ihr zuvorzukommen, so war ihm doch zuletzt im Drange der Ereignisse und im Widerstreit der Ansichten die Erkenntniß der rechten Mittel, die allein zu diesem Ziele führen konnten, und der Muth, sie dafür zu gebrauchen, abhanden gekommen. Beide, Rußland und Preußen, sahen sich gleich England vom Friedenswerk ausgeschlossen, und wenn die Neue Preuß. Zeitung es sehr begreiflich findet, daß Napoleon nur mit Oesterreich den Frieden schloß, weil letzteres gegen ihn allein gestanden, so sieht diese an und für sich ganz richtige Bemerkung einer Selbstentschuldigung so ähnlich, wie ein Ei dem andern. Aber das war nur eine hingeworfene Bemerkung, die auch anders gedeutet werden kann. Die ganze preußische Presse ist es vielmehr, welche von der Wucht Zeugniß gibt, womit der unerwartete Friedensschluß auf die arggetäuschten und betrogenen Gemüther drückte; die Blätter der verschiedensten Farben hatten fortan nur noch Raum zu dem Versuch, die Ehre der äußeren Politik Preußens zu retten und ihr Verhalten vor der Welt zu rechtfertigen; die über sie schon längst das Urtheil gesprochen und selbst dann keinen Grund fand, ihre nun einmal feststehende Ueberzeugung zu ändern, als das preußische Kabinet in dem guten Glauben, die Ansichten des deutschen Volkes für sich zu gewinnen, Anlaß nahm, die das Verhältniß Preußens zu Oesterreich in der Kriegsfrage betreffenden diplomatischen Acten-

stücke zu veröffentlichen, welche gerade dadurch so interessant sind, daß sie in jeder Zeile eine Bestätigung der gegen die preußische Politik erhobenen Beschuldigungen oder den Stoff zu neuen Anklagen gegen sie enthalten.

Aber der Friede von Villafranca hat noch eine weitere wichtige Thatsache ergeben: daß die europäischen Verträge nicht unverletzlich sind; er hat bewiesen, daß es nur von dem Belieben einer oder zwei miteinander einverstandener Großmächte abhänge, dieselben willkürlich zu ändern oder Neugestaltungen europäischer Staaten-Verhältnisse auf Grundlagen vorzunehmen, die eine Aenderung dieser Verträge in sich schließen. Durch die ohne Einspruch der anderen Großmächte geschehene Vereinbarung der beiden Kaiser haben die allgemeinen Verträge factisch ihre Gültigkeit allerdings zunächst nur in Bezug auf italienische Territorial- und Machtverhältnisse verloren, damit aber zugleich auch in allen anderen Beziehungen und Richtungen. Wir dürfen sie als zerrissen, mit anderen Worten als solche ansehen, die weder thatsächlich noch rechtlich mehr für den Moment existiren, die eben daher aber auch keine bindende Kraft mehr für einen der Unterzeichner besitzen und zu deren Vertheidigung, wie sie dermalen bestehen, so leicht keiner derselben auch nur einen Finger erheben wird. Dies ist das Ziel, wohin es Napoleon vor allem hatte bringen wollen, unstreitig indem er hoffte, daß ihn nun nichts mehr hindern werde, die ausschweifendsten Pläne zu verfolgen. Wie ihm aber seine Absicht nur gelingen konnte, weil die legalen Beschützer und Vertreter der europäischen Rechtsverträge von deren Vertheidigung sich unbedacht und zaghaft zurückzogen, so wird er andrerseits der errungenen Vortheile und ihrer erträumten Folgen nicht froh werden, sofern die europäischen Großmächte als die Unterzeichner der Verträge durch erneuerten Zusammentritt und Vergleich der Rechtsgültigkeit der einseitig abgeänderten Vertragsbestimmungen auf neuer, der nunmehrigen Lage der Dinge angemessener Grundlage wiederherzustellen suchen und zu deren Aufrechthaltung sich vereinigen, was, wie zu hoffen, die hauptsächlichste Aufgabe des von den Großmächten angestrebten Congresses sein wird.

Reichte aber der Kaiser von Oesterreich dem Kaiser der Franzosen in der factischen Abänderung allgemeiner Vertragsbestimmungen die Hand, so ist wohl zu erwägen, einmal, daß der Nachtheil zunächst

lediglich ihn selbst, beziehungsweise den eigenen ihm durch diese Vertragsbestimmungen zugewiesenen und garantirten Länderbesitz traf, und sodann derselbe von allen europäischen Fürsten der einzige war, der für das Recht der Verträge in die Schranken trat und mit den Waffen in der Hand gegen verbündete Feinde dafür stritt, und es müssen daher ganz besondere Umstände vorgelegen haben, die ihn veranlaßten, Schritte zu thun, welche zu einem Ziele führten, das dem entgegengesetzt war, um dessentwillen er den Krieg unternommen hatte.

Am wahrsten hat seine Lage und die Motive seines Handelns der Kaiser von Oesterreich selbst in seinem am 12. Juli nach dem Friedensschluß erlassenen Armeebefehl gezeichnet, worin es heißt: „Gestützt auf mein gutes Recht bin ich in den Kampf für die Heiligkeit der Verträge getreten, zählend auf die Begeisterung meiner Völker, auf die Tapferkeit meines Heeres und auf natürliche Bundesgenossen Oesterreichs. Meine Völker fand ich zu jedem Opfer bereit. Die blutigsten Kämpfe haben der Welt den Heldenmuth und die Todesverachtung meiner braven Armee erneuert gezeigt, die in der Minderzahl kämpfend, nachdem Tausende von Offizieren und Soldaten ihre Pflicht treu mit dem Tode besiegelt, ungebrochen an Kraft und Muth der Fortsetzung freudig entgegensieht. Ohne Bundesgenossen weiche ich nur den ungünstigen Verhältnissen der Politik, denen gegenüber es mir nur allein Pflicht wird, das Blut meiner Soldaten, sowie die Opfer meiner Völker nicht erfolglos in Anspruch zu nehmen. Ich schließe Frieden, ihn auf die Minciolinie basirend. Aus vollstem Herzen danke ich meiner Armee. Sie hat mir aufs Neue gezeigt, wie unbedingt ich bei künftigen Kämpfen auf sie rechnen kann."

Wir sehen hier von einer eingehenden Erörterung der Frage ab, ob der Friede das ausschließliche Werk einer Mystification war, deren Napoleon sich bedient, um den Kaiser von Oesterreich zur Nachgiebigkeit zu bewegen, wir sehen davon ab, ob das Mediationsproject, welches den Kaiser von Oesterreich veranlaßt haben mag, rascher, als dies sonst der Fall gewesen wäre, mit Napoleon abzuschließen, unter falschen Farben zuerst in Villafranca ans Tageslicht trat, ein Project, das in England für ein gemeinschaftliches Erzeugniß des Grafen Persigny und der Lords Palmerston und Russell galt und von Letzteren mit Zustimmung des gesammten

englischen Ministeriums, jedoch ohne eine darüber hinzugefügte Meinungsäußerung, nach Wien übermittelt wurde; wir sehen ferner davon ab, ob das österreichische Kabinet nicht dennoch in dieser Uebermittelung des Projects, das von Oesterreich mehr forderte, als es je zu bewilligen gesonnen sein konnte, durch ein Napoleon befreundetes und seinen Intentionen zumal in Bezug auf die Machtveränderung Oesterreichs und der Herzogthümer geneigtes Ministerium eine Gutheißung dieses Projects durch dieses Ministerium zu erkennen Ursach fand, allein, hat die Vorlage fraglichen Projects, dem durch diese Manipulation der Schein aufgedrückt war, als gehe es von den neutralen Mächten aus oder als werde es wenigstens von ihnen gebilligt, die Einwilligung in den Friedensantrag beschleunigt, so thut man doch sehr Unrecht in Preußen, sich nur an diese Frage zu hängen, als seien die Vorwürfe, die der preußischen Politik gemacht werden, nur in einem Mißverständniß in Bezug auf jenes dem Berliner Kabinet immerhin gänzlich unbekannte Mediationsproject und nicht vielmehr in dem gesammten politischen und diplomatischen Verhalten Preußens zu suchen.*) Die Umstände

*) Nach dem Mainzer Journal vom 21. Juli lauteten diese französischen Vermittelungsvorschläge: 1) Italien wird seiner eigenen Sorge überlassen; 2) Bund der italienischen Staaten ohne Ausnahme; 3) Vergrößerung Sardiniens durch die Lombardei und die Herzogthümer; 4) Gründung eines unabhängigen Staates, welcher Venetien und Modena umfaßt, unter einem Erzherzoge; 5) Toscana soll an die Herzogin von Parma fallen; 6) eine Laienstatthalterschaft in den Legationen; 7) Congreß für die Reorganisation Italiens auf Grund der angegebenen Basen und mit Berücksichtigung wohlerworbener Rechte und der Volkswünsche. — Die Circulardepesche des Herrn v. Schleinitz an die kgl. Gesandtschaften vom 22. Juli spricht sich dahin aus, daß von Seiten Preußens keinerlei Bedingungen einer Mediation formulirt gewesen waren noch acceptirt worden sind, und daß die vom Mainzer Journal veröffentlichten Projecte, die freilich viel zu unsinnig und widerspruchsvoll waren, als daß an deren Aechtheit ein vernünftiger Mensch glauben konnte, dem Minister gänzlich unbekannt waren; und die Preuß. Zeitung sah sich zu der Erklärung ermächtigt, daß außer den in der Depesche vom 24. Juni an die kgl. Gesandten zu London und St. Petersburg enthaltenen allgemeinen Andeutungen über eine Vermittelungsgrundlage von der kgl. preuß. Regierung keinerlei Mediationsvorschläge weiter ausgegangen, noch auch solche von anderer Seite her zu ihrer Kenntniß gebracht worden seien. Preußen ist deshalb von jeder absichtlichen Täuschung und von jeder Theilnahme an einem Complott freizusprechen, wodurch Oesterreich zum Friedensschlusse bewogen worden wäre. Thatsache aber ist, daß gleich nach der Rückkehr aus Verona

waren in allen Beziehungen von der Art, daß Napoleon, der sicherlich besser als irgend jemand von dem Gange und den Motiven der Politik der neutralen Mächte unterrichtet und daher im Stande war, darüber Enthüllungen zu geben, wie er sie für seinen Zweck brauchte, auch ohne zu dem trügerischen Mittel eines fremdartigen Mediationsprojectes zu greifen, unzweifelhaft den Frieden erlangt haben würde.

Oesterreich sah sich nicht allein von seinen natürlichen, sondern auch von seinen politischen Bundesgenossen, es sah sich von seinen deutschen Mitständen wie von den übrigen Großmächten in der Vertheidigung der europäischen Rechtszustände verlassen, die es mit hingebender Aufopferung auf sich genommen, und wie die Sachen standen, durfte es auch für die nächste und spätere Zukunft nicht darauf rechnen, Hülfe von Mächten zu erhalten, die ihren Antheil allenfalls nur im Unterhandeln, nicht aber im Handeln zu bethätigen geneigt waren.*)

Graf Rechberg dem kgl. preuß. Gesandten in Wien die Mittheilung machte, Oesterreich habe hauptsächlich deswegen Friedenspräliminarien angenommen, weil von neutralen Großmächten ausgehende Mediationsbedingungen für Oesterreich ungünstiger seien, als die, auf welche der Kaiser der Franzosen eingehen wollte: auch hat sich das Manifest des Kaisers der Franzosen vom 15. Juli ebenso ausgesprochen. Die im ersten Kapitel vorliegender Schrift geschilderte Geschichte der politischen Entwickelung des Conflicts läßt übrigens weder darüber einen Zweifel, daß Preußen als Bedingung seiner Hülfe von Oesterreich Reformen für seine Länder forderte, die es zuzusagen nicht in der Lage war, noch auch darüber, daß bei allen preußischen Mediationsverhandlungen der Gedanke im Hintergrunde stand, den Frieden, sei es auch mit dem Verlust der italienischen Provinzen für Oesterreich zu erzwingen.

*) Der Friede wurde geschlossen, noch während sich der außerordentliche Bevollmächtigte Oesterreichs, Fürst Windisch-Grätz, in Berlin befand, um mit dem dortigen Kabinet Unterhandlungen zu pflegen, durch welche, wie die Nationalzeitung sich ausdrückt, eine vertraulichere Annäherung Preußens an Oesterreich angebahnt werden sollte. Man hat dabei an die frühere Thatsache erinnert, daß die Kriegserklärung an Piemont fast in demselben Momente erlassen wurde, wo Erzherzog Albrecht nach Beendigung seiner Mission Berlin verließ, um sich über Dresden nach Wien zurückzubegeben, und in diesem Verfahren einen Widerspruch erblickt, der sich aus der Ignorirung der Verhandlungen ergebe, welche von den beiden hohen Personen geleitet wurden. Wir unsrerseits hatten schon anderwärts Gelegenheit, hierüber uns dahin zu äußern, daß wir diesen Widerspruch nicht anzuerkennen vermögen, indem die von entscheidender Stelle in Oesterreich ausgegangenen Entschließungen die

Ein Verbrechen war's, wenn unter solchen Umständen der Kaiser von Oesterreich, nachdem ihm der Friede angeboten war, noch einen Augenblick länger für Verträge, die von der Mehrzahl ihrer Unterzeichner aufgegeben waren, hätte kämpfen und nicht auf die Bedingungen eines Friedens hätte eingehen wollen, der ihm von seinem italienischen Länderbesitz so viel ließ, als nöthig, um im Fall eines neuen Angriffs seinen Staaten als sichere Vormauer zu dienen. Oesterreich, von dem beschlossenen Rückzug der Franzosen im Fall des Mißlingens der angebotenen Vereinbarung nichts ahnend, sah sich zur Annahme derselben um so mehr geneigt, als es ohne fremde Unterstützung nicht hoffen durften, nter einer täglich schwieriger werdenden Bevölkerung auf die Dauer einem Gegner Widerstand zu leisten, der für seine Existenz kämpfte und, wenn es noth that, so schien's, über stets wachsende Hülfsmittel zu gebieten hatte, und da Napoleon, gleichviel aus welchen Motiven, sich in dem Maße uneigennützig erwies, daß er die durch das Herzblut seines Volkes erkauften Rechte seinem Bundesgenossen überließ und in entgegenkommender, verbindlicher Art die von Franz Joseph geforderte Rückkehr der souverainen herzoglichen Familien in ihre Staaten einräumte, so erheischte dies Gegenbewilligungen,

---

mehr den vollkommensten Einklang mit den Resultaten beurkunden, welche durch jene Verhandlungen erzielt waren und auf telegraphischem Wege in Wien bekannt sein mußten, noch ehe der Erzherzog Dresden und Fürst Windisch-Grätz Berlin verlassen hatten. Diese Resultate waren von der Art, daß Oesterreich auf die begehrte aktive Hülfe Preußens in dem einen wie in dem andern Falle nicht zählen konnte und daher den Umständen gemäß, ohne Aufschub seine Entschlüsse selbstständig fassen mußte. Die Nationalzeitung vermuthet bei dem ohne Grund gerügten Verhalten Oesterreichs einen „gewissen Grundfehler in den Beziehungen des Wiener Kabinets zu dem preußischen." Ein solcher Grundfehler hat sich allerdings in der letzten Krisis bemerklich gemacht; er läßt sich aber in die schon oben im Text berührte kurze und schlagende Formel zusammenfassen, welche dahin lautet: Oesterreich wollte *handeln* und Preußen bloß *unterhandeln*; womit Oesterreich nicht gedient war und nicht gedient sein konnte. Preußen glaubte noch immer Zeit zu haben und Oesterreich wußte, daß es keine Zeit zu verlieren habe. In diesem Verhältniß liegen die Keime nicht nur aller Mißverständnisse, sondern auch aller Mißhelligkeiten zwischen den beiden Staaten, des raschen und entschiedenen Vorwärtsgehens auf der einen, des Zauderns auf der andern Seite, die nothwendig zu dem Endergebniß führen mußten, das wir in dem Frieden von Villafranca vor uns sehen.

denen das eroberte Gebiet der Lombardei und die auf der Halbinsel erworbene Suprematie unter Anerkennung des Prinzips der italienischen Nationalität zum Opfer fallen mußte.

---

2. Preußen und der Friede. Zur Beschämung oder zum Ruhm? Vom Besserwissen und Besserwollen kein Schritt zur Reue. Der napoleonische Armeebefehl ein „Neujahrsgruß" für Preußen.

Trotz seiner Niederlagen mit Ehren bedeckt, trat Oesterreich, ruhmlos, von den Einen bemitleidet, von den Andern verspottet, Preußen vom Schauplatz der Ereignisse ab. Letzteres hatte nicht einmal die Glorie der Intelligenz, die es sich selbst um das Haupt gelegt, bewahren können und sich auf's neue, wie im Jahr 1805, überzeugen müssen, wie gefährlich es ist, einen bedrängten Bundesfreund im Stich zu lassen, da man alle Nachtheile, die hieraus fließen, zuletzt nur gegen sich selbst kehrt. Auch diesmal hatte Oesterreich erkannt, daß bei Preußen auf ein sicheres und rechtzeitiges Mithandeln nicht zu rechnen sei, und wie damals folgte es nur dem Gebote der Pflicht der Selbsterhaltung, wenn es mit dem gemeinschaftlichen Feinde auf eigene Hand den durch die Umstände aufgedrungenen Frieden schloß. Preußen darf sich hierüber diesmal so wenig wie damals beklagen, so wie es auch diesmal alle die Folgen zu vertreten haben wird, die sich für seine Zukunft an diesen Frieden möglicherweise knüpfen. Hatte aber Preußen, wie nach Aeußerungen preußischer Blätter zu schließen, die Eventualität eines solchen Friedens vorgesehen, so konnte man nicht genug über die völlig zwecklose Art staunen, mit welcher man das allzuklug ersonnene Friedenswerk auf eigene Hand betrieb, als gäbe es keine streitenden, kriegführenden Parteien, die doch zuletzt am besten wissen mußten, was sie wollten und wie weit sie zu gehen hatten. Es hat daher auch ganz und gar keine Bedeutung, wenn Preußen für den Schutz der europäischen Verträge eintreten zu wollen erklärte, da der Weg, auf dem man dahin zu gelangen hoffte, ein ganz verfehlter war, und der Entschluß dazu viel zu spät gefaßt wurde, um der siegreichen Macht einerseits und der geschlagenen andrerseits gegenüber noch auf einen sicheren Erfolg

rechnen zu können. Wahrlich! tief ist die Kurzsichtigkeit einer Staatsweisheit zu beklagen, die sich im ersten Act des Dramas über die Tragweite desselben und im letzten über die Mittel zur Erreichung des endlich als nothwendig erkannten Zwecks so sichtbar täuschte. „Mit einer so unnachahmlichen Blasirtheit," äußerte sich Herr v. Lasaulx nach seiner drastischen Weise in der denkwürdigen Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer vom 25. Juli, „behandelte die preußische Regierung die Kriegsfrage, als hätte sie es mit einer künstlichen Fischzucht oder künstlicher Düngerbereitung zu thun gehabt." Wir aber sagen: Hätte Preußen überhaupt ein Herz für Deutschlands Ehre und Einheit gehabt und mit entsagender Beschränkung der eigenen Ansprüche an die Spitze der Bewegung sich gestellt, die in der gewaltthätigen Verletzung der europäischen Verträge, in der nahen Bedrohung des Bundesgebietes, in der solidarischen Haftbarkeit aller Bundesglieder mit und unter einander und in dem darnach sich ergebenden deutschen Charakter der Frage ihre „wahre und wesentliche Grundlage" fand, eine Grundlage, die bis zu dieser Stunde noch die preußische Presse darin nicht zu erkennen vermag; hätte es die ihm so reichlich dargebotene Gelegenheit, sich Einfluß und Vertrauen beim Bunde zu verschaffen, klug und muthig benützt, und statt mit unsern Neidern und Feinden im Nordwesten und Nordosten um einen chimärischen Frieden zu unterhandeln, lieber für den deutschen Bruderstaat, dessen Noth die seinige wie die unserer Aller war, zu den Waffen gegriffen, es würde vielleicht wie Saul, der ausging, seines Vaters Esel zu suchen, ein Königreich gefunden haben; so aber kam's umgekehrt. Preußen ärntete, was es gesäet: Kälte, Mißtrauen, Zwietracht, und ist daher jetzt um vieles weiter von dem Ziel seiner Wünsche entfernt, als es im Beginn des Conflicts war. So viel aber ist uns hieraus klar geworden: Was die Welt bewegt und sich unterwirft, ist nicht der kalte, noch so vernünftig klügelnde Verstand, sondern das tiefe, lebendige Gefühl und der begeisterungsvolle Wille, der nicht nur handelt, sondern auch in allen Lagen des Lebens das Richtige zu treffen weiß. Es ist uns klar geworden, daß die Moral nicht mehr das Aschenbrödel ist, dem man in Küche und Kammer, in den abgezirkten Kreisen des Privatlebens eine Berechtigung der Existenz zuerkennt, sondern eine öffentliche und politische Macht, vor der in gleicher Weise Uebermuth und Trug,

wie Zaghaftigkeit und Unentschlossenheit zuletzt in den Staub sinken müssen.

Preußen hat sich durch sein Verhalten außer Verbindung mit seinen deutschen Mitständen gesetzt und ihr Vertrauen eingebüßt, aber deshalb sich nicht bekehrt, auch scheint es ganz und gar nicht in der Lage zu sein, die ihm durch den Frieden bereitete Demüthigung zu fühlen; im Gegentheil, um von hundert Beispielen nur ein paar bezeichnende anzuführen, die Berlinische (Voßische) Zeitung vom 17. August freut sich des verfehlten Anlaufs und der unangenehmen Ueberraschung, welche Habsburg für die Süddeutschen und namentlich für die Bayern durch den plötzlichen Frieden herbeigeführt, als hätte dieser Friede für Preußen nichts Ueberraschendes und Unangenehmes gebracht und als könne das Ueberraschende für die Süddeutschen in etwas anderem gesucht werden, als darin, daß mit dem Frieden jede Hoffnung auf ein einiges actives Zusammengehen Deutschlands und Preußens zur Bekämpfung des Reichsfeindes abgeschnitten war; und nicht um die traurige Enttäuschung zu „verdecken", wie der Politiker aus Cöln an der Spree meint, sondern um dem gerechten Groll über thatenlose Großmachtsphrasen Luft zu machen, sehen wir ein „Kaiserliches Manifest, die Augsburger Zeitung und eine ganze Reihe von Regierungsblättern kleinerer Selbstherrscher in der wunderbarsten Uebereinstimmung die gemeinsame Schuld auf Preußen werfen." Empörend aber ist es, wie die Spenersche Zeitung in ihrer Nummer vom 29. Juli Bayern, das sich in seinen Abgeordneten einstimmig gegen die preußische Politik ausgesprochen, der Undankbarkeit zeiht, da diesem Staate „von Preußen gern der selbstständige Oberbefehl über eine ansehnliche Truppenmacht zugestanden worden, und es im Fall des Kriegs Gelegenheit gehabt hätte, Ehre und Vortheil zu ernten." Und die Preuß. Zeitung gesteht in einem Leitartikel vom 19. Juli offen, Preußen habe keinen Anlaß, mit der unerwarteten Wendung, die der Friede von Villafranca mit sich geführt, unzufrieden zu sein. Das glauben wir freilich gern, wenn wir erwägen, welchen endlosen Verlegenheiten Preußen sich mit seinen militärischen Anforderungen und seinen Vermittlungsversuchen, dem Bunde, den kriegführenden Parteien und den übrigen Großmächten gegenüber auf einmal dadurch enthoben sah. Denn der Bund war entschlossen, den preußischen Ansprüchen

gegenüber die bundesrechtlichen Prinzipien zu wahren, und Preußen wäre mit den betreffenden Anträgen beim Bunde wahrscheinlich in der Minderheit geblieben, wenn nicht der Friede dazwischen trat. Um Preußen und der guten Sache willen müssen wir uns daher freuen, daß der Abschluß des Friedens ihm hier wie bei seinem letzten projectirten Vermittlungsversuch eine Niederlage ersparte, die den Riß zwischen dem Süden und Norden Deutschlands vollständig gemacht und die Sprengung des Bundes thatsächlich nach sich gezogen hätte. Statt Beschämung und Reue zu empfinden, begnügt man sich mit dem stolzen Bewußtsein, das Seinige, wenn auch nur negativ, zu dem so heißersehnten Frieden beigetragen zu haben, und während Tausende der edelsten deutschen Jünglinge freiwillig sich stellten, um für Wahrheit, Recht und Ehre ihr Leben einzusetzen, und die deutschen Regimenter, die den Augenblick nicht erwarten konnten, wider den Erbfeind deutscher Nation geführt zu werden, mißmuthig aus ihren Cantonnirungen heimkehrten, während der Bürger, dessen Wohlstand vielleicht auf Jahre bedroht und in Frage gestellt war, mit Begeisterung den Krieg herbeiwünschte und sein Geld dafür hinzugeben bereit sich zeigte, freut sich die Preuß. Zeitung, der Haltung Preußens in den letzten Monaten nachrühmen zu können, daß sie den Weltkrieg verhütet habe.

Aber einen anderen sicherern Frieden, als Ihr uns durch Euer Zaudern und Vermitteln, mit andern Worten, durch Euer bewaffnetes Nichsthun verschafft, kann sich und der Welt, wie der Verfasser der Schrift: „Die Despoten als Revolutionäre" (Berlin, 1859) sagt, ein opferwilliges, einiges Deutschland bereiten. „Noch hängen in Euren Kirchen," ruft dieser feurige Patriot Euch zu, „die Tafeln mit den Namen Derer, welche im Freiheitskriege Gut und Blut für's Vaterland opferten. Verhüllt sie oder reißt sie herab, wenn Ihr zu elend geworden seid, das blutgetaufte Erbe, welches jene Euch hinterlassen, zu wahren. Habt Ihr nicht mehr als das feige Angstgebet des Sklaven, um einen Gott, der Sklaven nicht erhört, anzurufen, so laßt Euren Jammer dereinst wenigstens nicht zu den geweihten Namen der Vaterlandsretter hinaufstönen. Möchten sie heute noch für Euch eine nicht zu späte Mahnung sein, ihnen dereinst nachzueifern." Wir aber fragen: Habt Ihr wirklich Eure neuen, seit langem blank geschliffenen Schwerter bloß darum rein von Blut und Eure Flintenläufe rein von Pulverdampf

gehalten, damit sie bei Euren friedlichen Paraden und Manövern desto schöner glänzen? Oder wolltet Ihr im Ernst darauf warten, bis der Franzose seinen feindlichen Fuß auf Euer preußisches, oder hessisches, oder badisches Gebiet setzt? Wir kennen Euch nicht mehr. Der lange Friede hat Euch stumpf gemacht und der begeisterte „deutsche Hermann", den wir Buben lasen, hat sich in einen egoistischen „preußischen" verwandelt!

Doch die Preuß. Zeitung verwahrt sich am Schluß ihrer Friedensapologie ängstlich gegen die Ansicht, als könne es im Interesse Preußens gelegen haben, für Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung eines Zustandes in Italien, welchen Oesterreich selbst durch den Friedensschluß als unhaltbar anerkannt, oder zum Schutz einzelner Bestimmungen der Verträge von 1815 das Schwert zu ziehen. Aber wer hat denn davon geredet, daß Preußen das Schwert für unhaltbare Zustände ziehen sollte, und wenn es das Schwert nicht für einzelne Verletzungen der Verträge ziehen wollte, durfte es dann hoffen, es nur überhaupt jemals zu ziehen? Konnte denn, seitdem einmal der Krieg um Italiens Befreiung und Reorganisation entbrannt war, fortan noch von „habsburgischen Hausinteressen" und „despotischen Plänen Oesterreichs" in Italien, wenn sie überhaupt jemals vorhanden waren, die Rede sein? Und werden denn etwa die Zustände, welche der napoleonische Friede verspricht, haltbarerer Art und dauernder im Interesse der allgemeinen politischen und socialen Ordnung sein, als die bisherigen, die ihre Unhaltbarkeit nur in der fremden Agitation fanden? Angesichts so gänzlich leerer, einerseits die Wirkung mit der Ursache verwechselnder, andrerseits den Theil willkürlich vom Ganzen trennender Gründe fragt man sich wahrlich vergebens, was es denn nun eigentlich war, wofür Preußen das Schwert zu erheben Willens schien. Aber wenn der intellectuelle Hochmuth einmal richtige Ziele erfaßt zu haben glaubt, so ist ihm nicht mehr zu rathen und zu helfen, es sei denn, daß die eigene Noth und Gefahr zur Besinnung zwingen.

Müssen wir daher auch gegründeten Zweifel hegen, daß Preußen sich sofort zur deutschen Politik, vom Besserwissen und Besserwollen zu einem gemeinheitlichen Zusammengehen und Zusammenhalten mit den übrigen Bundesgliedern bekehren werde, nun fortan keine ausschließlich preußische, keine kleindeutsche Rolle mehr, sondern eine deutschnationale zu spielen und die als deutsche Bundesmacht

unkluger Weise verscherzte Ehre wieder einzulösen, so freuen wir uns doch, daß es dem zu seiner Demüthigung geschlossenen Frieden nicht traut, die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände erkennt und deshalb durch seine Regierungsblätter Deutschland ermahnen läßt, jetzt erst recht auf den Krieg sich vorzubereiten. Vor allem möge Preußen diese Mahnung sich selbst zurufen. Napoleon ist nicht der Mann, eine Beleidigung zu vergessen; und wenn er eben so gut als wir wußte, daß die preußischen Rüstungen nicht ernstlich gemeint waren, so that er doch, als wisse er es nicht, um eine Ursach zu haben, sich an Preußen für dessen Abfall von seinen Interessen zu rächen, besonders wenn es wahr wäre, was man behauptet, daß Preußen ihm noch vor dem Ausbruch des Kampfes mit Oesterreich die Neutralität zugesichert oder wenigstens in Aussicht gestellt habe. Man hat daher den napoleonischen Armeebefehl, der als Hauptmotiv des Friedensschlusses die preußischen Rüstungen bezeichnet, treffend einen „Neujahrsgruß an Preußen" genannt. Wie die deutschen Mittelstaaten sich verhalten würden, falls die vom Westen her drohenden gewitterschweren Wolken über Preußen sich entladen sollten, wissen wir nicht. Von Oesterreich aber hoffen wir, daß es eben so muthvoll als edel handeln und glühende Kohlen auf den Häuptern Derer sammeln wird, die es in der Bedrängniß verließen; wir hoffen, daß es nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, sondern dem angegriffenen oder zum Angriff provocirten Bruderstaate helfen werde, nicht dieses Staates wegen, der es um Oesterreich nicht verdient, sondern Deutschlands wegen; wir hoffen, daß es nicht Deutschland opfern werde, um Preußen zu verderben.

Ferne aber sei es von uns, zu behaupten, Preußen habe es böse mit Oesterreich gemeint. Es hat es nur zu gut mit sich selber gemeint und eine hyperpolitische Politik verfolgt, die nothwendig das gestellte Doppelziel, das eigene und fremde Interesse zu fördern, verfehlen mußte. Preußen setzte sich zwischen zwei Stühle und mag darnach sehen, wie es aus dieser fatalen Situation auf die Dauer herauskommt.

3. Deutsche Richtung Oesterreichs. Die Reformen in der Landesverwaltung ein freies Geschenk des Monarchen. Politische Stellungen. Einfluß in Italien.

Wir sprechen keine Ansicht, sondern eine Thatsache aus, wenn wir sagen: So sehr Preußen in Folge seiner unglücklichen Politik während der Zwei-Kaiser-Fehde in der Schätzung des deutschen Volkes gesunken war, so sehr war Oesterreich darin gestiegen. Wir meinen dies nicht mit Bezug auf die löwenmüthige Tapferkeit, durch welche sich die österreichischen Offiziere und Soldaten die Bewunderung des siegreichen Gegners erzwangen, sondern indem wir an den edlen, feurigen Aufschwung und die rasche, kühne Entschlossenheit, womit der Kaiser und sein Volk für das Recht der Verträge und die Ehre des österreichischen Namens zu den Waffen griffen, vor allem aber an die hochherzige Gesinnung denken, womit Oesterreich auch diesmal, wie zur Zeit der französischen Revolutionskriege, unveränderlich bis zum Schluß des blutigen Dramas den deutschen Standpunkt festhielt und diesem zu lieb selbst bereit war, sich militärisch seinem jüngern Nebenbuhler im Norden Deutschlands unterzuordnen. Dadurch hat Oesterreich sich aufs neue als die vorzugsweise deutsche Macht bewährt und selbst die Gemüther Vieler wiedergewonnen, die durch die unbefriedigenden Erfolge der österreichischen Waffen und wir müssen hinzufügen auch der österreichischen Finanzen in ihren Sympathien schwankend geworden waren. Man erkannte, daß wo es sich um Fragen der äußeren Politik Deutschlands handelt, noch immer ein sichererer Verlaß auf Oesterreich sei, als auf Preußen, das in seiner Stellung als europäische Großmacht den besonderen preußischen Interessen die allgemeinen deutschen hintansetzen zu dürfen glaubt, was Oesterreich niemals gethan hat und hoffentlich auch in der Folge nicht thun wird.*)

*) Oesterreich besitzt in dem Grafen von Rechberg einen gewiegten Diplomaten der älteren historischen Schule, der mit der gediegensten Gesinnung eine tiefe Achtung vor dem positiven Recht und mit prinzipieller Einsicht in die Thatsachen und deren Zusammenhang eine Entschlossenheit verbindet, die stets bereit ist, den gewonnenen Ueberzeugungen durch Handeln Nachdruck zu geben, in dem Freih. von Bruck aber einen Staatsmann im edelsten Sinne des Worts, der nur wenig Macht besitzt, aber, wie auch die Welt über seine finanziellen Maßregeln urtheilen mag, an die großen Gesetze der Geschichte glaubt, große historische Endziele hat und hauptsächlich durch materielle Einrichtungen

Oesterreichs ausgeprägter deutscher Richtung, die nur durch den Widerspruch, in welchem sie bisher mit den Prinzipien der eigenen Landesverwaltung stand, für die Behandlung der inneren Angelegenheiten des Bundes nicht so förderlich werden konnte, als dies sonst unstreitig der Fall gewesen wäre, und die sich während des Conflicts auf's neue in so glänzender Weise bewährte, hat es Oesterreich hauptsächlich zu verdanken, wenn sein Einfluß in Deutschland zumal bei den Staaten sich wieder dauernder befestigt hat, die sein gutes Recht anerkannten, aber verhindert waren, durch die That dafür einzustehen. Indem Oesterreich in dem Kampfe allein stand und den Frieden auf eigene Hand nicht in Folge von Concessionen verlangte, welche eine von ihm nicht beanspruchte Vermittelung ihm aufzuerlegen gedachte, hat es sich von allen Verpflichtungen, sei es gegen Preußen oder den deutschen Bund, sei es gegen eine der auswärtigen Großmächte, frei erhalten*), und was es seit dem Frieden seinen Völkern an Reformen in Gesetzgebung und Verwaltung zu bewilligen vorhatte und wir dürfen jetzt sagen zu bewilligen bereits beschlossen hat**), das werden

---

zu wirken sucht, welche die Kraftentwickelung nicht nur Oesterreichs, sondern Deutschlands zu sichern vermögen. Der moralische Grundzug und die großen Gesichtspunkte fehlen den anderen Staatsmännern Europas.

*) Preußische Blätter haben in Bezweiflung der lauteren Absichten Oesterreichs darin etwas Verfängliches finden wollen, daß es sich durch die Schließung des Friedens der Lage enthoben sah, seinen deutschen Verbündeten zu danken, denen es selbst das Recht abgesprochen, Vermittelungsvorschläge zu machen. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Graf Rechberg sprach sich in seiner aus Verona vom 22. Juni an Freiherrn v. Koller in Berlin gerichteten Depesche nur dahin aus, daß der an die auswärtigen Großmächte sich wendende Vermittelungsversuch zwecklos und mit Preußens Stellung am Bunde unvereinbar sei. Dabei ist es interessant zu bemerken, wie alle Großmächte ohne Ausnahme, und darunter Preußen nicht in letzter Reihe, auf Oesterreich glaubten drücken zu können, um ihm bezüglich der innern Verwaltung seiner Länder das Recht der „freien Hand" zu wehren, während man dasselbe Recht in Bezug auf das eigene Handeln im ausgedehntesten und bestehende Rechtsverhältnisse selbst verletzenden Maße in Anspruch nahm.

**) Vortrefflich bemerkte ein „altösterreichischer Aristokrat" in einem Aufsatz der „Berliner Revue" über die Politik der Zukunft für Oesterreich: „Napoleon kann nur in Wien geschlagen werden, und zwar im Ministerium des Innern, durch liberale Concessionen. Hier ist die Seite, wo er sterblich ist." Das österreichische Volk fühlte selbst, daß es die Sünden seiner Regierung büße

diese um so höher zu schätzen und um so treuer zu wahren wissen, je mehr sie darin ein freies Geschenk ihres Monarchen zur Befriedigung ihrer Wünsche und zur Förderung ihrer Wohlfahrt zu erblicken haben. Zugleich aber hat Oesterreich hierdurch Raum gewonnen, frei von jedem äußern Zwange in unabhängiger Stellung

---

und das bisherige politische System an der letzten Krisis Schuld sei; es fühlte, daß die herrschende Isolirungspolitik aufhören und die inneren Zustände des Landes mit den Bundesgesetzen und mit der fortschreitenden social-politischen Entwicklung der Völker mehr in Uebereinstimmung gebracht werden müßten; es fühlte, daß Oesterreich vor allem die bundesmäßige organische Einigung mit den übrigen deutschen Bundesgliedern und ihren Interessen, den politischen sowohl wie den militärischen, den geistigen sowohl wie den materiellen erstreben müsse, um von Deutschland in der Stunde der Gefahr Hülfe zu gewärtigen; das Volk fühlte die Nothwendigkeit, daß die Regierung sich ermanne, um die Bahn der bisher innegehaltenen Rückschrittspolitik zu verlassen und im Sinne der Bundesbestimmungen freiere und zeitgemäßere Institutionen einzuführen, auf daß die Geister unter dem Druck weltlichen oder geistlichen Willkür-Regiments nicht gänzlich zu Grunde gehen, Institutionen, für die allein heutzutage das Volk mit Begeisterung kämpfen wird. Die Gefühle und Wünsche des österreichischen Volkes haben an entscheidender Stelle Eingang gefunden, und was der Kaiser in seinem Friedensmanifest vom 15. Juli ihm in Bezug auf Verbesserungen im inneren Staatsleben versprach, das hat Derselbe durch die jüngsten unter dem Beirath eines theilweise veränderten Ministeriums gefaßten Beschlüsse zu verwirklichen begonnen. Sie beziehen sich zunächst auf die Regelung der Finanzlage und auf die Einführung einer wirksamen Finanzcontrolle in sämmtlichen Zweigen der Civil- und Militärverwaltung; weitere bezwecken, den gesetzlich anerkannten, nichtkatholischen Religionsgenossen Autonomie und freie Religionsübung zu gewähren und die Zustände der Israeliten mit Berücksichtigung der öffentlichen oder provinziellen Verhältnisse derselben zu ordnen; eine dritte Gruppe ist dazu bestimmt, die Durchführung des neuen Gemeindegesetzes unter Beihülfe von Vertrauensmännern aus allen Klassen der Bevölkerung in den Provinzen ohne Aufschub den eigenthümlichen Zuständen der einzelnen Kronländer anzupassen und einen wesentlichen Theil der Geschäfte, welche bisher von landesfürstlichen Behörden besorgt wurden, wo möglich autonomen, den Betheiligten selbst angehörigen Organen zu übertragen. Nach Lösung dieser ersten und dringendsten Aufgaben liegt dann die Absicht vor, eine ständische Verfassung in den verschiedenen Kronländern in's Leben zu rufen, so daß durch diese kaiserlichen Beschlüsse nunmehr auch die dem deutschen Volke Religionsfreiheit und ständische Verfassung gewährleistenden Artikel 13 und 17 der deutschen Bundesacte ihre endliche Erfüllung wie die Uebelstände ihre Beseitigung finden werden, die Preußen vorgeschützt hatte, um sich seiner natürlichen Bundespflicht gegen einen in seinen Besitzungen und Rechten bedrohten Bundesfreund zu entziehen.

diejenigen Schritte zu thun, welche etwa nöthig erscheinen könnten, um in Verbindung mit gleichgesinnten Bundesgenossen ein einheitlicheres deutsches Bundesleben herbeizuführen.

Das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen als europäischer Großmacht wie als deutscher Bundesmacht zu dem alten insularen Bundesgenossen jenseits des Canals und zu dem stets zweideutigen, in seinen Zuneigungen wie Abneigungen unzuverlässigen und wie Preußen die Politik auf „freie Hand" mit Koketterie betreibenden Nachbarcoloß im Osten des Welttheils war innerhalb weniger Monate ein ganz anderes geworden, war gelockerter als je, während sich durch freundliches Entgegenkommen von beiden Seiten ein annäherndes Verhältniß zwischen den Kaisern von Oesterreich und Frankreich gebildet hatte*), das von der größten Bedeutung für das Gleichgewicht Europas werden konnte, hätten beide Herrscher erkennen wollen, daß der Schwerpunkt für den Osten und Westen Europas in Oesterreich und Frankreich liege, und wäre anzunehmen gewesen, daß Napoleon den Willen besäße, die ihm dadurch im Interesse Frankreichs zugewiesene Aufgabe nicht zur Erreichung persönlicher ehrgeiziger Pläne zu mißbrauchen. Wir glauben nicht, was in französischen Kreisen erzählt wurde, daß Napoleon dem Kaiser von Oesterreich die Donaufürstenthümer zum

*) Ist die Mystification eine erwiesene Thatsache und die Punctation in Bezug auf die Restauration der Herzogthümer nur eine Artigkeit, womit Napoleon den Kaiser von Oesterreich in verbindlicher Weise für den Augenblick zu beschwichtigen suchte, wie französische Blätter längst behauptet und die Züricher Conferenzverhandlungen außer Zweifel gestellt haben, dann freilich kann die erwähnte Annäherung schwerlich von lebensfähiger Dauer sein. Wenn heute, an dem Tage, wo wir diese Worte schreiben (23. October), zwar nicht der Kaiser von Oesterreich selbst, wohl aber sein hoher Vertreter, Erzherzog Albrecht, mit dem Prinz-Regenten von Preußen zur Begrüßung des Kaisers Alexander von Rußland in Breslau zusammentrifft, so liegt die Vermuthung von Combinationen nahe, die einem ganz anderen Schwerpunkt folgen, als das bisherige Verhältniß der beiden osteuropäischen Kaiser zu Napoleon anzudeuten schien. Man hat sich überzeugt, wie weit auf den vielgepriesenen kaiserlichen „Gesellschaftsretter" zu bauen ist, und daß in der Welt nichts gegen dessen stets bereite Uebergriffe und Gewaltthätigkeiten zu sichern vermöge, als auf dem Rechtsgrunde der Verträge wohlgefügte Verbindungen unter den Mächten, deren gemeinsames Interesse dabei auf dem Spiele steht, und unter welchen jetzt auch Rußland seine Stelle einnehmen zu wollen scheint.

Ersatz für die Lombardei angeboten habe, ein Tausch, der bereits im letzten orientalischen Kriege zur Sprache gekommen war; wäre es aber wahr, so könnte man die Tragweite der kaiserlichen Intentionen ahnen, wenn man erwöge, daß die Annahme dieses Danaergeschenks Oesterreich auf immer mit Rußland verfeindet hätte. Unstreitig aber ist trotz des Gebietsverlustes, den Oesterreich in Italien erlitten, sein politischer Einfluß auf die Angelegenheiten und Geschicke dieses Landes durch die Vereinbarung mit Napoleon wesentlich gestiegen, da diese nicht nur seiner diplomatischen, sondern trotz der Behauptungen des Constitutionel, daß Napoleon bei Magenta und Solferino das Interventionsrecht Oesterreichs besiegt habe, nöthigenfalls auch seiner militärischen Action den weitesten Spielraum eröffnet, wie sich vielleicht schon in der nächsten Zukunft zeigen dürfte, wenn die napoleonischen Restaurations- und Conföderationspläne in der Bevölkerung auf erhebliche Hindernisse stoßen sollten.

---

4. Napoleon und der Friede. Der Politiker der gelegenen Augenblicke. Mißverhältniß zwischen dem Versprochenen und Gewährten. Die Tragicomödie der italienischen Wirrnisse und Irrungen im besten Fortgang. Die Kirchenstaats- und die Herzogthümerfrage. Restaurations-Sophistik. Silhouettirung Louis Napoleons.

Was Napoleon betrifft, so werden die Einsichtigen nicht einen Augenblick darüber in Zweifel sein, was sie von den Motiven und Zielen seiner Handlungsweise zu halten haben. Er ist der Politiker der gelegenen Augenblicke und der Ueberraschungen und daher niemals um Ausflüchte und Ausflüchte verlegen, indem er, ebenso unbekümmert um die Urtheile der Welt, wie um moralische Bedenklichkeiten, jederzeit nur das thun wird, was der Moment ihm als wünschenswerth und ersprießlich erscheinen läßt. In seinen Entschließungen und Handlungen liegt daher etwas Unberechenbares, von dem anzunehmen, daß es seinem für den Augenblick erreichbar möglichen Vortheil gemäß ist. Was Napoleon durch seine Siege und den plötzlichen Frieden gewann, sind zunächst zwar lediglich nur moralische, wir sagen richtiger

politische Vortheile, aber Vortheile von solchem Gewicht, daß sie alles aufwiegen, was er an Ländererwerb etwa seiner Macht hätte zufügen können, die aber hauptsächlich gerade dadurch dieses Gewicht erhalten, daß er auf jeglichen Ländererwerb verzichtete.

Die kannten Napoleon schlecht, welche erwarteten, er werde Savoyen für sich in Anspruch nehmen und so die Schweiz der wesentlichsten Grundlage ihrer Neutralität berauben*), oder auch irgendwelche Theile von Italien, und es zeugt von der großen Bornirtheit des Lord John Russell, wenn er im Parlament seine Freude darüber zu erkennen gab, anzeigen zu können, daß Kaiser Napoleon im Frieden keine Gebietsausdehnung für Frankreich verlangt habe, wie das Gerücht gegangen. In dieser von England und Preußen vielgerühmten napoleonischen „Mäßigung" liegt so wenig etwas Außerordentliches, daß man vielmehr sagen muß, Napoleon würde den Zweck, den er seinerseits mit der Schließung des Friedens verbunden, und der ein politischer war, gänzlich verfehlt haben, hätte er nur einen Fußbreit Landes für sich in Anspruch genommen. Seine Absicht war, sich großmüthig zu erweisen und die Stimmen derer, die ihm Eroberungsgelüste zutrauten, zum Schweigen zu bringen**), und deshalb ließ er von Oesterreich die Rechte auf die Lombardei auf sich übertragen, um sie seinem Bundesgenossen, dem sardinischen Könige, zu schenken, dessen Land

*) Die napoleonische „Mäßigung" schließt nicht aus, daß man sich die seitdem eingetretene Bewegung in Savoyen gefallen ließ, welche die Trennung von Piemont und den Anschluß an Frankreich zum Zweck hatte, dem dadurch, wie die Débats meinten, seine natürlichen Alpengränzen zurückgegeben würden.

**) Daß diese Auffassung die wesentlich richtige, beweist auch ihrem eigentlichen Sinne nach die merkwürdige Antwort, die am 22. Juli Kaiser Napoleon dem diplomatischen Corps ertheilte, welches ihm zu seiner glücklichen Rückkehr und dem schnellen Friedensschluß Glück wünschte. Sie lautete: „Europa ist im allgemeinen beim Beginn des Krieges so ungerecht gegen mich gewesen, daß ich mich glücklich fühlte, Frieden schließen zu können, sobald der Ehre und den Interessen Frankreichs genügt war, und ich beweisen konnte, daß es nicht in meinen Absichten lag, Europa umzustürzen und einen allgemeinen Krieg zu erwecken. Ich hoffe, daß alle Ursachen der Meinungsverschiedenheiten (dissentiment) erlöschen werden und der Friede von langer Dauer sein wird. Ich danke dem diplomatischen Corps für seine Glückwünsche."

dadurch zu einem Vasallenstaat Frankreichs wurde, während im Jahre 1814 Sardinien durch Genua und die ligurische Küste zu dem Zweck vergrößert wurde, um für Italien zum Schutz gegen Frankreich zu dienen. Es war ihm genug, sich diesen ehrgeizigen Fürsten durch eine Vergrößerung seines Landes zu verpflichten, da ihm dessen Hülfe bei den später, unter günstigeren Verhältnissen, wieder aufzunehmenden bonapartischen Plänen unentbehrlich werden dürfte, und zugleich seinen politischen Einfluß in Italien zu befestigen, der von einer Suprematie über dieses Land wenig verschieden sein wird. Den Nimbus der völkerbefreienden und völkerbeglückenden Mission nahm er sich zu guter Stunde selbst vom Haupte. Was kümmert ihn der Italiener mit seinem Freiheitsschwindel, der ihm schon so viel Verlegenheiten und Kümmernisse bereitete? Das Schlimmste aber hierbei ist, daß die einlenkende Politik der Mäßigung und Großmuth, wo sie in ihren wahren Beweggründen nicht erkannt wurde, ihm die Sympathien von Völkern und Fürsten auf's neue zugeführt hat. Der Ruhm seiner Großmuth kommt dem Glauben an seine Unbesiegbarkeit gleich. Napoleon aber zog das Sichere dem Ungewissen vor, und trat lieber vom Schauplatz seiner glänzenden Thaten ab, ehe es zu spät war. So genoß er das ruhmvolle Glück, als großmüthiger Sieger in die Hauptstadt seines Reiches heimzukehren und für's Erste wenigstens seinen Thron befestigter zu sehen, als je zuvor, eine Thatsache, die ihren sprechendsten Ausdruck in der unbedingten Amnestirung der politischen Verbrecher fand, womit er das staunende Frankreich überraschte, ohne doch alle Zweifel und Bedenklichkeiten aus den Seelen der Menschen reißen zu können. Als den höchsten Preis seines Muthes, seiner Klugheit und seiner „Mäßigung" darf Napoleon aber den in's Unermeßbare gesteigerten politischen Einfluß und die Macht betrachten, die er dadurch nach außen gewonnen hat und die so entscheidender Art sind, daß es fortan, wie es scheint, nur auf ihn ankommt, den Dictator Europa's zu spielen, und es nur von ihm noch abhängt, welche Gestalt er Europa geben und wie lange er den Frieden dieses Welttheiles bestehen lassen will. Der Kaiser von Frankreich ist als Herr von Italien auch Herr von Europa, zur See wie zu Lande, da ihm die italienischen Flotten und Landtruppen zu Gebot stehen, zumal Mächten gegenüber wie Oesterreich und Preußen, die ihrer Natur nach

nicht auf Eroberung angewiesen sind, und im Verhältnisse zu England, das nur zur See mächtig ist. Wir sollten uns aber wundern, nicht bald einmal zu hören, daß Napoleon die deutsche Frage „studire", wie er seiner Zeit die italienische Frage „studirt" hat, um auch uns wie die Italiener im gelegenen Augenblicke mit seiner Beglückungspolitik zu überraschen, die ihm nur dann nicht gelingen wird, wenn er uns einig und gerüstet findet.

Napoleons Programm der Befreiung Italiens von den Alpen bis zum adriatischen Meer ist in dem Sinn, wie die Italiener es aufzufassen ein Recht hatten, zu einer Chimäre und hiermit der Glaube an die Aufrichtigkeit seiner Versprechungen für Alle, die darauf bauten, zu einer Täuschung geworden, die durch das kluge Auskunftsmittel einer Conföderation aller italienischen Staaten unter dem Ehrenvorsitz des Papstes, ihre entsprechende Ausgleichung schwerlich finden dürfte.*)

Fragen wir, wie so plötzlich die überschwenglichen Versprechungen und Zusagen des napoleonischen Programmes auf ein so geringes und bedenkliches Maß des Gewährten zusammenschmelzen konnten, so ergiebt sich die Antwort aus dem Bisherigen von selbst. Vor allem waren es Gründe der höheren Politik, die hierzu Anlaß gaben und deren Zwecke und Ziele Napoleon für die verschiedenen Eventualitäten sich genau vorgezeichnet zu haben scheint; aber ohne Zweifel sah er sich auch in dem, was er von dem italienischen Volke erwartete, vielfach getäuscht. Die Ereignisse wuchsen ihm so rasch über den Kopf, daß eine Besinnung kaum möglich und die verderblichsten Folgen für gie ganze Bewegung zu fürchten waren. Die Mehrzahl der Italiener wollte ganz etwas anderes, als Napoleon ihnen zugedacht hatte; dieser fühlte bald die Unmöglichkeit, zugleich der Träger des legitimen und des revolutionären Prinzips zu sein, und da die Masse des Volkes sich ihm nicht mit der Begeisterung anschloß, auf die er gerechnet, und das rücksichtslose Vorgehen eines machtversessenen und einflußgierigen Ministers

*) Die Conföderationsfrage, schon 1815 von Metternich aufgefaßt, von Louis Philipp durch Guizot auf Grund des Constitutionalismus betrieben, dann durch Lagnèroniere's Broschüre von neuem angeregt, bildete auch bekanntlich einen von den vier Punkten, die nach Englands Antrage Gegenstand der Congreßverhandlungen zu werden bestimmt waren.

allen Parteien und Regierungsorganen vor den Kopf stieß, so blieb dem Kaiser, der auch nach dieser Seite seinen gewiß klug angelegten Plan vereitelt sah, nichts übrig, als mit den voreiligen Vollführern seines Willens zu brechen und durch eine rasche That sich verläugnend gegen das zu kehren, was von jenen Anstößiges geschehen war.

Das nationale Element war durch die Erfolge der napoleonischen Waffen selbst in der Lombardei zu einer Aufregung gelangt, daß es schien, als könne von einer Wiedereinsetzung und Befestigung der österreichischen Macht in Italien nicht mehr die Rede sein. Durch den Frieden ist jedoch Venetien mit einem kleinen Theil der Lombardei bis zum Mincio im Besitz Oesterreichs verblieben, ein Fall, der sein Bedenkliches hauptsächlich durch den Umstand verliert, daß das Land über Napoleons Wortbrüchigkeit aufs höchste empört ist; und es wird sich nun zeigen, auf welcher Seite, diesseits oder jenseits des Mincio, das italienische Volk sich glücklicher fühlt, besonders wenn Venetien in der Civil- wie in der Militärverwaltung mit Institutionen versehen würde, welche es zu einer wirklichen italienischen Provinz machen und für deren künftige Organisation die von Franz Joseph nachträglich gewährte und, wie es scheint, von Fürst Metternich im September nach Paris überbrachte Concession in Anwendung käme, wonach der Kaiser jenseits der Alpen in demselben Verhältniß Großherzog von Venetien wäre, in welchem der König der Niederlande für Deutschland Großherzog von Luxemburg ist. Im Allgemeinen aber können wir schon jetzt sagen, daß die durch Napoleon und seine Siege erregten nationalen Hoffnungen nicht erfüllt worden sind. Gingen diese vor allem dahin, nicht nur von den Oesterreichern und ihrem gesammten Anhang, sondern auch von der weltlichen Herrschaft des Papstes befreit zu werden, so leuchtet ein, wie das napoleonische Geschenk der Conföderation auf Grundlage der Wiederherstellung der Herzogthümer für die Italiener nur eine Drachensaat war, die ihre Früchte tragen wird. Napoleon stellte sich bei der Festsetzung dieser Friedensbestimmung auf den legitimen und für unsere Rechtsanschauung allein nur gültigen Standpunkt der europäischen Verträge; auch darf man auf die Schaffung des conföderativen Einigungswerkes in Anwendung bringen, was im Jahre 1849 das Turiner Kabinet in seiner an die europäischen Nationen gerichteten

Ansprache, wodurch es den mit Oesterreich geschlossenen Waffenstillstand kündigte, gesagt hat. „Um die zerrissenen Geister einer Nation zu einen," heißt es darin, „bleibt als einziges Mittel übrig, sie durch das Beispiel dazu zu reizen." Die Conföderation liegt ihrem Wesen nach in der Mitte zwischen der absoluten dynastischen Einheit und der Alles spaltenden republikanischen Vielheit, und wählte Napoleon sie für Italien, so geschah es, um das nationale Verlangen nach Unabhängigkeit und Einheit fürs Erste in ein entsprechendes Geleis zu bringen.

Die Friedenspräliminarien tragen die Bürgschaft ihrer Ausführbarkeit in der Macht der beiden Monarchen, welche sie mit ihrer Unterschrift besiegelt; daran ist kein Zweifel. Doch können wir nicht umhin der Besorgniß Raum zu geben, daß für die dauernde Abklärung und Sicherung der innern Zustände Italiens, zumal wenn die Friedensbestimmungen nur mit Waffengewalt durchzuführen wären, um so weniger etwas gewonnen sein würde, als dieselbe Hand, welche in Villafranca die Restauration der Herzogthümer unterzeichnete, von Mailand aus die politische Volkssouveränetät verkündigt und der italienischen Bevölkerung die selbstständige Entscheidigung über ihre künftige Regierung zugesichert hatte.

Das „frei bis zum Meer" sollte offenbar nicht bloß für die Lombarden und Venetianer, sondern ebenso auch für die Bewohner der Herzogthümer und der Romagna gelten. Die nationale Partei wußte dies oder hatte sich die kaiserlichen Worte dahin ausgelegt, und ihr Zorn über den Friedensschluß und das eigenmächtige Vorgehen der Bevölkerung, sich selbst ihre Regierung und die versprochene Freiheit, um die sie durch Napoleon betrogen worden, zu geben, war eine ganz natürliche und nothwendige Folge der allgemeinen Enttäuschung. Das erste bedeutsame Ereigniß aber, welches von der herrschenden Mißstimmung Zeugniß gab, war der Rücktritt des bisherigen piemontesischen Ministeriums, Graf Cavour an der Spitze. Er nahm seine Entlassung aus dem Grunde, weil die Stipulationen des Friedens dem Kriegsmanifest Napoleons nicht entsprächen, und wenn der ehemalige mächtige Minister und Freund Victor Emanuels ein ebenso guter Patriot wäre, als er ein reicher Mann ist, so würden wir aus seiner Feder vernommen haben, daß der Friede von Villafranca von Seiten Napoleons ein

Verrath an Italien war. Doch war er klug genug, die beabsichtigte Schrift der Beschwichtigung seines Zornes über die ihm von Napoleon widerfahrene Zurücksetzung zum Opfer zu bringen.

Die Unzufriedenheit mit den überraschenden Feststellungen des Friedens nahm die verschiedensten Formen an. In Mailand, das die Hauptstadt eines selbstständigen lombardischen Königreichs zu werden gehofft hatte, und nun durch den Frieden sich zu einer bloßen Provinzialstadt Sardiniens herabgesetzt sah, fanden theils Bewegungen zu Gunsten Oesterreichs, theils republikanische Demonstrationen statt, bei welchen französische Truppen mit dem Volke fraternisirten. Wie im Venetianischen waren die geheimen politischen Verbindungen auch anderwärts thätig; Mazzini's Einfluß steigerte sich, und seine Anhänger erlangten in Parma eine Zeitlang das Uebergewicht, wo am 11. August die rothe Republik ausgerufen, später der Anschluß an Piemont verkündigt wurde. Es hatte wenig Bedeutung, wenn das Landvolk und zum Theil mit ihm verbunden oder einverstanden die Industriellen und Geschäftsleute hie und da in feindseliger Stimmung gegen die revolutionären Factionen der Städte sich auflehnten und die Wiederherstellung ihrer fürstlichen Landesherren wünschten. Das Verlangen mit Piemont vereinigt zu werden, war in der gesammten mittelitalienischen Bevölkerung überwiegend.

In Florenz, wo die Nachricht vom Friedensschlusse gar nicht veröffentlicht werden konnte, protestirte die provisorische Regierung gleich Anfangs gegen die Bestimmung desselben, wonach die vertriebenen Dynastien der Herzogthümer wieder in ihre Besitzungen und Rechte eingesetzt werden sollen, und am 16. August erklärte daselbst die Nationalversammlung einstimmig die lothringische Dynastie in Toscana für eine Unmöglichkeit, sohin des Thrones für verlustig, mit dem Hinzufügen, daß Toscana fortan einen Theil eines starken Königreichs Italien unter dem constitutionellen Zepter Victor Emanuels bilden solle. Auch in Bologna wurde, unter Einführung des Code Napoleon als Gesetzbuch, der Anschluß an Piemont proclamirt. Dasselbe geschah am 19. August in Modena, wo zugleich die Absetzung der Dynastie Este und die Verbannung jedes Prinzen aus dem Hause Habsburg-Lothringen ausgesprochen und Marquis Farini zum Dictator gewählt wurde. Aber schon am folgenden Tage traten die Abgeordneten der insurgirten mittel-

italienischen Staaten zur Unterzeichnung einer Defensiv-Liga zusammen, welche den Zweck hat, die Wiederherstellung der abgesetzten Regierungen zu verhindern, die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten und Gleichmäßigkeit in die Gesetzgebung zu bringen.

Damit war der erste Schritt zu einem einheitlichen Centralitalien geschehen, dessen leitende Regierungsorgane, wenn man ihnen Zeit ließe, sich zuletzt schwerlich mit dem constitutionellen Anschluß an Piemont begnügen, sondern im Sinne der nationalen Partei eine mittelitalienische Republick schaffen würden, in welcher es keine Romagnolen, Modenesen, Parmesaner und Toscaner mehr, sondern nur noch republikanische Italiener gäbe. Inzwischen hatte Garibaldi sich aus piemontesischen Diensten zurückgezogen und das Obercommando aller mittelitalienischen Streitkräfte übernommen, und ihm gegenüber, wenn er sich mit seinem vielfach bewährten Feldherrntalent an die Spitze der republikanischen Bewegung stellte, würde die Restauration einen schweren, wenn auch nicht unüberwindlichen Stand haben. Doch verkündigte Garibaldi in dem an seine Armee gerichteten Tagesbefehl: „Ich werde Jeden füsiliren lassen, der sich als Mazzinist, Republikaner, Socialist oder selbst Garibaldist bekennt. Ich will nur Soldaten und Italiener." Auch sind die Mazzinisten für die piemontesisch-gesinnten Revolutionsjunten fortwährend Gegenstand der Besorgniß wie der Verfolgung und für den Moment daher keine Aussichten für das Gelingen republikanischer Bestrebungen vorhanden.

So liegen in Italien nicht mehr bloß Stoffe und Keime zu schlimmen inneren Verwickelungen vor, sie sind bereits zu einer furchtbaren Saat der Wirrniß aufgegangen, die indeß unter den obwaltenden Umständen wenig Aussicht hat, auf friedlichem Wege im Sinne der nationalen Partei gelöst zu werden. Eine unbeugsame Hand lenkt fortan die Geschicke der Halbinsel; Napoleon hat den Willen und die Macht, den Frieden in seinem Sinne zu einer Wahrheit zu machen; das conföderative Einigungswerk wird unter Oesterreichs kräftiger Mitwirkung zur Ausführung kommen, falls nicht größere Ereignisse inzwischen auch durch diese Friedensbestimmung, wie durch andere einen Querstrich machen; und wenn darüber Niemand in Zweifel sein kann, daß der Friede von Napoleon ersonnen und geschlossen wurde, um sich den Schein des Interesses für das legitime Prinzip beizulegen, da zur Durchführung des

Usurpationsprincips des dynastischen Bonapartismus der gelegene Augenblick noch nicht gekommen war und überhaupt die lautgewordenen Hoffnungen und Wünsche der nationalen Parteien hüben und drüben der Alpen sicherlich das Ihrige zur beschleunigten Beilegung des Streits beitrugen, so können wir uns doch nicht verhehlen, daß, um den nationalen Forderungen der italienischen Bevölkerungen und seinen eigenen darin beschlossenen Interessen gerecht zu werden, Napoleon einen neuen Krieg nicht scheuen würde.

In der Proclamation, durch welche er seinem Lande die Schließung des Friedens ankündigte, sagte er: „Der Zweck des Kriegs ist erreicht, Italien wird eine Nation!" Das war natürlich nur eine Redensart, die den Italienern, welche längst begonnen hatten, sich als eine Nation zu fühlen, wie Hohn klingen mußte, und deren Leerheit gewiß Niemand besser kannte, als Napoleon selbst. Heißt es dann in seinem Armeebefehl über den Frieden: „Italien sei fortan Herr seiner Geschicke und habe es selbst zu verantworten, wenn es nicht regelmäßig in Ordnung und Freiheit fortschreitet," so wußte er damals so gut als wir, daß die Bedingungen zu einem regelmäßigen Fortschreiten Italiens in selbstgeschaffener Ordnung und Freiheit weder in der Losreißung der Lombardei von Oesterreich, die nur ein Länderraub war, noch in der vorgeschriebenen Conföderation, ginge sie auch Hand in Hand mit constitutionellen Reformen der conföderirten italienischen Staaten, am allerwenigsten aber in dem militärischen Despotismus gegeben sind, unter dessen Schutze und Einfluß die politische Neugestaltung Italiens vor sich gehen wird, wie Napoleon sie sich längst gedacht und vorgezeichnet hat. Hätte Napoleon mehr versprochen und durch das, was er geschehen ließ, noch mehr in Aussicht gestellt, als er zu halten und zu erfüllen jemals willens war, so wäre dies einer hoffenden Nation gegenüber, wir sagen nicht ein Verbrechen, sondern was in den Augen Napoleons unvergleichlich schwerer wiegt, ein politischer Fehler gewesen, der sich nothwendig früher oder später an ihm selbst rächen mußte.

Es ist keine Frage, daß Napoleon, ehe er mit seinen Gedanken und Plänen Herr der Situation wurde, das Bedenkliche und verhängnißvolle der Lage, in die er sich selbst durch den Abschluß des Friedens gebracht, mit lastender Schwere empfand. Das Be-

wußtsein des Unzulänglichen und Hoffnungslosen einer Schöpfung zu welcher alle haltbaren Grundlagen fehlten, drückten sichtbar auf das Gemüth des Kaisers. Napoleon zeigte sich nach dem Frieden nicht als glücklicher Sieger, sondern als ängstlicher Sachwalter seiner eigenen Handlungen. Die Antwort, die er dem diplomatischen Corps auf dessen Glückwünsche ertheilte, schien nur bestimmt zu sein, die von ihm befolgte Politik zu entschuldigen und in der Rede, die der Kaiser vor dem versammelten Staatsrath hielt, hat man die Furcht erkennen wollen, die sein Inneres urplötzlich vor den im Schooße der Zukunft schlummernden Gefahren erbeben machte, die er selbst heraufbeschworen. Aber alle diese Anflüge der Bangigkeit und Furcht verschwinden wie leichter Staub im Winde, und wir sehen die zugleich gewaltige und unheimliche Kaisernatur in ihrer schreckhaften und drohenden Größe vor unsern Augen sich enthüllen, denken wir an die Worte, womit Napoleon seine bei dem den Generalen gegebenen Bankett gehaltene Rede schloß: „Wenn Frankreich", sagte er, mit Hinweisung auf die in Italien glorreich errungenen Siege, „wenn Frankreich das für ein befreundetes Volk gethan hat, was wird es dann erst für seine eigene Unabhängigkeit thun!"

Inzwischen war der Same der Unzufriedenheit tief in die Bevölkerung Italiens gedrungen, sie schuf sich ihr eigenes Recht und Zustände, so eigenthümlich neuer und ausgeprägter Art, die ihren Halt an einem durch den Frieden um Land und Leute mächtig vergrößerten und durch den französischen Kaiser unmittelbar geschützten Staat fanden, daß die früheren Verhältnisse, deren Rückführung der Frieden verbürgt, nur durch Waffengewalt schienen wiederhergestellt werden zu können. Niemals aber, das konnte man sich sagen, würde Napoleon, sei es aus eigener Machtvollkommenheit, sei es in Folge eines europäischen Congreßauftrages, seine Waffen zur Unterdrückung gegen diejenigen kehren, für deren Befreiung er sie ergriffen hatte, weil hievon seine eigene Existenz abhängt und ihm auch dann nicht geholfen wäre, wenn er sie durch fremde Waffen unterjochen und für ihren Abfall von den legitimen Herrschern züchtigen ließ, es wäre denn, er hätte die Absicht zu helfen, sofern er in diesem Fall als Landeserretter herbeigerufen würde.

Wir enthalten uns weiterer Conjecturen und lassen den großen

Kartenkünstler selbst durch seine Presse sprechen, die uns ungefähr zeigt, wie er das Spiel zu mischen vorhat.

Vor allem sind es die Herzogthümerfrage und die Frage wegen Verweltlichung des päpstlichen Regiments im Kirchenstaat, welche bedenkliche Verwickelungen bieten.

Was die letztere Frage, die Frage der Constituirung des Kirchenstaates mit gesonderter Verwaltung betrifft, so bildete sie schon eine der Punktationen des gefälschten Mediationprojects. Die Bewegungen in der Romagna hatten ursprünglich und wesentlich wohl keinen andern Zweck, und verstände sich der heilige Vater zu Reformen im Sinn dieser Forderung, so würde damit unzweifelhaft eine der hauptsächlichsten Ursachen wegfallen, die in jener Provinz zum Anschluß an Piemont drängten. Die weltliche Herrschaft des Papstes selbst stand auf dem Spiel, so lange die von dem Cardinal Antonelli vertretene Ansicht, der Papst könne unmöglich Reformen bewilligen, festgehalten wurde, und diese dem Kirchenstaat drohende Gefahr war es, was die durch die ganze katholische Welt gehende tiefe Aufregung hervorrief, durch welche der Monat Oktober für Napoleon so verhängnißvoll und düster geworden ist. Wir haben schon oben gesehen, mit welcher feinen und doch verständlichen Schlangenwindung die napoleonische Arglist ihre wahren Absichten der bischöflichen Mahnungen gegenüber zu verhüllen wußte. Einerseits scheint man die Erwartung gehegt zu haben, daß der Papst sich mit dem ihm zugedachten Ehrenvorsitz in der italienischen Conföderation, die noch erst zu schaffen ist, begnügen werde, andererseits wird erklärt, daß die weltliche Herrschaft des Papstes der italienischen Freiheit und Unabhängigkeit nicht hinderlich sei, während man gestattete, daß ihm sein weltliches Besitzthum durch seine eigene Unterthanen entrissen und an einen fremden König überliefert wird. So wenig hat sich bestätigt, was die katholische Christenheit hoffte, daß der Friede von Villafranca die Grundlage einer katholischen Liga*) zwischen Oesterreich und Frankreich sein werde, die ein Ding der Unmöglichkeit ist bei einem

*) Eine Allianz zwischen den beiden katholischen Mächten in diesem Sinne wäre eine religiöse Allianz gewesen; sie hätte — so hofften Viele — den Plan der Revolution vernichtet, den deutschen Bund aufgelöst, Spanien wieder erweckt und Italien zu einem wirklichen Bunde geeinigt.

unzuverlässigen Character wie Napoleon, dem es bis zu dieser Stunde nicht darum zu thun war, religiöse Herrschaften und Zeitalter zu gründen, sondern weltliche. *)

Verwickelter und schwerer zu lösen als die Kirchenstaatsfrage wiewohl minder gefährlich für das napoleonische System erweist sich die Frage wegen Zurückführung und Wiedereinsetzung der aus dem Lande vertriebenen Herzöge.

Es war im August, als der Turiner „Indipendente" die Nachricht brachte, daß Kaiser Napoleon dem von ihm nach Paris eingeladenen jungen Herzog Ferdinand IV. von Toscana, an welchen Leopold II. noch bei Lebzeiten freiwillig seine souveränen Rechte abgetreten, jede Hoffnung auf eine bewaffnete Einschreitung Frankreichs zu seinen Gunsten benommen habe, da das Geschick Toscana's wesentlich von den freien gesetzmäßigen Berathungen der Repräsentanten dieses Staates abhänge, eine Auffassung, die allerdings im vollkommenen Einklange mit allen früheren Erklärungen des Kaisers und des Grafen Walewski stand. Schwer ließ sich hiermit vereinigen, was die offizielle Wiener Zeitung in ihrem Abendblatt vom 10. August über diesen Punkt beibrachte, indem sie auf das Bestimmteste versicherte, daß die Friedensstipulationen in Bezug auf die Wiedereinsetzung der durch revolutionäre Factionen vertriebenen Dynastien von Toscana und Modena in den ihnen durch die allgemeinen europäischen Verträge verbürgten souveränen Territorialbesitz nimmermehr als in Frage stehend angesehen werden könne; ebenso wenig, was damals die halbofficellen und officiösen französischen Blätter hierüber sagten, indem sie behaupteten, Napoleon sei fest entschlossen, die regelmäßige Ordnung der Dinge in Italien im Sinne der Friedenspräliminarien von Villafranca herzustellen, und es könne sich daher nur noch darum handeln, ein Mittel zu finden, die beschlossene Restauration mit

*) Nachrichten aus Paris vom 30. October zufolge wäre es dem Herzog v. Grammont gelungen, die Differenzen zwischen Frankreich und dem heil. Stuhl in Betreff der Reformen im Kirchenstaat auszugleichen, und sonach noch zur rechten Stunde für diese bedenkliche Verwickelung ein vollkommener Ausweg gefunden. Die päpstliche Regierung hätte es nunmehr nur noch mit der Insurrection der Romagna zu thun, und diese wird ohne Zweifel ihr Schwert freiwillig niederlegen, wenn die Reformen ihren Forderungen entsprechen.

den deutlich ausgesprochenen und legitimen Wünschen der Bevölkerung in Uebereinstimmung zu bringen.

Auf letzteres Ziel war die Politik Napoleons zunächst gerichtet. Die Bemühungen seiner Agenten und Abgesandten, zumal des Fürsten Poniatowski, der nach Florenz geschickt worden war, um für das Haus Lothringen Propaganda zu machen, lieferten indeß kein hinreichend genügendes Resultat, um die Restaurationsidee noch länger festzuhalten, und Napoleon wußte daher sehr gut, was er that, wenn er durch die Regierungsblätter kundgeben ließ, er wolle zwar der Bevölkerung der italienischen Herzogthümer zu einer Aussöhnung mit ihren früheren Fürsten rathen, aber niemals zu einer Intervention seine Zuflucht nehmen, um sie zu etwas zu zwingen, was sie nicht möchte. Frankreich werde also nicht den Gendarmen machen, wenn das Volk die von ihm verjagten Fürsten nicht zurückrufen wolle. So der Constitutionnel, ganz im Einklange mit den Antworten des Kaisers, die er den an ihn abgesandten Deputationen der im Aufstande begriffenen italienischen Provinzen ertheilt hatte und die mit geringer Abänderung den steten Refrain wiederholten, daß seine Waffen nie dem italienischen Volkswillen Zwang anthun würden, daß er aber auch nimmer gestatten werde, ihm durch eine fremde Macht Gewalt anthun zu lassen; seine Verpflichtungen hätten keine andere Grenzen, als jene der Möglichkeit.

In dem Friedensinstrument von Villafranca hatte sich Napoleon verpflichtet, seine guten Dienste zur Wiederherstellung der fürstlichen Gewalten darzureichen oder zu leihen. Herr von Bourqueney, französischer Abgesandter zu den Züricher Conferenzen legte ihnen jedoch eine Deutung unter, die sie illusorisch machte, indem er sich darauf berief, daß, da sein Kaiser selbst der Volksstimme seine Krone verdanke, Napoleon unmöglich gemeint haben könne, er wolle diese seine guten Dienste bis zu dem Grade leisten, daß er darüber in Widerspruch mit dem Volkswillen träte.

So wurden endlich die Restaurationsideen in den Tuilerien förmlich aufgegeben, und fortan mit der Auslegung der Friedenspunktationen nichts als ein sophistisches Spiel getrieben. Epochemachend in dieser Hinsicht war der Moniteur-Artikel vom 9. Sept., welcher behauptete, die Punktation sage nicht Zurückführung vermittelst fremder Truppen zu, sondern nur Rückkehr mit ernstlichen

Garantien für die Zukunft vermittelst des freien Willens der Bevölkerung, welcher man begreiflich machen wolle, daß diese Rückkehr nur im Interesse des großen italienischen Volks liegen könne. Napoleon werde sein Versprechen halten, aber es nicht auf einen europäischen Krieg ankommen lassen und hofft, daß Italien die Beweggründe seiner Politik verstehen werde. Sehr bedeutsam aber ist der Wink, den der Artikel am Schlusse ertheilt, wo es heißt, daß, wenn die Bedingung der Rückkehr nicht ausgeführt werde, der Kaiser von Oesterreich aller zu Gunstens Venetiens eingegangener Verpflichtungen entbunden, am linken Ufer des Po eine abwartende feindselige Stellung einnehmen werde, um gegen die Unruhen am rechten stets gerüstet zu sein, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, an welchem jedoch Napoleon nicht Antheil nehmen werde, der für die Idee der Unabhängigkeit in Italien gekämpft und damit seine Aufgabe erfüllt habe.

Inzwischen hatte man zugleich dafür gesorgt, der Frage eine andere Wendung zu geben. Schon Ende August fragt der „Pays", welches denn nun aber wohl der wahre Wunsch der italienischen Völker sei, und damit ganz in Uebereinstimmung steht eine Pariser Correspondenz in „Daily News" vom 24. August, welche behauptete, Polizeispione lieferten aus Italien Berichte, die der Welt seiner Zeit beweisen sollen, daß die Wahlen in Toscana, Modena, Parma wie in der Romagna das Werk einer factiosen wühlerischen Minderzahl seien, die das „wahre Volk", d. h. die unwissende Masse anscheinlich für Italiens Unabhängigkeit im Sinne eines falschen Liberialismus bearbeitet; Italien schaue auf Frankreich, um durch dieses aus der Anarchie gerettet zu werden. Man dürfte zu dem Zweck die mittelitalienische Bewegung vielleicht nur sich selbst überlassen. Sie würde an moralischer und finanzieller Schwäche zu Grunde gehen und die Wiedereinsetzung der früheren Herrscher alsdann von selbst zu einer Sache der Nothwendigkeit werden, ohne daß eine Intervention nöthig wäre. Eine Volksjustiz aber, wie sie in Parma an dem Obersten Grafen Anviti ausgeübt wurde, reicht allerdings vollständig hin, die nationale Sache der italienischen Freiheit und Unabhängigkeit um die Sympathien Europas und die wohlgesinnten Italiener zur Besinnung zu bringen, und weitere Störungen dieser Art wären genügend, das von Napoleon bis jetzt beharrlich festgehaltene Nicht-

interventionsprinzip ferner als unanwendbar erscheinen zu lassen, ein Fall, der die Restauration der Unabhängigkeit und Freiheit jedoch, welche Napoleon den Bevölkerungen der Herzogthümer für diesen Fall zugesagt, in Frage stellen würde.

So sehr aber hatte man von Anfang an dem Souveränetätsrecht des allgemeinen Volkswillens das Wort geredet und in den weitesten Kreisen Zustimmung gewonnen, daß die Débats es endlich wagen durften, (22. October) die Rechte der italienischen Bevölkerung in gleiche Linie mit den Rechten der früheren Souveräne der Fürstenthümer zu stellen, und für erstere die nämliche Vertretung auf dem künftigen Congreß zu fordern wie für letztere. Damit aber ist die Unmöglichkeit dieses Congresses nicht bloß angedeutet, sondern bereits angebahnt. Käme derselbe aber unter solchen Rechtsanschauungen und Gruppirungen zu Stande, was könnte Wahrscheinlicheres aus ihm hervorgehen, als ein neuer und zwar allgemeiner Krieg, bei welchem es kaum zweifelhaft, welche Stellung Napoleon dazu einnehmen würde.*)

Damit stehen wir, was unsere Vermuthungen und Voraussetzungen betrifft, ziemlich am Ende der italienischen Tragicomödie

---

*) Hat Napoleon bei der Feststellung der Züricher Friedensbedingungen in der Schuld- und Terrainfrage sich dem Kaiser von Oesterreich willfähriger gezeigt, als es Piemont lieb sein kann, so folgt daraus allerdings nicht, daß dies auch in Bezug auf die italienischen Zustände der Fall sein werde, wenn man auch als gewiß annehmen darf, daß er seinem sardinischen Alliirten eine so namhafte Vermehrung seines Länderbesitzes und seiner Macht nicht gönnt. Auch lassen wir die Richtigkeit der neuesten Oktober-Nachrichten aus Modena und Paris dahingestellt, wonach der Herzog Franz V. von Modena zu Gunsten des jungen Herzogs Robert von Parma abgedankt habe, demzufolge Parma an Piemont, Modena an die Bourbonen käme, während das Haus Lothringen wieder von Toscana Besitz nähme und die Romagna unter die Oberherrschaft des Papstes, aber mit getrennter Verwaltung zurückkehren würde. Hat, wie der Monit. Tosc. berichtet, Hr. v. Schleinitz den nach Berlin geschickten toscanischen Abgesandten eine „befriedigende" Antwort ertheilt, indem derselbe Preußens Interesse für identisch mit einem starken und unabhängigen Italien erklärte, die Gerechtigkeit des Nationalitätsprincips anerkannte und versicherte, es werde diesem der Congreß wohlwollend sein, so werden die Verhandlungen des Congresses zeigen, in welchem Sinne und zu wessen Gunsten Hr. v. Schleinitz seine Aeußerungen gemeint habe. Jene Revolutionsdeputirten wurden nur in einer Privataudienz von Hrn. v. Schleinitz empfangen. Mit Recht bemerkt dagegen die Neue Preuß. Zeitung, daß

der Wirrnisse und Irrungen, deren Anlage und seitherige Durchführung ihrem Meister Ehre macht. Sicher zu sagen, was derselbe ferner thun werde, wäre unmöglich. Napoleon III. ist durch und durch Diplomat, und nur nebenbei, aus Zwang der Umstände auch kühner Soldat, wie sein großer Ohm durch und durch Soldat, aber auch trefflicher Diplomat war. Großgewachsen in der häuslichen Intrigue, im Boudoir der Mutter und im Arbeitskabinet, nicht im Felde und unter Kanonendonner, wird Louis Napoleon es nie vermeiden können, seinen Handlungen, bei aller überwältigenden, zum Ziele führenden Kraft, die ihnen inne wohnt, jenen kleinlichen schwankenden Charakter zu geben, der den Unternehmungen und Thaten des ersten Napoleon fern geblieben ist. An Louis Napoleon bewundern wir einen alle Verhältnisse und Lagen der politischen Welt richtig erkennenden und abwägenden kühnen Verstand, einen eisernen, nach Umständen schmiegsamen Willen und eine des Aeußersten fähige, widerstandslose Thatkraft; wir bewundern an ihm einen großartig und klug spekulirenden Kopf, ein seltenes organisatorisches Talent, einen weitsichtigen und auch das Naheliegende rasch und scharf durchdringenden Blick, aber einen ränkevollen unzuverlässigen und daher gefährlichen Charakter, ein Gemüth, finster, undurchsichtig und unerforschlich, das noch manche Berechnung derer, die sich vielleicht klüger dünken als er, zu Schande machen wird; geheimnißvoll gegen Freund und Feind und jenen wie diesen mit gleicher Leichtigkeit opfernd, wenn es ihm bequem und vortheilhaft ist; Hoffnungen weckend und Versprechungen gebend, ohne den ernstlichen Willen, jene zu erfüllen, und diese zu halten und die Gebote der Treue, der Großmuth, der Uneigennützigkeit nur dem Scheine nach im eigenen Interesse wahrend; einen Despoten, der Menschen und Dinge bloß als Werkzeuge seines Willens ansieht und behandelt, und bei großem persönlichem Muth und unbeugsamer Entschlossenheit, die man ihm nicht absprechen kann, aus Gründen der Politik mit allem Anstande, wie die Schnecke in ihr Haus sich zurückzieht, wenn er sieht, daß er für den Augenblick nichts Besseres thun kann. Niemand kann

---

auch dieß nicht hätte geschehen sollen; das königliche Preußen habe sich für die „gestohlenen Rechte" der Fürsten energisch ausgesprochen; thue es das, dann habe es wenigstens seine Schuldigkeit gethan.

sagen, was von einem solchen Manne, der die Ueberraschungen liebt, auch nur die allernächste Zukunft bringen wird.

---

5. Englands politische Kleinkrämerei und Congreßangst. Rußlands veränderte Stellung zur Zeitfrage und Annäherung an Preußen. Eine politische Zusammenkunft. Neue Combinationen in Aussicht.

Dem Kaiser Louis Napoleon, dieser gewaltigen, nach keiner Seite hin gering anzuschlagenden politischen Machtgröße gegenüber, wie kleinlich, und sagen wir es nur dreist, wie bestürzt steht seit dem unerwarteten Frieden das mächtige England da! die Rolle eines innerlich erbittert grollenden und beschämten Zuschauers spielend, gibt es ein bemitleidenswerth trauriges Zeugniß seiner Rath- und Thatlosigkeit, wenn wir die müßigen und unfruchtbaren Parlamentsreden über die Theilnahme oder Nichttheilnahme Englands an einem noch kaum einmal in Frage gekommenen Congreß vernehmen, die selbst in der Thronrede einen Wiederhall fanden, womit das Parlament am 13. August geschlossen wurde. Es klingt wie pure Selbstverspottung, wenn es heißt, die Königin könne noch nicht sagen, ob England an einem Congreß zur Regelung der italienischen Angelegenheiten theilnehmen werde oder nicht, indessen würde sie sich mit Freuden an Maßregeln betheiligen, welche geeignet wären, den europäischen Frieden, für den man das Schwert zu ziehen ja nicht die Hand zu rühren wagte, auf sicheren Grundlagen herzustellen, deren gewaltthätiges Zusammenreißen man doch in kriegsscheuer Gleichgültigkeit — oder sollen wir zur Ehre Englands glauben, aus finanziellen Gründen? — ruhig mit angesehen hatte. Weibisch klagt im Oberhaus Lord Brougham, daß der Friede der Welt von dem Willen eines Mannes abhänge, den kein Ministerrath controlire; und selbst der napoleonsfreundliche Lord John Russell fühlt sich zu dem offenen Geständniß gedrungen, Napoleon habe die Freiheit Italiens nicht befestigt, irrt aber, oder auch nicht, wenn er die gute Meinung hegt, daß Napoleon nicht die Absicht habe, die Dynastien von Toscana, Parma und Modena mit Waffengewalt in ihre Länder wieder einzusetzen.

Marquis of Normanby hatte es den Engländern schon gesagt,

daß der Friede nicht aus Negociationen hervorgehen werde, aber daß Napoleon ihn schließen würde, ohne England beizuziehen, ja ohne der englischen Regierung auch nur Anzeige von der Friedensschließung zu machen, eine solche Zurücksetzung hatte doch Lord John Bull nicht erwartet. Es lag darin eine Mißachtung der englischen Macht und Allianz, die auf das künftige Verhältniß zwischen England und Frankreich nicht ohne Einfluß bleiben kann, aber auch eine vollkommen verdiente ist. England ist nicht blind geblieben gegen die selbstverschuldete demüthige und gefährliche Lage, in die es sich durch sein liebedienerisches und zweideutiges Benehmen bei dem kaiserlichen Psychologen gebracht, und fürchtete eine napoleonische Kriegserklärung um so ängstlicher, da es durch sein neutrales Verhalten Oesterreich von sich gestoßen und Deutschland einen Wink gegeben, wie es in der Zeit der Noth sich gegen England verhalten dürfe. Lord Elchos Antrag im Unterhause, das Haus möge erklären, daß es der Ehre Englands entgegen sein würde, an einem Congreß über die italienischen Angelegenheiten, auf Grund der Präliminarien von Villafranca theilzunehmen, kam daher sehr post festum und konnte die Schmach nicht tilgen, die sich England durch seine aus Kurzsichtigkeit und Kleinmuth entspringende Isolirung in einer Zeit allgemeiner Gefahr zugezogen hatte. Englands Seemacht und Kolonien müssen für ein welterobernes Genie, dessen Steckenpferd die Vermehrung und Ausbildung der Flotte ist, eine ganz besondere Anziehungskraft haben. Auch wird Napoleon ihm schwerlich jemals die Bereitwilligkeit vergessen, welche es gezeigt hat, trotz seiner neutralen und Frankreich befreundeten Stellung an der preußischen Friedensvermittelung theilzunehmen.

Die Kriegsbefürchtungen, welche in der Presse und im Parlament aufgetaucht waren, hatten der Natur der Sache nach keinen Halt, und das Kabinet wußte wahrscheinlich besser, woran es war, wenn es in einem am 28. August abgehaltenen Kabinetsrath den Beschluß faßte, die Souveränetät Sardiniens über Toscana, Parma, Modena und die Legationen anzuerkennen. Es hieß das absichtlich Verwickelungen nicht nur mit Oesterreich, sondern auch mit Frankreich herbeiführen, sofern man nicht glaubte die Ueberzeugung hegen zu dürfen, es geschehe mit diesem Beschlusse dem mächtigen Alliirten jenseits des Kanals ein Dienst, der, seinem neuesten Geständniß

gegen General Dabormida zufolge, in Villafranca sich wider seinen Willen zu der Stipulation wegen Zurückführung der verjagten Herzöge hatte hinreißen lassen. Das gegenwärtige englische Ministerium ist den napoleonischen Intentionen im Allgemeinen so günstig und willfährig, und Lord Cowley ein so vortrefflicher Unterhändler, daß wir es Andern überlassen müssen nachzuweisen, was die Presse behauptet, daß eine ernsthafte Spannung zwischen den beiden Regierungen bestehe und Napoleon über das Treiben der Engländer zu Gunsten der Revolutionspartei in Italien höchst aufgebracht sei. Immerhin aber mag „Pays" Recht haben (24. Oct.) die englischen Blätter aufzufordern, von Italien nur mit der Schamröthe auf der Stirn zu sprechen, und die Bedenklichkeiten wegen Theilnahme an einem europäischen Congresse werden auch schwinden, wenn Napoleon sie wünscht.

Durch die Betheiligung an den preußischen Vermittlungsplänen ist Rußland zu Frankreich in ein ähnliches Verhältniß getreten wie momentan England. Wir wissen auf das bestimmteste aus einer Depesche des englischen Gesandten Sir John Crampton an Lord Malmesbury aus St. Petersburg vom 26. Januar, daß die Erhaltung des Friedens auch Rußlands Wunsch war, und schlug das zwischen Oesterreich und Frankreich entstandene Zerwürfniß in einen Krieg aus, Rußland unter keinen Umständen an letzterem theilgenommen haben würde. Rußlands Neutralität war aber, wie aus einer weiteren Depesche des Sir John Crampton an Lord Malmesbury vom 15. Februar erhellt, von offenbar feindseliger Natur gegen Oesterreich, und wenn der osteuropäische Kaiserstaat späterhin den Sirenenklängen preußischer Vermittlungsvorschläge Gehör gab, so gelangte er dadurch in ein Verhältniß zu Frankreich, wie es seiner ursprünglichen Stellung zu diesem Staate und dessen Herrscher nicht mehr angemessen war, sollte auch, wie Gortschakoffs Depesche an Baron Budberg in Berlin vom 25. Juni behauptet, Napoleon für die Idee einer Friedensverhandlung unter Vermittlung der drei neutralen Höfe sich seinerseits geneigt gezeigt und Rußland auf der Forderung bestanden haben, daß vor allem die kriegführenden Mächte eingeladen würden, ihre Beistimmung zu dem erst festzustellenden Prinzip der Verständigung und die wechselseitigen Anerbietungen zu erkennen zu geben, auf denen sie glaubten in die Friedensunterhandlungen eintreten zu können.

Napoleon konnte trotz dieser Umstände in der Theilnahme Rußlands an den Vermittlungsbemühungen Preußens um so weniger ein freundliches Entgegenkommen für sich und seine Pläne erblicken, als der Eintritt Rußlands in den Vermittlungsvorschlag einen europäischen Congreß in Aussicht stellte, der im Fall eines allerdings kaum zu erwartenden friedlichen Ausgangs als Preis der Reorganisation Italiens nicht die Demüthigung Oesterreichs, die doch beabsichtigt war, hätte zur Folge haben können. Wir wundern uns daher nicht, daß nach dem Frieden eine größere Annäherung Rußlands zu Oesterreich bemerkbar wurde, da es seine Vermittlungsgeneigtheit mit dem Mißtrauen Napoleons erkauft hatte, der sich damals sowohl an der Themse wie an der Newa getäuscht sah, und wie Combinationen in den Köpfen der Leute ausgeheckt werden konnten, die in Mazzini's Aufsatze „der europäische Staatsstreich" den Gipfelpunkt ihrer Kühnheit gefunden haben. Hiernach war der Friede von Villafranca die Einleitung und Weihe zu einer neuen heiligen Allianz zwischen den drei Kaiserstaaten Oesterreich, Frankreich und Rußland, welche den Zweck hatte, die nationalen Bestrebungen in Europa zu imperialisiren und die Theilung der mohamedanischen Besitzungen in Europa und Afrika unter den drei Mitgliedern der Allianz zu bewerkstelligen, der dann ein gemeinschaftlicher Krieg wider England und Preußen zu folgen bestimmt sei. Andrerseits hielten insbesondere russische Blätter eine Annäherung zwischen England, Preußen und Rußland nicht nur für möglich, sondern auch für nothwendig und wahrscheinlich und brachten damit die Reise des Großfürsten Constantin nach England in Verbindung. Doch dürfte diese Annäherung, wenn sie überhaupt stattgefunden, vor der Hand nur auf eine gegenseitige Verständigung der drei Staaten über gewisse Eventualitäten beschränkt haben, die sich aus der Natur der napoleonischen Politik ergeben und zur Sicherung des europäischen Friedens besondere Feststellungen in Bezug auf die sodann einzuschlagenden Maßregeln nothwendig erscheinen lassen konnten. Man hat die schon erwähnte Zusammenkunft des Kaisers von Rußland und des Prinz Regenten von Preußen in Breslau wohl nicht ohne Grund mit der italienischen Frage in Verbindung gebracht und daran die Hoffnung einer Coalition geknüpft. Diese Hoffnung kommt aber jedenfalls verfrüht. Hätte man sie im Sinne, so wäre sie nicht denkbar ohne

den Hinzutritt Englands, dessen militärische Kräfte zur See man braucht, und mit dem Preußen, wir wissen nicht wie weit, über gewisse Fragen der Zukunft einverstanden zu sein scheint. Daß aber der Kaiser von Oesterreich an der Zusammenkunft nicht persönlich theilnahm, sondern den russischen Kaiser nur durch seinen erlauchten Stellvertreter begrüßen ließ, erklärt sich aus seiner Stellung als eine der beiden pacificirenden Mächte, wie es zugleich nichts weder gegen noch für eine Annäherung zu Rußland beweist. Wir geben natürlich unter den vorhandenen Umständen auf eine politische gegen Napoleon gerichtete Combination, bei welcher Rußland einen Hauptfactor bildet, sehr wenig, zumal da Rußland sich gleich Preußen die unfaßbare und für Freund und Feind gänzlich unzuverlässige „Politik auf freie Hand" zu eigen gemacht hat, die ihm allerdings eine unverpflichtete Stellung zwischen den Parteien gestattet, und es würde daher die Begünstigung des englisch-preußischen Einverständnisses durch Rußland nur eine vorläufige sein und eben so rasch wieder aufgehoben werden, wenn Rußland es für vortheilhafter und seiner Politik angemessener hielte, sich der anderen Gruppirung zu nähern, welche Oesterreich, Frankreich und Sardinien umfaßt. Bedenken wir jedoch, daß diese letztere Gruppirung keine sichere und in ihren Zwecken übereinstimmende ist, und das hauptsächlich die schwierige Frage wegen Restauration der italienischen Souveräne leicht zu folgereichen Collisionen zwischen Oesterreich und Frankreich führen könnte, wenn letzteres dafür nur auf diplomatischem Wege, nicht mit den Waffen in der Hand wirken wollte, und erwägen wir, das Rußland auf das bestimmteste die Restitution der Herzogthümer verlangt und in dieser Beziehung eben so weit von den Ansichten und Intentionen Englands abweicht, als es sich darin den Absichten und Forderungen Oesterreichs nähert, so könnte sich hieraus eine neue Combination in der Stellung der Großmächte ergeben, von der wir jetzt noch keine Ahnung haben.

Wie wir aus Sir John Cramptons diplomatischen Mittheilungen an Lord Malmesbury wissen, wurde die russische Regierung zu ihrem neutralen Verhalten während des letzten Conflikts hauptsächlich durch die Hoffnung veranlaßt, daß der in Aussicht stehende Krieg mit der vollständigen Demüthigung Oesterreichs endigen werde, und wenn diese Hoffnung durch den Frieden von Villafranca nicht ihre vollständige Erfüllung fand, so bezeigte sich doch Ruß-

land mit dem Resultate zufrieden, und es liegt demnach hier für seine Regierung kein wesentliches Hinderniß vor, um im Interesse des legitimen Prinzipes und des europäischen Gleichgewichts das nöthige Einverständniß mit Oesterreich anzustreben. Dahin deutet aber auch die von dem russischen Kabinet in den seither bekannt gewordenen diplomatischen Actenstücken mit besonderer Vorliebe gehegte Idee eines europäischen Congresses, zu welchem man freilich zuletzt seine Zuflucht wird nehmen müssen, um, sofern dies überhaupt möglich, alle aus der italienischen Frage entspringenden oder damit in Verbindung stehenden Schwierigkeiten auszugleichen, die für den allgemeinen Frieden sich längst schon bedrohlich genug gestaltet haben.

Rußland hatte sich von Anfang an auf die Seite derer gestellt, die sich an Oesterreich glaubten reiben zu können, um von ihm einen vollständigen Systemwechsel der Regierung und Reformen in der Verwaltung nicht nur seiner italienischen Provinzen, sondern auch der andern Kronländer zu verlangen, als wäre das eigene System so sehr über allen Tadel erhaben, um sich das Einspruchsrecht gegen das fremde anmaßen zu dürfen, und als hänge lediglich von einem Systemwechsel Oesterreichs die Verbesserung der europäischen Staatenverhältnisse und die Befestigung des politischen Rechtszustandes von Europa ab. Aber man hatte sich nun einmal seit langem gewöhnt, Oesterreich als eine, wenn nicht schon gefallene, so doch durch seine Lage und die combinatorische Natur seiner Gesammtbevölkerung in seiner Macht stark gefährdete Größe zu betrachten, man glaubte es so tief in der Selbstachtung gesunken, um sich zu beliebig inneren Reformen durch äußere Einflüsse drängen zu lassen, und wie der Königsadler der Fabel, dem die Flügel geknickt sind, zur Zielscheibe für den Spott der großen und kleinen Vögel, seiner Hasser und Neider wird, so erging es noch bis zu diesem Augenblicke Oesterreich, dem man selbst die aus freien Stücken beschlossenen neuesten Reformen nicht gönnt, sondern mit Koth bewirft, noch ehe sie ins Leben getreten, indem man in ihnen nur Zugeständnisse der Schwäche sieht, die nach Sympathien suchen.

6. Deutschland und der Friede. Die deutsche Frage. Abwägung der Stellung Preußens am Bunde. Die kleindeutsche Nationalpartei und ihre Ziele. Großdeutsches Einigungswerk. Gränzen der verlangten Bundesreform. Die deutschen Mittelstaaten fordern Revision der Bundeskriegsverfassung. Blick in die Zukunft.

Wie der Verlauf unserer Betrachtung dargethan, war die Schließung des Friedens von Villafranca seitens des Kaisers von Oesterreich ein Act des opferwilligsten und humansten, das Leben seiner Völkerschaften schonenden Entschlusses, allerdings aber auch einer ihm von den neutralen Mächten wider Willen aufgedrungenen, doch wohlbegründeten und offenen Politik, von Seiten Napoleons dagegen ein Kind der politischen Klugheit und Arglist, dem die Furcht kaum weniger als die Rachgier die Nothtaufe gegeben. Wir können in den Punctationen dieses Friedens keine den politischen Verhältnissen völlig entsprechenden Grundlagen, keine Bürgschaften dauernden Bestandes, ja nicht einmal Festsetzungen erkennen, welche die Möglichkeit ihrer Durchführung in sich schließen; sie tragen zu sehr den Charakter des Improvisirten, Ueberraschenden und auf Ueberraschung Berechneten an sich, als daß sie den Wünschen und Forderungen aller Parteien genügen könnten. Das Ueberraschende aber liegt nicht etwa nur in der Plötzlichkeit, womit Napoleon zum Frieden drängte, sondern vielmehr in dem Umstande, daß nach so großsprecherischen und welterschütternden Phrasen und nach einer so furchtbaren Menschenschlächterei der Sieger die Zustände im Wesentlichen so ließ, wie sie vor dem Kriege waren, nur mit dem Unterschiede, daß abgesehen von den alterirenden Folgen, die sich für die europäischen Rechtszustände und Staatenverhältnisse nothwendig aus dem Frieden ergeben, dadurch namentlich die italienischen Angelegenheiten verwickelter und aufgeregter als je geworden sind. Denn wie eng mit einander verbunden durch volksthümliche und ökonomische Bande die Lombardei und Venetien auch sein mögen, so lange ganz Venetien bis zum Mincio mit dem in strategischer Hinsicht so wichtigen Festungsviereck im österreichischen Besitz verbleibt, hat die Losreißung Lombardiens für die militärische Sicherheit Oesterreichs an und für sich nur wenig Bedeutung; und eine Conföderation konnten sich diese souveränen italienischen Staaten geben, ohne dazu von Napoleon gezwungen zu sein. Mit dem angeblichen Hauptzwecke des Krieges ist daher von Napoleon bloße

Spiegelfechterei getrieben worden, und der Friede, wie er vor uns liegt, ist daher noch kein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand auf ungewisse Zeit, und Niemand vermag in diesem Augenblicke zu sagen, wann und wo wieder zuerst zum Schwerte gegriffen werden wird, ob gegen die Italiener am Po, am Arno oder an der Tiber, oder gegen die Deutschen am linken Ufer des Rheins. Die Verletzung der Verträge hat mit der gewaltsamen Losreißung der Lombardei von Oesterreich begonnen, aber sicherlich nicht geendet, und wir haben daher die dringendste Ursache, auf unserer Hut zu sein, um von den kommenden Ereignissen nicht unvorbereitet und zwiespältig erfunden zu werden.

Um manche Erfahrung, mehr trüber als freudiger Art sehen wir uns seit dem Frieden reicher.

Zum ersten Mal sind unsere Gränzen geachtet worden; Louis Napoleon ist mitten im Siegeslaufe vor dem deutschen Bundesgebiet stehen geblieben; das bloße Drohen mit dem Bundesheere machte ihn stutzen und entwand ihm das Schwert, um ihm die Friedensfeder in die Hand zu drücken, obgleich er wußte, wie wenig ernst es doch mit all' dem Waffengeräusch gerade von der Seite her gemeint war, wo man so viel Aufhebens davon machte. Dies ist eine Erfahrung, die allein schon die überstandene Angst werth war und, wüßten wir ihre Bedeutung nach Gebühr zu schätzen und zu nützen, uns einem schlummerlosen und gefährlichen Feinde gegenüber mit dem nöthigen Selbstvertrauen und Muth erfüllen würde.

Zugleich hat sich erwiesen, daß Deutschland in seiner bisherigen Verfassung nichts ist ohne Preußen. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten thaten nichts, weil Preußen nichts that und hätten sich von diesem trotz aller bundesräthlichen und journalistischen Widerrede auf militärischem wie diplomatischem Felde vollständig in's Schlepptau nehmen lassen, wenn es jemals zum activen Handeln gekommen wäre. Stillschweigend und durch die That war längst gewährt, was Preußen verlangt hatte. Hierin liegt einerseits ein Triumph für Preußen und seinen alten Königsruhm, auf den es stolz sein dürfte, wenn es den Muth hätte, davon nicht bloß im Interesse des eigenen Staats und eines faulen Friedens Gebrauch zu machen, — wie anderseits für die deutschen Mittel- und Kleinstaaten ein Zeugniß der Schwäche, deren Ursachen wir

indeß nicht sowohl in dem Willen der betreffenden Regierungen als in der Mangelhaftigkeit der Bundeskriegsverfassung zu suchen haben.

Hiermit stehen wir bei der trübsten Erfahrung, die sich für uns aus dem Verlauf des Conflicts und des Friedensschlusses ergeben hat. Wir sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß Deutschland noch sehr viel von dem Ziele entfernt ist, welches die Bundesverfassung für die Gleichberechtigung und Einigkeit der einzelnen Bundesglieder unter einander, wie für die Machtstellung des Gesammtvaterlandes in der raschen und nachdrücklichen Entfaltung seiner diplomatischen und militärischen Kräfte zu gemeinsamen national-deutschen Zwecken nach innen und außen erstrebte, aber ihrer Mängel wegen bis jetzt nicht zu erreichen vermochte; wir sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß, abgesehen von den Verfassungsmängeln, unter den deutschen Bundesgliedern selbst Verhältnisse bestehen, die auch die guten Keime und Grundlagen, welche die Bundesverfassung für die Erzielung eines einheitlichen und starken Nationalwillens unläugbar bietet, nicht zur Geltung und Entwickelung kommen lassen, und die als eine Erbschaft aus der traurigen Neutralitätsepoche anzusehen sind, die wir oben in ihren Grundzügen gezeichnet haben.

Mit dem Frieden von Villafranca, der eine europäische Frage nicht so wohl löste, als durchschnitt, sahen wir uns durch die Schuld der neutralen Mächte auf die verhängnißvolle Bahn der Separatverträge zurückgeworfen, welche damals die Zertrümmerung des deutschen Reiches zur Folge hatte und jetzt die Auflösung des deutschen Bundes thatsächlich nach sich gezogen haben würde, hätte nicht der nationale Sinn und Wille der deutschen Regierungen dem Zerfall vorgebeugt, und gewährte nicht überhaupt die Bundesgesetzgebung einen sehr weiten Spielraum für die verschiedenartigsten Anschauungen und jede Art politischer Bestrebung unter den Bundesgliedern, was freilich nicht zu ihren Haupttugenden gehört.

Von den europäischen Verträgen sprechen wir vor der Hand nicht mehr, nachdem die einzige Großmacht, die für sie einzutreten Einsicht und Muth genug besaß, sich genöthigt sah, zu ihrer Zersetzung selbst die Hand zu bieten.*) Aber daß sich auch unsere

*) Noch ehe der Friede von Villafranca ohne die Zustimmung sämmtlicher Großmächte abgeschlossen wurde, bestanden diese Verträge factisch schon

Bundesgesetze in der Stunde der Gefahr nicht als zweckmäßig bewährten, ja einem Bundesgliede zum Vorwand dienen mußten, einem in seiner Integrität und seinen vertragsmäßig zuerkannten Rechten angegriffenen Bundesgliede die angesprochene Hülfe zu versagen, dadurch haben sie alle bindende Kraft verloren und sie schweben nun thatsächlich in der Luft. Bei unsern Feinden hat sich aber hierdurch aufs neue die Ueberzeugung festgesetzt, daß mit Deutschland nichts oder vielmehr alles zu machen ist, und daß es nur eines von außen her kommenden energischen und mächtigen Willens bedarf, um es gänzlich zu zerstückeln und politisch zu vernichten. Der Zwiespalt, welcher zwischen den deutschen Hauptmächten besteht, ist konstatirt; ein Gefühl der Entzweiung und Erniedrigung hat sich aller Gemüther bemächtigt, und der Gang der Ereignisse die beklagenswerthe Thatsache außer Zweifel gestellt, daß uns alle unsere weisen Bundesgesetze und kostbaren Bundesheere, an welchen der Schweiß des Landmanns und Bürgers klebt, zu nichts nützen, daß wir mit allen Artikeln der Bundesacte und allem

---

nicht mehr, nachdem Frankreich durch die That, England und Rußland durch ihre Neutralität wie durch die Doctrin ihrer officiellen oder officiösen Presse das Aufhören der europäischen Verträge ausgesprochen, und selbst Preußen bei seinem letzten Vermittelungsversuch nur bedingterweise und nicht vom concreten, sondern blos vom abstracten Standpunkte aus die Aufrechthaltung der Verträge im Auge hatte, deshalb aber auch um so weniger berechtigt war, mit diesem Versuch sich an zwei auswärtige Mächte zu wenden, die, gleichviel ob aus egoistischen oder principiellen Gründen, durch ihr Verhalten beurkundet, daß sie mit diesen Verträgen nichts mehr zu schaffen haben wollten. Es ist daher sachlich ohne Bedeutung, wenn diese Staaten sich später auf die Verträge beriefen, um die Nothwendigkeit eines europäischen Congresses zu beweisen, dessen Aufgabe darin bestünde, die italienischen Angelegenheiten nach dem Gesichtspunkte des europäischen Gleichgewichts und der socialen Ordnung durch die Gesammtheit der europäischen Großmächte regeln zu lassen, mit andern Worten die Halbinsel zu pacificiren, was das eigentliche Object des Kampfes gewesen sei; es ist sachlich ohne Bedeutung, wenn im Beginn des Conflikts England und Preußen erklärten, zum Schutz der bestehenden Verträge den Frieden aufrecht erhalten zu wollen, aber doch zuließen, daß diese durch Napoleon verletzt wurden, und wenn dann am Schluß des Dramas die Nothwendigkeit der Restauration der vertriebenen italienischen Dynastien auf die Bestimmungen der früheren Verträge zurückgeführt wurde, durch welche denselben ihr Territorialbesitz und ihre Souveränität verbürgt seien. Alle diese Widersprüche heben sich in dem Maße gegenseitig selbst auf, daß als Niederschlag nichts Positives und Wahres zurückbleibt.

Pomp der Landesvertheidigung doch zuletzt nur ein Spiel des Zufalls und die glückliche Zielscheibe eines eroberungssüchtigen Despoten sind, wenn er uns nicht einig findet.*)

Deutschland, daß sich an jeden Balken, jeden Strohhalm klammert, in der Hoffnung, um endlich zu werden, was es schon lange zu sein verlangte: ein einiger, mächtiger Bundesstaat, sieht sich auf diese Weise durch den Ausgang des Krieges wer weiß wie weit von dem erstrebten Ziel zurückgeschoben. Die günstige Gelegenheit, die uns zur Bewährung deutscher Einigkeit und Macht geboten war, kommt vielleicht so bald nicht wieder; man verschwendet seine Begeisterung nur einmal an eine Sache, das nächste Mal findet sie uns kalt, und in keinem Fall ist es etwas Gleichgültiges, wenn inzwischen unser Feind an Selbstvertrauen und Macht gewonnen hat.

Volk und Heer forderten in richtiger Erkenntniß der letzten Intentionen Napoleons den Kampf Gesammtdeutschlands wider den französischen Kaiser, und nur die diplomatische Afterweisheit des verblendeten und zugleich zaghaften und thatenscheuen Besserwissens vermißte dafür die rechten Grundlagen, als müßten wir allemal warten, bis der Feind unsere Gränze überschritten, um einen rechtmäßigen Krieg führen zu können. Nur ein siegreicher nationaler Kampf des gesammten Deutschlands wider den Erbfeind deutscher Nation würde uns durch die Folgen, die sich daran für die Vervollständigung und einheitliche Organisirung unserer Territorial- und Rechtsverhältnisse knüpfen, von den wesentlichsten Mängeln unsers innern und äußern Bundeslebens befreit, dieses Ergebniß sich aber auch nur in dem Fall so günstig für uns gestaltet haben, wenn wir uns den Frieden durch eigene Kraft erkämpft und ihn aus eigener Machtvollkommenheit, ohne den immerhin zweideutigen und lästigen Beirath fremder Mächte, geschlossen und festgestellt hätten.

---

*) Die Debats erkannten an, daß „der deutsche Bund zur Action ungeeignet sei, aber Niemand werde ihn beschuldigen, unfruchtbar an diplomatischer Correspondenz zu sein und diese Art Literatur nicht zu begünstigen. Welche Fluthen von Dinte seien vom deutschen Bunde vergossen worden (aber kein Tropfen Blut!) bevor sich Oesterreich glücklich schätzte, die Präliminarien von Villafranca zu unterzeichnen." Dies eine Urtheil für viele, um zu zeigen, in welcher Achtung der deutsche Bund beim Auslande steht.

Wie Einigkeit im Innern das erste, so ist Unabhängigkeit vom Ausland das zweite deutsche Gebot!

Wie wir unsere inneren Angelegenheiten ordnen wollen, darum hat sich natürlich Niemand außer uns zu kümmern. In dieser Hinsicht sind wir uns selbst genug, und in keinem Falle haben wir nöthig von unseren Thun und Lassen den andern Mächten Rechenschaft zu geben, uns ihres dem Verständniß unserer Zustände fremden Rathes zu bedienen oder ihrer Einsprache uns zu fügen, ebensowenig als solches von diesen Mächten in ihren Angelegenheiten uns gegenüber geschieht, wünschen aber deshalb auch, daß Preußen uns das letzte Beispiel unserer Abhängigkeit vom Auslande aber auch der Einmischung in fremde Angelegenheiten gegeben haben möge, die wir, wie schon mehrfach früher bemerkt, darin erkennen müssen, daß es von Oesterreich Reformen für seine innere Verwaltung forderte, wozu es nach seiner Stellung kein Recht hatte. Wie sich aber die europäischen Rechtsverhältnisse gegenwärtig gestaltet haben, so können wir nicht einmal zugeben, daß eine unbetheiligte auswärtige Macht einzusprechen das Recht hätte, wenn wir den unserer Nation würdigen Entschluß faßten, von Frankreich jene uns einst durch Zwang und List entrissenen Provinzen jenseits des Rheins zurückzufordern und mit Waffengewalt in einem localisirten Kriege wiederzunehmen, die uns früher als Besitzthum, jetzt noch durch Stammverwandtschaft und Sprache angehören und durch deren Wiedergewinnung einzig und allein eine entsprechende Ausgleichung der im letzten Kriege gestörten und im Frieden neu geordneten Territorialverhältnisse bewerkstelligt, Deutschland in erweiterter Linie gegen Frankreich geschützt und das für die neuen staatlichen Rechtszustände Europas geforderte Nationalitätenprinzip auch nach dieser Seite hin aufrecht erhalten und verwirklicht werden könnte.

Doch unsere Aufgabe liegt in diesem Augenblick nach der friedlichen Seite hin. Nicht als hätten wir den Krieg zu scheuen und mit ängstlicher Sorgfalt nach dem Beispiel der preußischen Friedenspolitik zu meiden, wir müssen gerüstet bleiben und auf der Wacht stehen, nur kampfbereiter als bisher, daß wir zeigen, es lebe noch etwas von dem Schlachtendrang unserer Altvordern und von dem Heldenmuth unserer Väter und Großväter in uns; aber wir wollen den Krieg nicht muthwillig und zur Unzeit hervorrufen

in der ungewissen Hoffnung, unsere zu Verlust gegangenen deutschen Provinzen jenseits des Rheins wieder zu erobern und einen Frieden zu erzwingen, der nur dann erst im Sinne der Integrität und Sicherheit des europäischen Gleichgewichts als beendigt und dauernd befestigt würde angesehen werden können, wenn er auf die Verträge von 1814 und 1815 zurückginge, wodurch die Napoleoniden für ewige Zeiten von der höchsten Gewalt in Frankreich ausgeschlossen sind,*) oder durch ihn solche Vorkehrungen getroffen würden, welche nöthig, um jeden weiteren Versuch des französischen Wahlkaisers, die noch zu Recht bestehenden europäischen Verträge und Staatenverhältnisse zu verletzen, und jeder Prätention, eine Dynastie zu gründen, mit sicherem Erfolge zu begegnen. Wir wollen einen dahin abzielenden Krieg nicht leichtsinnig heraufbeschwören, denn Louis Napoleon, von einer kriegsgeübten und sieggewohnten Armee unterstützt, mit der er als *Besiegter* ebensowenig nach Paris zurückkehren dürfte, als Napoleon I. dies in Bezug auf sich in Dresden zu Metternich sagte, ist ein Gegner, dessen Bedeutung man nicht hoch genug anzuschlagen hat, und für uns ist Sieg so lange nicht zu hoffen, als wir in zweispältiger Gesinnung und Richtung aus einander gehen und, unabhängig von jedem fremden Einfluß, uns nicht auf der sichern Basis *einer Zeit- und zweckgemäßen Reorganisation unserer Bundesverfassung* einerseits enger, einheitlicher, bundesfreundlicher, andrerseits hülfsbereiter, thatkräftiger und in der Gefahr rascher aneinander schließen.

Oft genug hat man es wiederholt, ohne diese Wahrheit in allen Stücken beweisen zu können, daß Deutschland das Herz, der Centralstaat Europas sei, an dessen Schicksal das Schicksal des ganzen Welttheils geknüpft ist in politischer und socialer, in materieller wie geistiger Beziehung, ein Gesammtstaat, bestimmt Befehle zu ertheilen, nicht aber sich ertheilen zu lassen und das Gleichgewicht in der Wagschale des europäischen Staatensystems zu erhalten, das durch Uebergriffe von rechts und links, von hüben und drüben so leicht gestört werden kann. Zu diesem mächtigen und einigen

*) Im ersten Artikel des Friehens von Fontainebleau entsagte der Kaiser Napoleon für sich, seine Nachkommen und Nachfolger, sowie für alle Glieder seiner Familie sämmtlichen Rechten und Ansprüchen auf die Souveränetät nnd Regierung Frankreichs oder des Königreichs Italien oder irgend eines andern Landes.

Centralstaat Europas, zu der im europäischen Völkerrath nicht nur geachteten und vertretenen, sondern auch gefürchteten Nation, die wir bis jetzt Dank unserer inneren Zerrissenheit und diplomatischen Liebedienerei gegen die „großen Kabinette" nicht werden konnten, hierzu können wir niemals werden, es sei denn, daß wir uns ein Herz faßten und Kopf genug besäßen, um unserer Bundesverfassung die ihrer ursprünglichen Bestimmung und den bisherigen Erfahrungen entsprechende zeit- und zweckgemäße Neugestaltung zu geben.

In dieser Hinsicht ist bezeichnend, was jüngst das officiöse „Pays" über die in Deutschland allerorts sich kundgebenden Einheitsbestrebungen und das Verhältniß der Bundesverfassung zu diesen Bestrebungen ausgeplaudert hat. Es sagt, daß das europäische Interesse, welches der Wiener Congreß auszugleichen gehabt, nicht ohne fortwährende Angst für das Gleichgewicht ein einiges und centralisirtes Deutschland habe zulassen können; auf dies Bemühen sei die erste Aufgabe des Congresses gerichtet gewesen, die zweite habe darin bestanden, den „unvermeidlichen und höchst nützlichen" Gegensatz zwischen dem protestantischen und katholischen Deutschland in ein festes und dauerhaftes System zu bringen, und neben Erfüllung dieser Bestimmungen habe dennoch die unter solchen Einflüssen entstandene deutsche Bundesverfassung der herrschenden Einheitsidee in gewisser Weise Genüge geleistet, und es sei auf diese Art der deutsche Bund die am besten berechnete Schöpfung von 1815 geworden! Wir könnten hieraus lernen, wo es hauptsächlich unserer Bundesverfassung fehlt, die wie das seitherige österreichische Regierungssystem wesentlich eine Metternich'sche Schöpfung ist, und gleich diesem neben manchem Guten sehr viel Veraltetes, Unhaltbares und Gemein-Schädliches enthält, daß sie bei dem seit ihrer Errichtung gänzlich umgestalteten Verfassungsleben der deutschen Bundesstaaten für unsere gegenwärtige politische Anschauungsrichtung wie für die vielfach veränderten allgemeinen Rechtsverhältnisse Europas völlig unbrauchbar erscheinen läßt. Es wäre daher auch ganz und gar nicht Schade, wenn dies hinfällige „germanisch-dynastische Conferenzgebäude", wie der russische „Invalide" sich trefflich ausdrückt, zu Grunde ginge, und zu einem wahrhaft nationalen Bunde erwüchse, ehe die Auflösung Deutschlands eintritt, der es unter dem Beifallklatschen der ausländischen Blätter entgegengehen würde.

Wir wissen nicht, ob uns in diesem Augenblicke mit einem deutschen Parlamente geholfen wäre, aber es ist sehr die Frage, ob man schon jetzt den Versuch wagen sollte, die so wünschenswerthe, auf die Errichtung eines Parlaments gegründete Bundesreform nach ihrer ganzen Breite in Angriff zu nehmen. Uns scheint der Zeitpunkt hiezu allerdings nicht geeignet, einmal weil für die Heranziehung des volksthümlichen Elements zu der Bundesgesetzgebung unter den gegenwärtigen, nach keiner Seite hin abgeklärten Verhältnissen nur wenig Wahrscheinlichkeit gegeben ist, sodann weil eine neue Ordnung unserer Angelegenheiten jetzt kaum ohne fremde Einmischung durchzuführen wäre und drittens, weil die allgemeinen Zustände viel zu unterwühlter und drohender Art sind, als daß wir uns auf die weitaussehende Schaffung eines auf gänzlich veränderten prinzipiellen und sachlichen Grundlagen zu errichtenden vollständigen Neubaues unserer Bundesrestitutionen einlassen könnten, der vielleicht in diesem Moment, selbst wenn von außen her kein Hinderniß dazwischen geworfen würde, beim besten, allseitig bethätigten Willen nicht herzustellen wäre, da die Ansichten noch immer so weit auseinandergehen und die Gemüther fortwährend in solcher Gereiztheit befangen sind, daß man davon wie beim babylonischen Thurmbau eher die gänzliche Zerstörung als die Einigung der deutschen Völkerschaften erwarten dürfte.

Wir wollen durch das Gewicht der inneren Fragen die größere Dringlichkeit der äußeren nicht unnöthigerweise stören und werden uns daher gern mit einem geringen Maß vorläufiger Reformen in Bezug auf Einrichtung und Thätigkeit des Bundes begnügen, die von einer entsprechenden Revision der als unzulänglich erkannten Bundesgesetze abhängig zu machen sein würden. Zweck dabei wäre, zuvörderst alle diejenigen Bestimmungen unserer Bundesgesetzgebung zu beseitigen und durch zeit- und sachgemäßere Feststellungen zu ersetzen, welche in bedenklichen Lagen, solchen zumal, welche militärische Maßnahmen erheischen, bisher den Bund an einem raschen, einheitlichen und nachdrücklichen Vorgehen hinderten und bei dem letzten Conflikt Ursach gewesen sind, daß Preußen dem Bunde gegenüber eine durchaus isolirte Stellung einnahm, indem es sich nicht nur der Majoritätentscheidung am Bunde entzog, sondern selbst den Versuch machte, die Minorität des Bundes zur bundesberechtigten Majorität zu erheben, und es überdies wagen durfte, auf eigene

Hand, ohne Rücksicht auf die Rechte und Wünsche der übrigen Bundesglieder und zum fühlbarsten Nachtheil der allgemeinen deutschen Interessen, Friedenspolitik im Einverständniß mit auswärtigen Mächten zu treiben. Dies war so wenig in der Ordnung, daß wir vielmehr sagen müssen, es waren Willküracte, die sich außerhalb der bestehenden bundesgesetzlichen und bundesrechtlichen Prinzipien stellten und von Erscheinungen eines ungesunden und mangelhaften Organismus Zeugniß gaben, welche unabweisliche und schleunige Abhülfe forderten.

Wir müssen über die Gutmüthigkeit derer lächeln, welche von Preußen den Vorschlag zur Errichtung eines Bundesparlaments erwarten. Preußen kann bei seiner völlig egoistischen Friedenspolitik, die eingestandenermaßen stets nur die eigenen Staatsinteressen, die deutschen aber nur insofern im Auge hat, als sie mit jenen zusammenfallen oder zu ihrer Förderung dienen, kein Interesse für eine Revision der Bundesgesetze haben, die ihm in ihrer gegenwärtigen Fassung bei seinen Präponderanzbestrebungen die augenscheinlichsten Vortheile über Oesterreich und die andern Bundesglieder gewähren, es wäre denn, daß jene Revision für die preußische Hegemonie in Deutschland Gewinn in Aussicht stellte; und sollte daher, wie preußische Blätter voreilig meldeten, Preußen jemals in die Lage kommen, an die Bundesversammlung Anträge zu richten, die eine Reform der Bundesverfassung bezwecken, so wüßten wir im Voraus, daß sie lediglich im Sinne und Interesse jener spezifisch preußischen Friedens- und Machtvergrößerungspolitik gehalten sein würden, die sich bei dem letzten Conflikt in so auffälliger Weise geltend zu machen gesucht hat. Zur Zeit ist man aber noch nicht so weit, und neuerdings hat es sich die preußische Presse mit besonderem Eifer angelegen sein lassen, der Welt den so verbrecherischen „Irrthum" zu benehmen, als beabsichtige Preußen, zu parlamentarischen Reformen am Bunde die Initiative zu ergreifen. Welchen Anklang übrigens die Bundesreformfrage schon frühzeitig im Kreise der preußischen Volksvertreter gefunden, erhellt aus der Thatsache, daß bereits am 28. März im Abgeordnetenhause der Abgeordnete Reichensperger mit Genossen unter Vorlage des betreffenden Gesetzentwurfs einen Antrag einbrachte, dahin gehend, das Haus möge die Erwartung aussprechen, daß die Regierung auf Errichtung eines allgemein deutschen Bundesgerichts hinwirken

werde; auch dürfte es erlaubt sein, hiebei an die Worte zu erinnern, welche der k. preußische Minister des Aeußern in der Sitzung des Herrenhauses am 13. Mai sprach und die so allgemeinen und willkommenen Wiederhall im gesammten Deutschland gefunden haben. „Ich verkenne nicht," sagte derselbe, „die große Berechtigung des gegenwärtigen Aufschwungs in Deutschland. Er erscheint mir als der Wunsch, sich für jetzt und in Zukunft dem Auslande gegenüber als eine geschlossene Einheit zu betrachten und als solche das gewaltige Gewicht seiner Kraft in die Wagschale politischer Entscheidung zu legen. Das sind Tendenzen, die nicht nur mit Freuden begrüßt werden müssen, sondern denen auch kein preußischer Staatsmann entgegentreten kann." Wir nehmen hier vor dieser Aeußerung Act, wenn es auch nur den Depeschen des Hrn. v. Schleinitz ähnliche diplomatisch-politische Redensarten sind, welche sie uns zu hören gibt, die, wären sie vollkommen ehrlich gemeint, in ihrem Schlußsatze mindestens etwa dahin lauten müßten, daß kein preußischer Staatsmann der Förderung dieser Tendenzen sich entziehen könne und werde. Interessant wäre es, über die Eröffnungen der preußischen Circulardepesche vom 24. Juni bezüglich der Willisen'schen Mission, wonach Preußen die Verwirklichung seiner Absichten für die Interessen Oesterreichs an die Erfüllung von Voraussetzungen geknüpft habe, die sich auf das Verhältniß Oesterreichs zum Bunde beziehen, etwas Näheres zu erfahren, da sie ein wünschenswerthes Licht auf die preußischen Intentionen in Bezug auf den Bund und das Verhältniß Oesterreichs zu ihm werfen würden.

Aus Oesterreich verlautet bis jetzt nichts Sicheres über Reformvorschläge, die man von dort aus an den Bund zu bringen beabsichtige. Oesterreich hat in diesem Augenblicke zu viel mit sich selbst zu thun, um an das große Deutschland zu denken, und sollte es dahin kommen, daß Oesterreich zur nationalen Neugestaltung des Bundes die Hand böte, so könnte dies nur erst dann geschehen, wenn es mit der projectirten landständischen Reorganisation seiner eigenen Staaten im Reinen und die Ersprießlichkeit der neuen Einrichtung durch die Erfahrung bestätigt ist. Nach unserer Ueberzeug haben wir aber eine zeitgemäße Bundesreform weder ausschließlich von Preußen noch ausschließlich von Oesterreich noch auch wiederum von Preußen in Verbindung mit Oesterreich, son-

dern einzig und allein in Gemeinschaft von beiden unter Beiziehung der übrigen deutschen Staaten nach den hierüber vorgesehenen bundesgesetzlichen Bestimmungen zu erwarten.

Von dem Moment an, wo die italienische Frage bei uns zur deutschen umschlug, drängte sich die politisch so überaus wichtige Frage in den Vordergrund, welcher von den beiden Hauptstaaten des deutschen Bundes die Hegemonie Deutschlands übernehmen solle, ob Oesterreich ob Preußen.

Für den Augenblick beantwortete sich die Frage unbedenklich zu Preußens Gunsten, da Oesterreich auf den Schlachtfeldern Italiens zu sehr beschäftigt war, als daß es gleichzeitig die Oberfeldherrnschaft über die deutschen Bundestruppen hätte übernehmen können.

In der bekannten Wiesbadener Denkschrift forderten daher Nassauer Bürger sowie späterhin angesehene Männer aus Stuttgart, Canstadt, Eßlingen und Göppingen die Uebertragung der von Preußen beanspruchten militärischen und politischen Leitung Deutschlands für einen Krieg des deutschen Bundes gegen Frankreich an Preußen. Man nahm damals irrigerweise an, daß dieser Krieg nahe bevorstehe, daß es Ernst damit sei, und wollte als Entgeld für diese Machtübetragung nicht nur energische Hilfe für Oesterreich, sondern auch eine Neugestaltung der deutschen Centralgewalt und eine Aenderung der bisherigen diplomatischen Leitung Deutschlands bei welcher, wie sie bestehe, der Bund zuletzt nothwendig in Zerfall gerathen müsse. Man forderte eine Revision der Bundesverfassung als das einzige Mittel, um in Verwickelungen, wie die gegebenen die Grundlagen zu einem einheitlichen und kräftigen Handeln des Bundes zu bieten. Unter solchen Bedingungen hätte man sich die Hegemonie Preußens gefallen lassen dürfen, mochte man sich dieselbe nun bleibend oder nur vorübergehend denken. Haben sich aber jene Männer in ihrem Vertrauen getäuscht gesehen, da sie Kraft erwarteten, welcher ganz Deutschland sich gebeugt hatte, und diplomatische Winkelzüge fanden, die uns um Sieg und Ehre brachten, so hält noch jetzt, trotz der Schlappe, welche die preußische Politik erhalten, und bei sehr veränderten Verhältnissen jene ganze, massenhaft über Norddeutschland, in nur vereinzelten Splittern in Süddeutschland verbreitete Partei, die man in Bausch und Bogen als die gothaische zu bezeichnen pflegt, prinzipiell an der Forderung der militärischen und politischen Hegemonie Preußens

über Deutschland fest. Sie hat ihren jüngsten gemeinsamen Ausdruck in den Beschlüssen der Eisenacher Demokratenversammlung gefunden, die am 18. Juli gefaßt wurden und dahin gingen, daß bei der durch den Frieden von Villafranca gesteigerten Gefahr für Deutschland eine nationale Vertretung Gesammtdeutschlands mit ausgedehnten Rechten sobald als möglich zu berufen und in militärischer wie diplomatischer Beziehung das Vertrauen der Patrioten auf Preußen zu setzen sei. Was letzteren Punkt betrifft, so war damit in dieser Fassung offenbar zugleich viel und wenig gesagt. Der Sinn ist einfach der: man will die Hegemonie Preußens, mit andern Worten: das Aufgehen der übrigen deutschen Staaten, Oesterreich mit eingeschlossen, in Preußen. Dies wäre also Großdeutschland mit Preußen an der Spitze, während man sich bis dahin mit der Forderung eines Kleindeutschlands ohne Oesterreich unter Preußens Leitung begnügte.*)

Wesentlich das nämliche Ziel, die Betreibung der deutschen Einheit unter Preußens Hegemonie, verfolgt der aus der eisenacher

---

*) Mit welcher Verwegenheit Anhänger dieser Richtung, natürlich zum Schaden deutscher Vertrauenseinigkeit, Propaganda für die preußische Hegemonie machen, zeigt ein Offener Brief an den Prinz Regenten, der so weit geht, zu fordern, Preußen solle aus dem deutschen Bund treten, die übrigen Bundesglieder aber zwingen, ein Gleiches zu thun, und sich unter Preußens Leitung zu stellen, als könnte man vor dem „schlagfertigen Heere", das aber niemals zum Schlagen kommt, noch irgendwo besondere Furcht haben. Aber diese preußischen Stegreif-Politiker sollten doch endlich einmal aufhören, die Rechnung ohne den Wirth zu machen, da es in Deutschland auch noch andere Staaten gibt, die in den deutschen Angelegenheiten ein Wort mitzusprechen haben und am Ende nicht bloß mitsprechen, sondern auch mithandeln würden. Uebrigens scheint selbst bei den Eisenacher Demokraten das Vertrauen zu Preußen auf keinen allzustarken Füßen zu ruhen, da es an die Voraussetzung geknüpft ist, daß die preußische Regierung „ungesäumt und unzweideutig" die Initiative zur Verwirklichung des in allen Stämmen lebendiger als je wachgewordenen Dranges nach nationaler Einigung ergreife, und das behauptete Vertrauen kann daher nur einen Sinn haben im Gegensatz zu dem Mißtrauen, das man gegen Oesterreich in Bezug auf die deutsche Frage hegt. Gewiß ist, daß Preußen, was es bisher versäumte und verfehlt, leicht wieder gut machen könnte, wenn es die deutsche Frage im Sinne freier Einigung und Gleichberechtigung sämmtlicher Bundesglieder beim Bunde in Anregung und Erledigung brächte, was aber nicht in seinen Absichten zu liegen scheint.

Bewegung hervorgegangene „deutsche Nationalverein", welcher sich in Frankfurt constituirte und später seinen Sitz nach Koburg verlegte, wo derselbe am 18. October seine Wirksamkeit eröffnete.

Es ist nicht zu leugnen, die gothaisch-eisenacher Partei kann für ihre Ansicht triftige und beachtenswerthe Gründe anführen, die nur zum Theil durch die in Oesterreich bevorstehenden Reformen in Verwaltung und Gesetzgebung und durch die damit in Aussicht gestellten Fortschritte in der zeitgemäßen Entwickelung des socialen und politischen Kulturlebens der Völker des österreichischen Kaiserthums ihre Gültigkeit verlieren werden; sie kann für sich namentlich den gewichtigen Umstand anführen, daß in der Nationalitätenkarte des deutschen Bundes Preußen mit nahezu 14 Millionen, Oesterreich dagegen nur etwa mit 6½ Millionen Einwohner deutschen Stammes vertreten ist, daß also auch, wenn es sich um eine Kundgebung des nationalen Willens und des gemeinsamen deutschen Interesses handelt, diese in viel entschiedenerem und einheitlicherem Maße in Preußen möglich sein würde, als in Oesterreich, dessen Völkerkarte, wie der „Politische Dialog" bezeichnend sich ausdrückt, eine „Abspiegelung des Universums" ist, und ein Conglomerat von Staaten aufweist, die sich nur durch gegenseitige Attraction und Repulsion als Ganzes erhalten, aber eines organischen centralen Lebensquelles entbehren. Hierbei soll kein Gewicht weiter darauf gelegt werden, daß Oesterreich hinsichtlich seiner deutschen, beinahe ausschließlich dem bayerischen Stamm angehörenden Bevölkerung in fast einseitiger Weise Preußen gegenüber vertreten ist, dessen Bevölkerung aus den verschiedensten deutschen Stämmen gemischt ist und wie H. Kiepert in seiner historischen Erläuterung zur Nationalitätskarte von Deutschland bemerkt, darauf Anspruch machen kann, in weit allgemeinerem Sinne als irgend ein anderer deutscher Staat die gesammte deutsche Nationalität zu repräsentiren.

Ergibt sich somit für Preußen aus der Statistik seiner Bevölkerung unleugbar ein Mißverhältniß bezüglich seiner Rang- und Machtstellung am Bunde zu erkennen, das bei einer Reorganisation der Bundesverfassung wird in Betracht gezogen werden müssen, und können wir anderseits nicht in Abrede stellen, daß eine Hegemonie Preußens in die militärische und diplomatische Leitung des Bundes Einheit und Kraft bringen und Preußen sich unstreitig überhaupt erst dann in seiner ganzen Stärke zeigen

würde, wenn es sich auf den von ihm erstrebten Standpunct der Macht und des Einflusses gestellt sähe; so ist doch sehr die Frage, ob wir wünschen sollen, daß dieses Ziel auf Kosten der Stammeseigenthümlichkeiten und souveränen Machtbefugnisse anderer deutscher Staaten oder wohl gar mit Ausschließung Oesterreichs erreicht werde. Leicht beantwortet sich diese Frage für den von selbst, welcher weiß, daß ein preußisches Supremat in der angestrebten Machtvollkommenheit möglicherweise durch Waffengewalt zu erzwingen, aber auf die Dauer nicht durchzuführen wäre. Für das Uebergewicht aber, welches Oesterreich am Bunde besitzt, spricht nicht allein die historische und politische Berechtigung, die ihm als ehemaligem deutschem Kaiserstaate unbedenklich zukommt, sondern auch der gesammte Umfang seiner Macht und die Bedeutung, welche es durch die Lage und Zusammensetzung seiner einzelnen Länder wie durch die Entwickelung seiner militärischen Hülfskräfte für die Sicherstellung Deutschlands und seiner Völkerstämme in Anspruch nehmen darf. „Die spezifische Vortrefflichkeit von Oesterreichs Größe," sagt der Verfasser der Flugschrift: „Die deutsche Frage und die Allgemeine Zeitung", „besteht darin, daß es, der Grenzhüter Deutschlands, so viel fremdes Element in sich aufgenommen hat. Mit seinem Geiste, seiner Güte und seiner Kraft hat es bis in das muselmännische Gebiet hinein deutsche Sprache und Cultur eingebürgert. Diese nichtdeutschen Elemente sind eine unerläßliche und starke Stütze Deutschlands."

Was nun aber auch Preußen an Machtvermehrung beim Bunde, unbeschadet der stammheitlichen und dynastischen Machtentfaltung einzelner Staaten, für die Zukunft vorbehalten sein mag, so viel leuchtet ein, daß es ebensowenig erlaubt als möglich ist, Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen. Durch eine Hegemonie Preußens im Sinne der Gothaer, der Erfurter oder Eisenacher wird man Deutschland nicht einigen, sondern auflösen, und wenn sie, um mit der Ostdeutschen Post zu reden, die Länder, die Arme und Waffen Oesterreichs entbehren zu können meinen, so werden sie zu unsrer Aller Unheil die Wahrheit des Satzes erfahren: „Ohne Oesterreich kein Deutschland." „Preußens Hegemonie," heißt es sehr richtig in einem von der N. Preuß. Zeitung mitgetheilten Wiener Briefe, „ist unmöglich, so lange die Großmacht Oesterreich dem Bunde angehört, und Oesterreichs Hegemonie ist

unmöglich, so lange die Großmacht Preußen Bundesglied ist; das sind nicht blos gegebene Zustände, nicht blos durch Verträge und Geschichte festgestellte Zustände, es sind Zustände, die ohne die größte Gefahr und ohne Schaden nach beiden Seiten hin nicht beseitigt werden können".

Wir unsererseits halten die gegenseitige Unterordnung aller gleichberechtigten Bundesglieder unter die Feststellungen einer nach Maßgabe des veränderten Zeitbedürfnisses gemeinschaftlich umgestalteten Bundesverfassung für den einzig denkbaren und wünschenswerthen Weg, zu einer dauernden Einigung aller deutschen Staaten und Stämme zu gelangen und unbedingt stimmen wir daher für das großdeutsche Einigungswerk, da der Versuch des Gegentheils der Anfang unübersehbaren Zwiespalts unter den deutschen Stämmen und somit der Schwäche und des Zerfalls von Deutschland selbst wäre, dessen einzelne Staaten sich außer Verpflichtung zu gegenseitiger Hülfe gestellt betrachten und auf diese Weise unrettbar ein Raub fremder Ländergier werden würden; wir stimmen für das großdeutsche Einigungswerk, weil Deutschland groß und mächtig nur durch das gemeinsame Band politischer Zusammengehörigkeit und Haftbarkeit aller deutschen Staaten werden kann und dies die Möglichkeit nicht ausschließt, daß Preußen auch innerhalb dieses Rahmens die Ziele seines Ehrgeizes und seines Machtstrebens erreiche; wir stimmen endlich dafür, weil wir es der deutschen Nationalität für angemessen halten, daß alle unter ihr begriffenen Völker und Volksstämme ein zugleich ethnographisch wie politisch abgeschlossenes einheitliches Ganze, eine große einige und mächtige Nation bilden, die als solche dem Auslande gegenüber ihre Vertretung finde.

Indeß noch müssen wir hören, wie über diese Frage die spezifisch preußische Partei denkt! Wir wählen dazu die Berliner (Voßische) Zeitung vom 13. Sept., die in ihrem Berliner Leitartikel von der Eisenacher Erklärung rühmt, sie vertreten ein „preußisch-deutsches Staatswesen" gegen alle österreichisch gesinnten Blätter und „großdeutschen Schwärmerei"; in ihr sei die „Sonderstellung des habsburgischen Reichs" gegenüber einer einheitlichen deutschen Großmacht" gezeichnet; sie „lache der rührenden deutschen Brüderlichkeit" und stelle die letzten deutschen Zielpunkte der deutschen Bewegung ein für allemal unumwunden hin, indem sie von der Ansicht

ausgehe, „daß nur auf Grund der in Norddeutschland vorzugsweise lebenskräftigen staatlichen und kirchlichen Grundsätze, ein mächtiges, allen Gefahren gewachsenes, wirklich einflußreiches Deutschland gebildet werden könne.“ Wir fragen nicht, wie der jüngsten Erfahrung gegenüber ein preußisches Blatt die Stirn haben kann, so etwas zu behaupten, auch haben wir unsrerseits nichts dagegen, wenn gesagt wird: „eine Einheit Deutschlands unter preußischer Führung und ein Verbleiben Oesterreichs bei Deutschland in der bisherigen Weise sei ein Unding“; das ist ganz richtig, aber wir halten es für ein Verbrechen gegen die deutsche Nationalität, für einen Frevel gegen die von der Gesammtheit des deutschen Volks geforderte und angestrebte bundesgemäße Einheit aller deutschen Stämme und Staaten, wenn man auf die Gefahr dauernden Zwiespalts hin und in dem gefährlichen Wahne, Preußen stehe so selbstständig, daß es in der Noth Oesterreichs und seiner gewaltigen Macht entbehren könne, keine Scheu trägt, Deutschland zu verkleinern, um Preußen zu vergrößern.

Dabei weiß die genannte Zeitung auch andere Möglichkeiten zu würdigen. „Entweder ist der deutsche Bund als solcher mit zwei Großmächten, die in einem so scharfen Gegensatz stehen wie Preußen und Oesterreich, wirklich einer Umbildung fähig, die ein freies, einheitliches und mächtiges Großdeutschland zu Stande brächte, dann lasse man aber auch alle Betonung Preußens fallen, oder man hält sich an die wirklichen Verhältnisse und Lebensbedingungen, welche Preußen an die Spitze von Deutschland und Oesterreich neben Deutschland stellen, — dann spreche man das aber auch „ohne Furcht vor dem damit unvermeidlichen Zwiespalt offen und ehrlich aus.“ Diese beiden Puncte bilden wirkliche Gegensätze, um deren Kampf es sich handele, und wohin der Sieg ausschlagen werde, kann nach der Ansicht der kleindeutschen Partei nicht zweifelhaft sein. Doch könnte sie sich auch täuschen. „Großdeutsch und damit fortgesetzte Ohnmacht, Verewigung der österreichischen Politik, schließlicher Zerfall und erbitterter Streit, oder Preußischdeutsch und damit zunächst die kraftigste Entwickelung der inneren Verhältnisse und eine sittlichgeistige Macht, um im Nothfall mit gutem Gewissen (!) gegen jeden Feind in die Schranken treten zu können“ — das ist die Frage.

In beiden Fällen wäre der Zerfall Deutschlands gewiß, der letztere fordert den Zerfall als Bedingung eines Kleindeutschlands, der erstere stellt ihn als Folge eines Großdeutschland in Aussicht. Wir wünschen, man fände eine Lösung des Räthsels, die Deutschland der Gewißheit seines Zerfalls überhöbe, fürchten aber, bei der so consequent verfolgten kleindeutschen Politik Preußens, daß wir ihm selbst dann nicht entgehen werden, wenn die deutschen Mittelstaaten sich in Verbindung mit Oesterreich zu consolidiren suchten, da ein Beitritt Preußens wohl nur erst in der verhängnißvollen Stunde einer großen Gefahr zu erwarten wäre. Man glaube nicht, daß eine solche Combination nicht möglich, nicht wahrscheinlich sei. Die Voßische Zeitung und die übrigen preußischen Blätter mögen sich keine Illusionen machen. Die zwanzig oder dreißig politische Notabilitäten, welche aus Bayern und andern süddeutschen Staaten an den Versammlungen in Eisenach oder Frankfurt theilnahmen, repräsentiren die herrschende Stimmung und Richtung der Länder, denen sie angehören, in keiner Weise. Aus mündlichen Aeußerungen derselben zu schließen, war es auch mehr ein Act der Verzweiflung, als die volle Ueberzeugung von der Ersprießlichkeit ihres Schrittes, der sie dazu trieb. Man hängt sich selbst an einen faulen Ast, um nicht unterzusinken. Lieber eine Einheit, wenn auch eine einseitige, als keine, dachten sie, ohne zu bedenken, daß eine Einheit von so einseitiger Art, als der kleindeutsche Nationalverein erstrebt, in der Noth noch gefährlicher sein würde, als keine; da sich aus einem Zustande, der keine Einheit in sich schließt, leichter eine allgemeine Einheit entwickeln kann als aus einem Zustande, der eine einseitige Einheit als Gegensatz in sich schließt.

Was die beregte Bundesreform selbst betrifft, so ist ein deutsches Parlament, mit einer Fürsten- und Volkskammer etwa, so ziemlich das Erste und Aeußerste, was man sich damit verbunden zu denken pflegt. Doch das liegt im weiten Felde und war, wie man richtig bemerkt hat, nur in einem deutschen Heerlager zu holen. Für den Augenblick bedarf es dessen aber auch nicht; ja wir lassen es selbst dahingestellt, ob es dermalen zweckmäßig wäre, auf einen Vorschlag des sächsischen Ministers der äußeren Angelegenheiten zurückzukommen, demzufolge die gesetzgeberische Thätigkeit am Bunde durch Deputirte aus den Kammern der Einzelstaaten zu verstärken sein würde. Es könnte dies ohne Präjudiz in Bezug auf spätere

Reorganisationsbeschlüsse geschehen; wollte man aber nicht einmal so weit gehen, der Bundesversammlung einen Beirath aus den Abgeordneten der verschiedenen deutschen Kammern in *außerordentlicher Weise* beizugesellen, bevor nicht Oesterreich seinen Kronländern die von der Bundesacte geforderte repräsentative Verfassung verliehen hat, so fragt es sich, was denn zu geschehen habe, um die Bundesverfassung, die uns wie Blei an den Füßen hängt, flüssig und fruchtbringend zu machen. Sie enthält unleugbar entwickelungsfähige Keime eines einheitlichen und kräftigen Nationallebens, und auf diese werden wir in allen Fällen zurückkommen müssen, wenn es sich darum handelt, die Bundesgesetzgebung in einer unsern gegenwärtigen politischen Ansichten und Bedürfnissen gemäßen Weise abzuändern und zu ergänzen. Schon früher hatten wir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß bei einer Revision unserer Bundesgesetzgebung besonders die Artikel einer Aenderung und Ergänzung zu unterwerfen sein würden, welche theils auf das Integritätsverhältniß derjenigen deutschen Bundesstaaten, die nicht mit allen ihren Ländern in den deutschen Bund eingetreten sind, theils auf die verschiedenen Leistungsfälle der militärischen Bundeshilfe sich beziehen, so daß die Umänderung hauptsächlich die Bundeskriegsverfassung treffen würde; doch besteht der empfindlichste Mangel der Bundesverfassung darin, daß in ihr die Aufstellung einer einheitlichen und starken Bundesregierung nicht vorgesehen ist. Für das Heil Deutschlands, das gegenwärtige und zukünftige, ist aber eine Centralisation der obersten Leitung des Bundes eine so unumgänglich nothwendige Sache, daß es zunächst gar nicht darauf ankommt, ob mit ihr eine volksthümliche Repräsentation verbunden ist oder nicht, ob die Centralgewalt allein in den Händen Oesterreichs oder allein in den Händen Preußens ruht, ob sie in einem präcisirten Verhältniß gemeinschaftlich anvertraut ist oder abwechselnd bald von der einen bald von der andern Macht geleitet wird.

Das Hauptaugenmerk bei der Bundesreform wäre demnach auf die Centralisationsfrage zu richten, die für uns keine Quadratur des Zirkels in dem Maße mehr ist als die projectirte Conföderation für Italien; und unmöglich würde sie für uns nur sein, wenn wir sie überhaupt nicht wollten oder wenn wir mehr verlangten, als nach den Umständen zu erreichen möglich und für den Augenblick ersprießlich ist. An die Gründung einer bleibenden

Centralgewalt zu gehen, scheint bei dem aufgeregten Widerstreit der Ansichten und Interessen bedenklich, aber es liegt nahe, damit die Frage wegen Reform der Bundeskriegsverfassung in Verbindung zu bringen, die sich der Nothwendigkeit nicht entziehen kann, für die Schaffung einer momentanen Centralgewalt im Kriege zu sorgen.

Wir wünschen uns zu irren, aber leider können wir uns nicht zu der Ueberzeugung erheben, daß die Regierungen selbst, welche doch am meisten die Unzulänglichkeit der Bundesverfassung zu empfinden haben, aus freien Stücken die Initiative zu einer Revision unserer Bundesinstitutionen ergreifen werden; aber diejenige, die es thäte, dürfte doch mit Sicherheit auf den Dank aller deutschen Völker und Völkerstämme rechnen. Wer denn aber soll den ersten Schritt dazu thun, wenn unsere Landesregierungen sich zaghaft zurückziehen? Von wem ist das Heil zu erwarten, dessen wir so bedürftig sind, das Alle herbei sehnen? Von dem Volke selbst etwa? Sollen wir ihm es überlassen, die Frage selbstständig in die Hand zu nehmen? Abgesehen von der Gefährlichkeit dieses Versuchs, so ist dem Volke auch nicht einmal mehr die Neigung zuzutrauen, die verpfuschte Herkulesarbeit von 1848 noch einmal zu übernehmen.*)

---

*) Die obigen Zweifel und Fragen waren längst zu Papier gebracht, als sich die Nachricht verbreitete, in der Bundestagssitzung vom 20. October hätten Bayern, Sachsen, Würtemberg, Hannover, Großherzogthum Hessen und Nassau einen Antrag auf Revision der Bundesverfassung gestellt. Die Nachricht wurde gewiß aller Orten mit großer Befriedigung aufgenommen, wenn sie auch insofern eine Ungenauigkeit enthielt, als der Antrag nicht auf Revision der gesammten Bundesverfassung, sondern speciell auf die der Bundeskriegsverfassung lautete, und es scheint demnach hierdurch seine Erfüllung finden zu wollen, was wir in vorliegender Schrift wiederholt als das Erste und Nothwendigste, das uns in Bundesangelegenheiten zu thun obliege, bezeichnet haben. Die Herren Antragsteller bemerkten bei Begründung ihres Antrags, daß die öffentliche Meinung, irregeleitet von dem Eindruck der jüngsten politischen Ereignisse, zu der Ansicht gekommen sei, die Bundesverfassung sei zur Erreichung ihrer Zwecke unzureichend. Es bedürfe jedoch nur des ernsten Willens aller Bundesstaaten zur Ausführung der Bestimmungen des Bundesvertrags, um jene Zwecke zu erreichen und auch bei Conflicten mit dem Auslande die entsprechende Macht und einheitliche Action zu entwickeln. Daß die Bundesverfassung jener Entwickelung fähig sei, durch welche die Wiederkehr der während der jüngsten Ereig-

Was bleibt uns da wohl übrig, als an die deutschgesinnte Presse einerseits und an die deutschen Kammern andrerseits zu appelliren, — an jene, daß sie innerhalb der Schranken, die ihrem Wirken gesetzt sind, nicht müde werden, für die Unerläßlichkeit einer Reform am Bunde ihre Stimme zu erheben, die Punkte zu zeichnen, wo es hauptsächlich fehlt, und die Mittel und Wege anzudeuten, durch welche Abhülfe zu erlangen, — an diese, daß sie die Trostlosigkeit unseres Vaterlandes zu Herzen nehmen und in Anbetracht der innigen Beziehungen, die zwischen der Wohlfahrt und dem Gedeihen der Einzelstaaten und des Gesammtvaterlandes unlösbar bestehen, ihre legale Thätigkeit dazu benützen und eine

---

nisse hervorgetretenen Einwendungen gegen die Ausführung bundesverfassungsmäßiger Bestimmungen ferne gehalten werden könne, verkennen die Heren Antragsteller jedoch keineswegs. Auf der andern Seite aber, und in so lange eine Aenderung der bestehenden Bundesbestimmungen auf verfassungsmäßigem Wege nicht ins Leben getreten ist, betrachten sie es aber auch für die Pflicht aller Bundesglieder, für die Vollziehung jener Bestimmungen einzustehen, und allen unberufenen Bestrebungen, die auf Umsturz der Verfassung gerichtet sind, ernstlich entgegenzutreten. Von diesem Gesichtspunkte aus lenken die Herren Antragsteller die Aufmerksamkeit des Bundestages auf die Kriegsverfassung, welche eine Bürgschaft für eine den Schutz des Bundes sichernde Verwendung der deutschen Wehrkraft nicht biete. Deshalb scheine es im Interesse der Sicherheit Deutschlands nothwendig, sofort zu prüfen, ob und welcher Veränderungen die Kriegsverfassung allenfalls bedürftig sei. Sie stellen daher den Antrag, die Bundesversammlung wolle die Bundesmilitärcommission beauftragen, über diese Frage ihr Gutachten abzugeben. — Glaubwürdigem Vernehmen nach, sollen Baden, Hannover und Mecklenburg zwar dem Antrage, nicht aber den Motiven beigetreten sein, und Oesterreich seine Zustimmung zu dem Antrage erklärt haben. Durch die Motivirung veranlaßt gab Preußen eine besondere Erklärung ab. Unstreitig haben wir diesen Sonderantrag als ein Resultat der beklagenswerthen Entwickelung zu betrachten, welche die jüngsten Ereignisse auf politischem Felde für Deutschland zu Tage legten. Wir harren der weiteren Schicksale desselben und wünschen nur, daß nicht etwa Preußen auch hier beschwichtigend einwirke, um sich nicht die Ehre rauben zu lassen, später mit einem eigenen Abänderungsvorschlage am Bunde hervorzutreten, ein Fall, der möglicherweise zur vorläufigen Bildung militärischer Gruppirungen innerhalb des Bundeskörpers führen könnte. Inzwischen freuen wir uns, daß von deutschen Regierungen selbst ein erster Schritt zu Reformen am Bunde geschehen ist. Doch konnten wir uns deshalb nicht veranlaßt sehen, unsern Betrachtungen oben im Text eine andere Wendung zu geben.

pflichtmäßige Aufgabe ihres Wirkens darin erblicken, auf die Anstrebung einer zeitgemäßen Bundesreform bei ihren Regierungen zu dringen, unter denen es ja längst anerkannt, daß die Bundesverfassung keine dem gesammten Deutschlande entsprechende staatliche Form begründe, indem sie weder die nöthigen Bürgschaften zur Sicherheit gegen den äußern Feind noch für die Entwickelung im Innern biete, und die während der jüngsten großartigen Bewegung sich aufs neue haben überzeugen können, wie tief lebendig das Verlangen nach einem wahrhaft einigen Nationalleben, das uns zu einem gemeinsamen starken und ruhmwürdigen Handeln befähige, die Gemüther aller deutschen Stämme ergriffen und durchdrungen hat.*)

*) Wir können nicht leugnen, der deutschen Frage gegenüber gab die wegen Bewilligung eines neuen Militär-Kredits zeitweilig einberufene bayerische Kammer der Abgeordneten ein erhebendes und hoffnungsvolles Beispiel nationaler Gesinnung. Bei dem Ernst der Lage hielt sie eine am Throne niederzulegende Adresse für geboten. Die in der Sitzung am 25. Juli darüber gepflogene Berathung ließ nicht nur der Entrüstung über die preußische Politik, welche man allgemein als die Urheberin des kläglichen Ausgangs der jüngsten Ereignisse betrachtete, sondern auch der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Bundesreform und dem Gedanken der deutschen Einheit den lebendigsten Ausdruck, während die einstimmig angenommene Adresse die durch den Gang der Ereignisse schmerzlich getäuschten Hoffnungen beklagt, zu welchen die Begeisterung und Opferwilligkeit des Volks berechtigt hatte, und mit besonderem Nachdruck hervorhebt, daß „die Volksvertr Bayerns nicht werden irre werden an der Aufgabe aller deutschen Stämme und nimmer ermüden in dem Streben nach ihrer Einigung." Man mußte daher auf das äußerste gespannt sein, welche Haltung die Kammer einem von dem Abgeordneten Dr. Völk eingebrachten und von mehreren Mitgliedern des Hauses unterzeichneten Antrage auf Mitwirkung der Königl. Staatsregierung für Reform der deutschen Bundesverfassung und Einführung der Volksvertretung beim Bunde gegenüber einnehmen werde, und sah sich um eine neue „schmerzlich getäuschte Hoffnung" reicher, als in der Sitzung vom 12. August nicht allein dieser Antrag, sondern auch der vom ersten Ausschuß in die einfache Bitte auf Anregung einer Bundesreform für das gesammte Deutschland abgeänderte Antrag auf so großen Widerstand stieß, das zur motivirten Tagesordnung übergegangen wurde. Die Kammer eignete sich in sehr bedeutender Majorität (87 gegen 45 Stimmen) den Antrag des Dr. Weis an, welcher dahin ging, beide Anträge zu verwerfen, da gegenwärtig jede Aenderung des Grundcharacters der deutschen Bundesverfassung, die an die Stelle unseres heutigen Staatenbundes einen Bundesstaat setzen und eine starke Centralgewalt schaffen

Oder wollen wir etwa warten, bis der einzige Kopf, der heutzutage noch Muth und festen Willen mit klarer Einsicht in die gegebenen Verhältnisse und Möglichkeiten verbindet, bis Louis

---

wolle, unerreichbar sei. Vergebens wies Dr. Völk auf den Widerspruch hin, welcher darin liege, daß man anerkenne, es lebe der Gedanke nationaler Einigung im Volke, aber es für unmöglich erkläre, ihn zu realisiren; daß man Reformen für die Existenz des deutschen Vaterlandes für nothwendig erachte, aber den Regierungen nicht zuzumuthen sich getraue, sie anzustreben, da sie außer Stande seien, für die Entwickelung unseres Vaterlandes im Sinne nationaler Einigung und Kräftigung etwas zu thun. Die Kammer verwarf die Reformanträge und erklärte damit, wie Dr. Völk sich ausdrückte, daß das deutsche Volk „bettelarm an Hoffnungen", daß es „bankerott an Erwartungen" sei. Eine solche Insolvenzerklärung hatte Niemand von einer Kammer erwartet, die so bereit war, Millionen für die künftige Landesvertheidigung hinzugeben, die eine Sitzung wie die vom 25. Juli hielt und einstimmig eine Adresse votirte, die für alle Zeiten ein kostbares Zeugniß warm patriotischen Gefühlsausschwungs bleiben wird, und man kann deshalb sagen, daß entweder niemals eine Sitzung vom 25. Juli oder niemals die vom 12. August hätte stattfinden sollen, es sei denn, die Kammer hätte den frühern Ausfällen gegen die kleindeutschen Bestrebungen Preußens ihrerseits einen tüchtigen politischen Standpunkt im großdeutschen Sinne entgegensetzen wollen. Es darf deshalb auch nicht Wunder nehmen, wenn gegen das beklagenswerthe Resultat dieser letzteren Sitzung die gesammte preußische Presse einstimmig sich erhoben hat. Auf die Tiraden von der Wiedergeburt des großen Vaterlandes, sagt die Berliner (Voßische) Zeitung vom 17. August, habe der Berg nicht einmal ein Mäuschen geboren, und statt an die ernste und große Arbeit zu gehen, um das, was zur Zeit das deutsche Volk bedarf, in's Leben zu fördern, und bei der Nothwendigkeit einer starken Centralgewalt, trotzdem daß deren Schaffung auf legalem Wege von dem Minister des Aeußern nicht wohl für ausführbar erklärt worden sei, zu beharren, habe man „die Mündigkeit des deutschen Volkes darein gesetzt, sich selbst zur Unmündigkeit zu verurtheilen." Nichts Größeres aber und nichts Geringeres sei es als der Widerspruch, der zwischen einem einheitlichen Deutschland und einem selbstständigen Bayern liege, was mit zwingender Nothwendigkeit den Völk'schen Antrag vernichtete, und jede wirkliche Centralgewalt in Deutschland, das Ziel dieses Antrags, würde die Grundlagen der unbedingten Selbstständigkeit zerstört haben, auf welche sich die Klein- und Mittelstaaten so viel einbilden; man wünsche die Sonderunterschiede, die particularistische Selbstständigkeit erhalten zu sehen. Ob die bayerische Kammer Gelegenheit nehmen wird, gegen letzteren Vorwurf Berufung einzulegen, wissen wir nicht; eine Zurechtweisung aber verdient die weitere Doctrin des Berliner Blattes, die, wenn wir sie recht verstehen, selbst vor dem Gedanken eines Krieges mit Oesterreich nicht zurückbebt, um eine einige deutsche Centralgewalt unter Preußens Kaiserzepter zu schaffen. Mit

Napoleon das Geschäft für uns in die Hand nimmt, um uns zu unserer Schande zu beweisen, daß, wenn große Ideen in einem Volke leben, es auch möglich sei, diese Ideen zu verwirklichen; wollen wir warten, bis Louis Napoleon dem großartigsten und klügsten Gedanken, den er bis jetzt gehegt haben mag, wenn es wahr ist, was der „Czas" darüber berichtet, in kühn ergriffener Initiative Dasein und Wirklichkeit gegeben hat, jenem Gedanken nämlich, nach welchem er vor haben soll, wie mit der Insel Corsika der italienischen Conföderation, so mit dem Elsaß dem deutschen Bunde beizutreten. Geschähe dies, dann wäre es natürlich mit unseren Hoffnungen und Ansprüchen auf den Elsaß und dessen Rettung für die deutsche Kultur und Sprache vorbei; wir hätten den französischen Einfluß mitten im deutschen Lager und könnten ruhig auf die selbstständige Entwickelung und Einigung unseres politischen und socialen Nationalebens verzichten.*)

Oder wie, wo ist die mächtige Faust, die uns wehrt, unsere Staatsgrundgesetze zu revidiren, auf daß wir stark und einig werden, und sollen wir uns etwa mit der bloßen Forderung der Eintracht begnügen? Es klingt allerdings sehr schön, wenn es irgendwo heißt: Eintracht, wenn auch ohne Einheit ist etwas Wirkliches;

---

dem Vorgeben, daß jetzt nicht die Zeit dazu sei, etwas zu thun, schütteln wir nur die Last der eigenen Pflicht, zu handeln, und die Verantwortung dafür von unsern Schultern. Zu dem Guten und Nothwendigen ist immer Zeit, und nur rathloses, feiges Gebahren ist es, um der Furcht vor Reibungen willen, vor „Bürgerkrieg und blutigem Zwiespalt" einen Zustand in Permanenz zu erklären, der der allertraurigste ist, den ein Volk erleben kann: der Zustand ohne Ehre und ohne Thatkraft.

*) Wir geben auf obige Nachricht natürlich nicht viel; aber das Jahr 1859 hat größere Unmöglichkeiten zu Tage gefördert, als daß wir nicht auch an diese glauben könnten. Wie bedrohlich aber auch der oben berührte napoleonische Plan für unsre Selbstständigkeit und Eintracht wäre, wir zweifeln keinen Augenblick, daß er selbst in Deutschland von vielen Seiten mit Beifall aufgenommen und sollte er ernstlich in Anregung kommen, auch durchzuführen versucht werden würde. Dann würde aber auch, wie der „Czas" bemerkt, England wegen Helgoland deutsches, wegen Malta italienisches Bundesglied, Rußland ebenso wegen Curland deutsches und wegen der Seestation Villafranca italienisches Bundesglied werden und somit in der umfassendsten Weise dem Nationalitätsprinzip Rechnung getragen, der ewige Friede Europas begründet und das Werk der „militärischen Civilisation" in seinem ungestörten Fortgange gesichert sein!

Einheit ohne Eintracht ist eine tödtende Form," und wenn Herr v. Beust sagt: „Die Bundesverfassung ist ganz vortrefflich, wenn jedes Bundesglied ernstlich bereit ist, seine Pflicht zu thun." Auch wir wissen — das zeigt unsere bisherige Darstellung — die guten Keime und Grundlagen unserer Bundesbestimmungen zu schätzen. Liegt denn aber in dem Guten, welches eine Einrichtung bietet, eine so unbedingte Macht, den bösen Willen zu binden und zu zwingen, daß man blind gegen die Mängel und Unzulänglichkeiten sein dürfte, welche diese Einrichtung neben ihren Vorzügen in sich schließt? Oder ist nur die deutsche Bundesverfassung unwandelbar, während alle Constitutionen der Welt sich zeitgemäß ergänzen und vervollständigen? Und ist denn überhaupt Eintracht möglich, wo die Bedingungen dazu fehlen, wo weder übereinstimmende Ansichten noch gleiche gemeinschaftliche Interessen vorhanden sind? Was nützt aber eine Eintracht, die, wäre sie auch in ihrem Fortgange doch nur vom Zufall, von der Veränderbarkeit der Verhältnisse, von der Wankelmüthigkeit des Glücks, von der Unbeständigkeit der Ansichten und Interessen bedingt ist, und welche Sicherheit bietet das Verhalten politischer Mächte, wenn es nicht durch die bindende Gewalt entsprechender Gesetze und Einrichtungen gezügelt und geleitet wird? Man findet sich mit dem Ernst der Politik bloß durch schöne Phrasen ab, wenn man behauptet, nur im Zusammenwirken und einheitlichen Streben der Gesammtheit aller Geister werde auch unsere deutsche Einheit ihre Wahrheit erhalten können. Denn Einigkeit im staatlichen Leben ist nur möglich auf dem Grund rechtskräftig festgestellter Verhältnisse. Bei alledem bleibt wahr, was Prof. Dr. Pözl*) den Wahlmännern und Urwählern des Wahlbezirks München als Antwort auf die von ihnen an die Münchener Abgeordneten erlassenen Adresse**) im Namen der Letz-

*) Der berühmte Rechtslehrer, den die Universität München zwei Jahre hintereinander, 1858 und 1859, zum Rector magnificus wählte, — ein in Geschichte der deutschen Hochschulen wohl überhaupt nur äußerst seltener Fall — und einer der 45 Abgeordneten, welche gegen den Antrag des Dr. Weis, mithin für die Nothwendigkeit und Pflicht der Regierungen, zur Bundesreform mitzuwirken, stimmte.

*) In dieser Adresse war die Bitte ausgesprochen, daß die bayerische Volkskammer über dem engeren Vaterlande das große Gesammtvaterland nicht vergessen und die Aufgabe ihres Wirkens zugleich dahin richten möge,

teren am Tage der Niederlage des Völk'schen Antrages schrieb, indem er sagt: „Soll die (als dringend nothwendig erkannte) reformirte Verfassung bessere Früchte tragen als die bis jetzt bestehende, so ist es vor allem nothwendig, daß eine bundesfreundliche Gesinnung unter uns herrschen werde, daß die Parteien und Stämme, statt einander zu verkleinern und zu verdächtigen, sich verstehen und achten, oder doch wenigstens, in ihrem eigenen Interesse toleriren lernen. Denn nicht der Buchstabe einer Verfassung macht uns zu einer einigen und dadurch starken Nation, sondern die Eintracht, welche der Verfassung Leben und Bedeutung gibt." Es bleibt wahr, was Dr. Pözl am Schlusse seiner Antwort als Mahnung nicht bloß den Münchener Wahlmännern und Urwählern, sondern uns Allen: Preußen, Bayern, Oesterreichern zuruft, daß wir dahin wirken, jene Eintracht in uns zu befestigen und wir werden am Besten der Reform der Bundesverfassung vorarbeiten.

Ohne die Solidarität seiner Mitglieder ist der Bund ein Name ohne Inhalt, eine Schale ohne Kern, kraftlos nach innen, machtlos nach außen. Die Solidarität der Bundesglieder aber, ihre gemeinschaftliche Haftung für des Bundes Unversehrtheit, Ehre und Macht ist nichts, sie sei denn ein moralisches Element, eine Tochter der Eintracht und der freiwilligen Gewährung, und nur wenn sie dieses ist, wird man ihr bei der beabsichtigten Reform der Bundesverfassung, betreffe diese das Ganze oder nur einzelne Haupttheile derselben, eine gesetzeskräftige Anerkennung zu verschaffen im Stande sein, welche die politische Einheit und Festigkeit des Bundes auf die Dauer begründet und verbürgt.

Eine Versöhnung der beiden Großmächte am Bunde ist in allen Fällen nicht nur wünschenswerth, sondern nothwendig und

---

daß mit der deutschen Bundesverfassung eine kräftige Centralgewalt und eine Gesammtvertretung des Volks verbunden werde. Die Adresse fand bei den Urwählern nicht die erwartete Unterstützung. Das Interesse für das Allgemeine war in der großen Masse des Volks seit dem Frieden erkaltet, und die anderwärts in Deutschland inzwischen gegründeten deutschen Einigungsvereine mußten bei ihrer Vereinzelung aus gleichem Grunde ebenfalls um so mehr ohne jeden Erfolg für die gute Sache bleiben, als ihre Programme bloße Parteiprogramme und daher nicht geeignet waren, den Zwiespalt zwischen den deutschen Völkern und Staaten zu beseitigen, vielmehr nur zu fördern.

für den dauernden Frieden und die Sicherheit Deutschlands unerläßlich. Sie könnte zu einer Verständigung über die allgemeinen Grundlagen und Hauptpunkte einer Bundesreform führen und es würde sich alsdann zeigen, ob Preußen entschlossen sei, in Lagen und Fragen, die das nationale Interesse, die Ehre, Macht und Integrität des Bundes und der einzelnen Bundesstaaten berühren, gemeinsam mit Deutschland zu gehen, nicht aber innerhalb der Bundesgemeinschaft den Friedensstaat κατ' ἐξοχήν und daneben Deutschlands alleinigen militärischen und diplomatischen Agenten zu spielen. Von Oesterreich aber sind wir überzeugt, daß es sich nicht weigern wird, Preußen versöhnt die Hand zu reichen, um mit ihm verbunden das große nationale Einigungswerk, dessen bloßer Gedanke „das Herz jedes echten Deutschen bewegt", fördern und vollbringen zu helfen, da das Bittere, das es von ihm erfahren, wohl als die Frucht intellectuellen, aus einseitigem Staatsprinzip entsprungenen Irrthums, nicht aber, — so weit hier von der Regierung und ihren unmittelbaren Organen die Rede ist —, als das Product eines feindseligen Willens bezeichnet werden darf. Hoffentlich werden dann auch die beiden Großmächte, der Dr. Weis'schen Unmöglichkeitslehre zum Trotz, im Einvernehmen mit den gleichberechtigten übrigen Bundesgliedern diejenigen Modalitäten zu finden wissen, welche erforderlich, um unbeschadet ihrer Großmachtsstellung eine starke Centralgewalt für Deutschland zu schaffen.

Vielleicht indeß müssen wir vom Geschick erst noch einmal wieder tüchtig gerüttelt und geschüttelt werden, damit wir zur Besinnung kommen und die Nothwendigkeit begreifen, uns zu großen Entschlüssen und kühnen Schöpfungen in unserem politischen und socialen Leben zu erheben, und damit diejenigen alsdann zur Bundesgemeinschaft zurückkehren, welche in ausschließlicher Verfolgung particularistischer Interessen den Zwecken und Pflichten des Bundes sich entfremdet hatten und, sei es aus Scheu vor einem blutigen Kriege, der doch nicht zu vermeiden war, sei es aus Furcht vor unangenehmen Reibungen und Verwickelungen mit auswärtigen Mächten, die sich unseres Zwiespalts und unserer Schwäche freuen, nicht die Hand, kaum den Mund für einen Neubau des deutschen Reichs zu rühren wagten.

Handelt es sich aber, was auch sonst noch der Grund unserer

Aufregung und unserer Besorgniß sei, bei der gegenwärtigen unverkennbar schwer bedrohten Lage der Dinge doch nur wesentlich darum, dem Manne, der jetzt die Geschicke Europas lenkt, das bald kühn geschwungene, bald heimlich versteckte Schwert der Revolution aus den Händen zu winden, in allen Fällen wird dies nur dann möglich sein, wenn wir geeinigt stehen, eine engverbundene, starke, unüberwindliche Phalanx, in der nur Ein Wille und das Bewußtsein Eines Zweckes lebt, des Zweckes, eine einige, mächtige, geachtete Nation zu sein, deren Aufgabe es ist, auch nach außen hin den Prinzipien des Rechts und der Ordnung, des Legitimismus und der freien Entwickelung der Nationalitäten, als den alleinigen Grundlagen eines dauerhaften europäischen Gleichgewichts, Geltung zu verschaffen, und mit welcher politisch Hand in Hand zu gehen dann auch unsere Brüder im Elsaß und in Lauenburg für keine Schmach mehr ansehen werden.

„Die Weltgeschichte," sagt Heeren in Bezug auf das durch den Pariser Frieden und die Wiener Bundes- und Schlußacte neugegründete europäische Staatensystem, gleichsam als ahnete er schon die politischen Umgestaltungen, welche begonnen haben, — „die Weltgeschichte kennt keinen letzten Act, und den Gebäuden der Politik ward nie gänzliche Vollendung zu Theil."

Die alten Verträge liegen gebrochen und verhöhnt zu unseren Füßen, aber die europäische Menschheit, Deutschland vor allem, sehnt sich und seufzt nach einer neuen und besseren Ordnung der Dinge, nach einer zeitgemäßeren Wiederaufrichtung und festeren Begründung sowohl der eigenen als der allgemeinen staatlichen wie gesellschaftlichen Rechtszustände, und nach der Schaffung wahrhaft nationaler Grundlagen des europäischen Gleichgewichts, die dem Ehrgeiz und der Ländergier nicht zum Vorwand muthwilliger Uebergriffe dienen und im Stande sind, das Prinzip der politischen Gleichberechtigung der Völker und Volksstämme mit dem Prinzip des legitimen historischen Rechts zu versöhnen und auszugleichen.

Wir schämen uns der freudigen Erhebung nicht, die uns ergreift, gedenken wir im Geiste schon jener zukünftigen neuen Ordnung der Dinge, jener Neugestaltungen des europäischen Staatensystems, die vor allem zwei großen und edlen Völkern, dem deutschen und italienischen, in ihrem Streben nach Einigkeit und Macht

zugut kommen werden; wir begrüßen sie als ein unzweifelhaft nahes Ziel unserer Wünsche und Hoffnungen, sollten sie auch wie alles Menschliche keine denkbar vollkommene, sondern nur solche sein, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen möglich und erreichbar waren.

Druck von Gustav Bär in Leipzig.

Inhalts-Verzeichniß.

Seite

Zur Einleitung 1

Erstes Kapitel. Der Conflikt in den Hauptphasen seiner politischen Entwickelung.

1. Diplomatische Präludien. Beginn der Rüstungen und Friedensbemühungen. Thronrede Napoleons 9
2. Die Tagesfrage im diplomatischen Fahrwasser. Mission des Lord Cowley nach Wien. Friedens-Schwenkung an der Seine. Ziele napoleonischer Politik 16
3. Der Congreßgedanke. Ursprung, Tragweite und Unausführbarkeit desselben. Preußens Isolirungspolitik schlägt Wurzel . 28
4. Mission des Erzherzogs Albrecht nach Berlin. Das Ultimatum. Preußens Antrag auf Bundes-Kriegsbereitschaft bei absoluter Friedensrichtung. Selbsttäuschungen der Presse und der Kammern. Unlösliche Widersprüche 37
5. Graf Willisen's Sendung nach Wien. Diplomatische Verfänglichkeiten. Herausbildung der preußisch-deutschen Politik. Preußen fordert für sich die militärische und diplomatische Initiative vom Bunde 51
6. Kriegerischer Aufschwung nach der Schlacht bei Magenta. Befehl zur Mobilmachung von sechs preußischen Armeecorps. Die Maßregel nur Mittel zu Friedensunterhandlungen und weiteren politischen Zwecken 63
7. Politische Farbencontraste. Die Mobilmachung ein kriegerisches Truggebilde. Abkühlender militärischer Congreß. Einleitung zu den Mediationsversuchen. Nach der Schlacht von Solferino neuer militärischer Bundesantrag Preußens mit Ausschließung Oesterreichs 70
8. Preußen mit Rußland und England ein Einverständniß in Bezug auf die Mediation erstrebend. Das Unzulängliche dieser Versuche. Fürst Windisch-Grätz nach Berlin. Erfolglosigkeit seiner Unterhandlungen. Napoleon und Franz Joseph schließen Waffenstillstand und Friede. Ende des Dramas 86

3 1197 22450 8314

Seite.

Zweites Kapitel. Die Neutralitätspolitik Preußens u. ihre Motive.

1. Andere Zeiten, andere Rechtsbegriffe. Rollentausch. Preußens unverpflichtete Stellung. Gefährliches Stichwort. Vorgeschobene preußische Neutralitätsmotive: Keine Gefahr für Deutschland; redliche Friedenspolitik Napoleons; Oesterreich, Urheber des Krieges; politische Sünden Oesterreichs; Furcht vor Rußland; Sympathien für England 96
2. Die italienische Frage und das Nationalitätsprincip 124
3. Die Kriegsfrage vor dem Forum der Bundesakte u. der Verträge 149

Drittes Kapitel. Rückblick auf die preußische Neutralitätsepoche von 1795 bis 1805 163

Viertes Kapitel. Zur Characteristik des italienischen Krieges . . 173

Fünftes Kapitel. Waffenstillstandsgedanken 192

Sechstes Kapitel Nach dem Frieden.

1. Zur Physiognomik des Friedensschlusses. Die Verträge verletzlich. Congreßnoth. Das österreichische Friedensmanifest. Mystification und wahre Gründe 199
2. Preußen und der Friede. Zur Beschämung oder zum Ruhm? Vom Besserwissen und Besserwollen kein Schritt zur Neue. Der napoleonische Armeebefehl ein „Neujahrsgruß“ für Preußen 208
3. Deutsche Richtung Oesterreichs. Die Reformen in der Landesverwaltung ein freies Geschenk des Monarchen. Politische Stellungen. Einfluß in Italien 214
4. Napoleon und der Friede. Der Politiker der gelegenen Augenblicke. Mißverhältniß zwischen dem Versprochenen und Gewährten. Die Tragicomödie der italienischen Wirrnisse und Irrungen im besten Fortgang. Die Kirchenstaats- und die Herzogthümerfrage. Restaurations-Sophistik. Silhouettirung Louis Napoleons 218
5. Englands politische Kleinkrämerei und Congreßangst. Rußlands veränderte Stellung zur Zeitfrage und Annäherung an Preußen. Eine politische Zusammenkunft. Neue Combinationen in Aussicht 234
6. Deutschland und der Friede. Die deutsche Frage. Abwägung der Stellung Preußens am Bunde. Die kleindeutsche Nationalpartei und ihre Ziele. Großdeutsches Einigungswerk. Die deutschen Mittelstaaten fordern Revision der Bundeskriegsverfassung. Blick in die Zukunft 240